

Landkreis Nachrichten



BADEN-WÜRTTEMBERG

BERICHTE • MEINUNGEN • HINTERGRÜNDE



Schwerpunkt:

Integration

Nachrichten:

Neue Integrierte Leitstelle
in Esslingen

Imagekampagne
Bauernverband
und Landratsamt

Veranstaltungsreihe Europa
im Landkreis Emmendingen

Freilichtmuseen blicken auf
erfolgreiches Jahr zurück

Kommunales
Netzwerk Integration

Handbuch zur
ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit



Geschäftsstelle, Panoramastraße 37, Stuttgart

HERAUSGEBER:

Landkreistag Baden-Württemberg
Panoramastraße 37, 70174 Stuttgart
Telefon 0711 / 22 46 20
Telefax 0711 / 22 46 2-23
www.landkreistag-bw.de
posteingang@landkreistag-bw.de

REDAKTION:

Hauptgeschäftsführer
Prof. Eberhard Trumpp
Jan-Ole Langemack

STÄNDIGE MITARBEIT:

Pressestellen der Landratsämter
in Baden-Württemberg

EMPFÄNGER:

Die Mitglieder der Kreistage,
des Landtags und des Bundestags,
Landes- und Kommunalbehörden,
Verbände und kommunalpolitisch
interessierte Persönlichkeiten.
Artikel, die mit dem Namen des Verfassers
gekennzeichnet sind, geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion
wieder. Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Zustimmung der Redaktion.

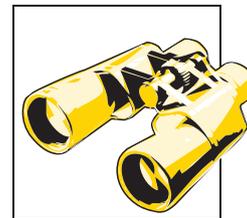
SATZ UND DRUCK:

Offizin Scheufele Druck und Medien
Tränkestraße 17, 70597 Stuttgart

BILDNACHWEIS:

Titel: Landratsämter; S. 6, 7, 69, 74 u., 90, 115: LRA Böblingen; S. 8–10: LRA Ortenaukreis; S. 12, 55 u., 56, 100: LRA Esslingen; S. 14: Pia Helmlé; S. 19–21: LRA Lörrach; S. 23–28, 85, 93: LRA Main-Tauber-Kreis; S. 42, 79 u., 84, 104 u.: LRA Schwarzwald-Baar-Kreis; S. 47: LRA Biberach; S. 49, 99, 109: LRA Enzkreis; S. 51, 52: LRA Ostalbkreis; S. 53, 60, 61 o., 78, 79 o., 89, 96, 112: LRA Karlsruhe; S. 55 o.: Spitzmüller; S. 59: Anja Halbauer; S. 61 u., 70, 94, 105: LRA Ludwígburg; S. 63, 102, 103 u., 108, 110: LRA Hohenlohekreis; S. 64, 66, 71, 114: LRA Rastatt; S. 67, 98, 107: LRA Bodenseekreis; S. 72, 77, 92, 97: LRA Rems-Murr-Kreis; S. 80: Backnanger Kreiszeitung/Florian Muhl; S. 81: LRA Lörrach; S. 82, Rückseite: LRA Tübingen; S. 83, 106 u.: LRA Tuttlingen; S. 87: LEV; S. 88: Peter Himsel/Deutsches Institut für Urbanistik (Difu); S. 91: KD Busch; S. 96: Arno Roth, Quatrocopterflüge; S. 101 o.: LRA Rhein-Neckar-Kreis; S. 101 u.: LRA Freudenstadt; S. 102 u.: Lothar Kraus, IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg; S. 104 o.: LRA Göppingen; S. 106 o.: Jonathan SARAGO/CD67; S. 113: LRA Zollernalbkreis

Gedruckt auf umweltfreundlich,
chlorfrei hergestelltem Papier.



INHALT

THEMEN

- Editorial
Von Hauptgeschäftsführer Prof. Eberhard Trumpp Seite 5
- Gemeinsam Perspektiven für Flüchtlinge schaffen
Von Landrat Roland Bernhard Seite 6
- Ortenaukreis erarbeitet „Gesamtstrategie Zuwanderung“ – ein landesweit einzigartiges Konzept zur Integration von Neuankömmlingen
Von Gabriele Schindler, Offenburg Seite 8
- Wege in Ausbildung und Arbeit im Landkreis Esslingen
Von Katharina Kiewel, Esslingen Seite 12
- Zentren der Integration: Landkreis Heidenheim setzt in der Flüchtlingshilfe auf Zusammenarbeit
Von Anja Halbauer, Heidenheim Seite 14
- Im Dialog mit den Ehrenamtlichen – Wertschätzung und Beteiligung als Säulen eines langfristigen Engagements in der Flüchtlingshilfe im Landkreis Konstanz
Von Anja Kurz, Konstanz Seite 16
- Hilfe zur Selbsthilfe
Von Mai-Kim Läm, Lörrach Seite 18
- Flüchtlingsaufnahme im Spannungsfeld von rechtlichen Rahmenbedingungen und Willkommenskultur
Von Dr. Ulrich Derpa und Elisabeth Krug Seite 22
- Das „Job- und Integrations-Programm (JIP)“ im Landkreis Reutlingen
Von Mirjam Schmid, Reutlingen Seite 29
- Vernetzung von Ehrenamt und Verwaltung als Weg zur Integration
Von Katharina Kiewel, Esslingen Seite 32
- Der dritte Bildungsbericht für den Landkreis Ravensburg untersucht die Bildungsintegration von Flüchtlingen und Asylsuchenden
Von Ludger Baum, Ravensburg Seite 35
- Projekte zur Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen im Landkreis Tuttlingen – Basissprachkurse für alle
Von Bernd Mager, Tuttlingen Seite 39
- Sozialraumorientierte Integrationsarbeit im Schwarzwald-Baar-Kreis – ein Werkstattbericht
Von Marcel Dreyer, Villingen-Schwenningen Seite 41

- Wie Integration attraktiv werden kann
Von Christina Reimling, Waiblingen Seite 44
- Berufliche Integration von Flüchtlingen kann gelingen
Von Harald Lämmle, Biberach Seite 46
- Informationspolitik als strategisches Instrument für Leitkultur, Motivation und Effizienz bei der Integrationsarbeit
Von Isabel Hansen, Pforzheim Seite 48

NACHRICHTEN

- Integration von Flüchtlingen – wie kann das gelingen? Seite 51
- Bauernverband und Landratsamt starten Imagekampagne Seite 52
- Kombi-Modell als Baustein des Sozialen Wohnungsbaus Seite 53
- Veranstaltungsreihe „Europa konkret“ des Landratsamtes Emmendingen Seite 54
- Neue Integrierte Leitstelle in Esslingen verbessert Sicherheit und Service Seite 55
- Eine neue Marke entsteht: Die Kreiskliniken Esslingen heißen jetzt medius KLINIKEN Seite 56
- Vernetzung der Akteure in der Flüchtlings- und Integrationsarbeit aus der Perspektive eines Landkreises Seite 57
- Starker Einsatz für das Miteinander Seite 58
- Gemeinsam ans Ziel – Integration von Flüchtlingen im Landkreis Karlsruhe Seite 60
- Präsidien des Bayerischen und Baden-Württembergischen Landkreistags tagen gemeinsam im Ludwigsburger Kreishaus Seite 61
- Erfolgreiche Einigung in der Wohnraum-Allianz: Plausibilitätsprüfung für Bauflächenbedarf wird ab sofort erleichtert Seite 62
- Wir brauchen für den Wald in Baden-Württemberg eine Lösung aus einem Guss Seite 62
- Freilichtmuseen in Baden-Württemberg blicken erneut auf ein erfolgreiches Jahr zurück Seite 62
- Integration im Landkreis Rastatt – Thema „Gesundheitsprävention“ Seite 63
- Integrationszielvereinbarungen: Neues Konzept des Landkreises Tübingen setzt auf Individualität und Vernetzung Seite 64

SPEKTRUM Seite 66



EDITORIAL

Wichtige Aufgaben bei der Integration der Flüchtlinge gemeinsam schultern – Einigung von Land und Kommunen über einen Integrationspakt

Der hohe Zustrom von Flüchtlingen der vergangenen Jahre stellt die Städte, Gemeinden und Landkreise vor hohe Herausforderungen. Nachdem es zuvorderst galt, die Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen und zu betreuen muss jetzt – angesichts der Tatsache, dass die Mehrzahl der Flüchtlinge für längere Zeit in Deutschland verbleiben wird – Sorge für eine frühzeitige und gelingende Integration getragen werden.

Den Landkreisen kommt dabei eine entscheidende Rolle zu. Sie sind als Träger von Ausländer- und Sozialbehörden, von Jugendämtern und Jobcentern sowie im schulischen Bereich in vielen Handlungsfeldern verantwortlich, die unmittelbare Berührungspunkte zur Integration von Migranten haben.

Die Integration der zahlreichen Flüchtlinge ist natürlich nicht zum Nulltarif zu bekommen. Soweit die Landkreise im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung der Flüchtlinge staatliche Aufgaben erfüllen, muss das Land seiner insoweit gegenüber den Landkreisen bestehenden Finanzierungsvollverantwortung uneingeschränkt nachkommen. Hier stehen wir hoffentlich kurz vor einer entsprechenden abschließenden Vereinbarung zwischen Land und den Landkreisen.

Angesichts der hohen Flüchtlingszugänge in 2015 und 2016 erklärte sich die Landesregierung von Baden-Württemberg im „Geleitzug“ der Bundesregierung erstmals überhaupt bereit, Finanzierungsmittel für die Anschlussunterbringung von zur Verfügung zu stellen. Vorher wurde die Anschluss-

unterbringung aus kommunalen Mitteln finanziert.

Entlang der langwierigen Verhandlungen zum Abschluss des Finanzpaktes mit dem Land ist es den kommunalen Landesverbänden gelungen, mit dem Land auch Übereinkunft darüber zu erzielen, dass für die Integrationsmaßnahmen der Städte, Gemeinden und Landkreise in den Jahren 2017 und 2018 jeweils 160 Mio. Euro ausgezahlt werden. Hinsichtlich der Verteilung dieser finanziellen Mittel war es schon seit längerem das erklärte Ziel von Herrn Sozialminister Lucha MdL, zwischen Land und kommunalen Landesverbänden einen „Pakt für Integration“ abzuschließen. Der Sozialminister hatte mit seinem Erstaufschlag für sogenannte „Casemanager“ und die Aufstellung eines „Hilfeplanes“ die vom Land geplante Richtung vorgegeben. Neben der inhaltlichen Ausgestaltung war für die kommunale Seite vor allem auch ein unbürokratisches Antrags- und „Nachweisverfahren“ bezüglich des Einsatzes und der Wirkung der Landesmittel von entscheidender Bedeutung.

Der Landkreistag hat von Anfang an die Linie vertreten, dass über die Modelle der Verwendung der Mittel vor Ort unter den Beteiligten entschieden werden muss und diesbezüglich keine einengenden Vorgaben des Landes gemacht werden sollten. Es sollte möglich sein, dass Städte und Gemeinden in sinnvollen Organisationseinheiten alleine die Aufgabe übernehmen, aber auch gemeinsam mit dem Landkreis oder durch Beauftragung des Landkreises alleine.

Nach langen Verhandlungen ist es Ende März 2017 gelungen, Einigkeit über den

angestrebten Pakt für Integration zu erzielen. Land und Kommunen wollen den Integrationsprozess der Flüchtlinge mit gezielten Maßnahmen unterstützen. Hierbei gehen die Partner des Paktes vom Leitsatz des „Förderns und Forderns“ aus. Um die Kommunen hierbei zu unterstützen, stellt das Land in den Jahren 2017 und 2018 jeweils 160 Millionen Euro zur Verfügung. Mit jährlich 90 Millionen Euro werden die Städte und Gemeinden über einen Integrationslastenausgleich bei den Kosten der Anschlussunterbringung und Integration entlastet. Weitere 70 Millionen Euro fließen jeweils in den beiden Jahren in die mit diesem Pakt vereinbarten konkreten Integrationsförderprogramme und -maßnahmen vor Ort. Doch Integration kann nur gelingen, wenn auch die Flüchtlinge selbst aktiv mitwirken. Das setzt nicht nur die Bereitschaft zum schnellen Erlernen der deutschen Sprache, sondern auch die Achtung der gesellschaftlichen Werte und der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, wie sie im Grundgesetz ihren für alle verbindlichen Ausdruck gefunden hat, voraus.

Die Einigung zeigt, dass der politische Wille bei allen Beteiligten besteht, diese wichtigen Aufgaben im Rahmen der Integration gemeinsam zu schultern mit dem Ziel, zu einem Integrationsmanagement aus einem Guss zu kommen. Die Landkreise werden sich hier wie bisher tatkräftig einbringen.

Prof. Eberhard Trumpp,
Hauptgeschäftsführer,
Landkreistag Baden-Württemberg



THEMEN

Gemeinsam Perspektiven für Flüchtlinge schaffen

Unternehmerpreis und Aufbaustudium für Flüchtlinge als wichtige Integrationsmaßnahmen im Landkreis Böblingen

Von Landrat Roland Bernhard

Mit dem Höhepunkt der Zuwanderung von Menschen aus von Krieg und Armut betroffenen Gebieten im Jahr 2015 wurden die Migrationsämter vieler Landkreise vor eine große Herausforderung gestellt. Das Amt für Migration und Flüchtlinge im Landratsamt Böblingen organisierte sich im Sommer 2016 neu, um den vielen Aufgaben gerecht zu werden. Diese liegen mit dem Ende des großen Zustroms vor allem in der Integration von Flüchtlingen. Mit dem Unternehmerpreis für engagierte Betriebe und einem Aufbaustudium für Flüchtlinge mit akademischer Vorbildung hat das Amt zwei wichtige Initiativen für die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt gegründet.

Neuorganisation des Amtes für Migration und Flüchtlinge: 125 Mitarbeiter in fünf Sachgebieten kümmern sich um die Belange der Flüchtlinge im Landkreis

Insgesamt 2961 Menschen sind im Jahr 2015 im Landkreis Böblingen aufgenommen worden. 2016 kamen 2038 Flüchtlinge. Seit Mai 2016 gehen die Zugangszahlen nun deutlich zurück; zwischen 20 und 40 Personen kommen monatlich

in den Landkreis. Das Fördernetzwerk aus Schulen, der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter, den Kammern sowie Bildungsträgern für die Akuthilfe ist in kürzester Zeit gut ausgebaut worden. So wurde das Gremium „Transparenz in der Sprachförderung“ gegründet, in dem auch Ehrenamtliche vertreten sind, um den Erwerb der deutschen Sprache als größte Herausforderung für die Flüchtlinge zu fördern.

Waren es Mitte 2015 noch 40 Mitarbeiter, arbeiten für das Amt für Migration und Flüchtlinge heute 125 Mitarbeiter.

Das Amt gliedert sich in fünf Sachgebiete, d.h. in das Ausländer- und Staatsangehörigkeitswesen, Integration

sowie die untere Aufnahmebehörde, ihrerseits bestehend aus den Sachgebieten Leistungsgewährung, Heimleitung sowie Sozialbetreuung. Im Sachgebiet Sozialbetreuung ist zudem die Ehrenamtskoordination angesiedelt. Im Landkreis Böblingen leisten auch die Städte und Gemeinden in der interkommunalen Solidarität, Integrationsarbeit und Sozialbetreuung sowie über 1500 Ehrenamtliche in 27 örtlichen Arbeitskreisen einen enormen Beitrag zur Integration der Flüchtlinge.

Hauptaufgabe des Sachgebiets Integration ist die Umsetzung des Integrationsplans für den Landkreis Böblingen. Die Integrationsbeauftragte versteht





sich dabei vor allem als Netzwerkerin – Verwaltungsstellen, Vereine, Verbände, Unternehmen, Religionsgemeinschaften, Bürgerinnen und Bürger – es gilt, Schwerpunktthemen zu erarbeiten und fortzuentwickeln. Die Flüchtlingsbeauftragte des Landkreises wiederum koordiniert die Einbindung von Migrantenorganisationen und die Zusammenarbeit mit Städten und Gemeinden. Die Eigenverantwortlichkeit der Flüchtlinge ist ihr besonders wichtig.

Der Unternehmerpreis für engagierte Betriebe soll Unternehmen ermutigen, Flüchtlinge in die Arbeitswelt zu integrieren

Das Gelingen der Integration in die Berufswelt erfordert viel Zeit und Einsatz. Viele Flüchtlinge verfügen über keine formale Berufsausbildung. Dort wo Ausbildungen vorhanden sind, werden diese z.T. nicht anerkannt, weil sie mit dem deutschen Ausbildungsberufen und Studiengängen schwer vergleichbar sind. Zudem reicht der knappe Zeitraum für das Erlernen der deutschen Sprache in einem Integrationskurs häufig nicht aus. Vor diesem Hintergrund werden die Betriebe zu den zentralen Akteuren der Integration und machen bereits wichtige

Erfahrungen, wie Integration von Flüchtlingen gelingen kann. Um die in der betrieblichen Praxis entstandenen Erfahrungen sichtbar zu machen, hat das Landratsamt Böblingen 2016 den Unternehmerpreis für engagierte Betriebe geschaffen. Der Unternehmerpreis soll weitere Betriebe ermutigen, Flüchtlinge verstärkt in Ausbildungs- und Arbeitsprozesse zu integrieren und anhand von praktischen Beispielen zeigen, wie dies gelingen kann. In der Jury des ersten Unternehmerpreises saßen Vertreter der Geschäftsleitungen der IHK Bezirkskammer Böblingen, der Kreishandwerkerschaft, der Agentur für Arbeit Böblingen, des Jobcenters Landkreis Böblingen und IQ-Netzwerkes Baden-Württemberg sowie der Sozialdezernent, Wirtschaftsförderer und die Leitung des Amts für Migration und Flüchtlinge. Im letzten Jahr konnten aus 22 Bewerbungen zwei Handwerksbetriebe und ein IT-Dienstleister die Preisgelder in Höhe von 8000 €, 6000 € und 4000 € entgegennehmen.

Der Unternehmerpreis soll keine einmalige Sache bleiben. 2017 wird der Preis nicht nur erneut ausgeschrieben, zudem soll ein Unternehmerstammtisch mit den Bewerberinnen und Bewerbern des Unternehmerpreises 2016 ins Leben gerufen werden. Die Treffen sollen dem

Austausch von Ideen und Erfahrungen dienen und für andere Betriebe zugänglich gemacht werden. Welche Voraussetzungen und Faktoren zu einer gelingenden Integration führen, sollen dabei thematisiert werden. Eine Broschüre mit weiteren Informationen zum Unternehmerpreis für engagierte Betriebe ist seit Ende März erhältlich.

Ein berufsintegrierter Studiengang für akademisch vorgebildete Flüchtlinge hilft, den Bedarf an qualifiziertem Nachwuchs in der Industrie zu decken

Für Flüchtlinge, die in ihrem Heimatland einen ersten akademischen Abschluss erworben haben, hat der Landkreis Böblingen gemeinsam mit der School of International Business and Entrepreneurship (SIBE) der Steinbeis Universität in Herrenberg und dem Landesverband der baden-württembergischen Industrie ein innovatives Modell geschaffen. Ziel ist es, durch einen berufsintegrierten Masterstudiengang mit Abschluss im Management dem hohen Bedarf der IT-Branche, Automobilindustrie oder Maschinenbau zu qualifiziertem Nachwuchs zu verhelfen.

Während ihres Studiums sind die Studierenden von Beginn an als Praktikanten



in Unternehmen eingebunden und integriert. Sie können Verantwortung über innerbetriebliche Projekte übernehmen und theoretische Inhalte des Studiums praktisch anwenden. Die Unternehmen zahlen den Studierenden eine monatliche Vergütung von mindestens 1300 € und übernehmen die Studiengebühren

von 940 € pro Monat. Das Studium dauert 24 Monate und erfolgt in englischer Sprache, parallel dazu finden intensive Deutschkurse statt. Da es für Unternehmen, trotz des hohen Bedarfs an Akademikern, aufgrund der rechtlichen Rahmenbedingungen schwierig ist, Flüchtlinge zu beschäftigen, kann das

Programm der SIBE hier eine Lücke schließen. Der Landkreis mit seinem Amt für Migration und Flüchtlinge wirkt hier wie beim Unternehmerpreis auch als Vermittler für die Flüchtlinge und als Ansprechpartner für Unternehmen und die Hochschule.

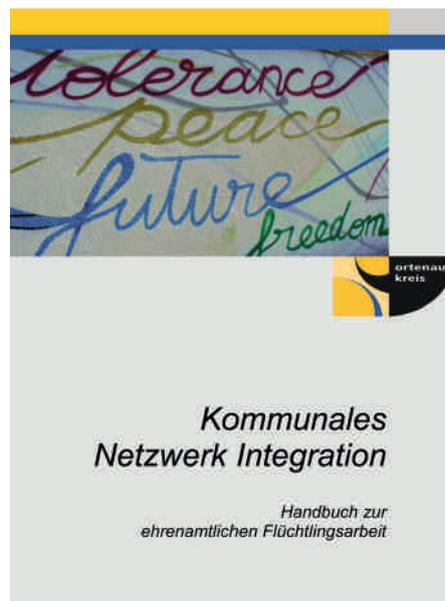
Ortenaukreis erarbeitet „Gesamtstrategie Zuwanderung“ – ein landesweit einzigartiges Konzept zur Integration von Neuankömmlingen

Von Gabriele Schindler, Offenburg

Im November 2016 hat der Ortenaukreis eine „Gesamtstrategie Zuwanderung“ auf den Weg gebracht. Um die zahlreichen, insbesondere seit 2015 zugewanderten Menschen in die Gesellschaft zu integrieren, hatte Landrat Frank Scherer bereits im Herbst 2015 die Erarbeitung des fachübergreifenden und kreisweiten Konzepts initiiert. In den darauffolgenden Monaten hat der Ortenaukreis die Städte und Gemeinden, weitere Verwaltungen und Institutionen im Kreis ebenso wie ehrenamtliche Flüchtlingshelfer in die Konzipierung miteinbezogen. Ergebnis war ein fast 100 Seiten umfassendes Strategiepapier mit über 60 Projekten und Maßnahmen, das auf die verschiedensten Lebensbereiche eingeht und bisher in dieser Form einzigartig im Land ist.

Die Ausgangssituation: Unerwartet hoher Anstieg der Zuwanderung

Im Zuge der im Sommer 2015 einsetzenden Zuwanderungswelle standen die Landkreise landauf, landab vor der Mammutaufgabe, die rapide gestiegene Zahl



der von den Landeserstaufnahmestellen zugewiesenen Zuwanderer in den vorläufigen Unterbringungen der Kreise unterzubringen. So auch der Ortenaukreis. Denn die Zahl der Menschen, die der flächengrößte Landkreis Baden-Württembergs aufnehmen musste, stieg innerhalb von in kürzester Zeit um 350 Prozent: von rund 1200 Bewohnern im Januar 2015 auf über 3500 im Dezember desselben Jahres bis hin zum Höchststand von 4200 im März 2016. Während es wie allerorts in der akuten Phase darum ging,

überhaupt die Unterbringung zu gewährleisten, so stand für Frank Scherer, Landrat des Ortenaukreises, doch von Anfang an fest: Auch wenn die Belegung in der vorläufigen Unterbringung wieder rückläufig sein würde, nachdem die Belegung in der vorläufigen Unterbringung den Zenit überschritten haben würde, so würde nicht auch der Aufenthalt der Menschen in unserem Land, in unserer Region und in unseren Städten und Gemeinden enden. Die große Mehrheit der geflüchteten Menschen würde zumindest temporär im Ortenaukreis verbleiben – und, zunächst in der Anschlussunterbringung oder früher oder später in privaten Wohnungen, inmitten unserer Gesellschaft leben.

Das Ziel: Integration

Deshalb hat Landrat Frank Scherer bereits im Herbst 2015, und damit schon zu Beginn der sich abzeichnenden Flüchtlingswelle, die Verwaltung damit beauftragt, ein fachübergreifendes und kreisweiten Konzepts zu erarbeiten – mit dem erklärten Ziel, die zahlreichen zugewanderten Menschen bestmöglich in die Gesellschaft zu integrieren.



Die Handlungsfelder

Als Handlungsfelder greift die Gesamtstrategie die Unterbringung und Weiterverteilung von Flüchtlingen, die Arbeit der gesamten Kreisverwaltung, den Bereich Soziales und Jugendhilfe, die Integration durch Sprache, Bildung und Kultur sowie die Integration durch Arbeit auf. Dabei geht sie sowohl auf Maßnahmen, die das Landratsamt bereits umgesetzt oder eingeleitet hat, ebenso wie auf zukünftige Vorhaben ein. Darüber hinaus enthält sie Ideen, die nach Beschlussfassung der zuständigen Gremien weiterverfolgt werden können, Maßnahmen, die finanzieller Mittel oder Aktivitäten Dritter bedürfen und Projekte, die vonseiten des Kreistags beantragt wurden.

Der Weg: Ein gesamthafte kreisweites Konzept

„Zuwanderung betrifft nicht nur die Neankömmlinge, sondern alle Mitbürgerinnen und Mitbürger – Integration ist immer eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft“, so Scherer. „Deshalb müssen wir die Herausforderung gesamthafte und strategisch angehen, ausgehend vom Landratsamt als großer Bündlungsbehörde, aber in engem Zusammenspiel mit allen Partnern in Verwaltung und dem Ehrenamt“, so der Landrat über die Herangehensweise der „Gesamtstrategie Zuwanderung“.

Vor diesem Hintergrund hat der Ortenaukreis die 51 Städte und Gemeinden im Landkreis, weitere Verwaltungen und Institutionen im Kreis ebenso wie ehrenamtliche Flüchtlingshelfer in die Konzipierung miteinbezogen.

Im November 2015 hatte Landrat Scherer zunächst sämtliche Mitarbeiter des Landratsamts dazu aufgerufen, sich mit den möglichen Auswirkungen der Zuwanderung und entsprechenden Lösungsansätzen in Bezug auf ihren Arbeitsplatz auseinanderzusetzen. Viele Workshops folgten, zuletzt mit den Füh-

rungskräften des Ortenaukreises im April 2016. Bevor sich dann die Fachausschüsse und letztlich der Kreistag abschließend mit dem Entwurf beschäftigten, hatten rund 120 Institutionen und Personen die Gelegenheit zur Stellungnahme, darunter neben den Kommunalverwaltungen unter anderem die Koordinatoren der Ehrenamtlichen, die Liga der Freien Wohlfahrtspflege, die Polizei, die Agentur für Arbeit, das Staatliche Schulamt Offenburg, die Industrie- und Handelskammer, die Handwerkskammer, das Regierungspräsidium Freiburg und das Innenministerium Baden-Württemberg.

Die Maßnahmen

Zu den vom Landkreis bereits umgesetzten Maßnahmen gehört etwa die Schaffung neuer Stellen, insbesondere in dem von der Zuwanderung am stärksten betroffenen Migrationsamt, und die Vernetzung und Schulung von ehrenamtlichen Flüchtlingshelfern. Zudem hat der Kreis bei der Unterbringung der Zuwanderer großen Wert auf eine ausgewogene Verteilung in den Städten und Gemeinden im Ortenaukreis gelegt. Die aktuell 25 VABO-Klassen (Vorqualifizierungsjahr Arbeit und Beruf ohne





Deutschkenntnisse) an den Beruflichen Schulen des Ortenaukreises mit über 400 Schülern und die Einrichtung des Zentrums zur beruflichen Integration von Flüchtlingen (ZIF) als gemeinsame Anlaufstelle der Kommunalen Arbeits-

förderung (KOA) und der Agentur für Arbeit sind weitere wichtige Integrationsbausteine, die bereits in die Wege geleitet wurden.

In der Planungsphase befindet sich zum Beispiel die Anbindung der größeren Ge-

meinschaftsunterkünfte über den ÖPNV sowie die Ausbildung von Zuwanderern in der Gesundheits- und Krankenpflege am Ortenau Klinikum. Im kreiseigenen Schwarzwälder Freilichtmuseum Vogtsbauernhof sind für die kommende Saison eine Sonderausstellung zum Thema Flucht sowie pädagogische Programme geplant, die sich auch an die Zielgruppe der Zuwanderer richten. Nicht zuletzt möchte die VHS Ortenau ihre Sprach- und Integrationskurse sowie beruflichen Qualifikationsangebote weiter ausbauen. Um der Dynamik im Bereich der Zuwanderung gerecht zu werden, soll die Gesamtstrategie auch in Zukunft im Wechselspiel zwischen Kreisverwaltung und Kreispolitik ständig fortgeschrieben werden.

Gabriele Schindler ist in der Pressestelle des Landratsamts Ortenaukreis tätig

Der Inhalt der „Gesamtstrategie Zuwanderung“

1. Flüchtlinge und unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA) in Deutschland und Baden-Württemberg

- 1.1 Ausgangslage
- 1.2 Verteilung und Unterbringung

2. Flüchtlinge und unbegleitete minderjährige Ausländer im Ortenaukreis, Prognosen und finanzielle Auswirkungen auf den Kreishaushalt

- 2.1 Flüchtlinge – Ausgaben u. Kostenerstattung
- 2.2 Unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA) – Ausgaben u. Kostenerstattung
- 2.3 Zusammenfassung der relevanten Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Strategische Handlungsfelder (Nr. 3 – Nr. 7)

3. Unterbringung und Weiterverteilung der Flüchtlinge

- 3.1 Vorläufige Unterbringung in den Gemeinschaftsunterkünften durch den Kreis
- 3.2 Weiterverteilung in die Anschlussunterbringung durch Städte u. Gemeinden
- 3.3 Rückführungsmanagement
- 3.4 Änderungen durch das Integrationsgesetz

4. Auswirkungen auf die Kreisverwaltung

- 4.1 Organisation/Sicherheit
- 4.2 Personal
- 4.3 Leistungsgewährung und Betreuung, Koordination der Ehrenamtlichen

- 4.3.1 Leistungsgewährung für Anspruchsberechtigte nach dem AsylbLG
- 4.3.2 Lebensmittelversorgung
- 4.3.3 Gewährung von Krankenhilfeleistungen/ärztliche Versorgung
- 4.3.4 Soziale Betreuung
- 4.3.5 Koordination der Ehrenamtlichen
- 4.4 Öffentlicher Personennahverkehr ÖPNV
- 4.5 Öffentlichkeitsarbeit
- 4.5.1 Kreisverwaltung
- 4.5.2 Abfallentsorgung

5. Soziales – Jugendhilfe (einschließlich UMA) und sonstige Hilfen

- 5.1 Jugendhilfe
- 5.2 Soziales – Kinder, Jugendliche und Familien
- 5.3 Hilfen für verschiedene Lebenslagen/Situationen
- 5.4 Sonstige Sozialleistungen

6. Integration durch Sprache, Bildung und Kultur

- 6.1 Schulische Angebote – Berufliche Schulen
 - 6.1.1 Bildungskordinator
 - 6.1.2 Frühzeitiger Deutschunterricht, Beginn der Beschulung und Stundenumfang
 - 6.1.3 Dezentrale Beschulung anstelle von Kompetenzzentren
 - 6.1.4 Angebotene Berufsfelder
 - 6.1.5 Weiterentwicklung der Jugendberufshilfe/Einführung von Schulsozialarbeit
 - 6.1.6 Differenzierte Beschulung (Bildung von speziellen Analphabeten-Klassen)
 - 6.1.7 Entwicklung von Qualifizierungsangeboten für junge Erwachsene
 - 6.1.8 Raumbedarf
 - 6.1.9 Essensversorgung
 - 6.1.10 Lehrkräftebedarf und Qualifizierung der Lehrkräfte für VABO-Klassen
 - 6.1.11 Einrichtung und Nutzung von außerschulischen Angeboten
- 6.2 Sonderpädagogischer Förderbedarf

- 6.3 Weitere Bildungsangebote der Volkshochschule Ortenau

- 6.3.1 BAMF-Zulassung für Integrationskurse
- 6.3.2 Ausbau der Deutschkurse
- 6.3.3 Ausbau des Angebotes für ehrenamtliche Helfer
- 6.3.4 Entwicklung eines bedarfsgerechten Fortbildungs- und Qualifizierungsangebotes für Leistungsbezieher im SGB II
- 6.4 Medienangebote des Kreismedienzentrums
- 6.5 Projekte des „BAAL novo – Theater Eurodistrict“
- 6.6 Sonderausstellung Thema „Heimat“ des Freilichtmuseums Vogtsbauernhof

7. Integration durch Arbeit

- 7.1 Kommunale Arbeitsförderung Jobcenter Ortenaukreis (KOA), Zentrum zur beruflichen Integration von Flüchtlingen (ZIF) u.a.
- 7.2 Projekte im Bereich Land-/Forstwirtschaft und Vermessung
- 7.3 Gemeinnützige Tätigkeiten u.a.
- 7.4 Ortenau Klinikum – Ausbildung in Gesundheits- und Krankenpflegehilfe für Flüchtlinge am Ortenau Klinikum

Thomas Strobl, Stellvertretender Ministerpräsident Baden-Württembergs und Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration, über die „Gesamtstrategie Zuwanderung“ anlässlich deren Übergabe am 14. Dezember 2016 in Stuttgart: *„Deutschland ist ein offenes, gastfreundliches Land. Wir sind solidarisch mit jenen, die in Not geraten sind und unseren Schutz brauchen. Das bedeutet – gerade auch für die kommunale Ebene – eine große Anstrengung. Der Ortenaukreis geht diese Aufgabe mit der Gesamtstrategie konsequent an“.*

Die Gesamtstrategie Zuwanderung in voller Länge

Die „Gesamtstrategie Zuwanderung“ steht allen Bürgerinnen und Bürgern sowie Interessierten auf der Internetseite des Ortenaukreises unter www.ortenaukreis.de im Bereich des Migrationsamts zur Verfügung.

Wege in Ausbildung und Arbeit im Landkreis Esslingen

Von Katharina Kiewel, Esslingen

Ausreichende Sprachkenntnisse sind die notwendige und elementare Voraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe. Sprache stellt die Weichen für Ausbildung und Beruf und ermöglicht so gleichzeitig den Aufbau eines selbstbestimmten Lebens in unserer Gesellschaft. Die professionellen Sprachkurse stellen daher eine wichtige Säule der Integration dar.

Derzeit ist der Zugang zu diesen Angeboten häufig durch die Bleibeperspektive der Geflüchteten reglementiert. Für Menschen mit unklarer Bleibewahrscheinlichkeit ist es schwer, ausreichende Sprachkenntnisse für eine Ausbildung oder Arbeit zu erwerben, obgleich davon auszugehen ist, dass aufgrund der langen Verfahrensdauer und der rechtlichen Rahmenbedingungen auch diese Personengruppe längerfristig in der Bundesrepublik verbleiben wird.

Der Landkreis Esslingen hat auf diese Situation reagiert. Bereits im November 2014 initiierte die Verwaltung ein Sprachförderprogramm für diejenigen Geflüchteten, die nicht schnell oder überhaupt nicht in den Genuss eines Sprachkurses kommen konnten. Ziel war es, zunächst den Menschen mit hoher Bleibewahrscheinlichkeit das Erlernen der deutschen Sprache zu ermöglichen und sie so rasch an den deutschen Arbeitsmarkt heranzuführen. Voraussetzungen hierfür waren neben großer Motivation, Belastbarkeit, Zuverlässigkeit und einer guten Lernprognose, dass die Teilnehmenden keine Analphabeten und zwischen 18 bis 40 Jahre alt waren.

Für dieses Konzept erhielt der Landkreis jedoch keine Förderung durch das Bun-

desamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF).

Im Frühjahr 2015 startete ein überwiegend von Unternehmen finanziertes Förderprogramm („VIA – Vermittlung in Ausbildung“) für 30 Flüchtlinge unter Federführung der IHK zur Sprachförderung auf Grundlage des entwickelten Konzepts.

Im Sommer 2015 bewarb sich der Landkreis erfolgreich für das Landesprogramm „Chancen gestalten“ unter dem Namen „Wege in Ausbildung und Arbeit (WiAA)“. Dieses Kursformat baute auf der Expertise des Fachkräftebündnisses unter der Leitung der hiesigen Kreiswirtschaftsförderung auf.

Durch die Erweiterung der Sprachkurseangebote von Seiten des Bundes für

Staatsangehörige einiger Länder mit guter Bleibeperspektive sah der Landkreis die Notwendigkeit auf die Angehörigen solcher Nationalitäten auszuweichen, die nicht im besonderen Fokus des Bundes standen und keine regulären Sprachfördermaßnahmen in Anspruch nehmen konnten (außer sicherer Herkunftsstaaten).

Mit der Durchführung des Sprachförderprogramms wurde die Deutsche Angestellten-Akademie (DAA) beauftragt. Diese richtete eine Clearingstelle ein, die in Form von „Profilingtests“ das individuelle Sprachniveau, die berufliche Kompetenz sowie die Motivation zur Erlangung der deutschen Sprache feststellte. Dadurch konnte eine zielgruppenspezifische Förderung und die Qualität der Kurse sichergestellt werden. Die Sprachkurse wurden landkreisweit von verschiedenen Sprachkursträgern durchgeführt.

Die Teilnehmer der Kurse konnten insgesamt 700 Unterrichtseinheiten (Grund- und Aufbaukurse) belegen. Das Spektrum des Kursangebotes reichte vom Sprachniveau A1 bis B1 und war somit anschlussfähig an weiterführende Sprach- und Qualifizierungsmaßnahmen vor Ort. Somit legte der Landkreis einen Grundstein für die erfolgreiche Arbeitsmarktintegration und vollzog einen wesentlichen Teil der Bildungskette.

Neben dem allgemeinen Sprachunterricht konnten durch die gezielte Vermittlung von berufsbezogenen Sprachinhalten zusätzlich die Chancen auf einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz erhöht werden. So wurden beispielsweise Sprachinhalte in den Berufsfeldern Pflege, Verkauf/kaufmännischer Bereich, Lager/Logistik und Handwerk vertieft behandelt. Hinzu kamen Lerneinheiten im Bereich EDV sowie diverse



Schlüsselqualifikationen. Die Teilnehmer erwarben u.a. Kenntnisse im Bereich Gesprächsführung oder kulturelle Unterschiede. Aber auch Kommunikationskanäle wie E-Mail, Telefon oder soziale Medien waren Themenschwerpunkte, die im Rahmen der Schlüsselqualifikationen vertieft werden konnten. Ergänzend dazu wurden die Teilnehmer bei der beruflichen Orientierung unterstützt. So fand zum Beispiel eine Erhebung der beruflichen Kompetenzen der Teilnehmer statt. Darüber hinaus wurden Perspektiven einer Ausbildung oder auf einen Arbeitsplatz aufgezeigt. Abgerundet wurde das Angebot durch Bewerbungstrainings. Dieses umfasste nicht nur die Unterstützung beim Erstellen von Bewerbungsmappen und Onlinebewerbungen, sondern auch die Vermittlung von Strategien zur Jobsuche. Auch die Unterstützung beim Anerkennungsverfahren bereits erworbener Abschlüsse war gefragt.

Neben dem Kreiswirtschaftsförderer und dem Bündnis für Fachkräftesicherung, der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter des Landkreises Esslingen, der IHK Bezirkskammer Esslingen-Nürtingen, der Kreishandwerkerschaft Esslingen-Nürtingen und dem Welcome Service der Region Stuttgart unterstützten das Vorhaben das Amt für Flüchtlingshilfe des Landratsamts, Arbeiterwohlfahrt (AWO)

sowie ehrenamtliche Arbeitskreise und das Sachgebiet für Migration und Integration des Landkreises Esslingen. Der enge Austausch dieser Akteure miteinander führte zur Verknüpfung eines breiten und fundierten Fach- und Erfahrungswissens, das zum Gelingen des Programms beitrug.

Die Erfolgsquote des ersten Förderprogramms lag bei den Grundkursen bei 81,4 % und bei den Aufbaukursen bei 84,8 %. Die Clearingstelle verzeichnete zahlreiche Vermittlungen in Praktika, Einstiegsqualifikationen und Ausbildungsstellen. Ebenso konnten einige Teilnehmer im Nachgang an den WiAA-Kurs in weiterführende Sprach- und Qualifizierungsangebote integriert werden. Die außergewöhnlichen Erfolgsquoten geben dem Kurskonzept Recht. Als besonders wirkungsvoll erwies sich die Koppelung von Sprache und Beruf. Damit konnte den Teilnehmern eine spezifische Sprachförderung bereitgestellt werden, die es ihnen ermöglichte, ihre Ziele greifbar zu machen. Nicht zuletzt diese Tatsache erklärt die große Motivation und Leistungsbereitschaft der Teilnehmer, die sich in hohen Übergangsquoten in weiterführende Kurse und wenigen Kursabbrüchen widerspiegelt. Die Absolventen des Kurses sind ihrem Ziel eines eigenverantwortlichen Lebens in Deutschland ein großes Stück näher gekommen.

Durch einen Direkteinstieg in Ausbildung und Beruf oder die Anknüpfung an weiterführende Sprach- oder Berufsqualifizierungen wurden den Personen Zukunftsperspektiven eröffnet. Das Förderprogramm ist Ende März 2017 ausgelaufen.

Mit dem WiAA-Kursangebot konnte ein wichtiger Beitrag zur Integration durch Bildung im Landkreis Esslingen geleistet werden. Angesichts der unveränderten Rahmenbedingungen wäre es jedoch angebracht, das Programm erneut aufzulegen, um auch den Geflüchteten, die trotz geringer Bleibeperspektive längerfristig bei uns leben werden, ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Zudem geht durch jede erfolgreiche Integration auf dem Arbeitsmarkt die Reduzierung der sozialen Leistungen einher. Ferner lässt sich feststellen, dass ohne eine Förderung von Bund oder Land der Landkreis solche erfolversprechende Angebote nicht alleine stemmen kann. Daher wäre es sinnvoll, solche Sprachförderprogramme fortzuführen, solange eine Rückführung der Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive nicht in einer nennenswerten Größenordnung erfolgt.

Katharina Kiewel ist Sozialdezernentin im Landratsamt Esslingen

Zentren der Integration: Landkreis Heidenheim setzt in der Flüchtlingshilfe auf Zusammenarbeit

Im Landkreis Heidenheim sollen die Hürden der Integration von Geflüchteten mit vereinten Kräften überwunden werden. Bereits im vergangenen Jahr wurden hierfür ein Integrationszentrum sowie ein Begegnungszentrum eingerichtet.

Von Anja Halbauer, Heidenheim

Rund 1100 anerkannte Flüchtlinge leben derzeit im Landkreis Heidenheim. Sie sollen ebenso wie weitere Frauen, Männer und Kinder mit Bleibeperspektive bestmöglich dabei unterstützt werden, die deutsche Sprache zu erlernen, einen Job zu finden und soziale Kontakte zu knüpfen. Um hierbei gezielt Unterstützung mit einem möglichst geringen bürokratischen Aufwand bieten zu können, wurde im vergangenen Jahr das Integrationszentrum Heidenheim (IZH) in enger Zusammenarbeit von Stadt und Landkreis Heidenheim eröffnet. Im IZH arbeiten alle für die Flüchtlingsbetreuung relevanten Behörden und Akteure unter einem Dach zusammen: Neben Mitarbeitern der Asylbewerberleistungsbehörde und des Ausländeramtes des Landkreises sind dort auch Außenstellen der Ausländerbehörde der Stadt Heidenheim, der Arbeits-Agentur, des Jobcenters, der IHK Ostwürttemberg und der Arbeiterwohlfahrt zu finden. „Im Integrationszentrum geht es darum, sich über institutionelle Grenzen hinweg zu vernetzen und an einem Strang zu ziehen, um den Geflüchteten gemeinsam zu helfen“, so Landrat Thomas Reinhardt.

Im IZH, das von der Landkreisverwaltung gleichzeitig als Gemeinschaftsunterkunft genutzt wird, sind auch der Bildungskordinator und der Integrationsbeauftragte des Kreises – zwei von Bundes- bzw. Landesseite geförderte

Stellen – angesiedelt. Zu den Aufgaben des Bildungskordinators gehört insbesondere die Bündelung von Angeboten für Neuzugewanderte. Er steht den Städten und Gemeinden im Landkreis Heidenheim dabei beratend zu Seite und hilft bei der Schaffung neuer Bildungsangebote und -initiativen. Dabei arbeitet er eng mit dem Integrationsbeauftragten zusammen, der sich ebenfalls um die kreisweite Vernetzung von haupt- oder ehrenamtlich an der Integrationsarbeit beteiligten Akteuren kümmert. „Ein sehr wichtiges Thema, das wir bereits Anfang 2015 mit der Einrichtung einer Koordinationsstelle Ehrenamt-Hauptamt in den Fokus genommen haben“, so Landrat Reinhardt. „Die zahlreichen ehrenamt-

lichen Helferinnen und Helfer sind für uns eine unerlässliche Stütze – das galt sowohl für die Unterbringung und Erstversorgung der Flüchtlinge und gilt nun natürlich genauso für die Integration der Menschen, die bei uns bleiben dürfen.“

Der Integrationsbeauftragte des Landkreises arbeitet auch daran, das im Oktober 2016 vom Landkreis eröffnete und vom Land geförderte Begegnungszentrum Migration und Ehrenamt (BZME) in Heidenheim durch integrative Angebote mit Leben zu erfüllen. Das BZME, untergebracht in einer entwidmeten Kirche, die vom Landkreis zunächst als Notunterkunft genutzt worden war, bietet dabei jede Menge Möglichkeiten für Begegnungen, Beratungs- und Förde-



Als eines der ersten Projekte wurde im Begegnungszentrum Migration und Ehrenamt des Landkreises Heidenheim ein Kreativ-Workshop für Kinder angeboten. Landrat Thomas Reinhardt besuchte die jungen Künstler bei der gemeinsamen Aktion des Vereins Kinder und Kunst in Heidenheim und der Friedrich-Voith-Schule.

rungsangebote sowie integrative Projekte für Menschen aus dem gesamten Kreis. Dabei ist das Hauptanliegen des Landkreises in erster Linie, Raum für Ideen und Aktionen zu geben. „Wir wollen hier nicht alle Veranstaltungen selbst planen, sondern stellen ganz bewusst Räumlichkeiten zur Verfügung für Veranstaltungen für und mit Flüchtlingen, die von Bürgern, Vereinen und Verbänden, den Städten und Gemeinden angeboten werden können“, so Landrat Reinhardt. Ein Konzept, das gut ankommt: Der Veranstaltungskalender des BZME ist zwischenzeitlich gut gefüllt. Die Bandbreite reicht dabei von Sprachstunden über Beratungsangebote bis zu Kreativworkshops für Kinder, einer Kinderspielgruppe oder – ganz neu – einem Nähatelier. Einen eindeutigen Schwerpunkt bilden die Hilfeangebote beim Deutschlernen. „Das Erlernen der deutschen Sprache ist die Voraussetzung für Integration sowohl in die Gesellschaft als auch auf dem Arbeitsmarkt“, betont Landrat Reinhardt und ergänzt: „100 Stunden sind nicht ausreichend, um Deutsch zu lernen. Deshalb haben wir im vergangenen Jahr das Sprachkursangebot für Flüchtlinge ausgeweitet.“ Mit Förderung des Landes wurden die Stunden von 100 auf 300 auf-

gestockt. Das erweiterte Sprachkursangebot gilt für alle Flüchtlinge ab 18 Jahren im Landkreis Heidenheim, auch wenn diese den 100-stündigen Sprachkurs bereits absolviert haben, und unabhängig vom Status. Neben diesen Sprachkursen bieten ehrenamtliche Helferinnen und Helfer im BZME zusätzlich Sprachnachhilfe für Geflüchtete an.

Neben den derzeit rund 15 Kursangeboten pro Woche finden im BZME regelmäßig Schulungen und Workshops für Ehrenamtliche, ein Ehrenamtscafé und Netzwerktreffen der Freundeskreise Asyl ebenso wie Themenabende, teils speziell für Frauen, oder Workshops, etwa zum Thema Bewerbung, statt. Geplant sind darüber hinaus mittelfristig unter anderem Vorlese- und Spielenachmittage, Hausaufgabenbetreuung, Workshops zum Thema „Wie läuft es in Deutschland: Kultur, Werte, Erziehung etc.“ oder ganz praktische Kurse etwa zur Verkehrserziehung. Besonderes Augenmerk wird zudem auf das Angebot von integrativen Veranstaltungen, beispielsweise durch gemeinsame Aktionen für Kinder, gelegt. „Integration ist nur durch Teilhabe möglich. In unserem Begegnungszentrum schaffen wir hierfür die Möglichkeiten und wollen die Landkreisbewohnerinnen

und -bewohner mit ihren neuen Nachbarn zusammenbringen“, so Landrat Reinhardt. Wie dies noch besser gefördert werden kann, wurde im Februar beim kommunalen Flüchtlingsdialog des Landkreises Heidenheim im BZME diskutiert. Die Ergebnisse werden derzeit ausgewertet und sollen in ein Integrationskonzept des Kreises einfließen, das voraussichtlich Mitte des Jahres fertig sein soll. Zur gleichen Zeit will die Landkreisverwaltung eine Integreat-App als mehrsprachigen Alltagsguide für Geflüchtete starten. „Sowohl bei der Erarbeitung des Integrationskonzepts als auch bei der Umsetzung der App setzen wir auf Kooperationen im Kreis. Ich bin mir sicher, dass genau das einer der größten Vorteile eines kleinen Kreises ist: Die Wege sind kurz und man kann eng zusammenarbeiten. Und genau das werden wir auch weiterhin tun, um die Integration der geflüchteten Männer, Frauen und Kinder bestmöglich zu unterstützen.“

Anja Halbauer leitet die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Landratsamt Heidenheim

Im Dialog mit den Ehrenamtlichen – Wertschätzung und Beteiligung als Säulen eines langfristigen Engagements in der Flüchtlingshilfe im Landkreis Konstanz

Ehrenamtliches Engagement – unverzichtbarer Baustein einer gelungenen Integration

Von Anja Kurz, Konstanz

Patenschaften, Deutschkurse, Nachhilfe, Schwimmkurse, Fahrradwerkstätten, Übersetzungen, Vermittlung von Traditionen, Stadtführungen – das Engagement in der Flüchtlingshilfe im Landkreis Konstanz ist vielfältig und für eine gelungene Integration der neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger unverzichtbar. Nur durch das unglaubliche Engagement der engagierten Helferinnen und Helfer in den Städten und Gemeinden des Landkreises ist es gelungen, dem durch vollkommen verschiedene Hintergründe in sprachlicher und kultureller Hinsicht formulierten Anspruch an eine gelungene Willkommensgesellschaft gerecht zu werden.

Insbesondere als sich im Jahr 2015 binnen eines Jahres die Zahl der im Landkreis Konstanz untergebrachten Flüchtlinge auf 1132 (März 2015) verdoppelt hatte und ein Rückgang der neuen Zuweisungen nicht in Sicht war, wurde die große Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements deutlich: Ohne die Unterstützung der Ehrenamtlichen „würden Flüchtlinge in den Unterbringungen kaum eine Abwechslung erleben, denn auch wenn die öffentliche Hand eine Grundversorgung garantiere, könnte sie niemals das leisten, was Freiwillige an Vielfältigkeit einbrächten.“ Die Arbeit der Ehrenamtlichen sei „von unschätzbarem Wert, auf den in einem solidarischen Zusammenhalt nicht verzichtet werden kann“ formulierte Landrat Frank Hämmerle 2015. Nur durch das großartige Engagement der vielen Freiwilligen

im Landkreis, die den Flüchtlingen konkrete Hilfe im Alltag boten, konnte die Situation in dieser Form bewältigt werden.

Das Ehrenamt hat den Vorteil der „direkten Augenhöhe zu den Menschen“. Die so entstandenen Beziehungen zu den neuen Mitbürgerinnen und Mitbürgern sind für eine „seelisch-emotionale“ Integration geflüchteter Menschen unverzichtbar. Diese ist neben der kognitiv-kulturellen und sozial-strukturellen Integration eine Aufgabe, die vor allem durch Ehrenamtliche geleistet werden kann. Nur durch Begegnungen kann die Wärme und Annahme, nach der sich geflüchtete Menschen sehnen, entstehen.² Dies ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in den Gemeinden und Städten sowie im gesamten Landkreis von großer Bedeutung. Das ehrenamtliche Engagement stellt somit eine wesentliche Stütze für die Gesellschaft dar, die in dieser Form vom Staat weder ersetzt werden kann noch muss.³

Aus der Erkenntnis dieser großen Bedeutung des Ehrenamts heraus entstand im Landkreis Konstanz im Frühjahr 2015 die Idee der „Helferkonferenz“.

Die Helferkonferenz im Landkreis Konstanz

Ziel der ersten Helferkonferenz im Landkreis Konstanz war es, die geleistete Arbeit der Freiwilligen zu würdigen, sie gleichzeitig auch auf den aktuellen Stand der Entwicklungen aus Sicht der Verwaltung zu bringen und schlussendlich gleichsam die Vernetzung und den Austausch untereinander zu stärken. Dies

kam bei den Ehrenamtlichen sehr gut an, so dass Landrat Frank Hämmerle bei der ersten Helferkonferenz in der Singener Stadthalle am 7. Mai 2015 rund 150 Gäste aus verschiedensten Helferkreisen und Initiativen aus dem gesamten Landkreis begrüßen durfte. Aufgrund des großen Erfolgs der Veranstaltung wurde diese im Herbst 2015 neu aufgelegt und auch im Jahr 2016 im halbjährigen Rhythmus fortgeführt.

Wertschätzung und Information der Ehrenamtlichen

Ein wichtiger Bestandteil der Helferkonferenz ist der Dank des Landrats an die Engagierten in der Flüchtlingshilfe im Landkreis Konstanz. Dieser kommt nicht nur in der persönlichen Ansprache des Landrats zum Ausdruck, sondern zeigt sich vor allem auch darin, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung im Rahmen der Veranstaltung die Zeit nehmen, ausführlich auf die Fragen der Ehrenamtlichen zu antworten. Im Rahmen der Fragerunde mit Landrat Frank Hämmerle kamen bereits unterschiedlichste Themen zur Sprache: die Ausstattung der Gemeinschaftsunterkünfte mit WLAN, die Koordination der Sprachangebote, die Kontaktvermittlung zwischen Flüchtlingen und Helferkreisen, die Nutzung der Gemeinschaftsräume in den Gemeinschaftsunterkünften für Angebote der Helferkreise und der Betreuungsschlüssel des sozialen Dienstes sind nur einige Beispiele.

Ein zweiter wichtiger Bestandteil der Veranstaltung ist der Infoblock der Ver-

waltung: Durch Impulsvorträge verschiedener Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes für Migration und Integration werden die Engagierten auf den aktuellen Stand gebracht. Fester Bestandteil ist ein Bericht über die aktuelle Situation der Flüchtlinge im Landkreis. Darüber hinaus gab es im Rahmen der Veranstaltung beispielsweise bereits Input zu unterschiedlichen Förderprogrammen, zu den Aufgaben des „Sozialdienstes Asyl“, zu den hauptamtlichen Unterstützungsstrukturen für Flüchtlinge im Landkreis Konstanz und zu den Aufgaben des Amtes für Migration und Integration.

Außerdem können sich die Ehrenamtlichen im Rahmen der Helferkonferenz Input zu unterschiedlichsten Themen holen. Hierfür wurden beispielsweise bereits Workshops zu den Themen „Praktische Hilfestellungen für Ehrenamtliche in der Sprachvermittlung“, „Ideen für die ehrenamtliche Arbeit mit Flüchtlingen“, „Traumatisierung und psychische Krankheit“, „Rechtliche Fragestellungen aus der Praxis“, „Arbeit, Ausbildung, Arbeitsmöglichkeiten für Flüchtlinge und die rechtlichen Rahmenbedingungen“ angeboten.

Auch stand die Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamt im Rahmen eines Workshops mit dem Titel „Gemeinsame Ziele – effektive Zusammenarbeit“ bereits im Fokus.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil der Veranstaltung ist der Dialog zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen zu unterschiedlichen Themen. Hierfür wurden im Rahmen der Helferkonferenz bereits mehrfach Themeninseln eingerichtet, an denen Grundsatzfragen wie „Kinder und Schule“, die „Integration in das Vereinsleben“, „Lebensunterhalt und Krankenversicherung“ oder das Thema „Wohnen“ diskutiert werden konnten. Hierfür stellten sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verschiedenster hauptamtlicher Stellen – Amt für Migration und Integration, Jobcenter, Beschäftigungsgesellschaft, Bundesagentur für Arbeit, Schulsozialarbeit in den VABO-Klassen – um nur

eine Auswahl zu nennen – für thematische Fragen der Engagierten in der Flüchtlingshilfe zur Verfügung. So konnte im Rahmen der Helferkonferenz bereits eine sehr breite Palette an Themen besprochen werden.

**Vernetzung aller Akteure
in der Flüchtlingsarbeit –
effektiver Einsatz des vorhandenen
ehrenamtlichen und
hauptamtlichen Potenzials**

Nicht zuletzt wird im Rahmen der Helferkonferenz bei einem leckeren Buffet der Raum geschaffen mit anderen Akteuren in der Flüchtlingshilfe ins Gespräch zu kommen. Der Fokus liegt dabei einerseits auf dem Austausch der Ehrenamtlichen untereinander. So präsentieren in der Regel einzelne Initiativen und Helferkreise besonders gelungene Projekte und geben Tipps, wie diese „Best-practice-Beispiele“ auch in anderen Gemeinden ein Erfolg werden können. In diesem Rahmen stellte sich beispielsweise das „Lokale Bündnis Konstanz“, das Projekt „83 – Konstanz integriert“, der „Interkulturelle Tag in Engen“ oder auch der „GemeinsamGarten Konstanz“ vor. Außerdem gibt es die Möglichkeit des Erfahrungsaustauschs unter den Ehrenamtlichen zu unterschiedlichen landkreisweit relevanten Themen.

Daneben ist aber auch die Vernetzung zwischen Haupt- und Ehrenamt ein erklärtes Ziel der Veranstaltung. Durch den Austausch untereinander soll deutlich werden, welche Zuständigkeiten in das Aufgabenfeld der Hauptamtlichen fallen und wie eine optimale Ergänzung und Unterstützung der Ehrenamtlichen in den jeweiligen Bereichen aussehen kann. Außerdem können Abläufe erklärt und der Hintergrund bestimmter Vorgehensweisen transparent gemacht werden. Anhand der Rückmeldungen der Ehrenamtlichen aus ihren Praxiserfahrungen können durch diesen Austausch langfristig auch Prozesse innerhalb der Verwaltung optimiert werden.

**Expertise aus der Praxis nutzen –
Beteiligung der Freiwilligen**

Da die Erfahrungen der Ehrenamtlichen in der Arbeit vor Ort wichtige Impulse liefern können, ist der Landkreis Konstanz inzwischen sogar noch einen Schritt weitergegangen. Über den Dialog mit den Ehrenamtlichen im Rahmen der Helferkonferenzen hinaus, ist man nun dabei, die Beteiligung der Ehrenamtlichen zu institutionalisieren. In den nach und nach entstehenden Netzwerken innerhalb des Amtes für Migration und Integration zu den Themen Sprache, Arbeit, Bildung, Wohnen, Ehrenamt und Gesundheit soll jeweils auch ein Vertreter beziehungsweise eine Vertreterin der Ehrenamtlichen sitzen.

Damit diese Vertretung auch tatsächlich für die Ehrenamtlichen im Landkreis Konstanz sprechen kann, wurde ein Vertretungsgremium der Ehrenamtlichen – das sogenannte Helferkreis-Treffen – geschaffen. Dieses besteht aus jeweils zwei Vertreter(inne)n der einzelnen Helferkreise und Initiativen im Landkreis, unter der Einschränkung, dass je nach Größe der Kommune insgesamt maximal zwei bis sechs Vertreter/innen benannt werden können. Innerhalb des Helferkreis-Treffens formulieren die Ehrenamtlichen ihre Anliegen in den jeweiligen Themenbereichen und wählen Vertreter/innen für die Netzwerke im Amt für Migration und Integration. Diese tragen die Anliegen dann in das jeweilige Netzwerk hinein, arbeiten dort an der Erarbeitung passender Maßnahmen mit und tragen diese Ergebnisse wieder in das Helferkreis-Treffen zurück. So ist eine permanente Rückkopplung mit den Ehrenamtlichen vor Ort gegeben. Wichtige Impulse aus der Arbeit vor Ort fließen so direkt in die Umsetzung von Maßnahmen mit ein. Beispiele für formulierte Anliegen der Ehrenamtlichen sind im Bereich Sprache die Anreize für einen regelmäßigen Besuch ehrenamtlicher Sprachkurse oder die Verwendung einheitlicher Lehrmittel im ganzen Landkreis. Im Be-

reich Arbeit ist beispielsweise eine Erweiterung der Teilqualifizierungen in anerkannten Ausbildungsberufen gewünscht. Im Bereich Bildung wurde unter anderem das Anliegen einer Plattform zur Vermittlung von Helfern für Nachhilfe formuliert. Im Bereich Wohnen sind die Informationen für Vermieter hinsichtlich der Vermietung an Flüchtlinge und im Bereich Gesundheit Sprechstunden der Ärzte mit offiziellen Dolmetschern ein großes Thema. Im Bereich

Ehrenamt stellt sich die Frage, wie die Ehrenamtlichen in der Flüchtlingshilfe langfristig motiviert werden können. Der Landkreis Konstanz hofft, durch die präsentierten Formen der Wertschätzung und Beteiligung der Ehrenamtlichen sowie die notwendige Transparenz der Vorgänge und Entscheidungen innerhalb der Verwaltung, einen Beitrag zur Motivation der Ehrenamtlichen für ein langfristiges Engagement in der Flüchtlingshilfe leisten zu können.

¹ Landrat Frank Hämmerle, Helferkonferenz Mai 2015.

^{2,3} Vgl.: Dr. Misun Han-Broich, Dozentin an der Evangelischen Hochschule Berlin: https://www.lpb-bw.de/fileadmin/lpb_hauptportal/Fachbereiche/Fluechtlingshilfe/pdf/RK_Nachbericht.pdf

Anja Kurz ist Ehrenamtsbeauftragte im Amt für Migration und Integration des Landratsamtes Konstanz

Hilfe zur Selbsthilfe

Landkreis Lörrach sorgt für eine stabile Basis in der Flüchtlingsarbeit

Von Mai-Kim Lâm, Lörrach

Die Integration von Flüchtlingen in die Gesellschaft hat einen hohen Stellenwert in der Kreispolitik Lörrachs. Bereits im Jahr 2005 wurde, nach Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes, mit dem Arbeitskreis Migration ein landkreisweites Integrationsnetzwerk aufgebaut. In den nachfolgenden Jahren hat der Landkreis als einer der ersten in Baden-Württemberg einen Integrationsbeauftragten bestellt und ein integrationspolitisches Leitbild verabschiedet.

Neben transparenten Organisationsstrukturen der Verwaltung in allen Angelegenheiten der Integration sowie den Sprach- und Integrationskursangeboten für Menschen mit einer guten Bleiberechtsperspektive und für Menschen, die zumindest Chancen auf ein Bleiberecht haben, gibt es das gemeinsame „Kompetenzzentrum Asyl“ der Agentur für Arbeit und des Jobcenters Landkreis Lörrach. Es fungiert als zentrale Anlaufstelle für Flüchtlinge und Asylbewerber in Fragen der beruflichen Integration und der dabei notwendigen sozialen Unterstützung. Elf Prozent der Personen, welche die Dienstleistungen des Kompetenzzentrums Asyl in Anspruch genommen haben, sind mittlerweile erwerbstätig. Diese Quote soll gezielt gesteigert werden.

Daneben setzt der Landkreis auf eine stabile Basis in der Flüchtlingsarbeit für die knapp 2000 zu betreuenden Menschen. Das vielfältige Engagement Ehrenamtlicher, Geflüchtete zu integrieren, wird durch den Landkreis dynamisch unterstützt. Exemplarisch seien hier das monetär geförderte und immer beliebter werdende Projekt „Stadtteilerlern“, die aktuellen Kurse und Austauschtreffen für Deutschlehrer sowie der anstehende Erfahrungsaustausch unter bürgerschaftlich Engagierten genannt, auf die in diesem Artikel eingegangen wird.

Erfolgreiches Förderkonzept: Brückenbauer „Stadtteilerlern“

Familien mit Migrationshintergrund kommen mit den komplexen Strukturen unserer Bildungs- und Hilfesysteme oft-

mals nicht zurecht. Häufig ziehen sie sich vom gesellschaftlichen Leben zurück, nehmen nicht mehr teil und leben in der Isolation. Diese Verhaltensweise wirkt sich stark auf die Bildungsgerechtigkeit aus. Ist doch Bildung ein zentrales

Instrument, mit dem sich Menschen mit Migrationshintergrund sozial und wirtschaftlich erfolgreich in das gesellschaftliche Leben integrieren können. Kinder und Jugendliche haben zum Beispiel beim Übergang in Gymnasien und in Ausbildung große Nachteile. Herkömmliche professionelle Hilfen greifen in diesen Fällen nur bedingt, weil die Menschen mit den bestehenden Instrumenten und Systemen nicht erreicht werden. Viele Eltern mit Migrationshintergrund haben keine Kenntnisse über bestehende Informationsmöglichkeiten und vorhandene Angebote. Wenn noch Sprachdefizite dazukommen, sind dies unüberwindbare Barrieren. Die Folgen der Nichterreichbarkeit der Migranten und damit auch die Nichtinanspruchnahme bereits bestehender Fördermöglichkeiten haben negative Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft.

Stadtteilerlern helfen Migranten, das Hilfesystem zu erschließen

Stadtteilerlern sind Menschen mit diversen kulturellen Hintergründen und Migrationserfahrungen sowie entsprechenden Sprachkenntnissen. Sie bilden eine Brücke zu den Migranten und sind



Kinder aus Flüchtlingsfamilien (hier: aus der Gemeinschaftsunterkunft in Rheinfelden)

eine wichtige Schnittstelle zwischen den beteiligten Akteuren, einschließlich Lehrer und Erzieher. Sie stellen Kontakte zu Familien mit Migrationshintergrund her und bauen Vertrauen auf. Dabei wird informell und alltagsgebräuchlich über das Leben in Deutschland informiert, wie auch über das Schul-, Ausbildungs-, Sozial- und Gesundheitswesen. Bei Bedarf soll auch eine Begleitung zu Gesprächen in Kindergärten, Schulen, Behörden und bei Ärzten erfolgen. Dabei sollen die Eltern und Jugendlichen so gestärkt werden, dass sie zielgerichtet professionelle Beratung aufsuchen und bestehende Förderangebote in Anspruch nehmen. Hierbei sind die Stadtteilerlern nur unterstützend und vermittelnd tätig. Ziel ist, bestehende Hemmschwellen dauerhaft abzubauen.

Stadtteilerlern sind kein neues oder zusätzliches Angebot im Hilfesystem. Vielmehr geht es darum, die bestehenden Angebote und Unterstützungsmöglichkeiten für Menschen mit Migrationshintergrund zu erschließen und möglichst optimal nutzbar zu machen. Dies erhöht auch die Effizienz des bestehenden Hilfesystems.

Stadtteilerlern sind nach Einschätzung der Verwaltung sehr gut geeignet, die immer wieder in den Fachgremien dargestellten Bildungsprobleme bei Fami-

lien mit Migrationshintergrund wirksam anzugehen. Eine durchgeführte Umfrage bei Grund- und Hauptschulen sowie Kindergärten in Lörrach bestätigt den großen Bedarf.

Bereits bestehende Stadtteilerlernprojekte wurden im Jahr 2016 in drei Kommunen des Landkreises bei entsprechender Kofinanzierung durch die Gemeinden mit insgesamt 75 000 Euro unterstützt. Für das Jahr 2017 ist eine regionale Ausweitung auf weitere Gemeinden geplant. Für die Stadtteilerlernprojekte stehen insgesamt 90 000 Euro zur Verfügung.

Seit 2016 stellt der Landkreis Lörrach jährlich 150 000 Euro für Stadtteilerlern- und sonstige Integrationsprojekte zur Verfügung.

Integrationsangebote für eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben

Die „sonstigen Integrationsprojekte“ sollen einen Beitrag für eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben bieten. Im Rahmen eines regionalen Integrationskonzeptes sollen, in Kooperation mit den zahlreichen Akteuren vor Ort, wie Kommunen, Jugendsozialarbeit, Vereine, Schulen und andere, attraktive, auch niederschwellige, Integrationsangebote für zugewanderte Menschen mit ausländischen Wurzeln sowie für Einheimische zur Verfügung gestellt werden. Dazu gehören Kreativprojekte, Sportangebote, freizeitpädagogische Maßnahmen, verknüpft mit suchtpräventiven und integrativen Inhalten, Begegnungs- und Austauschmöglichkeiten. Der integrative Austausch unterschiedlicher Gruppen soll die Bedürfnisse nach Zugehörigkeit und Zusammenhalt stärken sowie Fremdenfeindlichkeit entgegenwirken.

Die im Jahr 2016 geförderten Integrationsprojekte waren vor allem in den Bereichen Sport, Kreativität, Bildung und



Gemeinsames Fußballspielen – aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben



Arbeitsmarktintegration – Flüchtlinge werden durch einen Betrieb geführt

Austausch zu finden. Sie ermöglichten einer großen Anzahl von Menschen mit und ohne Migrations- und Fluchthintergrund, sich zu treffen und gegenseitig kennenzulernen. Gelegenheiten boten sich unter anderem beim Fußball, Volleyball, Klettersport und Eishockey sowie bei Kreativitätsworkshops für Mädchen, Computer- und Internetkursen, Frauenfrühstücken mit Inputreferaten und in einer Flüchtlingswerkstatt. Noch mehr innovative Projekte wurden 2017 beantragt und ein Großteil davon auch bewilligt, wie beispielsweise ein

gemeinsames Gartenprojekt. Seit der Landkreis die finanziellen Mittel für diese Art von Projekten zur Verfügung stellt, gibt es in jedem Jahr weitaus mehr Projektanträge als Mittel zur Verfügung stehen. Dies zeigt, dass ein großer Bedarf an niederschweligen Angeboten im Bereich der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund besteht. Das politische Gremium hat außerdem beschlossen, die bisher erfolgreichen Projekte für ein weiteres Jahr zu unterstützen, damit Kontinuität gewährleistet werden kann.



Arbeitsmarktintegration – Flüchtlinge werden in einem Betrieb willkommen geheißen

Deutsch lehren will gelernt sein – Erfahrungsaustausch unter Lehrenden

Geflüchteten Deutsch zu lehren ist eine herausfordernde Aufgabe. Viele bürgerschaftlich Engagierte nehmen sich in ihrer Freizeit dieser Aufgabe im Landkreis an – ein unentgeltliches und zugleich unbezahlbares Engagement. Um Wartezeiten bis zum Start eines geförderten institutionellen Sprachkurses sinnvoll zu nutzen, unterrichten sie Einzelne und Gruppen. Sie kümmern sich auch um Menschen, die keine institutionellen Kurse besuchen können, wie Mütter mit sehr kleinen Kindern.

Für Geflüchtete ist das Erlernen der deutschen Sprache essentiell, dient sie doch als Türöffner zum Arbeitsmarkt, als Kontaktmöglichkeit zu den Nachbarn und vielem mehr. Ohne solche Sprachkenntnisse droht die dauerhafte Abhängigkeit von Übersetzenden und vom Sozialsystem. Isolation, Frust und Depression können weitere, negative Folgen sein. Dem wirken viele bürgerschaftlich Engagierte im Landkreis entgegen.

Auf Seminar folgt Austausch

Der Caritasverband und das Landratsamt Lörrach boten ehrenamtlichen Deutschlehrern Kurse zur fachlichen, didaktischen und praktischen Unterstützung an. Ende 2016 nahmen etwa 50 Personen in Grenzach, Steinen und Lörrach teil. Die zahlreichen Anmeldungen machten einen zusätzlichen Kurs notwendig. Dabei zeigte sich auch ein großes Interesse an einem gegenseitigen Austausch. Daraufhin fand kürzlich ein runder Tisch statt. Im Fokus stand der gegenseitige Erfahrungsaustausch von freiwillig engagierten Deutschlehrern und -vermittlern in der Flüchtlingshilfe als auch solchen, die es werden wollen. Gabriele Kaltenbach, hauptamtliche Lehrerin für Deutsch als Fremdsprache, konnte bei diesem Treffen wertvolle Impulse und Hilfestellungen geben. Ebenso bot

Antje Heduschke, die Geflüchtete an der Gewerbeschule unterrichtet, wertvolle Tipps und Ideen. Abgerundet wurde das Treffen durch die Teilnahme des mehrsprachigen Syrrers Agid Osman, der für Flüchtlinge dolmetscht.

Aufgrund der ungebrochen großen Nachfrage und dem Interesse am Thema wird es im Sommer 2017 erneut ein Austauschtreffen für Deutschlehrer und -vermittler geben. Das Thema wird lauten: Freude am Deutschlernen – Spiele und Tipps zur Motivation erwachsener Schüler im Deutschunterricht.

Gemeinsam und nachhaltig Integration fördern – Landkreisweites Austauschtreffen für Ehrenamtliche

Eine unverzichtbare Hilfe in der nachhaltigen Integration sind die zahlreichen gemeinnützigen Organisationen und Vereine zur Unterstützung der Flüchtlinge und Asylbewerber im Landkreis, mit denen das Landratsamt eng zusammenarbeitet. Um den Austausch und die Vernetzung der bürgerschaftlich Engagierten untereinander zu fördern, das große Engagement zu würdigen und bei der Bewältigung der aktuell anfallenden Herausforderungen zu unterstützen, organisiert das Landratsamt, gemeinsam mit dem Caritasverband und dem Diakonischen Werk im Landkreis Lörrach sowie dem evangelischen Kirchenbezirk Markgräflerland und dem katholischen Bildungszentrum Waldshut ein großes landkreisweites Austauschtreffen im Mai 2017. Hierzu werden alle Ehrenamtlichen, die sich im Landkreis Lörrach für Geflüchtete engagieren oder dies noch tun möchten, eingeladen.

Nachgefragt

Was bedeutet Integration eigentlich und was kann in Helferkreisen dazu beigetragen werden? Wie können geflüchtete Menschen dabei unterstützt werden, selbstbestimmt im Landkreis zu leben?



Kurse für Deutschlehrende in der Flüchtlingshilfe – hier: Kursteilnehmer in Grenzach-Wyhlen mit Referentin Gabriele Kaltenbach (zweite Reihe, fünfte von links), Christine Meinzer-Folk (Ehrenamtskoordinatorin der Caritas im Landkreis Lörrach, zweite Reihe, vierte von links) und Flüchtlingsbeauftragte Lucia Klein (erste Reihe links)

Wie genau kann „Hilfe zur Selbsthilfe“ konkret aussehen? Wie viel Engagement ist auf Dauer sinnvoll, befriedigend und gesund? Wie können Begleiter akquiriert und unterstützt werden? Diese Fragen sollen in Kleingruppen mittels persönlicher Erfahrungen erörtert sowie gleichzeitig neue Wege entwickelt werden.

Arbeitsgruppen

Den Schwerpunkt der Veranstaltung bilden die Workshops zu den folgenden Themen:

Helfergewinnung und Helferbindung – dieser Punkt umfasst das Erstgespräch mit einem neuen Paten hinsichtlich Motivation und Umfang der Hilfe sowie der Umgang mit neuen Helfern in Sachen Unterstützung, Einführung, Begleitung und gegenseitige Hilfe. Auch geht es darum, wie neue Helfer angesprochen werden und wie diese gut und nachhaltig betreut werden können. Die umfangreichen Themen Anschlussunterbringung und Integration werden mittels der Fragen „Was bedeutet Integration für mich? Was verfolgen wir als Helferkreis für ein Integrationsziel? Wie kann Integration in der Anschlussunterbringung – speziell nach zwölf Monaten gelingen?“ diskutiert.

In der Gruppe „Begleitung/Patenschaft“ geht es um Umfang und Definition sowie Begleitungsphasen, -rollen und verschiedene Modelle. Zudem werden Möglichkeiten und Grenzen des Engagements hinsichtlich Selbstschutz und Ressourcen ausgearbeitet.

In einer resümierenden Abschlussrunde wird eruiert, was bislang gut funktioniert und sich bewährt hat sowie was voneinander gelernt werden kann.

Auch der Landkreis Lörrach lernt und wächst permanent mit seinen Herausforderungen, die sich im Bereich einer gelungenen Integration immer weiter entwickeln. Landrätin Marion Dammann, Sozialdezernentin Elke Zimmermann-Fiscella und das gesamte Team des Fachbereichs Aufnahme und Integration arbeiten hart daran, Wünsche und Erfordernisse der Gemeinden und Städte sowie der Menschen zu berücksichtigen, um friedvolle und zukunftsfähige Lebens- und Arbeitsgemeinschaften zu fördern.

Mai-Kim Läm ist in der Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit und Kreistag im Landratsamt Lörrach tätig

Flüchtlingsaufnahme im Spannungsfeld von rechtlichen Rahmenbedingungen und Willkommenskultur

Von Dr. Ulrich Derpa und Elisabeth Krug

Die Unterbringung und Aufnahme von Geflüchteten stellte vor allem seit Mitte des Jahres 2015 eine große Herausforderung für Gesellschaft und Verwaltung dar. Im Main-Tauber-Kreis ist es gemeinsam mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden sowie dem Ehrenamt vor Ort gelungen, alle Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften aufzunehmen und eine Unterbringung in Notunterkünften wie Turn- und Gewerbehallen oder Zelten zu vermeiden. Daneben unterstützte der Landkreis das Land bei der kurzfristigen Einrichtung der Erstaufnahme in Wertheim. Aktuell kommt der Integrationsaufgabe in Arbeit und Gesellschaft hohe Bedeutung für Bleibeberechtigte und ihre Familien zu. Gerade ein ländlicher Raum wie der Main-Tauber-Kreis kann mit guten Rahmenbedingungen wie Wohnraum, Arbeitsplätzen und persönlicher Begleitung in Nachbarschaft und Kommune punkten.

Menschen auf der Flucht

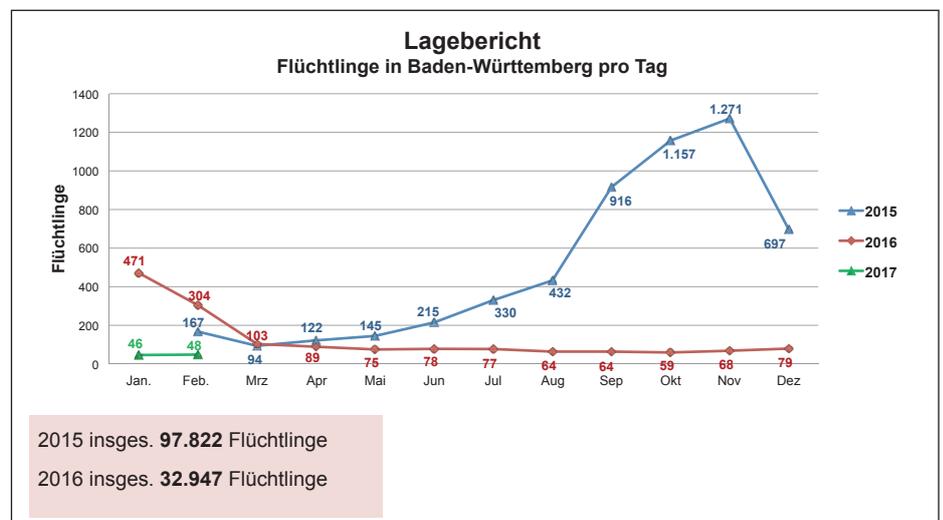
Derzeit sind weltweit über 65 Millionen Menschen auf der Flucht, so viele wie nie zuvor nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die meisten Flüchtlinge sind Binnenflüchtlinge in ihrem eigenen Land und in Nachbarländern, meist selbst Entwicklungsländer. Der Libanon, Jordanien und die Türkei haben in den vergangenen Jahren wesentlich mehr Flüchtlingen eine Zuflucht gewährt als die westeuropäischen Staaten, vor allem auch im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung. Im Jahr 2015 sind in die Bundesrepublik rund 890 000 Flüchtlinge eingereist, im

Vergleich zu etwa 200 000 im Jahr 2014. Die Zahl der geflüchteten Menschen, die nach Deutschland eingereist sind, ging im Jahr 2016 wieder auf 280 000 zurück, davon ist der Großteil in den ersten Monaten des Jahres eingereist. Nach Schließung der Balkanroute und dem EU-Türkei-Abkommen ist die Zahl der Menschen, die auf ihrer Flucht Deutschland erreicht haben, deutlich gesunken. Allerdings bleiben seither viele Menschen in der Türkei oder stecken auf dem Balkan oder in Griechenland fest. 2016 hat die zentrale Mittelmeerroute nach Italien wieder an Bedeutung gewonnen und dies mit tödlichem Ausgang für mehr als 5000 Flüchtlinge. In Baden-Württemberg reisten 2014 mehr als 25 000 Asylsuchende (Erstarragsteller) ein, 2015 etwa 98 000 und im vergangenen Jahr rund 33 000 Geflüchtete. Dem Main-Tauber-Kreis wurden im Jahr 2014 354 Flüchtlinge zugewiesen, im Jahr 2015 1035 Flüchtlinge, im vergangenen Jahr waren es noch 624.

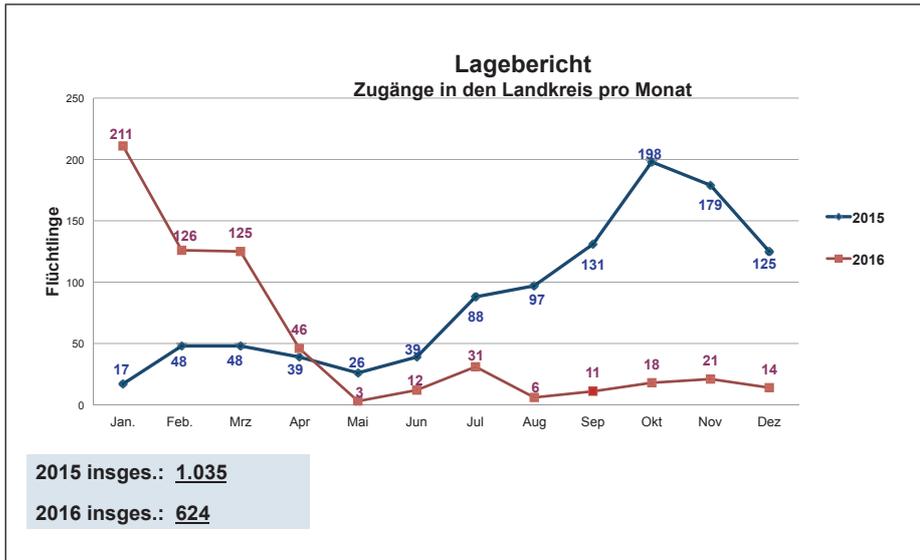
Ein Schwerpunkt bei den Herkunftsländern war Anfang 2015 zunächst der Kosovo und weitere südosteuropäische Länder und ab September Syrien. Danach erfolgte auch ein verstärkter Zugang aus Afghanistan und dem Irak. Die Spitze des Zugangs in Baden-Württemberg wurde im November 2015 mit 1271 Flüchtlingen am Tag erreicht. Beim Main-Tauber-Kreis erfolgte der Zugang zeitlich versetzt mit der Spitze von 211 Zuweisungen im Januar 2016. Seit April 2016 ist die Zahl der Zuweisungen deutlich zurückgegangen. In den ersten drei Monaten des laufenden Jahres 2017 erfolgten keine Zuweisungen mehr an den Landkreis.

Mehrstufiges Verfahren der Flüchtlingsaufnahme

In Baden-Württemberg besteht ein dreistufiges Verfahren der Flüchtlingsaufnahme. Die Erstaufnahme erfolgt im Land durch das Regierungspräsidium



Die Spitze des Zugangs an Flüchtlingen in Baden-Württemberg wurde im November 2015 mit 1271 Flüchtlingen am Tag erreicht.



Beim Main-Tauber-Kreis erfolgte der Zugang an Flüchtlingen zeitlich versetzt mit der Spitze von 211 Zuweisungen im Januar 2016.

Karlsruhe in Erstaufnahmeeinrichtungen bzw. Ankunftscentren des Landes. Dabei werden Baden-Württemberg nach dem so genannten Königsteiner Schlüssel ca. 13 v. H. der Flüchtlinge in Deutschland zugewiesen. Danach erfolgt die Zuweisung nach Einwohnerzahl auf die Stadt- und Landkreise. Dies sind im Main-Tauber-Kreis knapp 1,5 v. H. der landesweit zugewiesenen Flüchtlinge, wobei die in der Erstaufnahme in Wertheim untergebrachten Flüchtlinge nach einem entsprechenden Schlüssel berücksichtigt werden. Die vorläufige Unterbringung endet mit der Anerkennung als Flüchtling oder subsidiär Schutzbedürftiger, in jedem Fall spätestens 24 Monate nach der Aufnahme. Den nächsten Schritt bildet in Baden-Württemberg die so genannte kommunale Anschlussunterbringung in Städten und Gemeinden, ebenfalls nach der jeweiligen Einwohnerzahl.

Die Stadt- und Landkreise sind als untere Aufnahmebehörden für die Errichtung und den Betrieb von Liegenschaften in der vorläufigen Unterbringung, die Leistungsgewährung und soziale Betreuung verantwortlich. Die Städte und Gemeinden sollen bei der Suche nach geeigneten Grundstücken und Liegen-

schaften mitwirken. Häufig bildet sich, vor allen in den kleineren Gemeinden, schnell ein erster Helferkreis mit Unterstützung der Gemeinde.

Die Flüchtlingsunterbringung und -aufnahme war auch im Main-Tauber-Kreis eine enorme Herausforderung für die Verwaltung wie auch für die gesamte Bürgerschaft. Während es Anfang 2015 noch fünf Gemeinschaftsunterkünfte

mit insgesamt 427 Plätzen an vier Standorten gab, waren es Mitte 2016 in der Spitze mehr als 1650 Plätze in 27 Unterkünften in 16 von 18 kreisangehörigen Kommunen sowie weitere 280 vorbereitete Plätze bzw. in konkreter Planung, das heißt in der Summe 1930 Plätze, und daneben bis zu 1000 Geflüchtete in der Erstaufnahme des Landes in Wertheim.

Unbegleitete minderjährige Ausländer

Eine große Herausforderung war neben der vorläufigen Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften auch die Aufnahme und Betreuung von ca. 100 unbegleiteten minderjährigen Ausländern. Jugendliche, die noch nicht volljährig und ohne sorgerechtigte Begleitung nach Deutschland gekommen sind, haben internationalen Konventionen wie der UN-Kinderrechtskonvention oder dem Haager Minderjährigen Schutzabkommen zufolge sowie nach europäischen und nationalen Vorgaben Anspruch auf besonderen Schutz. Mit der seit November 2015 veränderten gesetzlichen Grundlage sowie dem seitdem verbindlichen Verteilverfahren auf



Auch in der „Alten Schule“ in der Stadt Boxberg wurde eine Gemeinschaftsunterkunft eingerichtet.



Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge wurden unter anderem in Einrichtungen wie dem „Fit for life“-Haus der Jugendhilfe Creglingen in Tauberbischofsheim untergebracht.

Bundes- und Landesebene sind alle Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg mit dieser Aufgabe befasst. Die unbegleiteten minderjährigen bzw. zwischenzeitlich volljährigen Ausländer wurden im Landkreis überwiegend in Einrichtungen der Jugendhilfe oder in Gastfamilien aufgenommen. In der Zusammenarbeit zwischen freier und öffentlicher Jugendhilfe gelang es, die notwendigen Kapazitäten und Strukturen im Landkreis zu schaffen.

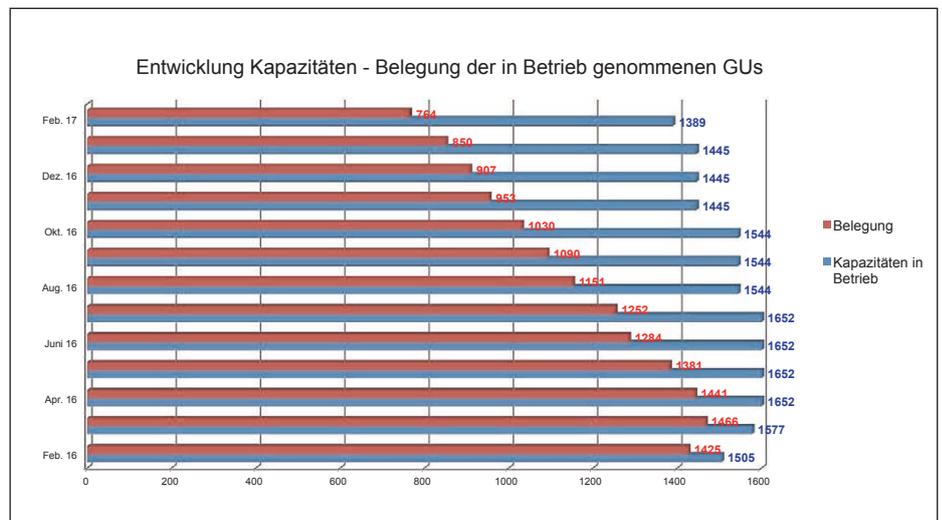
Abbau von Kapazitäten

Während auf dem Höhepunkt des Flüchtlingszugangs bis zu 1500 geflüchtete Menschen in den Gemeinschaftsunterkünften im Main-Tauber-Kreis lebten, waren es zum 1. Februar 2017 noch 850. Das Land hält die Kreise dazu an, die aktuell nicht mehr benötigten Liegenschaften und Plätze sukzessive, wenn möglich zugänglich, abzubauen. Inzwischen konnten zahlreiche Gemeinschaftsunterkünfte wieder aufgegeben werden. Der Landkreis hat außerhalb des Kreissitzes Tauberbischofsheim keine Gebäude gekauft, da die weitere Entwicklung ungewiss erschien. Zwischenzeitlich wurden alle Mietverträge für Wohncontainer und

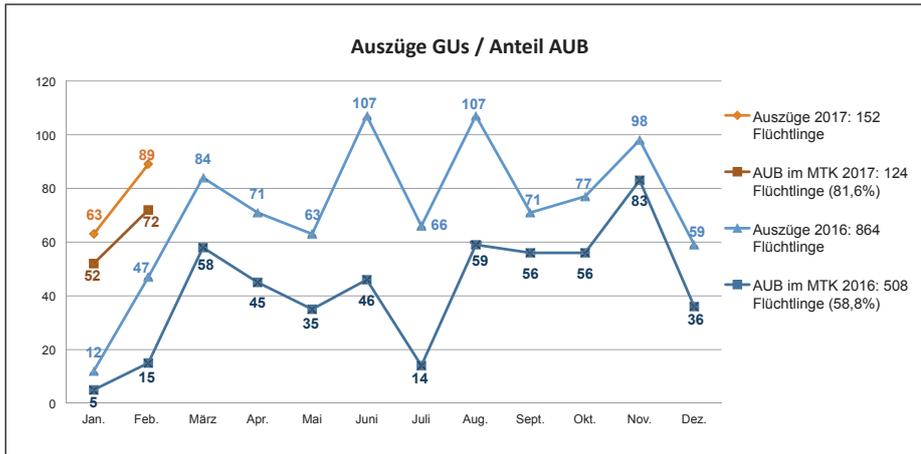
die dafür benötigten Grundstücke gekündigt; hier läuft die Nutzung nach der ursprünglich vereinbarten Mietdauer von zwei Jahren aus. Frei werdende und geeignete Liegenschaften werden den kreisangehörigen Kommunen für die Anschlussunterbringung angeboten und übergeben. Nach Möglichkeit werden die Wohnplätze bereits aktuell dem höheren Flächenstandard von sieben Quadratmetern Wohn- und Schlaflfläche angepasst. Ende des Jahres soll die Kapazität auf ca. 600 oder weniger Plätze reduziert sein.

Kommunale Anschlussunterbringung

Ein besonderes Augenmerk liegt aktuell vor allem auf der kommunalen Anschlussunterbringung. Nach der vorläufigen Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften durch den Landkreis wechseln die meisten Asylbewerber, die als Flüchtling oder subsidiär Schutzbedürftige anerkannt werden, in die kommunale Anschlussunterbringung. Dies ist Aufgabe der Städte und Gemeinden. Dabei muss ein angemessenes Wohnen ermöglicht werden. Das Landratsamt unterstützt die Städte und Gemeinden bei dieser wichtigen Aufgabe. Hier gilt seit August 2016 für die meisten Bleibeberechtigten eine Wohnsitzauflage für das Bundesland, die in Baden-Württemberg gemeindebezogen erteilt wird. In der Folge stieg die Verbleibquote im Landkreis von bislang ca. 50 Prozent auf mehr als 75 Prozent seit September 2016 an. Die anerkannten Flüchtlinge werden entweder aus der vorläufigen Unterbringung oder auch im Einzelfall direkt aus der Erstaufnahme den Städten und Gemeinden entsprechend dem Anteil der Bevölkerung an der gesamten Kreisbevölkerung zugewiesen. Die Akzeptanz der Anschlussunterbringung hängt für den geflüchteten Menschen



Im Main-Tauber-Kreis standen in der Spitze 1652 Plätze in Gemeinschaftsunterkünften zur Verfügung, von denen bei der Höchstbelegung im März 2016 insgesamt 1466 genutzt wurden.



Die Grafik zeigt die Entwicklung der Auszüge aus den Gemeinschaftsunterkünften im Main-Tauber-Kreis und wie viele Personen davon jeweils in die Kommunale Anschlussunterbringung innerhalb des Kreises wechselten.

und seinen Helfer sowie auch für die jeweilige Kommune von einem transparenten, verlässlichen und die jeweiligen Integrationsfortschritte berücksichtigenden Verfahren ab, in das auch die Ausländerbehörde sowie das Jobcenter eingebunden sind. Mit einem strukturierten Verfahrensablauf, der mit allen beteiligten Stellen abgestimmt ist und regelmäßig überprüft wird, konnte zwischenzeitlich mehr Akzeptanz erreicht werden.

Rückkehr und Rückkehrberatung

Ein Fokus liegt auch auf der Aufgabe der Rückkehrberatung. In den vergangenen zwölf Monaten erfolgten im Kreis 369 Rückkehrberatungen und daraus resultierend 91 freiwillige Ausreisen. Daneben wurden 37 Abschiebungen von ausreisepflichtigen Ausländern vollzogen, nachdem es zuvor kaum zwangsweise Rückführungen gegeben hatte. Die freiwillige Ausreise hat insofern als das mildere Mittel in jedem Fall Vorrang und erleichtert die Wiedereingliederung im Heimatland. Vor allem Menschen aus Serbien, Albanien und auch aus dem Irak machten von dieser Möglichkeit Gebrauch und reisten freiwillig aus. Der Ausreise stehen häufig auch rechtliche oder tatsächliche Hindernisse entgegen.

Lenkungsgruppe Asyl

Landrat Reinhard Frank hat im Oktober 2015 in der Kreisverwaltung eine Lenkungsgruppe Asyl einberufen. Zuvor hatten bereits im Sommer 2015 de-zernatsübergreifend erste Lagebesprechungen wegen der Schaffung ausreichender Unterbringungsmöglichkeiten für die Flüchtlingsaufnahme stattgefunden. Der Lenkungsgruppe, die Ende des vergangenen Jahres nach einem guten Jahr aufgelöst werden konnte, gehörten der Erste Landesbeamte und Dezernent

Recht und Umwelt, die Dezernentin für Jugend, Soziales und Gesundheit, der Dezernent Personal und Finanzen sowie der Dezernent und Eigenbetriebsleiter für Energie- und Immobilienmanagement, der Leiter des Amtes für soziale Sicherung, Teilhabe und Integration und die Leiterin des Organisationsamtes an. Weitere Mitglieder aus betroffenen Einheiten wie den Querschnittsämtern, dem Bauamt und dem Ausländeramt wurden bei Bedarf zu den Abstimmungsrunden hinzugezogen. Aufgabe und Zielsetzung der Lenkungsgruppe war es, die Flüchtlingsunterbringung und -aufnahme im Landkreis dezernats- und ämterübergreifend zentral zu steuern, die Integration von Flüchtlingen konzeptionell zu begleiten und die entsprechenden Aktivitäten, Projekte und Maßnahmen zu bündeln.

Aktionsbündnis Integration

Zu einem „Aktionsbündnis Integration“ hat Landrat Reinhard Frank Vertreter von Schulen, Volkshochschulen, Weiterbildungsinstitutionen, kirchlichen Trägern, Industrie- und Handwerkskammer, Jobcenter und Agentur für Arbeit aufgerufen. In diesem Rahmen wurde ein



Zu den Aufgaben der Lenkungsgruppe im Landratsamt Main-Tauber-Kreis gehörte es, die Flüchtlingsunterbringung und -aufnahme im Landkreis dezernats- und ämterübergreifend zentral zu steuern.



Zu einem „Aktionsbündnis Integration“ hat Landrat Reinhard Frank aufgerufen.

„Masterplan Integration“ zur nachhaltigen Integration von Flüchtlingen erarbeitet. Die vier großen Bausteine des Masterplans Integration bilden die Themenfelder Sprache, Schule, Ausbildung und integrationsfördernde Maßnahmen. In diesem Kontext wurden die Expertenrunden „Kompetenzfeststellung“, „Sprachförderung“ und „Helferkreise“ initiiert. Leitmotiv war und ist die koordinierte und abgestimmte Vorgehensweise aller beteiligten Stellen, Organisationen und Behörden im Landkreis. Zur ersten Kontaktaufnahme mit der Arbeitswelt wurden gemeinnützige Arbeitsgelegenheiten für geflüchtete Menschen in den Gemeinschaftseinrichtungen, bei Städten und Gemeinden sowie Vereinen und gemeinnützigen Organisationen akquiriert und angeboten. Aktuell läuft parallel zu den nach wie vor möglichen Arbeitsgelegenheiten das Arbeitsmarktprogramm „Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen“ (FIM) an.

Intensivierung der Sprachförderung

Die Intensivierung der Sprachförderung ist ein wichtiger Baustein der Integration. Hier hat die Landkreisverwaltung vor allem mit den Volkshochschulen im

Landkreis, aber auch mit anderen Trägern, das Angebot von Basissprachkursen im Umfang von 100 Stunden je Flüchtling an allen Standorten der vorläufigen Unterbringung organisiert. Ergänzend hat die Expertenrunde Sprache zu einer besseren Zusammenarbeit, einem ausreichenden Kursangebot und möglichst geringen Wartezeiten erheblich beigetragen. Mitte 2016 hatten bereits mehr als 1200 Menschen an den Basissprachkursen teilgenommen.

Junge Flüchtlinge zwischen 18 und 25 Jahren erhielten die Gelegenheit, in so genannten Vorbereitungsklassen Arbeit und Beruf ohne Deutschkenntnisse (VABO-Klassen) ein geeignetes schulisches Angebot zu erhalten, das zur Arbeitsmarktreife führen soll. Mittlerweile bieten alle beruflichen Schulen im Main-Tauber-Kreis und das Kolping-Bildungswerk insgesamt elf solche VABO-Klassen an, um möglichst alle jungen Geflüchteten der betreffenden Altersspanne aufzunehmen und ihnen die Chance zu geben, schnell die deutsche Sprache zu erlernen.

Integrationsnetzwerk Hohenlohe-Main-Tauber

Ein weiterer großer Schritt gelang mit der Gründung des landkreisübergreifenden Integrationsnetzwerks Hohenlohe – Main-Tauber (INW). Das in dieser Form bundesweit einmalige Projekt der Zusammenarbeit von zwei Landkreisen zur zügigen und nachhaltigen Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Menschen wurde im vergangenen Jahr mit der Unterzeichnung des Kooperationsvertrags durch die beiden Landräte Dr.



Landrat Dr. Matthias Neth (rechts) und Landrat Reinhard Frank (links) bei der Vertragsunterzeichnung im Beisein der Sozialdezernentinnen Ursula Mühleck (Hohenlohekreis, rechts), Elisabeth Krug (Main-Tauber-Kreis, links) und Silvia Elisabeth Keller, Projektleitung Integrationsnetzwerk (Mitte)

Matthias Neth und Reinhard Frank ins Leben gerufen. Das Netzwerk wird als Leuchtturmprojekt über vier Jahre aus Mitteln des Bundes und des Europäischen Sozialfonds und mit einem Mittelvolumen in Höhe von 2,6 Millionen Euro realisiert. Das Projekt soll eine Brücke bauen zwischen geflüchteten Menschen, deren Umfeld in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden sowie Unternehmen und Schulen. Ziel ist die Entwicklung von Strukturen, Methoden und Instrumenten zur besseren Integration von Flüchtlingen in schulischer und beruflicher Ausbildung oder Qualifizierung und Beschäftigung durch ein koordiniertes Netzwerk der regionalen Akteure im Hohenlohekreis und im Main-Tauber-Kreis. Dabei werden neue Wege erprobt, beispielsweise in der Zusammenarbeit mit Unternehmen und Organisationen wie der Handwerks- und Industrie- und Handelskammer, aber auch der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter.

Aktuell wurde als Kooperationsprojekt des INW mit den Jobcentern Hohenlohekreis und Main-Tauber sowie der Agentur für Arbeit Schwäbisch Hall – Tauberbischofsheim ein Ordner „mein Ordner / my file“ an jeweils 800 Geflüchtete je Landkreis übergeben, in dem die eigenen Dokumente, Zertifikate und Bescheinigungen griffbereit und geordnet abgelegt werden können. Somit können sich alle Akteure rasch ein Bild über die aktuelle Bildungs- und Arbeitsmarktsituation der einzelnen Person machen und damit eine optimale Integrationsunterstützung geben.

Aufgaben des Hauptamtes und des Ehrenamtes

Helferkreise und das zivilgesellschaftliche Engagement sind nach den Erfahrungen der vergangenen Monate unerlässlich für eine gelingende Integration neben einer engagierten Arbeit auf der hauptamtlichen Seite. Der Landkreis hat zwei Veranstaltungen zum Informationsaustausch über die Flüchtlingsarbeit



Landrat Reinhard Frank, Oberbürgermeister Udo Glatthaar und Landtagsabgeordneter Professor Dr. Wolfgang Reinhart ehren beim Landkreisempfang freiwillige Helfer aus allen Städten und Gemeinden im Main-Tauber-Kreis, die sich in der Betreuung von Flüchtlingen engagieren.

angeboten, eine Expertenrunde Helferkreise gegründet und einen Landkreisempfang für die ehrenamtlichen Helfer ausgerichtet. Hinzu kamen die Schaffung einer Personalstelle im Landratsamt zur Koordinierung der Arbeit der Helferkreise, monatliche Koordinierungsgespräche mit der ökumenischen Koordinierungsstelle für Flüchtlingshilfe in Trägerschaft von Caritas, Diakonie und Kolping sowie die Zahlung einer Ehrenamtspauschale.

Bei der Bewältigung der Flüchtlingsunterbringung und -betreuung trat bisweilen zutage, dass es gesellschaftlich und politisch durchaus unterschiedliche Vorstellungen zur Flüchtlingsaufnahme und Integration gibt. Die Kreisverwaltung ist an die Entscheidungen des Gesetzgebers und der übergeordneten Behörden gebunden und hauptamtlich tätig. Entsprechend stand die Entwicklung von gelingenden Verfahrensabläufen und die Schaffung von funktionierenden Strukturen im Vordergrund. Die in der Sozialberatung tätigen Mitarbeiter leisten Hilfe zur Selbsthilfe, geben konkrete Information und beraten nach gesetzlichen Vorgaben. In einigen ehrenamtlich tätigen Helferkreisen bestand,

wenn auch bei den wenigsten „rund um die Uhr“, teilweise ein individuelles Betreuungsverhältnis zu „ihrem“ Flüchtling.

Die Abgrenzung der Aufgaben der Hauptamtlichen und der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer ist mit konkreten Beispielen im Handbuch für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe in Baden-Württemberg „Willkommen!“, das durch die Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung im Staatsministerium Baden-Württemberg herausgegeben wurde, beschrieben.

Bei allen Akteuren bestand Einvernehmen, dass es bereits während des Asylverfahrens um viel mehr geht als um ein Dach über dem Kopf. Die Integration ist und bleibt eine große Herausforderung und gesamtgesellschaftliche Aufgabe verschiedener öffentlicher und privater Träger auf örtlicher Ebene.

Erstaufnahme in Wertheim

Eine besondere Situation bestand im Main-Tauber-Kreis durch die Belegung der Erstaufnahme in Wertheim binnen weniger Stunden an einem Sonntagnachmittag im September 2015. Die



Überregionale Schlagzeilen bekam ein Brandanschlag auf die ehemalige Turnhalle der Polizeiakademie in Wertheim, die als Notunterkunft für Flüchtlinge vorbereitet war.

Landkreisverwaltung, die Stadt Wertheim und die Landesverbände der Hilfsorganisationen erhielten am 13. September 2015 gegen Mittag die Nachricht, dass am späten Nachmittag Busse mit bis zu 600 Flüchtlingen in Wertheim eintreffen würden. Die Landesregierung hatte zu diesem Zeitpunkt bereits entschieden, dass die Nutzung der damaligen Außenstelle der Akademie der Polizei in Wertheim früher als ursprünglich beabsichtigt aufgegeben wird. Dies sollte zunächst bis Ende des Jahres geschehen.

Die Hilfsorganisationen und Ehrenamtlichen aus dem gesamten Landkreis und darüber hinaus haben binnen weniger Stunden die Ankunft der Geflüchteten vorbereitet und die Erstaufnahme mehrere Tage provisorisch betrieben. Die ersten 450 Flüchtlinge trafen am frühen Abend in Wertheim ein. Der Landkreis hat das Regierungspräsidium Stuttgart und die Große Kreisstadt Wertheim in den ersten Stunden und Tagen, aber auch im weiteren Betrieb, mit Katastrophenschutzkräften aus dem gesamten Landkreis und vor allem aus dem Gesundheitsamt unterstützt.

Überregionale Schlagzeilen bekam ein Brandanschlag auf die außerhalb des

umzäunten Areals liegende ehemalige Turnhalle der Polizeiakademie am darauffolgenden Sonntag, 20. September 2015. Die Turnhalle war am Vortag ebenfalls mit Unterstützung des Landratsamtes als Notunterkunft vorbereitet und ausgestattet worden. Glücklicherweise war die Unterkunft nicht belegt.

Bilanz und weitere Herausforderungen

Im Landkreis ist es gelungen, seit 2015 in der vorläufigen Unterbringung in der Verantwortung des Kreises mehr als 1500 geflüchtete Menschen im Einvernehmen mit den Städten und Gemeinden aufzunehmen. Dabei konnte im Kreis die Unterbringung von Flüchtlingen in Notunterkünften wie z.B. Turnhallen oder Zelten, die sowohl für die Bevölkerung als auch für die Geflüchteten die am wenigsten verträgliche Lösung gewesen wären, vermieden werden.

Bis Herbst 2016 haben mit Koordinierung durch die Landkreisverwaltung nahezu alle Geflüchteten einen Asylantrag gestellt. Die Sicherheit in den Gemeinschaftsunterkünften und in deren Umfeld war ebenfalls ein wichtiges

Thema in den jeweiligen Abstimmungsgesprächen. Bevor eine neue Gemeinschaftsunterkunft eröffnet wurde, hat das Landratsamt jeweils Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienst und Stadtverwaltungen unterrichtet.

Der Main-Tauber-Kreis hat dabei wie andere Stadt- und Landkreise auch Licht und Schatten erlebt, sowohl Konflikte als auch Zuversicht gebende Ansätze einer gelingenden Integration.

Erste Schritte der Integration sind dank des außerordentlichen Einsatzes der Haupt- und Ehrenamtlichen gelungen: Sprachkurse, Betreuung in der Kindertagesstätte, Schulausbildung, Vermittlung von Arbeitsgelegenheiten und der Übergang in die Anschlussunterbringung in kommunaler Verantwortung, in Einzelfällen auch Arbeitsaufnahme und Ausbildung.

Mit dem Wechsel in das System der Existenz sichernden Leistungen des SGB II ergeben sich verstärkt Aufgaben für das Jobcenter, das gerade für das Jahr 2017 ein differenziertes Maßnahmenprogramm für die Menschen mit Bleiberechtsperspektive bereithält und damit gut gerüstet erscheint.

Die dauerhafte gesellschaftliche Integration dürfte letztendlich eine mindestens so große Herausforderung wie die erste Aufnahme und Unterbringung darstellen. Insofern liegt noch ein schwieriger und weiter Weg vor uns.

Dr. Ulrich Derpa ist Erster Landesbeamter beim Landratsamt Main-Tauber-Kreis und war Leiter der Lenkungsgruppe Asyl. Elisabeth Krug ist Dezernentin für Jugend, Soziales und Gesundheit und war stellvertretende Leiterin der Lenkungsgruppe Asyl im Main-Tauber-Kreis.

Das „Job- und Integrations-Programm (JIP)“ im Landkreis Reutlingen

Von Mirjam Schmid, Reutlingen

Das Landratsamt Reutlingen hat gemeinsam mit seinen Partnern im Bündnis für „Arbeit und Beschäftigung von Asylbewerbern und Flüchtlingen“ ein Job- und Integrationsprogramm (JIP) entwickelt, das mit drei Integrationszentren im Landkreis die Integration in den Arbeitsmarkt und die soziale Teilhabe in gleichem Maße in den Blick nimmt. Ziel ist es, neue und unbürokratische Wege in den Arbeitsmarkt für Geflüchtete zu eröffnen, um Kontakte zwischen Geflüchteten und Arbeitgebern zu schaffen. Durch die Übernahme von spezialisierten Themen (wie Rückkehrberatung, psychosoziale Beratung, Unterstützung von Frauen) entlasten die Integrationszentren außerdem die Gemeinden und Städte.

Im Herbst 2015 stieg die Zahl der Asylbewerberzuweisungen für den Landkreis Reutlingen auf bis zu knapp 500 Personen monatlich an. Überwiegend Geflüchtete mit hoher Bleibewahrscheinlichkeit erreichten die Kreisgrenze. Schnell war klar: Es müssen Perspektiven und Integrationsmaßnahmen für die Menschen geschaffen werden, um Fehler der 90er Jahre zu vermeiden und ein friedliches Miteinander zu fördern. Der Schulterschluss mit allen Partnern wurde gesucht, um gemeinsam mit diesen das innovative Konzept eines Job- und Integrationsprogramms auszuarbeiten und so einen zukunftsorientierten Beitrag zur Integration der Zugewanderten im Landkreis Reutlingen zu leisten.

Das Bündnis „Arbeit und Beschäftigung für Asylbewerber und Flüchtlinge im Landkreis Reutlingen“

Durch das dezentrale Unterbringungskonzept des Landkreises Reutlingen war eine solide Grundlage im Bereich hauptamtliche Betreuung, (Basis)Sprachförderung und ehrenamtliches Engagement bereits geschaffen. Auch einzelne Projekte hinsichtlich einer Arbeitsmarktintegration für Geflüchtete konnten aufgebaut werden. Jedoch liefen

diese oft parallel zueinander und waren nicht immer in gewünschtem Maße verknüpft, um die daraus resultierenden Synergieeffekte optimal ausschöpfen zu können. Angesichts der hohen Zahl der voraussichtlich bleiberechtigten Flüchtlinge war man sich jedoch einig, dass ein gemeinsames Handeln aller Akteure die notwendige Bedingung für eine erfolgreiche Integration darstellt, weshalb unter der Leitung von Landrat Thomas Reumann das Bündnis für „Arbeit und Beschäftigung für Asylbewerber und Flüchtlinge im Landkreis Reutlingen“ im Oktober 2015 gegründet wurde.

Durch den Zusammenschluss von Landkreis, Städten und Gemeinden, Arbeitsagentur, Jobcenter, Liga der Freien Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Kreishandwerkerschaft und Kammern entstand eine bessere Abstimmung und Koordinierung aller beteiligten Akteure mit dem erklärten Ziel, die bereits vorherrschenden Strukturen und Projekte optimal zu nutzen und noch effizienter zu bedienen. Dies getragen von dem Willen, den Themen Arbeitsmarktintegration und soziale Integration von Geflüchteten einen neuen Stellenwert einzuräumen.

Das Modellprojekt „Job und Integrations- programm“ (JIP)

Nach intensiver Vorarbeit verständigte sich das Bündnis im März 2016 darauf, gemeinsam das Modellprojekt „Job und Integrationsprogramm“ (JIP) zu starten. Dabei handelt es sich um einen innovativen Ansatz der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten, der eine schnelle und breit angelegte Qualifizierung und Vermittlung in Arbeit ermöglichen soll. Neben der notwendigen Bündelung bestehender Aktivitäten aller Partner, geht es vor allem darum, einen schnellen und unbürokratischen Weg in Arbeit zu ermöglichen. Nach dem Motto „erst platzieren, dann qualifizieren“ werden auch diejenigen Geflüchteten in den Fokus gerückt, die noch keine B1-Sprachkenntnisse vorweisen können. Damit werden lange Wartezeiten genutzt, um frühzeitig eine Perspektive aufzeigen zu können. Weiteres wesentliches Kennzeichen ist die Verknüpfung von sozialer Integration und Arbeitsmarktintegration, um neben der reinen Beschäftigung die Verankerung in das örtliche Gemeinwesen zu fördern. Mit Hilfe von interkulturellen Vermittlern werden bestehende Potenziale unter den Flüchtlingen von Anfang an für das Programm genutzt. Alle Angebote des JIP finden an zentralen Orten im Landkreis, in den sogenannten Integrationszentren statt, wo auch ein Beratungsangebot zu spezialisierten Themen (wie zum Beispiel eine Rückkehrberatung, psychosoziale Beratung, Unterstützung von Frauen) ermöglicht wird.

Mit dem einstimmigen Beschluss des Kreistags am 23. März 2016 und der damit gegebenen finanziellen Zusiche-

rung für die Anmietung der notwendigen Räumlichkeiten für die drei Integrationszentren konnte es losgehen.

Die Integrationszentren

Seit September 2016 gibt es die drei Integrationszentren des Landkreises Reutlingen an den Standorten Reutlingen, Dettingen an der Erms und Münsingen. Die Integrationszentren, die in ihrer früheren Funktion als Bürogebäude genutzt wurden, sind allesamt mit Computerräumen ausgestattet und bieten Platz zum kreativen Gestalten. In den Zentren arbeiten Mitarbeiter des Landkreises und der Bündnispartner, um zuverlässige Öffnungszeiten gewährleisten zu können. Die Integrationszentren fördern die Arbeitsmarktintegration und soziale Integration von Geflüchteten, dienen ihnen jedoch ebenso als Informations-, Kontakt- und Austauschplattform.

Es haben bereits diverse Informationsveranstaltungen in den Zentren stattgefunden, die sich an die Geflüchteten selbst wie auch an die ehrenamtlichen Unterstützer sowie an die hauptamtlichen Flüchtlingssozialbetreuerinnen gerichtet haben. Veranstaltungsthemen waren zum Beispiel die „Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse“, „Frau und Beruf“, die Vorträge zur Ausbildungssituation in Deutschland durch die IHK und die Kreishandwerkerschaft oder die Perspektivgespräche des Jobcenters.

Aber auch lebenslagenbezogene Veranstaltungen etwa zu den Themen Anhörung und Asylverfahren, Schuldnerberatung, sexuell übertragbare Krankheiten, Informationsveranstaltungen der Polizei zu Radikalisierungstendenzen etc. konnten in den Zentren realisiert werden.

Außerdem gibt es offene Sprechstunden, Sportangebote sowie Sprachstandtests, die insbesondere von unseren Bündnispartnern durchgeführt werden.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt der Integrationszentren ist die systema-

tische Erhebung von *Kompetenzprofilen* von Geflüchteten und die *Vermittlung* in tagesstrukturierende Maßnahmen. So konnten im gesamten Landkreisgebiet mit Unterstützung des Softwareprogramms „JobKraftwerk“, das von einem jungen Start-up-Unternehmen gemeinsam mit dem Landkreis Reutlingen entwickelt wurde, schon mehr als 500 Profile von Geflüchteten erstellt werden. JobKraftwerk, gegründet von drei Jungunternehmern, ist eine digitale Plattform, die ganz neue Möglichkeiten im Bezug auf das Thema Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten und der gezielten Unterstützung von Unternehmen in der Region bietet. Das Online-Portal ermöglicht es den Geflüchteten, ihre schulischen und beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten in ihrer Muttersprache selbst zu erfassen und ihren Lebenslauf in deutscher Sprache erstellen zu lassen. Außerdem wird ein Stärkenprofil über ein Testverfahren erstellt und plausibilisiert, das interessierten Arbeitgebern unter anderem einen Eindruck zur Konzentrationsfähigkeit, zu den Algebra-Kenntnissen und zu Bildungsabschlüssen, Ausbildungen und Berufserfahrungen vermittelt. Der Zugang zur Plattform ist für Unternehmen kostenlos und erfolgt über die Website <https://LK-Reutlingen.jobkraftwerk.com>. Neben der onlinebasierten Kompetenzerfassung geht es um ein aktives Zusammenführen der Qualifikationen der Geflüchteten mit den Bedarfen von Unternehmen im Landkreis Reutlingen. Wenn sich ein Unternehmen für eine in der Plattform anonymisierte Person interessiert, erhält es direkt fallbezogene Hinweise zu den jeweiligen Beschäftigungsoptionen, den Einstellungsprozessen und den Fördermöglichkeiten für Geflüchtete im Landkreis. Eine digitale Behörden-Anbindung mit Online-Erstellung von notwendigen „Stellenbeschreibungen“ für Unternehmen und direkter Übermittlung an die jeweilige Ausländerbehörde zur Weiterverarbeitung hilft die bürokratischen Hürden zu überwin-

den. Ziel ist es, den Prozess zum Erlangen einer Arbeitserlaubnis für Geflüchtete und damit die Einstellung von geeigneten Kandidaten signifikant zu beschleunigen. Die ersten Erfahrungen sind sehr ermutigend.

Die Vermittlung in Ausbildungsverhältnisse, Praktika und Beschäftigungsverhältnisse ist in einigen Fällen – auch durch die Initiative der Mitarbeiter vor Ort und die Unterstützung von Ehrenamtlichen – bereits gelungen. Das Angebot stellt bewusst keine Konkurrenz zur Arbeitsagentur / zum Jobcenter dar. Es besteht eine intensive Zusammenarbeit. So sind die Lebensläufe von JobKraftwerk ein wichtiger Bestandteil des Beratungsgesprächs in den örtlichen Jobcentern.

Neben der Vermittlung spielt in den Integrationszentren auch die Qualifizierung eine wesentliche Rolle. In einem Werkstattprojekt in Münsingen wird beispielsweise eine Gruppe von sechs Personen zweimal wöchentlich in den Bereichen Schleifen, Lackieren, etc. ausgebildet. Zusätzlich erhalten die Teilnehmer einen berufsbegleitenden Sprachkurs, welcher von Ehrenamtlichen durchgeführt wird. Das Projekt ist als rotierendes System angelegt und soll die Teilnehmer in das örtliche Handwerk vermitteln. Ein weiteres Werkstattprojekt im Bereich Metallverarbeitung ist im Integrationszentrum Reutlingen geplant.

Eine große personelle Stütze stellen die neun Bundesfreiwilligen dar, die als interkulturelle Vermittler seit September 2016 in allen Integrationszentren mitarbeiten. Sie kommen aus Syrien, Somalia und Afghanistan und sind als Asylbewerber vor wenigen Monaten in den Landkreis gekommen. Aufgrund ihrer Sprachkompetenz sind sie wichtige Übersetzer bei allen Veranstaltungen. Sie helfen bei der Erhebung der Kompetenzprofile und haben darüber hinaus eine wichtige Multiplikatorenfunktion für alle Geflüchteten in den Unterkünften. Derzeit erfahren sie intensive Schulungen und konn-

ten zu ehrenamtlichen Dolmetschern ausgebildet werden. Darüber hinaus erhalten sie wöchentlich Unterricht rund um die Antragstellung auf Arbeitslosengeld II, um selbst Geflüchtete in den Integrationszentren bei den vielen Formularen unterstützen zu können. In Gesprächen werden ihnen zudem zahlreiche Informationen über das Leben in Deutschland vermittelt.

Die interkulturellen Vermittler sind eine Bereicherung für die drei Integrationszentren und bieten ihrerseits bereits eigene Sprachkurse an. Für die Zukunft ist die Realisierung weiterer Projekte angedacht. So wird es einen Wandertag und ein Fußballturnier geben, die von den Bundesfreiwilligen organisiert werden.

Spezialisierte Angebote

Die vergangenen Monate haben gezeigt, dass es unter den Geflüchteten oftmals ähnliche Probleme und Fragestellungen gibt, die durch das Regelberatungssystem noch unzureichend abgedeckt werden. Zur Unterstützung der Kommunen konnten wichtige Fragestellungen in den Integrationszentren angesiedelt werden:

a) Empowerment für Frauen

Geflüchtete Frauen haben bisweilen aufgrund des traditionellen Rollenverständnisses erhebliche Schwierigkeiten am Integrationsprozess teilzuhaben. Der Besuch der Sprachkurse oder eine gezielte Förderung der Qualifikationen wird nicht selten durch den eigenen Mann erschwert. Dies zeigte die Erfahrung mit den Basissprachkursen bei denen vergleichsweise nur wenige weibliche Asylbewerberinnen teilnahmen.

Der Landkreis Reutlingen setzt mit dem „Forum für Muslimische Frauen“ seit geraumer Zeit auf die Stärkung der Frau, um den Integrationsprozess der gesamten Familie voranzutreiben. Dieses

Projekt war bereits 2010 vom Bundesministerium des Innern ausgezeichnet worden. Die gezielte *Frauenförderung* ist daher Schwerpunktthema in den drei Integrationszentren. So finden dort seit November 2016 gezielt Sprachkurse für Frauen statt. Diese beinhalten eine parallel stattfindende Betreuung für Kleinkinder über den Tagesmütterverein e.V. Die Teilnehmerinnen erfahren eine Stärkung ihrer Person und werden im Anschluss zum Thema Arbeitsmarktintegration individuell beraten und unterstützt.

b) Rückkehrberatung

Gründe für eine mögliche freiwillige Rückreise sind vielschichtig: ein abgelehnter Asylantrag, falsche Vorstellungen, Heimweh. In den Integrationszentren gibt es eine individuelle, bedarfsgerechte und neutrale Beratung für Menschen, die in ihre Heimat zurückkehren wollen. Dabei bietet die Beratung die Möglichkeit zur Entwicklung eines individuellen Rückkehrplanes, die Vorbereitung der Reise wird unterstützt, etwa indem Hilfestellung beim Beschaffen von Dokumenten gegeben wird oder Reintegrationshilfen beantragt werden. Ziel ist es, in der Beratung gemeinsam eine Perspektive für das Heimatland zu entwerfen. Die interkulturellen Vermittler spielen auch in diesem Prozess eine wichtige Rolle: Sie unterstützen die Beratung, Dolmetschen und tragen zu einem verbesserten Verständnis bei.

c) Psychosoziale Fachberatung

Oftmals werden psychische Probleme unter Geflüchteten zwar verneint, trotzdem sind Fälle zu beobachten, bei denen eine psychische Belastung diagnostiziert werden kann. Auch diese Menschen haben über das bestehende Regelsystem zunächst Schwierigkeiten, passgenaue Hilfeangebote in Anspruch zu nehmen. Aus diesem Grund hat der Landkreis in

den Integrationszentren eine psychosoziale Fachberatungsstelle eingerichtet. Viele Flüchtlinge kommen aus Ländern mit schwierigen Lebensbedingungen und haben bei ihrer riskanten Flucht emotional sehr belastende Situationen erlebt. Hinzu kommt die Sorge um die verbliebene Familie in der alten und eine ungewisse Zukunft in der neuen Heimat. Die psychosoziale Fachberatung unterstützt einerseits die hauptamtlichen Mitarbeiter bei ihrer Arbeit mit den Flüchtlingen und steht ihnen als Ratgeber zur Seite. Andererseits prüft sie den Bedarf und die Notwendigkeit einer psychotherapeutischen Behandlung und wirkt als Schnittstelle zwischen den Ämtern des Landratsamts, den niedergelassenen Ärzten und Psychotherapeuten, den ansässigen Kliniken und den psychosozialen Versorgungszentren in der Region.

Schlussbemerkung

Das Job und Integrationsprogramm befindet sich in einem Entwicklungsprozess:

Eine weiterhin große Herausforderung wird sein, die örtliche Wirtschaft – insbesondere kleine und mittlere Unternehmen noch stärker in das Projekt einzubeziehen und mit ihnen gemeinsam Lösungen zu entwickeln.

Der Einbezug der ehrenamtlichen Kräfte soll vertieft werden. So ist geplant, in den nächsten Monaten ein Jobpaten-Projekt auf den Weg zu bringen, wodurch die Geflüchteten auf ihrem Weg in den ersten Arbeitsmarkt intensive Begleitung und Unterstützung durch die Ehrenamtlichen erfahren können.

Während des JIP-Umsetzungsprozesses haben die Bündnispartner in konstruktivem Dialog über die besten Lösungen miteinander diskutiert. Nur durch die konsequente Unterstützung aller Beteiligten konnte dieses Modellprojekt in so einer kurzen Zeit auf die Beine gestellt werden. Die Integrationszentren stellen in Zeiten von noch unklaren Unterstüt-

zungsleistungen durch das Land (Pakt für Integration) gerade für die Kommunen im Rahmen ihrer Aufgaben in der Anschlussunterbringung eine wichtige Ergänzung zum Angebot der Regelsysteme dar. Die Unterstützung der interkulturellen Vermittler, die als „Peers“ eingesetzt werden, jede Informations-

veranstaltung bereichern und so die kulturelle Brücke schlagen, sind ein entscheidender Erfolgsfaktor für das Modellprojekt JIP.

Mit der großen Anzahl der bereits erfassten Kompetenzen und Vermittlungserfolge blicken wir optimistisch in die Zukunft und erhoffen uns durch JIP und

seine Unterstützer eine verbesserte Integration von Geflüchteten in die Gesellschaft im Landkreis Reutlingen.

Mirjam Schmid ist Geschäftsteilleiterin Untere Aufnahmebehörde und Integrationsbeauftragte des Landkreises Reutlingen

Vernetzung von Ehrenamt und Verwaltung als Weg zur Integration

Von Katharina Kiewel, Esslingen

Das künftige soziale Miteinander in unserem Land wird maßgeblich davon geprägt werden, wie es gelingt, die zu uns geflüchteten Menschen zu integrieren. Deshalb nimmt sich der Landkreis Esslingen mit großem Einsatz dem Handlungsfeld der Integration an.

Die Integration gelingt nur, wenn schlüssige, aufeinander abgestimmte Strukturen geschaffen werden und eine kontinuierliche, zielgerichtete Kommunikation unter den Akteuren stattfindet. Der Landkreis Esslingen hat im Zuge der Erarbeitung eines „Rahmenkonzepts: Integration“ die Eckpunkte für die Integration von Zuwanderern im Landkreis Esslingen formuliert. In fünf Phasen hat der Landkreis effiziente Strukturen geschaffen, um geflüchtete Personen aufzunehmen und zu begleiten. Dabei liegt der Fokus auf einer gut abgestimmten Zusammenarbeit von Verwaltung und Ehrenamt.

Die *erste Phase* war davon geprägt, ein modellhaftes Konzept zur „Koordination und Begleitung des bürgerschaftlichen Engagements in der Flüchtlingshilfe“ zu entwickeln. Mit diesem Konzept schuf der Landkreis die Grundlage, um die Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamt abzustimmen und Parallelstrukturen zu vermeiden. Vorrangiges Ziel ist, die Aufgaben der Ehrenamtlichen nach der anfänglichen Betreuung der Geflüchteten in die Regelstrukturen einmünden zu lassen.

Der Landkreis Esslingen ermöglichte die Erarbeitung dieses Konzepts durch die Schaffung einer Stelle der *Landkreiskoordinatorin für Flüchtlinge* im Juli 2015. Damit wird garantiert, professionelle Ehrenamtsarbeit zu fördern und zu etablieren. Da inzwischen die Zahl der ehrenamtlich tätigen Per-

sonen auf über 3000 Freiwillige angestiegen ist, sind die Strukturen und Aufgaben weiterzuentwickeln und die Ehrenamtlichen professionell zu begleiten.

Die *zweite Phase* ist durch das Entstehen der *Kreisarbeitsgemeinschaft „Netzwerk Flüchtlinge“ (KAG)* charakterisiert, deren Gründung auf Initiative des Sozialdezernats im Jahr 2015 vorgenommen worden ist. Aufgabe der KAG ist es, die Zusammenarbeit und den Austausch zwischen den einzelnen beteiligten Akteuren – Landratsamt (LRA), Kommunen, Träger freier Wohlfahrtspflege, lokale Koordinatoren sowie Vertreter der Sozialen Dienste – aufeinander abzustimmen und zu optimieren. Die KAG ist ein beratendes Organ, dessen Empfehlungen im Sozialausschuss des Kreistages beraten werden.

Schwerpunktmäßig werden folgende fünf Themen der Flüchtlingshilfe in der KAG bearbeitet (siehe Abb.1):

- Soziale Beratung und Betreuung in der vorläufigen Unterbringung
- Engagement und Ehrenamt
- Erziehung und Bildung
- Ausbildung und Arbeit
- Gesundheit und psychosoziale Beratung

Die Konzeption beruht auf fünf Säulen, die es ermöglichen, effiziente Strategien und Maßnahmen zu entwickeln und diese umzusetzen, um eine gute Zusammenarbeit der Kompetenzteams (KT) untereinander zu realisieren.

Die *dritte Phase* ist durch die Untergliederung der KAG in *Kompetenzteams* geprägt. Zu jedem Schwerpunkt wurde ein eigenes Kompetenzteam gebildet (siehe Abb. 1).

Das KT „Engagement und Ehrenamt“ ist die Schnittstelle zwischen Ehrenamtlichen und Landkreisverwaltung. Es arbeitet an einer intensiven und ökonomischen Vernetzung und an der Überleitung in die Regelsysteme. Ziel ist es, das Ehrenamt zu stärken, um dadurch die Lebenssituation der Geflüchteten zu verbessern und die Integration zu fördern. Die Kooperation zwischen ehrenamtlichen Initiativen, Verwaltung und Verbänden ist eine wichtige Aufgabe dieses KTs.



Abb. 1: Arbeitsstruktur der Integrationsplanung

Das KT „Engagement und Ehrenamt“ setzt sich aus Vertretern der kommunalen Koordinationsstellen und Vertretern der Träger der freien Wohlfahrtspflege zusammen. Bei Bedarf werden Ehrenamtliche eingeladen, um deren Erfahrungen in der Entscheidungsfindung zu berücksichtigen.

In der *vierten Phase* wurden „kommunale Koordinationsstellen“ eingerichtet. Da der Landkreis Esslingen flächendeckend keine homogenen Gemeindestrukturen aufweist (sechs Große Kreisstädte und 38 Städte und Gemeinden), sind die Voraussetzungen zur Realisierung der Flüchtlingsarbeit sehr unterschiedlich. Daher ist es erforderlich, in den einzelnen Kommunen – auf der operativen Ebene – situationsabhängig Netzwerke von Ehrenamtsstrukturen aufzubauen. Dies hat der Landkreis frühzeitig erkannt und finanzielle Mittel zur Einrichtung und Unterstützung kommunaler Koordinationsstellen zur Verfügung gestellt. Mit einer Bezuschussung von bis zu 75 % der Personalkosten, höchstens jedoch

35000 € des jährlichen Bruttoeinkommens, unterstützt der Landkreis die Kommunen bei der Einrichtung solcher Koordinationsstellen.

Die Einstellung eines Koordinators/einer Koordinatorin erfolgt entweder direkt über die jeweilige Kommune oder durch freie Träger. Kleinere Kommunen mit nur wenigen Unterbringungsplätzen für Flüchtlinge haben die Möglichkeit des Zusammenschlusses mit Nachbarkommunen. Inzwischen haben sich über 60 % der Kommunen im Landkreis für diese professionelle Unterstützung der Ehrenamtsarbeit entschieden.

Die wesentliche Aufgabe der Koordinationsstellen ist die Stärkung des Ehrenamts vor Ort und die Förderung der intensiven Vernetzung untereinander. Ein reger Informationsaustausch zwischen den Handelnden, die Entwicklung von Strukturen und Maßnahmen, Fortbildungen und Supervision stellen einen enormen Mehrwert für die Kommunen dar und fördern soziale Stabilität.

Bei der Auswahl und Besetzung ist

ein spezielles Augenmerk auf die Qualifikation zu richten. Die komplexe Aufgabenstellung erfordert Fachkräfte, die ein Studium der Sozialen Arbeit bzw. Sozialpädagogik abgeschlossen haben oder eine vergleichbare Qualifikation vorweisen können. Des Weiteren erfordert diese Tätigkeit eine hohe Kommunikations- und Motivationsfähigkeit, damit eine rege Beteiligung diverser Adressaten gelingen kann. Ein abgeschlossenes Studium in den oben aufgeführten Bereichen gewährleistet sowohl eine inhaltlich als auch methodisch fundierte und auf wissenschaftlich anerkannten Standards basierende Herangehensweise.

Die Koordinatoren haben dabei mehrere Zielsetzungen zu berücksichtigen. Zum einen sind die Vorgaben für das Ehrenamt in den Kommunen und zum anderen die Interessen des Landkreises und nicht zuletzt die der Geflüchteten zu beachten, deren Einbindung wesentliche Voraussetzung für eine gelingende integrative und interkulturelle Arbeit ist.

In der *fünften Phase* wurde auf ausdrücklichen Wunsch der ehrenamtlich Tätigen eine thematische *Vernetzungsplattform für Ehrenamtliche auf der Landkreisebene* geschaffen. Der Austausch auf dieser Ebene konzentriert sich auf sieben Themen (siehe Abb. 2):

- Sprache
- Ausbildung/Arbeit
- Wohnen
- Kindergarten/Schule
- Begleitung
- Freizeit/Projekte
- Kleiderkammer

Je nach Bedarf finden Treffen der Akteure der verschiedenen Plattformen zweibis dreimal jährlich statt. Experten aus speziellen Bereichen werden hinzugezogen, um die Ehrenamtlichen inhaltlich auf ihre Multiplikatoren- und Wegweiserfunktion gegenüber den Geflüchteten vorzubereiten. Diese Sitzungen werden von den Koordinatoren der Kommunen in Absprache mit der Landkreis-

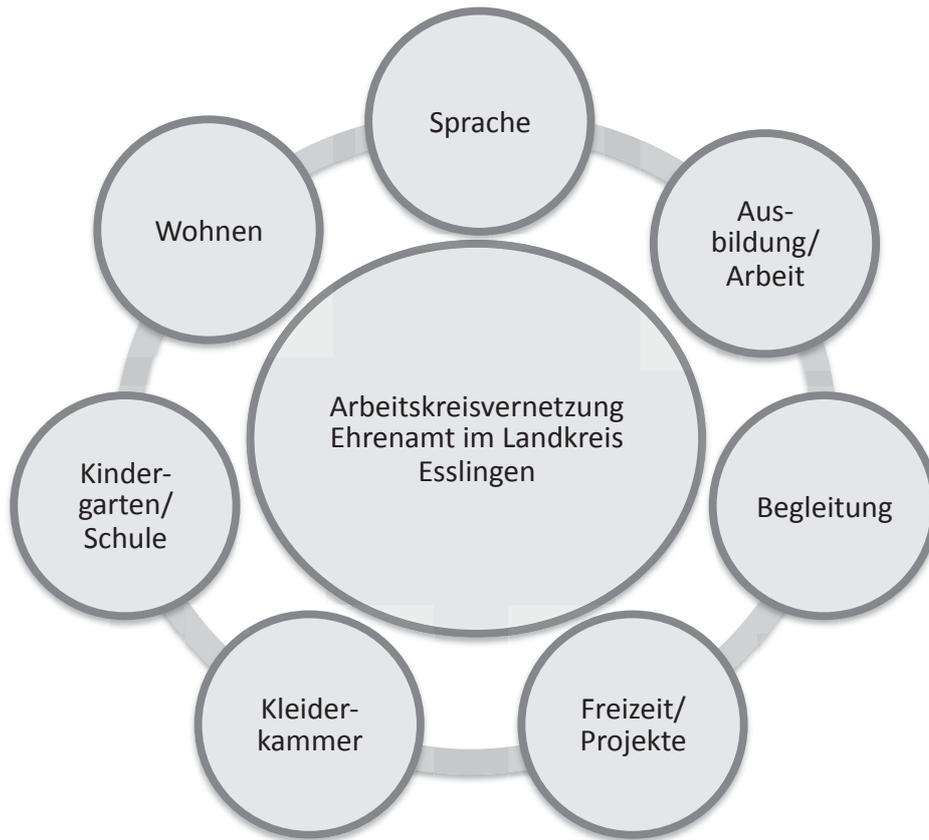


Abb. 2: Arbeitsstruktur Ehrenamt

koordinatorin terminiert, organisiert und durchgeführt. Arbeitskreise von Ehrenamtlichen, die weder einen Sprecher noch eine Koordinierungsstelle in der Kommune zur Verfügung haben, werden ebenfalls zu den Sitzungen eingeladen bzw. durch Protokolle über die Besprechungsinhalte in Kenntnis gesetzt. Um die Arbeit des Bürgerschaftlichen Engagements weiter zu optimieren, stellt der Landkreis auf seiner Homepage eine *interaktive Karte* (<https://landkreis-es.maps.arcgis.com>) zur Verfügung,

in der neben den Koordinationsstellen für das Ehrenamt und den Arbeitskreisen auch weitere Begriffe auffindbar sind. Damit können Ehrenamtliche selbständig den gesuchten Ansprechpartner finden.

Des Weiteren beteiligt sich der Landkreis Esslingen an einem *Online-Portal für soziales Engagement vor Ort*. Durch den zutreffenden Namen des Portals „HelpTo“ (<http://potsdam.helpto.de/de/portale/baden-wuerttemberg>) werden sowohl Geflüchtete als auch Ehrenamtliche und

Anbieter angesprochen. Angebote oder Gesuche können niederschwellig eingestellt bzw. gefunden werden und bringen Bürger/-innen, Initiativen, Organisationen, Kommunen und Unternehmen mit geflüchteten und/oder bedürftigen Personen ortsbezogen zusammen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das Bürgerschaftliche Engagement in den Kommunen im Hinblick auf die Integrationsplanung eine tragende Rolle spielt und wesentlich zur sozialen Stabilität unserer Gesellschaft beiträgt.

Des Weiteren geben Strukturen Orientierung und Halt für alle Beteiligten. Der Neuzugewanderte kann nach einiger Zeit den Sonderstatus des Geflüchteten aufgeben und ein normales Leben in der neuen Heimat aufnehmen – in Regelstrukturen, die jedem Bürger gleichermaßen zur Verfügung stehen.

Wesentlich ist das Bestreben, die Lebenssituation der Schutzbedürftigen zu verbessern und ihnen die Chance zu ermöglichen, selbstverantwortlich ihrem Leben zügig eine Perspektive geben zu können. Weiterführende Konzepte für eine explizite Sprachförderung, für einen Arbeitsmarktzugang, Traumabewältigung oder der Integration des Familiennachzugs zu entwickeln, sind nur einige der anstehenden Aufgaben auf dem Weg zur gesellschaftlichen Teilhabe.

Katharina Kiewel ist Sozialdezernentin im Landratsamt Esslingen

Der dritte Bildungsbericht für den Landkreis Ravensburg untersucht die Bildungsintegration von Flüchtlingen und Asylsuchenden

Von Ludger Baum, Ravensburg

Sprache und Bildung sind die entscheidenden Faktoren für eine Integration der jüngst zugewanderten Menschen. Diese Erkenntnis teilen Experten ebenso wie Politiker aller Ebenen und natürlich die pädagogischen Akteure. Weil Integration vor allem ein gesellschaftlicher Prozess auf kommunaler Ebene ist, muss die Integrationsfähigkeit durch die Bildung auch auf kommunaler Ebene betrachtet werden. Im Landkreis Ravensburg ist mit dem aktuellen dritten Bildungsbericht ein entscheidender Schritt zur regelmäßigen und systematischen Analyse der Bildungsintegration Neuzugewanderter geleistet worden.

Der aktuelle Bildungsbericht des Landkreises Ravensburg

Die inzwischen dritte Auflage des Bildungsberichtes für den Landkreis Ravensburg ist eine konsequente Fortschreibung zur Lage der Bildung im Kreis. Auf fast 250 Seiten wird über alle Bildungsbereiche hinweg eine vertiefte Analyse geleistet, die die Entwicklungen im Kreis gerade vor dem Hintergrund demografischer und bildungspolitischer Trends nachzeichnet. Stärken, aber auch Herausforderungen werden deutlich. Mit einer solchen Analyse, zumal diese ja auch seit 2008 eine Langzeitbetrachtung ermöglicht, wird eine Basis für eine politische Diskussion und eine fachlich-strukturelle Planung gelegt.

Wie bereits in den beiden Vorgängerberichten ist die aktuelle Auflage wieder mit einem Schwerpunktkapitel ergänzt. In Anbetracht der jüngsten und sicherlich größten Herausforderung für das Bildungssystem durch die enorme Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylsuchenden in die Kommunen lag es nahe, sich mit dem Bildungsbericht genau dieses Themas anzunehmen. Konsequenterweise betrachtet der gesamte Bildungsbericht in den Bereichen, in

denen die Datenlage dies ermöglicht, die Bildungsteilnahme und Bildungserfolge von Migranten.

Integration braucht Bildung

Bildungsteilnahme, Bildungserfolge und berufliche Entwicklung von Menschen mit Migrationshintergrund sind schon immer ein zentraler Aspekt von Integration und gesellschaftlichem Zusammenleben. Integration, ob nun eher im Verständnis einer ökonomischen oder aber einer kulturellen Dimension, meint in jedem Falle die Überwindung von Unterschieden gesellschaftlicher Teilhabe zwischen Teilgruppen und der Bevölkerungsmehrheit. Mit dem enorm gestiegenen Zuzug von Flüchtlingen und Asylsuchenden in den vergangenen beiden Jahren ist die Herausforderung nochmals ganz besonders gestiegen. Die Herausforderungen sind sowohl quantitativ als auch qualitativ kaum vergleichbar mit früheren Zuwanderungswellen. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und des Bevölkerungsrückgangs wird und wurde mit der aktuellen Zuwanderungsentwicklung auch die Hoffnung verbunden, Bildungsangebote vor dem Rückbau ebenso zu bewahren wie auch den teilweisen Mangel an

Arbeitskräften zu kompensieren. Beide Hoffnungen werden mit Sicherheit nicht linear erfüllt. Zuvor muss gerade durch das Bildungssystem die große Herausforderung der Teilhabemöglichkeiten und Ermöglichung von Bildungserfolgen und Berufschancen geleistet werden. Aber ist das möglich? Ist das plan- und steuerbar? Ist das strukturell machbar und stehen dazu ausreichend Ressourcen zur Verfügung? Gleichzeitig muss auch danach gefragt werden, mit welchen individuellen Bildungsvoraussetzungen und Bildungsperspektiven die jüngst zugewanderten Personen ausgestattet sind, um teilzunehmen an der Bildung und darin auch Erfolge erzielen können.

Diese beiden Aspekte, also die strukturelle Analyse der Bildungsteilnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden im Landkreis Ravensburg sowie die tatsächlich vorhandenen Voraussetzungen und Perspektiven bei dieser Personengruppe stehen im Mittelpunkt des Schwerpunktkapitels „Bildungsteilnahme von Neuzugewanderten“ des jüngst aufgelegten dritten Bildungsberichtes für den Landkreis Ravensburg. Wichtig bei der Beauftragung für diesen Bericht war es, eine Basis zu schaffen für eine systematische Analyse, die Planungs- und Steuerungswissen generiert, Transparenz in diesen hochdynamischen Bereich bringt, fortschreib- und ausbaubar ist und die eine Gegenüberstellung tatsächlicher Bildungsbedarfe bei Neuzugewanderten leistet. Hierdurch sollen Handlungserfordernisse erkennbar und mögliche Handlungsempfehlungen datenunterstützt formulierbar werden.

Potential und Leistungen der Bildungsintegration im Landkreis

Betrachtet man die beiden vergangenen Jahre, ist gerade im Bildungsbereich ausgesprochen viel geleistet worden, um das Potential der Bildung im Hinblick auf die Integration möglichst früh und möglichst flächig nutzbar zu machen. Im gesamten Bundesgebiet, in allen Bundesländern und in den Kommunen scheint ein „Wir schaffen das“ im Bildungsbereich ernst gemeint zu sein, zumindest, was die Aufnahmebereitschaft betrifft. Wie in den meisten Regionen Baden-Württembergs kann man auch für den Landkreis Ravensburg festhalten, dass z.B. die schnelle Versorgung mit Schulplätzen für Flüchtlingskinder nicht erst dann umgesetzt wurde, wenn die Schulpflicht greift (also nach 6 Monaten nach Zuzug), sondern oft schon vom ersten Tag des neuen Aufenthalts an. Gleiches gilt für Kindertageseinrichtungen. Das integrative Potential von Kindertagesstätten und Schulen kommt vor allem dann zur Wirkung, wenn sich diese Bildungsangebote im Regelsystem abspielen. Hier sind die Strukturen zwar vorhanden, die nun aber so dringend notwendigen zusätzlichen Ressourcen aber begrenzt. Vor diesem Hintergrund ist Erstaunliches geleistet worden und es sind einige zusätzliche Fördermöglichkeiten auf den Weg gebracht und umgesetzt worden.

Datenlage schwierig

Der Bildungsbereich ist dank regelmäßiger Datenmeldepflicht der einzelnen Bereiche sehr gut erfasst. Dies ist im Hinblick auf eine Steuerung und Planung sowie der Ableitung von Handlungserfordernissen unverzichtbar und wird im Landkreis Ravensburg in Form von inzwischen drei vorgelegten Bildungsberichten regelmäßig aufbereitet. Demografische Daten, Daten zu Lebenslagen, zu Schulwahl und Schülerbewegungen, zu

Übergängen in die Ausbildung oder der Hochschulbildung liegen vor, ebenso zum lebenslangen Lernen und zur non-formalen Bildung. Diese Datenstruktur ist zur Beschreibung der Situation von Flüchtlingen und Asylsuchenden aufgrund der extrem hohen Dynamik der vergangenen beiden Jahre so nicht vorhanden. Entsprechend schwierig und zum Teil unmöglich ist es, Datenstrukturen und -logiken direkt auf diese Gruppe zu übertragen. Die Schwierigkeiten beginnen bei Erst- und Folgeerfassung, setzen sich fort bei der Qualität von Selbstauskünften oder der Vergleichbarkeit von Vorbildung. Ein durchkonzipierter Datenfluss bei unterschiedlicher Zuständigkeit auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene und den Regelungen des Datenschutzes ist unter den verschiedenen Verwaltungen, Kommunen und Einrichtungen kaum umsetzbar. Zudem werden unterschiedliche technische Systeme eingesetzt, die untereinander in den seltensten Fällen korrespondieren. Dabei wäre gerade zur Plan- und Steuerbarkeit von Ressourcen und zur Analyse der Wirkung der Integration in den Bildungseinrichtungen eine solche übergreifende Logik notwendig. Nichtsdestotrotz ist es innerhalb eines relativ kurzen Zeitraumes zur Erstellung des Kapitels „Bildungsteilnahme von Neuzugewanderten“ zwischen September und Ende November 2016 gelungen, ein aktuelles Bild der Bildungsintegration im Landkreis Ravensburg zu erstellen. Ergänzt wird dieses Kapitel durch eine Befragung von 600 jüngst zugewanderten Personen aus vier Herkunftsländern (Syrien, Gambia, Afghanistan und Irak) über deren Bildungsbiografie sowie ihre Bildungsperspektiven. Mit dieser Gegenüberstellung der strukturellen Bildungsteilnahme und der personenbezogenen Voraussetzungen hat der Landkreis Ravensburg als einer der wenigen Landkreise eine eigene Situationsbeschreibung erstellt, auf der eine künftig kontinuierliche Berichterstattung möglich ist.

Ergebnisse

Im aktuellen dritten Bildungsbericht für den Landkreis Ravensburg wurde erneut deutlich: Im Landkreis gibt es ein sehr gut ausgebautes, differenziertes und leistungsstarkes Bildungssystem, dem es auch gelingt, trotz unterschiedlicher regionaler Strukturen keine weißen Flecken zu hinterlassen. Insofern scheinen die Aufnahmebedingungen von Neuzugewanderten in die hiesigen Bildungsangebote sehr gut zu sein.

Der Landkreis Ravensburg hat zwischen Januar 2015 und September 2016 ca. 3700 Flüchtlinge und Asylsuchende aufgenommen, vor allem aus Syrien (ca. 56 %), Gambia und Afghanistan. Davon sind ca. 1070 Personen unter 18 Jahren alt inklusive der ca. 260 unbegleitete minderjährige Ausländer im selben Zeitraum. Es wird allein durch diese Angaben deutlich, welche enormen Herausforderungen auf das Bildungssystem zukommen. Zum Schuljahresbeginn 2016/2017 konnten folgende Schüleraufnahmehzahlen in Vorbereitungsklassen an den Schulen registriert werden:

Schulart	Standorte	Schüler	Klassen
Grundschule	16	292	20
Werkrealschule	11	182	13
Gemeinschaftsschule	5	93	6
Realschule	3	25	3
Gymnasium	1	10	1
Insgesamt	36	602	43

Quelle: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

Dieser hohen Anzahl an aufgenommenen geflüchteten Schülerinnen und Schülern stehen interessante Zahlen gegenüber, nämlich die der Lehrpersonen im Landkreis mit Zeitverträgen (ohne berufliche Schulen):

Lehrpersonen	Schuljahr 2015/2016		Schuljahr 2016/2017, Stand 1.11.2016	
	Anzahl Personen	Deputatstunden	Anzahl Personen	Deputatstunden
Anzahl Personen mit Zeitverträgen insgesamt	20	332	19	364
davon Anzahl Personen als „Nichterfüller“	18	263	16	320
davon mit Ausbildung zum Lehramt	2	48	2	34
davon Anzahl Pensionäre	2	21	1	10

Quelle: Staatliches Schulamt Markdorf, 2016

Es wird deutlich, in welcher erstaunlichen Größenordnung tatsächlich eine schulische Integration in Vorbereitungsklassen erfolgt ist und wie einerseits erfreulich, andererseits aber bei weitem nicht ausreichend zusätzliche Ressourcen in Form zusätzlicher Lehrkräfte eingesetzt werden können.

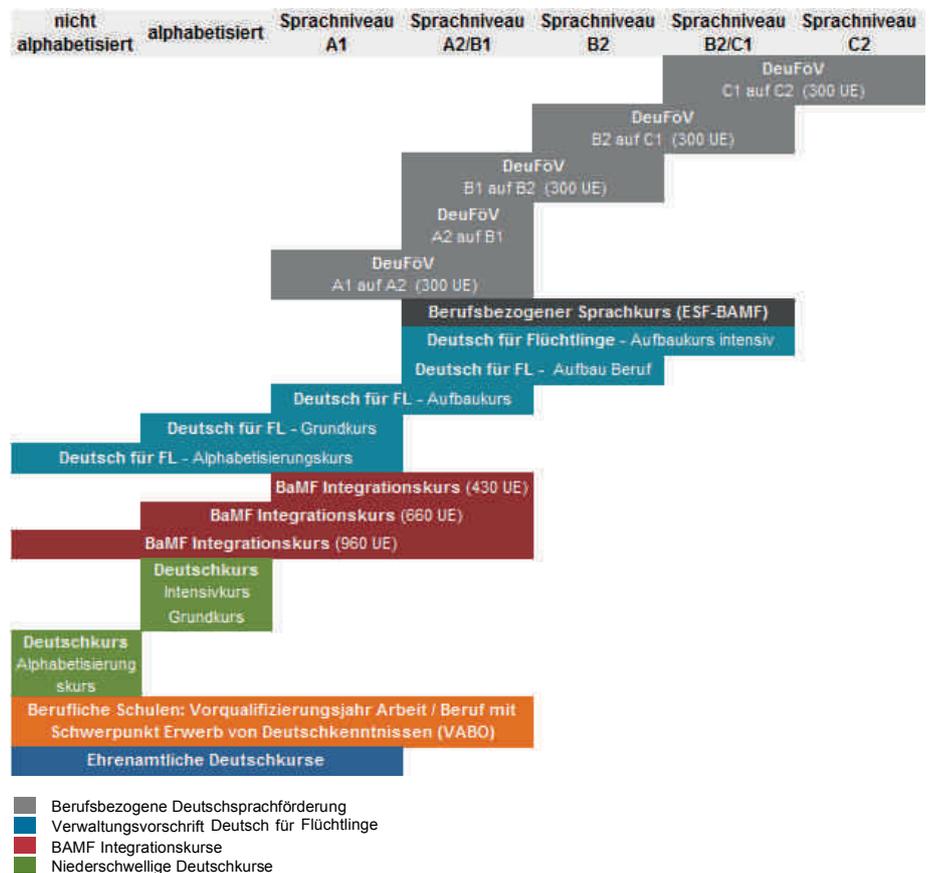
Ein Blick auf die jüngst zugewanderten Jugendlichen mit Flucht- und Asylhintergrund, die noch der Berufsschulpflicht unterliegen, verdeutlicht im Besonderen die hohe Aufnahmefähigkeit des beruflichen Schulwesens im Landkreis. Die für diese Personengruppe vorgesehene Beschulung erfolgt im Vorqualifizierungsjahr Arbeit und Beruf mit Schwerpunkt Erwerb von Deutschkenntnissen (VABO) an privaten und öffentlichen beruflichen Schulen. Besonders relevant im Sinne der Integration ist dieses Angebot vor allem vor dem Hintergrund, dass es ein Brückenangebot darstellt. Entweder werden hier junge Flüchtlinge, gerade auch die unbegleitet minderjährigen Ausländer (Stand September 2016: 197), direkt nach Zuzug in den Landkreis aufgenommen, oder sie wechseln von den Vorbereitungsklassen allgemeinbildender Schulen hierher. Binnen eines, ggf. auch zwei Schuljahren soll hier der Übergang in ein reguläres VAB mit dem Ziel, einen Hauptschulabschluss zu erwerben, oder direkt in eine Ausbildung möglich sein. Die Aufnahme in das VABO, bzw. der Übergang aus einer Vorbereitungsklasse (VKL) wird im Landkreis Ravensburg vom Regio-

nalen Bildungsbüro koordiniert. Hier läuft die Anmeldung zentral zusammen, von hier werden in enger Abstimmung mit den drei öffentlichen und drei privaten Beruflichen Schulen die Jugendlichen zugewiesen entsprechend der Erreichbarkeit, der räumlichen und personellen Situation an den Schulen. Zum Schuljahresbeginn 2016/2017 zeigte sich folgende Aufnahmesituation im VABO:

Schulart	Standorte	Schüler	Klassen
Berufliche Schule	6	363	21

Quelle: Regionales Bildungsbüro Ravensburg

Neben der schulischen Integration, die nicht nur im Hinblick auf die Aufnahmekapazität, sondern vor allem auch wegen der fachlich-pädagogischen Herausforderungen eine Herkulesaufgabe ist, sind vor allem die Träger von Deutschkursen, bzw. zu einem großen Teil auch die privat-ehrenamtlichen Sprachvermittler gefordert. Der Spracherwerb über verschiedene Angebote und Programme ist für erwachsene Flüchtlinge und Asylsuchende der zentrale Baustein für Tagesstruktur, Alltagsverständigung, berufliche Integrationschancen und gesellschaftlich-kulturelle Integration. Die folgende Darstellung verschafft einen Überblick über die unterschiedlichen Programme und deren Niveaus und Ziele:



Quelle: Regionales Bildungsbüro Ravensburg

Hinter diesen verschiedenen Programmen stehen verschiedene Zuständigkeiten und Kostenträgerschaften. Für den aktuellen Bildungsbericht des Landkreises Ravensburg wurden die Teilnehmerzahlen der niederschweligen Deutschkurse nach § 13 des Flüchtlingsaufnahmegesetzes mit 150 Unterrichtseinheiten sowie die Teilnehmerzahlen in Kursen nach der Verwaltungsvorschrift „Deutsch für Flüchtlinge“ im Rahmen des Landesprogrammes „Chancen gestalten – Wege der Integration in den Arbeitsmarkt“ zusammengetragen. Beide Programme werden durch das Regionale Bildungsbüro koordiniert. In den niederschweligen Deutschkursen, die grundsätzlich allen Flüchtlingen und Asylsuchenden einmalig zustehen, nahmen in den Jahren 2015 bis 30.9.2016 insgesamt 1426 Personen teil. Drei unterschiedliche Formate (Alphabetisierung, Grundkurs, Intensivkurs) wurden bei Volkshochschulen und privaten Bildungsträgern durchgeführt. Im Programm „Deutsch für Flüchtlinge“, das insgesamt wesentlich weniger Teilnahmeplätze ermöglicht, waren es bis zum November 2016 237 Personen, die auf unterschiedlichen Sprachniveaus die deutsche Sprache erwerben konnten. Bei den Integrationskursen des BaMF waren es in den Jahren 2015 und der ersten Jahreshälfte 2016 906 neue Teilnehmer. Wenn nun noch die sog. Einstiegskurse der Bundesagentur für Arbeit, die zum Jahresende 2015 kurzfristig im Landkreis durchgeführt wurden mit 641 Teilnehmenden hinzugezählt werden, dann konnten allein in diesen 4 Formaten an Deutschsprachkursen 3210 Plätze ermöglicht werden. Zusammen mit den Schulplätzen im VABO stehen also 3573 Plätze zum Erwerb der deutschen Sprache im Landkreis Ravensburg zur Verfügung. Noch nicht mitgezählt sind dabei die berufsbezogenen Deutschkurse sowie andere integrierte Deutschlernformate sowie alles an Sprachvermittlung, was im Kontext ehrenamtlicher Flüchtlingsarbeit erfolgt.

Wie in anderen Regionen ist auch im Landkreis Ravensburg ein Engpass an Deutschkursen insofern zu verzeichnen, als dass das aktuelle Platzangebot an BaMF-Integrationskursen bei den zugelassenen Trägern derzeit und in nächster Zukunft nicht die erhoffte maximale Wartezeit von 6 Wochen ermöglicht. Ein Runder Tisch aller Sprachkursträger mit dem BaMF unter der Moderation des Regionalen Bildungsbüros aber schafft regelmäßig einen Überblick freier Plätze und eine regional abgestimmte Angebotschaffung der Träger. Eine weitere Herausforderung ist die Anpassung von Deutschkursangeboten an die sehr unterschiedlichen Ausgangs- und Lernniveaus der Teilnehmer sowie die Schaffung von Kursangeboten, die Sprachniveaus mit dem Ziel B2 ermöglichen, um für Ausbildung und Beruf ausreichend sicher Deutsch sprechen zu können. Auch hierbei ist das Regionale Bildungsbüro in Abstimmung mit den Trägern federführend in der Entwicklung einer qualitativen und anschlussfähigen Sprachkurslandschaft.

Bildungsniveaus und Bildungsperspektiven von Flüchtlingen und Asylsuchenden

Eine kreisspezifische Erhebung bei 600 Teilnehmern mit Flüchtlings- und Asylbezug in VABO und Deutschkursen eröffnet gegenüber der Analyse der quantitativ-strukturellen Aufnahme in die Bildungsangebote Hinweise auf die Bildungsbedarfe und somit auf eine weitere Ausrichtung entsprechender Angebote. Die Auswertung der Befragung, die unter den vier personenstärksten Flüchtlingsgruppen der Syrer, Afghanen, Gambiern und Irakern stattfand, zeigte unter anderem das insgesamt deutlich höchste schulische Vorbildungsniveau bei der Gruppe der Syrer. Arbeits- und Berufserfahrung hat die Mehrheit der Befragten angegeben. Die Arbeitserfahrungen sind an häufigsten im Bereich Handwerk, Bau, Handel sowie (bei Sy-

rer) im Ingenieurwesen gesammelt worden.

Interessant sind die Angaben in Bezug auf die Bildungsintention der Befragten und hier vor allem der Gambier, Afghanen und Iraker. Die meisten streben den Abschluss einer Schule und eine berufliche Ausbildung unabhängig von bisherigen Berufserfahrungen an, vor allem im Bau, Handel und im Handwerk. Hoch ausgeprägt ist der Wunsch vor allem von Syrern, ein Studium zu absolvieren und abzuschließen. Hierbei stehen technische und medizinische Studien im Vordergrund. Zum Rückkehrwunsch in das Herkunftsland befragt gaben Syrer tendenziell eher an, dafür offen zu sein. Für Gambier, Afghanen und Iraker ist eine Rückkehr wenig vorstellbar.

Perspektiven und Herausforderungen

Im Hinblick auf die mutmaßliche Verweildauer von Geflüchteten als anerkannte Asylbewerber und als Geduldete müssen diese Ergebnisse auf Struktur und Inhalte der Bildungsangebote im Landkreis Auswirkungen haben. Dabei kommt den Angeboten zum Erwerb der deutschen Sprache weiterhin die größte Bedeutung zu. Experten gehen davon aus, dass unter Berücksichtigung unterschiedlicher Lern- und Bildungskulturen und der ohnehin sehr großen Spanne an Bildungsaufnahme der neu zugewanderten Menschen es erst nach fünf bis sieben Jahren einen Effekt der flächigen Ausbildungs- und Arbeitsmarktintegration geben wird. Bis dahin und darüber hinaus ist es Aufgabe des Bildungssystems, differenzierte und ausreichend vorhandene Angebote vorzuhalten, dabei das Regelsystem offenzuhalten und die Ressourcen, die natürlich nicht versiegen sollten, entsprechend zu steuern. Auf der anderen Seite muss die Qualität innerhalb des Bildungssystems, sei es in der Aus- und Weiterbildung des pädagogischen Personals, in der interkulturellen Kompe-

tenz aller Beteiligten, in der Elternarbeit und Verzahnung schulischer und außerschulischer Angebote, in der Ausbildung und der beruflichen Fort- und Weiterbildung weiterentwickelt und gesichert werden. Die kontinuierliche Analyse zur Integration in und durch Bildung auf der Basis von logischen und durchgehenden Daten, die Transparenz und Entscheidungsgrundlagen schaffen, sind dabei unverzichtbar.

Mit dem aktuellen Bildungsbericht und dem nun begonnenen regelmäßigen Monitoring der Bildungsintegration von Neuzugewanderten hat der Landkreis Ravensburg einen ganz wesentlichen

Schritt dafür getan. Mit der Besetzung zweier Stellen beim Regionalen Bildungsbüro, die durch das Programm „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert werden, können die Aufgabe der Datenoptimierung, der Schaffung von Transparenz und der Einbeziehung der Verwaltungen und Akteure auf kommunaler Ebene nun konsequent angegangen werden. Weitere Bildungsberichte und Faktenchecks werden das Gelingen der Integration in und durch das Bildungssystem aufzeigen können.

Eine Herausforderung dabei sind die Entwicklung von Kennzahlen und der Nachweis von erreichten Zielen. Der Austausch von Daten ist dafür eine zwingende Voraussetzung, allerdings nur schwer zu erreichen. Deutlich geworden ist jetzt schon, dass Bildungsintegration nur in einem funktionierenden Netzwerk von formalen und informellen Angeboten und Strukturen wie in einer Bildungsregion erfolgreich gelingen kann.

Der Dipl.-Sozialpädagoge MBA Ludger Baum ist Leiter des Regionalen Bildungsbüros im Landratsamt in Ravensburg

Projekte zur Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen im Landkreis Tuttlingen – Basissprachkurse für alle

Von Bernd Mager, Tuttlingen

Unabhängig von der Bleibeperspektive der Asylbewerber und Flüchtlinge bietet der Landkreis Tuttlingen sogenannte „Basissprachkurse“ an. Allen erwachsenen Personen in den Gemeinschaftsunterkünften des Landkreises steht ein Basissprachkurs zu Verfügung. Landrat Stefan Bär erläutert: „Die rund 95 Euro, die innerhalb der Landespauschale für Sprachkurse enthalten sind, sind viel zu wenig, um Asylbewerbern in der ‚Vorläufigen Unterbringung‘ Sprachkenntnisse beizubringen. Daher bin ich dem Kreistag sehr dankbar, dass der Landkreis selbst Geld in die Hand nehmen kann, um entsprechende Basissprachkurse für alle Asylbewerber anzubieten.“ Träger dieser Sprachkurse, die seit Sommer 2016 in den Gemeinschaftsunterkünften angeboten werden, ist die Volkshochschule Tuttlingen. Aktuell laufen 12 Basissprachkurse mit einer Teilnehmerzahl von bis zu 20 Personen pro Kurs. Insgesamt nehmen 250 erwachsene Asylbewerber an diesen Basissprachkursen teil, die 200 Unterrichtseinheiten umfassen. Rund die Hälfte der Kurse sind Alphabetisierungskurse, was eine besondere Herausforderung für den Träger darstellt. Der Landkreis Tuttlingen wendet rund 130 000 Euro für diese Basissprachkurse aus eigenen Mitteln auf. „Sprache ist für eine erfolgreiche Integration essentiell. Wenn eine gewisse Sprachbasis vorhanden ist, verlaufen die anschließenden Integrationskurse umso effizienter“, betont Landrat Bär. Mit der Inanspruchnahme dieser freiwilligen Basissprachkurse ist der Landkreis sehr zufrieden. Flankiert werden diese von der VHS durchgeführten Basissprachkurse durch zahlreiche Ehrenamtliche, die parallel ebenfalls Sprachkurse und Hausaufgabenhilfe anbieten. Die Basissprachkurse sollen weiterhin für alle neu hinzukommenden Flüchtlinge angeboten werden.

Finanzielle Unterstützung der Asyl-Helferkreise

Seit Ende 2015 unterstützt der Landkreis Tuttlingen die ehrenamtlichen Asyl-Helferkreise mit 20 EUR pro Flüchtling, der in einer Gemeinschaftsunterkunft lebt. „Damit soll die wichtige und wertvolle Arbeit der ehrenamtlichen Helferkreise unterstützt werden. Ferner dient diese Auszahlung als kleine Anerkennungsgeste“, unterstreicht Landrat Stefan Bär. Die Auszahlung erfolgt über die Bürgermeisterämter, die das Geld vollumfänglich an die jeweiligen Helferkreise vor Ort ausbezahlen. Die Asyl-Helferkreise können selbst entscheiden, wofür sie das Geld einsetzen. Dies können Fahrtkosten für die Ehrenamtlichen sein, kleinere Anschaffungen oder auch Ausflüge mit den Flüchtlingen. Das gesamte Verfahren läuft so unbürokratisch wie möglich ab.

Helferfeste im Landkreis Tuttlingen

Als Wertschätzung der Arbeit der Asyl-Helferkreise lädt der Landkreis Tuttlingen die Ehrenamtlichen regelmäßig zu „Helferfesten“ ein. Mehrere solcher Feste wurden bereits im Landkreis durchgeführt. Regelmäßig sind rund 60 Ehrenamtliche bei diesen Festen dabei. „Ohne die Arbeit der Helferkreise wären wir an Grenzen gestoßen. Mit den Helferfesten wollen wir zum Ausdruck bringen, wie dankbar wir für deren Einsatz sind, unsere Hochachtung und Wertschätzung für ihre Arbeit zum Ausdruck bringen“, betont Landrat Bär. Gleichzeitig dienen diese Treffen auch dem Austausch der Helfer untereinander sowie auch mit den hauptamtlichen Mitarbeitern des Landratsamtes.

Integration von Flüchtlingen in Sportvereinen

Vor rund einem Jahr hat der Landkreis Tuttlingen mit dem Badischen Sportbund und dem Sportkreis Tuttlingen ein Projekt ins Leben gerufen, um Flüchtlinge in Sportvereinen zu integrieren. Pro Flüchtling werden 120 Euro für die Beschaffung von Sportbekleidung oder die Übernahme des Mitgliedsbeitrages an die Vereine ausgezahlt. Im Landkreis Tuttlingen haben bisher acht Sportvereine an diesem Projekt teilgenommen und Zuschüsse beantragt. „Sport ist ein hervorragender Ansatz, um Menschen zu

integrieren“, ist Landrat Stefan Bär der festen Überzeugung. Insgesamt hat der Landkreis 5000 Euro für das Projekt „Integration durch Sport“ in den Kreishaushalt eingestellt.

Gemeinschaftsunterkünfte in Holzmodulbauweise

Die neuste Generation an Gemeinschaftsunterkünften wird im Landkreis Tuttlingen in Holzmodulbauweise erstellt. Bis zu 60 Flüchtlinge finden in diesen Gemeinschaftsunterkünften Platz. Insgesamt werden vier Gemeinschaftsunterkünfte in Holzmodulbauweise errichtet. „Großer Vorteil ist, dass diese Holzmodule innerhalb von wenigen Wochen auf einer Bodenplatte errichtet werden können. Die Module in Holzständerbau sind prinzipiell translozierbar. Trotzdem sind diese Gebäude nachhaltig und von hoher Qualität“, so der Landrat. „Ein Hauptargument für uns war, dass wir dem örtlichen Handwerk Aufträge geben wollten, um Arbeitsplätze im Landkreis zu halten. Die Containermodule, die wir im Landkreis ebenfalls vorhalten, werden nicht im Landkreis hergestellt. Daher wollten wir mit dieser innovativen Lösung dem örtlichen Handwerk eine Chance geben.“

Rückkehrbeihilfe

Seit rund 20 Jahren gibt es im Landkreis Tuttlingen eine Rückkehrbeihilfe für Asylbewerber und Flüchtlinge. Für jeden

Erwachsenen gibt es 2000 Euro, maximal 6000 Euro für eine Familie. Diese Rückkehrbeihilfe wurde immer wieder modifiziert und der Kreistag des Landkreises Tuttlingen hat vor kurzem entschieden, dass auch anerkannte Flüchtlinge diese Rückkehrbeihilfe in Anspruch nehmen können. „Die staatliche Rückkehrbeihilfe, beispielsweise über REAG und GARP-Mittel, greift nur unter bestimmten Voraussetzungen. Anerkannte Asylbewerber erhalten in der Regel keine staatlichen Rückkehrhilfen. Unser Ziel ist, die landkreiseigene Rückkehrbeihilfe auch auf den Personenkreis der anerkannten Flüchtlinge auszudehnen“, erläutert Landrat Stefan Bär. Jeder Einzelfall ist speziell und die Mitarbeiter prüfen intensiv, ob eine Rückkehrbeihilfe des Landkreises in Anspruch genommen werden kann oder nicht. Darüber hinaus hat der Landkreis Tuttlingen entschieden, eine halbe Stelle für die Rückkehrberatung einzustellen. Diese Stelle ist seit 1. März 2017 im Einsatz und berät Familien, die freiwillig in ihr Heimatland zurück wollen. Im letzten Jahr sind 150 Asylbewerber aus dem Landkreis freiwillig in ihr Heimatland zurückgekehrt.

Bernd Mager ist Sozialdezernent im Landratsamt Tuttlingen

Sozialraumorientierte Integrationsarbeit im Schwarzwald-Baar-Kreis – ein Werkstattbericht

Von Marcel Dreyer, Villingen-Schwenningen

Der Schwarzwald-Baar-Kreis hat sich im Jahr 2016 auf den Weg zu einer sozialräumlich ausgerichteten Integrationsstruktur gemacht. Er liegt mit seinen rund 210 000 Einwohnern, inklusive dem Oberzentrum Villingen-Schwenningen mit 85 000 Einwohnern, in der wirtschaftsstarken Region Schwarzwald-Baar-Heuberg. Die 20 Städte und Gemeinden des Kreises verteilen sich mit ihren über 80 Ortsteilen über eine Fläche von rund 1025 Quadratkilometer. Zentrale soziale Einrichtungen und Dienste sind meist in Villingen-Schwenningen, dem Kreissitz, angesiedelt, so dass viele Bürgerinnen und Bürger einen weiten Anfahrtsweg zurücklegen müssen, um zu diesen Einrichtungen zu gelangen. Insbesondere für sozial schwächere Menschen mit wenig Einkommen besteht diese geografisch bedingte Herausforderung mit langer Wegstrecke. Die Umsetzung einer sozialraumorientierten und wohnortnahen sozialen Hilfestruktur ist deshalb von großer Bedeutung, aber gleichzeitig nicht leicht zu organisieren. Insbesondere kleine Gemeinden können erst ab einer bestimmten Anzahl von Menschen mit Hilfebedarf auch die entsprechende Infrastruktur in Form von Personal, Fachwissen und Räumen vorhalten.

Diese Problematik ist keine Besonderheit des Schwarzwald-Baar-Kreises, sondern trifft auf viele Landkreise zu und sie macht die Arbeit für die Träger der Sozial- und Jugendhilfe in vielen Fällen schwieriger – vor allem aber auch teurer. Im Vergleich dazu hat es ein freier Träger der ambulanten Hilfen selbstverständlich einfacher, in einem zentralen Siedlungsgebiet einer Stadt tätig zu sein und damit eine Fachkraft örtlich sehr nah zu binden. Anders stellt sich dies in einem Flächenlandkreis dar. Wenn die Träger der Sozial- und Jugendhilfe beispielsweise in drei bis vier Gemeinden tätig sind und in jeder davon vier Klienten betreut werden, nehmen die Fahrwege einen Großteil der Arbeitszeit in Anspruch.

Mit Planung und Struktur zur Wirkung

Das Sozialdezernat des Landratsamtes Schwarzwald-Baar-Kreis verfolgt bereits seit längerem das Ziel, die Hilfeleistungen in allen Tätigkeitsfeldern (Jugendhilfe, Hilfe zur Pflege, Eingliederungshilfe, etc.) sozialraumorientiert auszugestalten. Dabei nimmt nicht nur die räumliche Nähe der fallspezifischen Angebote eine wichtige Funktion ein. Auch der überörtliche Austausch in der fallunspezifischen und fallübergreifenden Arbeit ist von Bedeutung. In der Jugendhilfe wurde dieser Weg begonnen, in der Eingliederungshilfe wird er zurzeit

fortgesetzt und in der Integrationsarbeit soll er nahezu von Grund auf als Handlungsmaxime aller im Feld Tätigen dienen. Integration wird zwar über alle Hilfebereiche im Querschnitt betrachtet, doch in Teilen ist diese auch mittlerweile hochspezialisiert und auf die Zielgruppen „Migranten“ und „geflüchtete Menschen“ bezogen. Beispiele hierfür sind die Jugendmigrationsdienste, die Migrationserstberatung, Integrationsbeauftragte der Kommunen und die steigende Zahl von Integrationskursen und Vorbereitungsschulklassen für Migrantinnen und Migranten.

Als die Flüchtlingszuwanderung im zweiten Halbjahr 2015 und im Jahreswechsel

2015/2016 ihren derzeitigen Höhepunkt hatte, war der Verwaltungsspitze des Landratsamtes Schwarzwald-Baar-Kreis bewusst, dass die bestehenden Aufgaben des Landratsamtes als untere Aufnahmebehörde, sowie die komplette Struktur der Helfelandschaft einer grundsätzlichen Analyse und Kritik unterzogen werden müssen. Der plötzlich entstandene hohe Bedarf gab Anlass dazu, viele Strukturen, die auf persönlicher Beziehung und räumlicher Nähe basierten zu hinterfragen. Die Verwaltung wurde auf mehreren Ebenen tätig. So wurde ein Integrations- und Flüchtlingsbeauftragter eingestellt, der in der Stabsstelle Sozialplanung beim Sozialdezernenten die für den Bereich notwendige Legitimation erhielt und diese auch ins Feld tragen konnte. Ziel war und ist es, den Integrationsbeauftragten als zentrale Person für den kompletten Bereich „Migration“ im Landratsamt zu etablieren. Er hat eine zentrale Funktion für alle Informationen und kann so auch gleichzeitig Probleme erkennen, Bedarfe eruieren und Erkenntnisse intern wie extern rückmelden. „Durch die Ansiedlung der Stelle des Integrations- und Flüchtlingsbeauftragten in der Sozialplanung war es von vornherein angedacht, dass wir nicht nur projektorientiert an die Integrationsarbeit herangehen. Integration hatte bei uns bis zu diesem Zeitpunkt Entwicklungspotenzial. Wir wollten uns diesem Bereich deshalb planvoll und mit langfristiger Perspektive annähern, damit wir nachhaltige Strukturen legen und verbindliche Absprachen treffen konnten“, so der Sozialdezernent. Dass bei diesem Weg selbstverständlich auch einige alte Gefüge, sowohl in der eigenen Verwaltung, wie auch außerhalb davon, zum Teil

stark umstrukturiert werden müssen, war allen Beteiligten bereits zu Beginn klar.

Mit der professionellen Erstellung einer Sozialraumanalyse im ganzen Kreisgebiet wurde dem Trainingszentrum für Sozialraumorientierung Demmel|Teubert|Langstein aus Villingen-Schwenningen der Auftrag erteilt. Prof. Dr. Anja Teubert führte als wissenschaftliche Leiterin den Erhebungsprozess der Ausgangssituation in sieben Kommunen – räumlich in verschiedenen Teilbereichen des Landkreises gelegen – sowie bei mehreren Trägern und Ehrenamtskreisen durch. Lehrende der in Villingen-Schwenningen ansässigen Dualen Hochschule Baden-Württemberg arbeiteten gemeinsam mit Studierenden an der Erhebung und Auswertung der Daten und Erkenntnisse mit. Systematisch wurden die Bereiche Bildung/Erziehung, berufliche Eingliederung, Wohnen, Freizeit/Kultur und psychosoziale Begleitung mittels Fragebögen und Beteiligungsveranstaltungen erhoben und analysiert. Das Landratsamt war durch den Integrationsbeauftragten ständig am Prozess beteiligt.

Schwierigkeiten und Stolpersteine

Bereits zu Beginn des Erhebungszeitraums von Februar bis April 2016 wurden zeitnah einige strukturelle Verbesserungsmöglichkeiten im Umgang mit dem starken Zugang an geflüchteten Familien und Einzelpersonen ermittelt. So wurde zum Beispiel deutlich, dass die Vermittlung aller Flüchtlinge an die Agentur für Arbeit nicht ausreichend gewährleistet war. Durch die sehr gute Kooperation mit den Verbänden und Behörden konnten die verschiedenen Aufgaben sehr zeitnah in Angriff genommen und bewältigt werden. Im „Integrationskonzept für ein gelingendes Zusammenleben mit geflüchteten Menschen im Schwarzwald-Baar-Kreis“, wie die 97 Seiten umfassende Sozialrauman-



alyse dann zum Schluss benannt wurde, sind sechs klare Empfehlungen an das Landratsamt benannt. Diese sind:

1. Festlegung von gemeinsamen Zielen und Vereinbarungen, um landkreisweite Verfahren und Standards zu erreichen
2. Schaffen von Stellen für gemeinwesenorientierte Soziale Arbeit in den Kommunen
3. Interdisziplinäre Schulungen zu interkultureller Kompetenz
4. Installieren von Netzwerken auf Zeit
5. Clearingverfahren und Case-Management für die Sozialarbeit
6. Überprüfung der entwickelten Standards

Die Gutachter haben ihre Erkenntnisse sodann im zuständigen Kreistagsausschuss vorgestellt und konkrete Handlungsempfehlungen erteilt. Wichtig war dabei, einerseits die fachlichen Empfehlungen darzustellen und andererseits

aber auch die Kreisräte in die Entscheidung mit einzubinden. Der Verwaltung lag deshalb sehr daran, auch alle Landkreiskommunen in das Konzept einzubinden und in den Dialog mit diesen zu treten, um so optimale Strukturen identifizieren zu können. Sehr hilfreich war, dass das Land Baden-Württemberg die Stelle von Integrationsbeauftragten fördert, was von zahlreichen Kommunen dankbar angenommen wurde. Kritische Punkte bei der Ergebnisdarstellung waren der Umgang mit den Themen: „Gesetzlicher Auftrag“, „Zuständigkeit“ und „Konnexitätsprinzip“. Nach einer intensiven Abstimmungsrunde mit den Städten und Gemeinden hat schließlich der Kreistag des Schwarzwald-Baar-Kreises dieses Konzept mit den dazugehörigen Handlungsempfehlungen beschlossen und somit der Verwaltung den Auftrag erteilt, diese Punkte auch umzusetzen.

Zuständigkeiten

örtliche Zuständigkeit/Status	Aufgabe	Zuständige Behörde
Vorläufige Unterbringung	Sozialbetreuung	Landkreis
Anschlussunterbringung	Sozialbetreuung	Gemeinde
Anschlussunterbringung anerkannte Asylbewerber	Sozialberatung	Migrationsberatungsstellen der Träger Caritas+Diakonie
Anerkannte Asylbewerber	Arbeitsvermittlung, Leistungsgewährung	Jobcenter
Asylsuchende (im Verfahren), abgelehnte Asylbewerber	Arbeitsvermittlung, Leistungsgewährung	Agentur für Arbeit, Landkreis

Schaubild 1

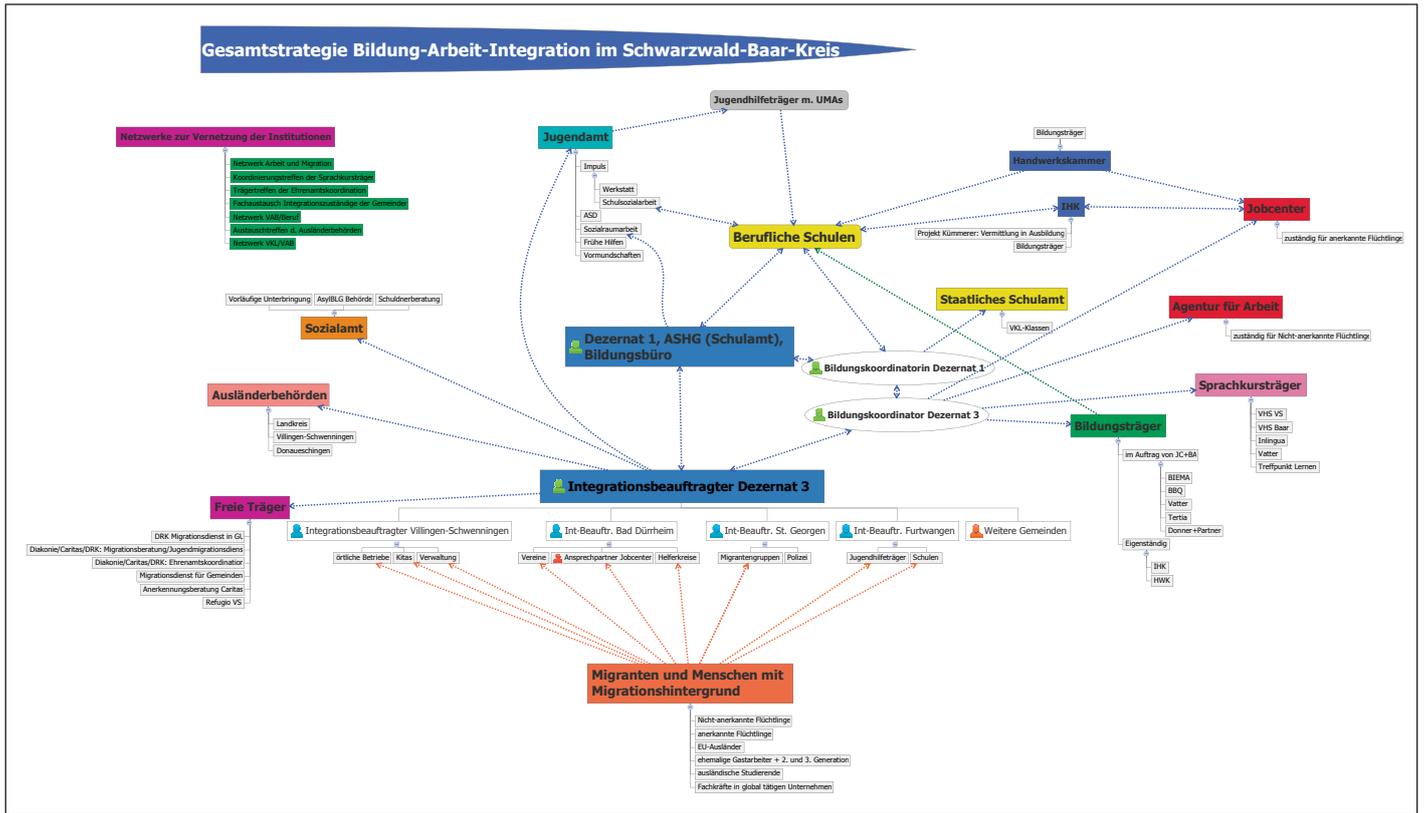


Schaubild 2

Lösungsvorschläge ohne Zuständigkeit – Das Aus des Prozesses?

Es zeigte sich, dass es verschiedene Lösungsansätze gab, die Integrationsarbeit auf solide Strukturen zu stellen. Nur die „klare“ Zuständigkeit fehlte oftmals, auch wenn man diese für das Landratsamt am Ende einer Hilfekette oft darstellen kann. Nicht bewältigte Problemlagen, die bei der Arbeitsvermittlung der Eltern, der Versorgung der Kinder und der Bildung aller Neuzugewanderten auftreten, muss das Landratsamt in Form des Anteils der Kosten der Unterbringung (KdU) – SGB II, der Leistungsgewährung und der KdU im AsylbLG und nicht zuletzt an Leistungen der Jugendhilfe nach SGB VIII auffangen. Eine frühzeitige, präventive, wohnortnahe und sozialraumorientierte Gewährung von Unterstützungsleistungen könnte sich also im ureigenen Interesse jeder Landkreisverwaltung darstellen. Dennoch ist das Landratsamt für Leistungen, die in reiner

Verbindung mit „Integration“ stehen, nicht die alleinige zuständige Stelle. Der Grund liegt darin, dass sich § 18 Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG), also die Sozialbetreuung in der Anschlussunterbringung, klar auf die Gemeinden bezieht und dies auch von vielen so gewünscht wurde. Es bleibt also noch die Möglichkeit, über die zielorientierte Netzwerkarbeit mit den verschiedenen Beteiligten eine Gesamtverantwortung herzustellen. Diese wird im Schwarzwald-Baar-Kreis nun auf zwei Ebenen mit einem klaren Schwerpunkt verfolgt. Dieser Schwerpunkt ist das Thema „Integration durch Arbeit“. Die zwei Ebenen bilden einerseits die Gemeinden und auf der überörtlichen Ebene das Jobcenter sowie die Agentur für Arbeit. In den Gemeinden findet der Prozess der „Integration vor Ort“ statt. Das Jobcenter und die Agentur für Arbeit sind für die Qualifizierung für Arbeit und die Vermittlung in Arbeit verantwortlich. Ziel ist es, beide Ebenen so zu verbinden,

dass die Stärken der jeweiligen Zuständigkeit voll zum Tragen kommen und im Sinne der Menschen wirken. Die lokal, direkt am Menschen Tätigen, aus der Sozialbetreuung, ehrenamtliche Helfer, Vereine, Schulen, Kitas, Betriebe, etc. können sich direkt an die Integrationsbeauftragten der Kommunen wenden. Überörtlich auftretende Bedarfe werden über den Integrationsbeauftragten des Landkreises gebündelt und an die entsprechenden Stellen direkt oder über Netzwerkarbeit weitervermittelt (siehe Schaubild 2).

Aufgabe	Zuständigkeit
Integrationsfachberatung, Unterstützung, Service, Netzwerkarbeit mit den Gemeinden	Landkreis
Integration vor Ort – Sozialbetreuung – Koordination Flüchtlingsarbeit	Gemeinde

Schaubild 3

Weitere Zielrichtung

Durch die Einstellung von zwei Bildungs-koordinatoren über das Bundesprogramm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung werden die Prozesse in den kreiseigenen Beruflichen Schulen, dem Übergang Schule-Beruf, der Qualifizierung vor dem Beruf und die Verbindung von Jobcenter und Agentur für Arbeit mit den Integrationszuständigen der Gemeinden weiter konsequent verfolgt. Weitere Felder, wie die Frühförderung von Migrantenkindern in Kitas, ein einheitliches Migrations- und Sozialdatenmanagement und die konsequente Ausweitung des Blickfelds auf alle Migranten und Menschen mit Migrationshintergrund sind in den Fokus gerückt. Die Umsetzung des Clearingverfahrens mit Fallmanagement in der Sozialbetreuung der vorläufigen Unterbringung befindet sich im Moment in der Prozessumsetzung. Durch die Software „enaio Flüchtlingsmanager“ können Be-

darfe, Ressourcen und Interessen der Menschen durch die Sozialbetreuung frühzeitig erfasst und konsequent fortgeschrieben werden. Sobald die Übergabe der Personen an die Gemeinden erfolgt, soll auch ein bereits dokumentierter und weiter skizzierter Integrationsweg für alle im Schwarzwald-Baar-Kreis angekommenen geflüchteten Menschen in Form eines Datenblatts weitergegeben werden können. Projekte und Maßnahmen, wie z. B. der landkreisweite Sprachmittlerpool, Sprachkurse über das Landratsamt oder Qualifizierungsmaßnahmen für ehrenamtliche Flüchtlingsbetreuer werden auch weiterhin auf qualitativ und quantitativ erhobenen Kriterien basierend geplant und gegebenenfalls gestartet. So wird es zum Beispiel keine Fortsetzung der Deutschkurse geben, weil diesem Bedarf bereits durch das abgestimmte Vorgehen adäquat begegnet werden konnte. Die Gemeinschaftsleistung zwischen Landratsamt, DRK Sozialbetreuung, Agentur für

Arbeit und den Sprachkursträgern kann sicherlich als Beispiel für gute Kooperation und zielgerichtetes Handeln mit bewusstem und maßvollem Ressourceneinsatz bewertet werden.

Die ersten Schritte bei den Umsetzungen der Netzwerke sind eingeleitet und die Beteiligten Partner werden schrittweise informiert und beteiligt. Als wichtigstes Kriterium gilt dabei die Bündelung der unterschiedlichen Sichtweisen verschiedenster Beteiligter und die anschließende gemeinsame Interpretation, damit aus der Vielzahl an möglichen Integrationswegen, hoffentlich *ein konkreter Weg*, gemeinsam mit den geflüchteten Menschen und Migranten vereinbart werden kann.

Marcel Dreyer ist Integrationsbeauftragter des Landratsamtes des Schwarzwald-Baar-Kreises

Wie Integration attraktiv werden kann

Der Rems-Murr-Kreis erarbeitet einen praxisorientierten Integrationsplan und nutzt dafür die „Kommunalen Flüchtlingsdialoge“

Von Christina Reimling, Waiblingen

„Flüchtlinge zu beschäftigen, muss sexy werden!“ – So formulierte ein Teilnehmer des Workshops zur Arbeitsmarktintegration im Rems-Murr-Kreis, was nicht nur Politik und Verwaltung umtreibt. Der Unternehmer sprach dabei aus eigener Erfahrung, stieß er doch bei seinen Bemühungen zur Beschäftigung von Flüchtlingen auf die verschiedensten Hindernisse. Es ist nicht gerade „sexy“, wenn gute Absichten an Bürokratie scheitern. Pragmatische Lösungen zu finden, das ist hingegen die Devise des Rems-Murr-Kreises.

Wie in den meisten anderen Landkreisen auch, sahen sich Systeme und Bürger im Rems-Murr-Kreis durch die Vielzahl der Menschen, die seit 2015 als Flüchtlinge kamen, vor neuen Herausforderungen. Zunächst entstand ein akuter Bedarf an Problemlösungen: Wie können diese Menschen untergebracht, wie kann ihnen Schutz und Obdach geboten, wie ihre Grundversorgung sichergestellt werden? Schnell formierten sich Arbeits- und Freundeskreise und erbrachten unersetzliche ehrenamtliche Leistungen. Das Landratsamt Rems-Murr-Kreis richtete einen von August 2015 bis Ende 2016 wöchentlich tagenden Koordinierungs-

stab sowie zum 1. März 2016 ein eigenes Amt für besondere Hilfen und Flüchtlinge ein. Damit konnte in den Bereichen Koordination und Planung, Leistungsgewährung und Sozialbetreuung akut Hilfe geleistet werden. Gleichzeitig blieb jedoch die Frage offen: Was kommt danach?

Seit März 2016 begegnet der Landkreis dieser Frage mit einer Vollzeitstelle nach der „Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Integration über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration“ (VwV Integration), und es hat sich viel getan für Flüchtlinge und

Migranten. Auch die Integrations- und Flüchtlingsbeauftragten der Städte und Gemeinden im Kreis profitieren von den ausgebauten Kapazitäten beim Landratsamt. Einige der „Sofortmaßnahmen“:

- Bereits im Juli 2016 nahm das Team IBA – Integration, Beratung, Arbeit – seine Arbeit auf. In diesem Beratungs- und Vermittlungsservice für geflüchtete Menschen arbeiten Mitarbeiter der Agentur für Arbeit und des Jobcenters eng zusammen und sind dabei über einen „heißen Draht“ via E-Mail und Telefon-Hotlines direkt mit den Ausländerbehörden in den Großen Kreisstädten und beim Landratsamt verbunden: ein klassischer „one-stop“-Service.
- In einer Erprobungsphase läuft seit September 2016 das Online-Meldeportal für freien Wohnraum im Rems-Murr-Kreis. Über eine Internetplattform können sozial engagierte Vermieter leer stehende Wohnungen oder Zimmer an den Landkreis melden. Zugriff auf die Daten haben nur die Sozialarbeiter des Landkreises und der mit der Sozialbetreuung der Flüchtlinge beauftragten karitativen Einrichtungen. Passt ein Wohnungsangebot zum bei den Sozialarbeitern bekannten Bedarf, nimmt ein Mitarbeiter des Landratsamtes oder ein von ihm beauftragter Ehrenamtlicher Kontakt zum Vermieter auf und vereinbart einen gemeinsamen Besichtigungstermin. Die Vorteile: Mögliche Hemmschwellen werden abgebaut, der Erstkontakt findet begleitet statt und für sozial benachteiligte Personen werden zusätzliche Wohnräume akquiriert, die auf dem freien Wohnungsmarkt nicht angeboten werden.
- Seit Oktober 2016 beteiligt sich der Kreis auch mit rund 120.000 € am Programm „Chancen gestalten – Deutsch für Flüchtlinge“ des Landes Baden-Württemberg. Rund 120 Männer und Frauen konnten damit bis zum Jahresende gefördert werden, das Programm läuft noch bis Ende Juli 2017.

So wurden in wenigen Monaten punktuell neue Angebote geschaffen. Für die langfristige und strategische Ausrichtung der Integrationsarbeit bedarf es jedoch eines Gesamtkonzepts, mit dem sich der Landkreis grundsätzlich zur Frage der Integration von in Deutschland lebenden Ausländern und Migranten positioniert und sein Selbstverständnis klärt. Mit einem theoretischen Positionspapier allein ist es dabei nicht getan. Vielmehr sollte der Landkreis gegenüber seinen Städten und Gemeinden eine koordinierende Rolle einnehmen, Transparenz schaffen, Akteure vernetzen und Angebote zur praktischen Zusammenarbeit unterbreiten. Kurzum: Er sollte sich der Frage annehmen, wie Integration für alle Beteiligten „sexy“ werden kann.

Für einen nachhaltigen Erfolg dieses Vorhabens ist es dabei wesentlich, sich kontinuierlich an der Praxis zu orientieren. Ein „Integrationsplan“ oder „Integrationskonzept“ sollte neben politischen Aussagen und Zielvorstellungen vor allem auch der Realität angemessene, praktikable Handlungsempfehlungen und Maßnahmenvorschläge enthalten. Im besten Fall können etwaige, bereits zwischen verschiedenen Akteuren vereinbarte Vorgehensweisen mit abgebildet werden, die künftig umgesetzt werden sollen. So kann ein Handlungskatalog entstehen, der gleichwohl politische Aussagen trifft, dabei aber auch als Orientierungshilfe und Leitfaden für alle Beteiligten dient.

Erklärtes Ziel des „Integrationsplans für den Rems-Murr-Kreis“ war es somit, die vielfältigen Maßnahmen in den 31 Kommunen vor Ort zu einem um koordinierende Angebote des Landkreises, zum anderen um konkrete Handlungsvorschläge für die Städte, Gemeinden, Vereine und weiteren Partner zu ergänzen. Dazu war zunächst einmal der tatsächliche Bedarf festzustellen. Wo gab es noch „Stolpersteine“, wo griffen Systeme noch nicht gut genug ineinander oder wo verfehlten Maßnahmen möglicher-

weise ihr Ziel und warum? Fragen, die nur aus der Praxis beantwortet werden konnten. Der Rems-Murr-Kreis nutzte deshalb das Format der „Kommunalen Flüchtlingsdialoge“, die vom Land Baden-Württemberg und der Landeszentrale für politische Bildung im Rahmen des Programms „Flüchtlingshilfe durch Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft“ gefördert werden, um Betroffene und Beteiligte an einen Tisch zu holen.

Da Integration letztlich alle Lebensbereiche umfasst, ist es bei der Ausarbeitung einer Integrationsstrategie wichtig, Prioritäten zu setzen und sich zumindest in einem ersten Aufschlag mit nur einer beschränkten Zahl von Themenfeldern zu beschäftigen. Nur so sind in einem angemessenen Zeitrahmen handhabbare Ergebnisse zu erzielen; ein handlungsorientierter Plan darf sich nicht schon während seiner Erarbeitung überleben.

Der Rems-Murr-Kreis legt seinen Schwerpunkt bei der Integration von Ausländern – gleich welcher Vorgeschichte – in erster Linie auf die Arbeitsmarktintegration. Landrat Dr. Richard Sigel ist überzeugt, dass die (weitgehende) Unabhängigkeit von staatlichen Leistungen die Integration in andere Lebensbereiche in Deutschland erleichtert. Auch kann Integration keine einseitige und schon gar keine Gefälligkeitleistung sein. Wer als Ausländer nach Deutschland kommt, hier bleiben will und darf, muss sich und seine Familie langfristig selbst finanzieren können. Dazu ist es erforderlich, dass Migranten Deutsch sprechen und verstehen, lesen, schreiben und rechnen können. Auch, um sich im Alltag zu verständigen, notwendige Behördengänge selbständig zu erledigen, eine Wohnung zu finden und in der Freizeit mit anderen in Kontakt treten zu können, sind deutsche Sprachkenntnisse und eine grundlegende Bildung unabdingbar. Die Lebensbereiche Sprache und Bildung, Arbeit, Wohnen und Freizeit kristallisierten sich durch diese Überlegungen heraus.

Am 20. Oktober 2016 erarbeiteten daher im „Kommunalen Flüchtlingsdialog“ rund 45 Mitwirkende, allesamt mit sehr hohem Praxisbezug, in vier Teams zu den genannten Themenfeldern erste Antworten auf die Fragen nach aktuellen Herausforderungen und Lösungsvorschlägen. Die vier Arbeitsgruppen fanden parallel statt und wurden jeweils einzeln moderiert. In diesen ersten Workshops stand zunächst die Frage nach den aktuellen Stolpersteinen im Vordergrund. Was würde jeder der Beteiligten ändern, wenn er könnte? Was hindert ihn täglich in seinen Integrationsbemühungen? Gewünscht waren Antworten, die so konkret wie möglich sein sollten. Bei allen Diskussionen wurde weiterhin stringent auf den hohen Praxisbezug geachtet. Diskutiert wurden nur Thematiken, die im Einflussbereich der anwesenden Akteure lagen. Dadurch konnte maximal effektiv gearbeitet werden: Die pro Team 12 bis 15 Personen erzielten in nur zweieinhalb Stunden ein buntes Potpourri an Thesen zur Erläuterung der

von ihnen wahrgenommenen Situation und Vorschlägen, wie die Integration in den verschiedenen Bereichen attraktiver gestaltet werden und besser gelingen – wie sie „sexy“ werden – kann.

Die Ideen wurden seitens des Landratsamtes und unter Begleitung eines externen Beraters gesichtet, bewertet, priorisiert und um weitere Lösungsvorschläge ergänzt. Im Dezember 2016 gab es zu jedem Themenfeld einen weiteren zweieinhalbstündigen Workshop, in dem zunächst die Thesen der jeweils ersten Arbeitsgruppe auf ihren Wahrheitsgehalt geprüft und die konkreten Umsetzungsvorschläge diskutiert wurden. Verifizierte Thesen, die auch der Anforderung genügten, im Einflussbereich der Beteiligten zu stehen, wurden in möglichst konkrete Vereinbarungen und Handlungsansätze überführt. Für diese „zweite Runde“ wurde die Zusammensetzung der Teams erweitert. So waren auch Vertreter des Kreistags, weiterer Institutionen und Kommunen vertreten. Auch diese Anschlussworkshops fanden

im Rahmen des „Kommunalen Flüchtlingsdialogs“ statt.

Ergebnis der somit insgesamt acht Beratungen war eine Fülle konkreter Beobachtungen, für die ebenso viele Lösungsansätze erdacht und in konkrete Maßnahmen überführt wurden. Ergänzt um umfassende Recherchen und einer ganzheitlichen Betrachtungsweise unterzogen, entstand so in 92 Arbeitstagen ein praxisorientierter Maßnahmen- und Empfehlungskatalog, mit dem der Landkreis einerseits selbst aktiv werden und andererseits den Kommunen und anderen Partnern eine Orientierungshilfe an die Hand geben kann. Er versteht sich dabei als erster Aufschlag und Angebot zur weiteren Abstimmung und Diskussion in der kommunalen Familie.

Christina Reimling ist in der Stabsstelle Wirtschaftsförderung beim Landratsamt Rems-Murr-Kreis tätig

Berufliche Integration von Flüchtlingen kann gelingen

Von Harald Lämmle, Biberach

Die berufliche Integration ist eine der Herausforderungen bei der Eingliederung der Flüchtlinge. Da für die berufliche Eingliederung je nach Aufenthaltsstatus die Agentur für Arbeit oder das Jobcenter verantwortlich ist, wurde auf Anregung des Landkreises am 1.2.2016 im Jobcenter Biberach eine Büroarbeitsgemeinschaft von kommunalem Jobcenter und der örtlichen Agentur für Arbeit, das Team Arbeitsintegration Flüchtlinge (AIF), gegründet. Die Erfolge nach einem Jahr können sich sehen lassen.

Unter einem Dach und aus einer Hand werden vom Team AIF alle wichtigen Dienstleistungen zur beruflichen Eingliederung für Flüchtlinge und Arbeitgeber erbracht. Hierzu wurde eine enge Zusammenarbeit mit dem Amt für Flüchtlinge und Integration, dem Jugendamt und den Ausländerbehörden im Kreis vereinbart.

Bereits seit Herbst 2015 werden gemeinsam mit den Netzwerkpartnern Strategien für die berufliche Eingliederung entwickelt. Ziel ist es, die berufliche Integration von Flüchtlingen gemeinsam zu unterstützen und zu begleiten, ohne

dass Ressourcen doppelt eingesetzt werden. Alle Beteiligten sind sich einig, dass die Erkenntnisse aus der ehrenamtlichen Arbeit einen wesentlichen Beitrag bei der beruflichen Integration der Flüchtlinge leisten. Mit dem Ehrenamt wurde daher ein strukturiertes Verfahren zur Unterstützung bei der beruflichen Integration der Flüchtlinge entwickelt, das eine Abgrenzung zwischen Haupt- und Ehrenamt umfasst und gleichzeitig verhindert, dass Arbeitgeber mit Bewerbungen überschwemmt werden.

Der Landkreis Biberach hat früh mit dem Aufbau kommunaler Strukturen und

deren Vernetzung begonnen. Das Ziel, alle arbeitsfähigen Flüchtlinge bis 40 Jahren aus Ländern mit einer hohen Bleibewahrscheinlichkeit in die Beratung zur beruflichen Eingliederung aufzunehmen, konnte dadurch zum Jahresende 2016 erreicht werden.

Wesentliches Element des AIF ist die Zugangssteuerung. Mitarbeiter des Sozialdienstes Asyl bereiten den Erstkontakt vor. Anhand der persönlichen Situation wird dann im AIF entschieden, ob eine Berufsberatung im AIF stattfindet oder die Beratung über die Integrationsfachkräfte erfolgt. Der weitere Eingliederungsprozess wird durch eine Clearingstelle gesteuert. So ist sichergestellt, dass z.B. die Teilnahme an einem Integrationssprachkurs bei Flüchtlingen aus Ländern mit einer hohen Bleibewahrscheinlichkeit schon vor der Anerkennung eingeleitet wird.

Um die Bereitschaft zur Beschäftigung von Flüchtlingen zu fördern und um persönliche Kontakte herzustellen, wurden mit Arbeitgebern mehrere Veranstaltungen in Kooperation mit der Handwerkskammer, der Kreishandwerkerschaft, Innungen und der IHK durchgeführt. Sehr erfreulich war, dass sich in den Veranstaltungen aus dem Teilnehmerkreis Arbeitgeber zu Wort meldeten, die über ihre positiven Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit dem Jobcenter und bei der Beschäftigung von Flüchtlingen berichteten.

Des Weiteren werden von Kümmerern in Kooperation mit dem Jugendamt Informationsveranstaltungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge durchgeführt. Mit einer hohen Kontaktdichte übernehmen die Kümmerer anschließend die Verantwortung, dass eine geeignete Ausbildungsstelle gefunden wird. Auch die anschließende Unterstützung im Ausbildungsverhältnis ist Aufgabe der Kümmerer.

Die vom Bund finanzierten „Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM)“ geben Flüchtlingen die Chance, möglichst früh zu erleben, wie der Arbeitsalltag in



Deutschland aussieht. Um möglichst vielen Flüchtlingen die Chance auf eine Beschäftigung zu ermöglichen, werden die FIM durch einen Mitarbeiter des AIF koordiniert und in enger Zusammenarbeit mit dem Sozialdienst Asyl besetzt. Aktuell sind bereits 113 Stellen beantragt und 92 Stellen bewilligt. Derzeit arbeiten 148 Flüchtlinge in einer Arbeitsgelegenheit, rund zur Hälfte über FIM finanziert. Die Beschäftigung in handwerklichen Tätigkeiten erfordert bei einer Arbeitsaufnahme eine Sicherheitsbelehrung durch den Arbeitgeber. Schlechte Sprachkenntnisse stellen für Arbeitgeber eine oftmals zu große Herausforderung hierfür dar. Der AIF führt daher mit einem Bildungsträger Sicherheitsunterweisungen mit Flüchtlingen in verschiedenen Sprachen durch, die von der Berufsgenossenschaft anerkannt sind. Ein Anspruch des AIF ist es, jedem Flüchtling eine passgenaue Förderung durch Maßnahmen anbieten zu können. Durch Aktivierungsmaßnahmen in Arabisch werden Wartezeiten vor einem Integrationssprachkurs sinnvoll genutzt. Nach dem Integrationssprachkurs ist Fördern und Fordern die Grundlage des Integrationsprozesses.

Das kommunale Jobcenter mit aktuell 2400 Bedarfsgemeinschaften hat sein

Netzwerk strategisch erweitert. Vom Team AIF (13 Vollzeitstellen) werden aktuell 1344 Flüchtlinge und Arbeitgeber umfassend betreut. Innerhalb eines Jahres konnten so bereits 240 Flüchtlinge in ein Arbeitsverhältnis integriert werden, 315 Flüchtlinge haben an einem Praktikum teilgenommen, 28 Flüchtlinge konnten eine Ausbildung aufnehmen, 9 Flüchtlinge absolvieren derzeit eine Einstiegsqualifizierung, die im Herbst in eine Ausbildung übergeht. Die ersten Ergebnisse zeigen, dass eine berufliche Eingliederung von Flüchtlingen gelingen kann.

Harald Lämmle ist Amtsleiter Jobcenter Biberach

Informationspolitik als strategisches Instrument für Leitkultur, Motivation und Effizienz bei der Integrationsarbeit

Enzkreis-Strategie: Information, Organisation und Leitlinien

Von Isabel Hansen, Pforzheim

Wer darf seine Familie nachholen? Wie funktioniert das Asylverfahren? Wann kommen Flüchtlinge in die Anschlussunterbringung? Was ist eine VABO-Klasse? Broschüren und Flyer, die Aspekte rund um Asylverfahren und Flüchtlingspolitik verständlich aufgreifen, gibt es viele. Den sehr unterschiedlichen Situationen in den Landkreisen können sie nicht immer gerecht werden. Demographische Merkmale, Infrastruktur, vorhandene Angebote, Zuständigkeiten und die Organisation in Landratsamt und Jobcenter sind nur einige der Faktoren, die sich nicht über einen Kamm scheren lassen, deren Zusammenspiel die Integration aber maßgeblich beeinflussen kann.

Gerade die Kenntnis der Landkreis-DNA, der individuellen Strukturen, Abläufe, Netzwerke und Ansprechpartner bildet die Basis der Kommunikation und ermöglicht allen, die sich in der Flüchtlingsarbeit engagieren, eine effektive Zusammenarbeit, bei der sich Angebote ergänzen und nicht miteinander konkurrieren.

Hier greift die Enzkreis-Strategie „Flüchtlinge des Enzkreises“, die im vergangenen Jahr von Sozialdezernentin Katja Kreeb angestoßen und vom Kreistag unterstützt und begleitet wurde.

Die Enzkreis-Strategie, die laufend aktualisiert und an neue Rahmenbedingungen (Gesetze, Statistik, Strukturwandel) angepasst wird, ist dabei Ist-Analyse der Situation vor Ort, Maßnahmenkatalog und Zielplanung in einem. Sie ist auf der Homepage des Landratsamtes als PDF-Katalog öffentlich zugänglich und bildet so ein übersichtliches Nachschlagewerk für Mitarbeiter, Ehrenamtliche und Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung.

Gerade die Ehrenamtlichen haben die „gelebte Transparenz“ positiv aufgenommen. Nachfragen wurden reduziert oder konnten mit einem Verweis auf die Enzkreis-Strategie schnell beantwortet werden. Sicher ein Aspekt, warum im Rahmen eines kommunalen Flüchtlingsdialogs mit Ehrenamtlichen, den das Landratsamt im Februar 2017 organisiert hat, die Kommunikation mit dem Land-

ratsamt von den Teilnehmern durchweg positiv bewertet wurde.

Durch die amtsübergreifende Zusammenarbeit bei der Erstellung der Enzkreis-Strategie ließen sich ineffiziente Abläufe identifizieren und ändern, bevor sie sich im Alltag verfestigten. Lücken in der Versorgung konnten identifiziert und geschlossen werden. Die Einarbeitung neuer Mitarbeiter – mehr als 50 seit Mitte 2015 – wurde deutlich erleichtert.

Dabei brachten die Beteiligten nicht nur ihre Fachkompetenzen, sondern auch ihre Perspektiven ein. Die gemeinsame Arbeit förderte das gegenseitige Verständnis der Fachbereiche, den Informationsfluss und den „kurzen Dienstweg“.

Die Enzkreis-Strategie wurde bewusst zwischen einem umfassenden, aber statischen Integrationskonzept einerseits und eher wenig griffigen Integrationsleitlinien (im Sinn von Absichtserklärung und Leitkultur) angesiedelt. Sie bietet damit eine ausbalancierte Kombination aus Aktualität und Dynamik auf der einen und für die Akzeptanz notwendiger Kontinuität und Verlässlichkeit

auf der anderen Seite. Im Fokus standen Verständlichkeit und Visualisierung: Themen und Handlungsfelder sind im Baukasten-System strukturiert und mit Ampelfarben unterlegt, die in Rot, Gelb, Grün auf den Stand der Umsetzung und Prioritäten verweisen. Wegweiser nach Themen und Ämtern führen durch die Zuständigkeiten innerhalb von Landratsamt und Trägern. Entscheidungswege werden grundsätzlich auch als Flussdiagramm abgebildet. Die Enzkreis-Strategie ist bewusst als Katalog aufgemacht und strahlt so auch optisch Professionalität, Seriosität und Verlässlichkeit aus. Themen und Maßnahmen stehen hier „schwarz auf weiß“. Der Anspruch ist nicht weniger, als eine „Strategie“ tatsächlich lebbar und erlebbar zu machen. Ergänzt wird die Enzkreis-Strategie durch den Newsletter, der über Änderungen informiert. Er führt integrationsrelevante Angebote aus allen Ämtern zusammen und weist auf Veranstaltungen im Landkreis hin.

Das Baukasten-System im Detail

Als übergeordnete und aussagekräftige Bereiche der Flüchtlingsarbeit im Enzkreis wurden acht Handlungsfelder definiert: Verwaltung, Wohnen, Gesundheit, Betreuung, Bildung und Begleitung Minderjähriger, Arbeit und Teilhabe, Rückkehr und Bürgerschaftliches Engagement. Die Untergliederung in Bausteine orientiert sich dabei an integrationsrelevanten Themen und Zielgruppen. So finden sich im Handlungsfeld Bildung und Begleitung die Bausteine U3-Betreuung, Kiga/Kita-Betreuung oder Beschulung/Bildungsförderung. Mit den Punkten



Sozialdezernentin Katja Kreeb erklärt im Kreistag Handlungsfelder, Bausteine und Ziele der Enzkreis-Strategie.

„offene Kinder- und Jugendarbeit“, „begleitende Angebote“ und „UMA“ wurden aber auch altersgruppenunabhängige Bausteine benannt.

Die Untergliederung folgt dem Landratsamt-Organigramm mit dem Amt für Migration und Flüchtlinge als eigenständiger Einheit innerhalb des Sozialdezernates und berücksichtigt sowohl die Zusammenarbeit mit überregionalen Trägern wie Caritas, Internationaler Bund und Diakonie als auch die Zusammenarbeit mit lokalen Einrichtungen wie dem Verein „Miteinander leben“ oder der „Gemeinnützigen Service- und Integrationsgesellschaft“ (GSI).

Flüchtlingsbeauftragte: Information und Koordination

Der Enzkreis gliedert sich in 28 Kommunen: vom Ortsteil mit 500 Einwohnern und ganz eigener Identifikation über das „Dorf“ mit 3000 Menschen bis zur großen Kreisstadt Mühlacker mit mehr als 25000 Einwohnern. Die dezentrale Struktur kann die Integration geflüchteter Menschen in die Bürgergemeinschaft am Ort erleichtern, benötigt dafür aber im besonderen Maße die Unterstützung der Kommunen und der Ehrenamtlichen, die zu jeder Zeit mitgenommen werden müssen.

Im Enzkreis gewährleistet ein Netz aus Flüchtlingskoordinatoren, die in den Gemeinden angesiedelt sind, den Informationsfluss vom Landratsamt direkt in die Kommunen und an die ehrenamtliche Basis. Die Einstellung dieser Koordinatoren durch die Gemeinden wird vom Enzkreis finanziell gefördert. Mittlerweile sind 21 von 28 Stellen besetzt, in den sieben verbleibenden Kommunen sind Flüchtlingskoordinatoren zwar ehrenamtlich tätig, aber trotzdem offiziell als Flüchtlingskoordinatoren der Gemeinde im Einsatz. Sie sind in der Regel fest in der Region verwurzelt, in der Gemeinde akzeptiert und bei Aufbau, Betreuung und Koordination der Ehrenamtsarbeit vor Ort dicht an Akteuren und Netzwerken. Sie können die Aktivitäten zur Integration dank ihrer Kenntnisse der lokalen Gegebenheiten maßgeschneidert begleiten und Integrationskonzepte an der Basis entwickeln. Sie sind erste Anlaufstelle für Fragen von Ehrenamtlichen ebenso wie von „besorgten Bürgern“, stehen im Kontakt mit der Sozialbetreuung, entlasten die Mitarbeiter des Landratsamtes von Doppelfragen, informieren das Landratsamt aber gebündelt über Probleme und Unterstützungsbedarf. Umgekehrt sind die Flüchtlingskoordinatoren Ansprechpartner des Landratsamtes und fungieren

durch ihre offizielle Funktion und ihre besondere Stellung in der Bevölkerung als akzeptierter und glaubwürdiger Multiplikator zu Ehrenamtlichen, Bürgern und Gemeindeverwaltung. Gerade bei dem sehr sensiblen Thema der Verlegung von Flüchtlingen im Rahmen der Auflösung von Notunterkünften und beim Übergang in die Anschlussunterbringung haben sich die Flüchtlingskoordinatoren als Brücke in die Netzwerke vor Ort bewährt.

Ehrenamtskonferenzen: Information und Motivation

Das Engagement Ehrenamtlicher ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor für Integration. In der Enzkreis-Strategie bildet „Bürgerschaftliches Engagement“ ein eigenes Handlungsfeld, das mit einem ganzen Maßnahmenkatalog unterlegt ist. Dazu zählen neben den Flüchtlingskoordinatoren und Austauschtreffen auch Seminare, Newsletter sowie einer Servicestelle für Ehrenamtliche insbesondere auch die Ehrenamtskonferenzen, zu denen das Landratsamt mindestens halbjährlich alle Ehrenamtlichen einlädt.



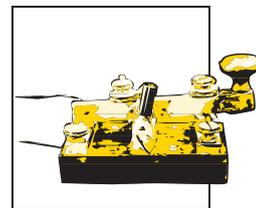
Die Enzkreis-Strategie informiert auf rund 100 Seiten über die Ist-Situation, Maßnahmen und Ziele der Flüchtlingsarbeit. Sie ist auf der Homepage des Landratsamtes öffentlich zugänglich.

Die Teilnahme des Landrats unterstreicht die Wertschätzung der Ehrenamtsarbeit dabei ebenso wie die Teilnahme der Sozialdezernentin, die über die aktuelle Situation im Landkreis berichtet, einen Ausblick auf die zukünftige Entwicklung gibt, aber auch über Hintergründe informiert und Transparenz lebt. Für Fragen stehen die Leiter der verschiedenen Sachgebiete im Landratsamt – Unterkunft, Leistung, Jobcenter, Gesundheit und andere – bereit. Dabei lernen die

Besucher auch das „Gesicht“ hinter der Behörde und den manches Mal ungeliebten Entscheidungen kennen. Darüber hinaus gibt es wechselnde Fokus-Themen, beispielsweise „Arbeit“, bei dem Referenten aus den verschiedenen Organisationen über Voraussetzungen, Chancen und Hürden informieren. Immer stehen die Referenten im Anschluss für Fragen auch zu Einzelfällen zur Verfügung. Einer der wichtigsten Motivations-Faktoren ist die Möglichkeit zum

Austausch der Ehrenamtlichen untereinander – beim Imbiss zu Beginn, in den Pausen oder nach dem Ende des Abends. Gerade hier wurden schon viele gute Ideen weitergegeben oder neue Projekte geboren.

Isabel Hansen ist in der Stabstelle Integration im Landratsamt Enzkreis tätig



NACHRICHTEN

Integration von Flüchtlingen – wie kann das gelingen?

„Individuelle Lösungen und passgenaue Angebote werden gebraucht“, da waren sich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 2. Workshops „Flüchtlinge in Arbeit“ einig. Am 3.3.2017 trafen sich Vertreterinnen und Vertreter der zugelassenen kommunalen Träger (zKT) Baden-Württemberg im Ostalbkreis, um über Voraussetzungen für gelungene Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Menschen zu diskutieren und gemeinsam kreative Lösungen zu finden.

„800 Flüchtlinge in der vorläufigen und 1300 in Anschlussunterbringung müssen im Ostalbkreis betreut und integriert werden“, so Gastgeber Josef Rettenmaier, Sozialdezernent des Ostalbkreises, in seiner Begrüßungsrede in der EULE – Gmünder Wissenswerkstatt in Schwäbisch Gmünd. Landkreis- und Städtetag Baden-Württemberg initiierten bereits im Frühjahr 2016 den ersten Workshop zum Thema „Flüchtlinge in Arbeit“ im Ortenaukreis. Nun, fast ein Jahr nach dem ersten Workshop, ist klar: Die Flüchtlingsthematik ist und bleibt weiterhin ein vielfältiges Thema. Vielerorts konnten bereits gute Lösungen und kreative Ideen umgesetzt werden. Trotz unterschiedlicher Strukturen in den einzelnen Landkreisen und Städten wurde deutlich, dass die großen Knackpunkte überall die gleichen sind. Im Fokus stehen die Themen Sprache, Netzwerke und Zugang zum Arbeitsmarkt. Insbesondere der Spracherwerb steht im Mittelpunkt als Ausgangslage für alle weiterführenden Wege. Hierzu gibt es bereits viele inno-

vative Ansätze der kommunalen Jobcenter, um die Zusammenarbeit mit dem BAMF zu optimieren, Wartezeiten zu den Integrationskursen zu verkürzen und einen passgenauen Zugang zu ermöglichen. Klar ist auch, wer sich außerhalb des Sprachkursunterrichtes engagiert, lernt besser und schneller Deutsch. So wird für jeden geflüchteten Menschen individuell überlegt, ab wann der Zugang zum Arbeitsmarkt Sinn macht, ob und wie Qualifikationen erlangt werden können und auch wo die realistischen Grenzen des Einzelnen liegen. Hier ist es wichtig mit den Arbeitgebern ehrlich und offen zu kommunizieren und wirkungsvolle Instrumente zum Einstieg in den Arbeitsmarkt zu nutzen. Langzeitpraktika mit Berufsschulbesuch in Form einer Einstiegsqualifizierung oder Maßnahmen beim Arbeitgeber als Arbeitserprobungen sind Varianten solcher Vorbereitungsmaßnahmen. Die Vergangenheit hat auch gezeigt, dass die Berufsschulanforderungen bei Ausbildungen mindestens Sprachkenntnisse auf Niveau B2,

für anspruchsvollere Ausbildungsberufe sogar C1 voraussetzen, was in den meisten Fällen bis zu zwei Jahren Sprachförderung bedeuten kann.

Gelungene Netzwerkarbeit gehört bereits seit vielen Jahren für kommunale Jobcenter zur täglichen Aufgabenerledigung. So ist es auch im Bereich der Flüchtlingsarbeit nicht verwunderlich, dass hier schnell und wirkungsvoll die notwendige Vernetzung entstanden ist. Über Sprachkurs- und Projektträger, Schulen, Ehrenamt bis zu Flüchtlingsbeauftragten und weiteren beteiligten Akteuren findet kontinuierlich eine gute und intensive Kommunikation statt. „Es gibt kein Netzwerk zum Thema Flüchtlinge, in dem wir das letzte Jahr nicht erfolgreich aktiv waren“, meint Thomas Koch vom Jobcenter Ostalbkreis. Die Message ist klar: „Der Mensch steht im Mittelpunkt“ und „die Integration von Flüchtlingen ist eine Gemeinschaftsaufgabe“. „Dran bleiben“ heißt es nun weiter für alle Beteiligten, um die dauerhafte Integration von geflüchteten Menschen



zu ermöglichen. Die Ergebnisse des Workshops werden ausgewertet und allen Beteiligten zur Verfügung gestellt. Ob und wann eine Fortsetzung erfolgt, werden sicherlich die weiteren Themen in 2017 in der Flüchtlingspolitik beeinflussen. Dietmar J. Herdes, als Sprecher des Landkreistages Baden-Württemberg, verabschiedet sich im Ostalbkreis mit dankenden Worten an die Organisatoren und begrüßt die kreativen und anspruchsvollen Lösungswege der kommunalen Jobcenter beim Thema „Flüchtlinge in Arbeit“.

Bauernverband und Landratsamt starten Imagekampagne

Ruinöse Preise für Milch und Fleisch, Massentierhaltung und Industrialisierung der Landwirtschaft, Höfesterben – diese und viele andere Schlagworte beherrschen die Berichterstattung in den Medien, wenn es um die Landwirtschaft geht. Um die Herausforderungen der heimischen Landwirtschaft einerseits, andererseits aber vor allem die Leistungen der Bauern im Ostalbkreis transparent darzustellen, starten der Bauernverband Ostalb e. V. und die Landkreisverwaltung jetzt eine Imagekampagne. Neun landwirtschaftliche Betriebe werden sich in den kommenden Wochen in einer Artikelserie präsentieren.

Rund 3000 Beschäftigte arbeiten im Ostalbkreis in der Landwirtschaft. Ein Drittel aller landwirtschaftlichen Betriebe wird im Haupterwerb, zwei Drittel werden im Nebenerwerb geführt. Von den rund 151 000 Hektar Fläche im Landkreis werden 65 500 Hektar landwirtschaftlich genutzt, davon etwas mehr als die Hälfte in Form von Ackerflächen, der Rest als Dauergrünland. Die überwiegende Anzahl der großen Betriebe hält Milchvieh, gefolgt von Mastschweinen und Zuchtsauen. So ist der Ostalbkreis mit rund 26 000 Milchkühen – in Baden-Württemberg sind es 341 000 – einer



der stärksten Landkreise in der Milchviehhaltung. Im Landkreis werden jährlich rund 185 000 Tonnen Milch produziert, ein erheblicher Wirtschaftsfaktor also. Die Milchpreise sind deshalb für das Einkommen der Landwirte auf der Ostalb sehr wichtig.

„Unsere Landwirtschaft im Ostalbkreis produziert qualitativ hochwertige Nahrungsmittel, wobei der schonende Umgang mit der Natur und das Tierwohl im Mittelpunkt unserer nachhaltigen Arbeitsweise stehen“, betont der Kreisvorsitzende des Bauerverbands, Hubert Kucher. Ein weithin sichtbares Ergebnis landwirtschaftlicher Tätigkeit ist die abwechslungsreiche Kulturlandschaft im Ostalbkreis. Probleme macht den regionalen Landwirten die Globalisierung der Märkte. „Die Erfüllung der hohen Standards und die Erwartungen der Gesellschaft verursachen immer höhere Kosten bei gleichzeitig sinkenden Erzeugerpreisen“, verdeutlicht Johannes Strauß, Geschäftsführer des Kreisbauernverbands, das Dilemma. „Viele Familien werden in Zukunft gezwungen sein, ihre Höfe aufzugeben.“ Allein in den vergangenen acht Jahren hat sich die Zahl der Schweinehalter im Ostalbkreis nahezu halbiert, vor allem die Zuchtsauenbestände gingen deutlich zurück. Nachdem die Preise über Jahre hinweg schlecht waren, zeigte sich im vergangenen Mai ein Silberstreif am Horizont. Die Preise für Schweinefleisch und Ferkel zogen deutlich an, waren allerdings im Herbst wieder rückläufig und haben sich zwischenzeitlich wieder stabilisiert.

„Da viele Verbraucher diese Entwicklung nicht sehen und beim Einkauf eine rein wirtschaftliche Entscheidung zugunsten

der billigsten Produkte treffen, wollen wir gemeinsam mit dem Kreisbauernverband das Image der Landwirtschaft verbessern und unsere Bürgerinnen und Bürger auf die Leistungen unsere Landwirte aufmerksam machen“, so Landrat Klaus Pavel. Ziel ist neben einem besseren Bild der Ostalb-Bauern in der Öffentlichkeit, die Konsumenten auch davon zu überzeugen, dass etwa für Milch, Fleisch und Eier aus regionaler Produktion billige Weltmarktpreise nicht machbar sind – hochwertige Lebensmittel kosten mehr. Helmut Hessenauer, Leiter des Geschäftsbereichs Landwirtschaft bei der Kreisverwaltung, lässt ergänzend die Entwicklung der Milchviehhalter Revue passieren: „Die wirtschaftliche Lage ist auch bei uns hier auf der Ostalb schwierig. Unsere Milchviehhalter haben ein langes Preistal hinter sich. Mitte des vergangenen Jahres lagen die Erzeugerpreise unter 25 cts./kg. Sie waren seit 2014 rückläufig. Selbst die allerbesten Betriebe konnten zu solch niedrigen Preisen nicht mehr kostendeckend produzieren. Glücklicherweise hat mittlerweile der Markt gedreht. Ab September 2016 stiegen die Preise wieder und liegen deutlich über 30 cts./kg. Die Milcherzeugung wurde in allen wichtigen Erzeugungsregionen eingeschränkt und die globale Nachfrage stabilisierte sich. Die niedrigen Erzeugerpreise haben aber auf den Höfen tiefe Spuren hinterlassen. Es gilt jetzt die Liquiditätslücken zu schließen und Reserven aufzubauen.“

Weil eine funktionierende Landwirtschaft für den Ostalbkreis sowohl wirtschaftlich als auch für die Gestaltung des Lebensraums immens wichtig ist, soll die Imagekampagne „Ostalb-Bauern“ dem Berufsstand der Landwirte wieder zu der Wahrnehmung verhelfen, die er verdient. Nämlich zu einem Berufsstand, der eine qualitativ hochwertige Lebensmittelversorgung gewährleistet, dabei unsere Kulturlandschaft pflegt und der sich neuen Herausforderungen wie der Erhaltung der Biodiversität und dem Klimaschutz stellt.

„Mit unserer Kampagne wollen wir vorbehaltlos, sachlich und mit einem gesunden Maß an Selbstkritik Verbraucher über den heute erreichten Stand der Landwirtschaft informieren und gleichzeitig für mehr Akzeptanz und Wertschätzung für die Landwirtschaft werben“, betonen Pavel und Kucher.

Kombi-Modell als Baustein des Sozialen Wohnungsbaus

Der Landkreis Karlsruhe arbeitet in der Anschlussunterbringung eng mit seinen Städten und Gemeinden zusammen und vermeidet Leerstände in Gemeinschaftsunterkünften – Neu gegründete Kommunalanstalt für Wohnraum bietet optimales Management

Zur vorläufigen Unterbringung der vom Land zugewiesenen Flüchtlinge hat der Landkreis Karlsruhe im engen Schulterschluss mit den Bürgermeisterämtern in allen 32 Städten und Gemeinden Gemeinschaftsunterkünfte geschaffen. In Spitzenzeiten standen 5000 Plätze in 54 Unterkünften zur Verfügung. Sämtliche Unterkünfte entstanden im Rahmen der bauordnungsrechtlichen Vorgaben und obwohl der Landkreis Karlsruhe stets seine Aufnahmequote erfüllt hat, musste nie auf behelfsmäßige Unterkünfte in Zelten oder Schulturnhallen zurückgegriffen werden.

Um diese große Anzahl an Unterkünften in kürzester Zeit aufzubauen, wurden je nach Erfordernis und Möglichkeit mobile Wohneinheiten angemietet sowie in Form von Investorenmodellen Bestandsgebäude umgebaut bzw. neue Gebäude errichtet, die dann vom Landkreis angemietet wurden. Bei allen Räumlichkeiten wurde von Anfang an darauf geachtet, dass sie als sogenanntes „Kombi-Modell“ später bei Bedarf auch als Wohnraum für die Anschlussunterbringung nutzbar sind.



In Karlsdorf-Neuthard wurde der Baukörper im Vordergrund von der Gemeinde zum Zwecke der Anschlussunterbringung angemietet.

Um alle Aufgaben im Zusammenhang mit der Immobilienbewirtschaftung der Flüchtlingsunterkünfte zu bündeln und optimal zu erledigen, hat der Landkreis Karlsruhe daneben die neue gesetzliche Möglichkeit genutzt und eine Kommunalanstalt für Wohnraum im Landkreis Karlsruhe (KWLK) gegründet. Sie ist rechtlich und wirtschaftlich selbstständig, durch die öffentlich-rechtliche Form aber enger an den Landkreis und die Rechtsaufsicht gebunden, als eine privatrechtliche Organisationsform. Diese bietet organisatorische Vorteile und dient auch für eine klare Kostenabrechnung gegenüber dem Land Baden-Württemberg in der nachlaufenden Spitzabrechnung sowie im Kombi-Modell gegenüber den Städten und Gemeinden. Das Personal wird aus dem vorhandenen Personalkörper des Landratsamtes rekrutiert, als Vorstandsvorsitzende fungiert die Amtsleiterin des Amtes für Gebäudemanagement. Dem Verwaltungsrat gehören acht Kreisrätinnen und Kreisräte an. Neben dem Wohnraummanagement der landkreiseigenen Liegenschaften kann diese Anstalt gegen Entgelt auch Beratungs- und Serviceleistungen für die Städte und Gemeinden erbringen. Eine eigene Bautätigkeit im Wohnungsbau ist damit aber ausdrücklich nicht verbunden.

Die Flüchtlingssituation hat sich mittlerweile grundlegend geändert: Anstatt des stetigen Aufbaus steht nun der Rückbau von Kapazitäten auf der Tagesordnung.

Bauprojekte, die sich noch im Planungsstadium befanden, wurden gestoppt. Kurzfristig angemietete Wohneinheiten wurden wieder dem Wohnungsmarkt zurückgegeben und mobile Unterkünfte werden schrittweise aufgelöst. Gleichzeitig sind aber die Städte und Gemeinden im Hinblick auf die Anschlussunterbringung einem immer größeren Unterbringungsdruck ausgesetzt. Wurden im Jahr 2015 noch 600 Personen in die Anschlussunterbringung überführt, waren es 2016 schon 1500 Personen und im laufenden Jahr stehen weitere 2600 Personen an. Einige Städte haben damit begonnen Wohnraum neu zu bauen oder sich auf dem Mietmarkt umzusehen; dieser reagierte schnell, in den meisten Fällen wurde freier Wohnraum für sozial schwächere Bürgerinnen und Bürger angeboten, die damit zu Konkurrenten zu den „neuen“ Mietsuchenden wurden. Die Strategie des Landkreises geht jetzt voll auf: Beim Kombi-Modell kann dieser negative Effekt vermieden werden. Die Gemeinde kann Wohnraum direkt von der Kommunalanstalt anmieten – zunächst für drei Jahre zu einem ortsüblichen Mietzins, wobei eine jährliche Mietpreissteigerung von 2 % festgeschrieben wird. Vermietet werden keine Einzelräume, sondern es ist ein geeigneter Flächenschlüssel festzulegen, der z. B. einem gesamten Stockwerk oder einem Hausaufgang entspricht. Die Gemeinde zahlt dabei den maximalen Satz, der vom SGB II örtlich anerkannt wird.

Auf diese Weise bekommen die Kommunen die Mietkosten durch das Sozialsystem wieder ersetzt. Kosten, die durch die besonderen Anforderungen aus der früheren Nutzung als Gemeinschaftsunterkunft erwachsen wie z.B. Sonderbauten für eine Stromschnellabschaltung, Brandmeldeanlage oder besondere Decken in Fluren, die bei der Anschlussunterbringung nicht mehr zwingend notwendig sind, müssen entweder außerordentlich abgeschrieben oder die Mietdifferenz über die nachlaufende Spitzabrechnung durch das Land Baden-Württemberg beglichen werden. Die kostenpflichtige Leistung vom Landkreis für den Betrieb des Gebäudes ist ebenfalls festgelegt. Hieraus entstehen sinnvolle Synergieeffekte: Die Betriebskosten werden im Verhältnis der vom Mieter genutzten Fläche zur Gesamtfläche getragen und jährlich abgerechnet, ebenso wie die personellen Dienstleistungen für die Betreuung der technischen Anlagen und sonstige Verwaltungs- und Hausmeisterarbeiten. Die Kosten für die personellen Dienstleistungen basieren auf den KGSt-Werten „Kosten für einen Arbeitsplatz“.

Auf Wunsch können auch die für die Gemeinschaftsunterkunft beschafften Möbel weiter verwendet werden. In dem Fall erhöht sich für die Wohnungserstausstattung im Kombimodell die Grundmiete um einen Pauschalbetrag von 1,50 €/m², der vom Jobcenter und der Leistungsverwaltung zusätzlich zur Wohnungsmiete anerkannt wird. Zerstörung und mutwillige Sachbeschädigung werden – sofern sie nicht vom Verursacher oder der Versicherung übernommen werden – in der jährlichen Betriebskostenabrechnung dargestellt und abgerechnet.

Ebenso kann der Landkreis auch die soziale Betreuung in den Kombi-Modellen anbieten, die in einem gesonderten Vertrag geregelt wird. Auch hier stellen die aktuellen Pauschalkosten der KGSt die Berechnungsgrundlage für die Dienstleistungserbringung dar, die die Städte

und Gemeinden dem Kreis ersetzen. Sie erhalten für diese Leistungen eine einmalige Pauschale vom Land Baden-Württemberg in Höhe von 1125 €.

Auf diese Weise können bis Ende 2019 rund 2900 Plätze für die gemeindliche Anschlussunterbringung zur Verfügung gestellt werden. Zwei Gemeinden haben bereits Verträge geschlossen, mit acht Kommunen steht die Kommunalanstalt für Wohnraum vor einem Vertragsabschluss und mit weiteren 20 Kommunen laufen konkrete Gespräche und Verhandlungen.

Für das Kombi-Modell spricht auch, dass die Betreuung der Flüchtlinge unterbrechungsfrei fortgeführt werden kann. Sehr vorteilhaft ist, dass das soziale Umfeld, insbesondere auch die oft aufgebauten ehrenamtlichen Strukturen bestehen bleiben, was beste Rahmenbedingungen für die weitere Integration der Menschen sicherstellt. Daneben bleibt der Mietmarkt vor Ort im Hinblick auf den sozialen Wohnungsmarkt uneinflusst und auch ein eventueller Leerstand von Gemeinschaftsunterkünften tritt nicht auf.

Veranstaltungsreihe „Europa konkret“ des Landratsamtes Emmendingen

Die ganz konkreten Vorteile Europas im Alltag für Bürgerinnen und Bürger aufzuzeigen, ist Ziel der Veranstaltungsreihe „Europa konkret“ der Presse- und Europastelle des Landratsamtes Emmendingen, um der aktuell zunehmenden pauschalen Kritik an Europa etwas entgegenzusetzen: Die Währungs- und Flüchtlingskrise stehen im Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung. Die Vorteile Europas, wie Wegfall des Zolls, eine gemeinsame Währung, Reisefreiheit, die Möglichkeit im EU-Ausland zu studieren oder zu arbeiten, werden dagegen mittlerweile als selbstverständlich vorausgesetzt.

„Europa konkret“ lautet der Titel für insgesamt sieben Veranstaltungen von Januar bis zum Europatag am 9. Mai 2017. Den Anfang machten Mitte Januar ein Vortrag und eine Gesprächsrunde mit Rainer Wieland, Vizepräsident des Europäischen Parlamentes und Vorsitzenden der Europa-Union. Rund 80 Zuhörer folgten den unterhaltsam vorgetragenen aktuellen Stellungnahmen von Rainer Wieland zu Schwierigkeiten in der europäischen Politik und stellten Fragen zur Zukunft Europas.

Im Februar folgte ein Beratungsnachmittag der deutsch-französischen Beratungsstelle Infobest Vogelgrun/Breisach. Die zweisprachigen Beraterinnen informierten Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf beiden Seiten des Rheins zu Rente, Steuern, Krankenversicherung, Arbeitsrecht und Arbeitssuche.

Sich den Erfolg des Friedensprojektes Europas bewusst zu machen, steht im Vordergrund des Erinnerns an die Unterzeichnung der Römischen Verträge vor 60 Jahren. Der Journalist und Politologe Ingo Espenschied informierte in Form einer multimedialen Zeitreise mit originalen Wochenschauberichten, Fotos und Tonaufnahmen über die Entwicklungsgeschichte der Europäischen Union. 120 Zuschauer nahmen an dem in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung Südbaden veranstalteten Abend in einem Emmendinger Kino teil.

Ebenfalls im März standen Fragen zum Europäischen Verbraucherschutz im Mittelpunkt eines aktuellen Vortrags mit Fragerunde. Die Experten Christian Tiriou, Projektleiter des Zentrums für Europäischen Verbraucherschutz e.V. in Kehl, und Bernd Krieger, Leiter des Europäischen Verbraucherzentrums Deutschland, thematisierten Handyverträge, Hauskauf im EU-Ausland, Versicherungen und Gesundheit, sowie Reklamationen bei Einkäufen im EU-Ausland.

Ende März informierte die Europabeauftragte des Landkreises Emmendingen, Silke Tebel-Haas, die Vorsitzenden



Rainer Wieland informiert im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Europa konkret“ über aktuelle Fragen in der Europapolitik.

der kommunalen Partnerschaften im Landkreis Emmendingen. Im Mittelpunkt stand das Thema Pressearbeit für die Partnerschaften, um genügend Wahrnehmung in der Öffentlichkeit zu erfahren und eventuell auch neue Interessierte für die Vereine zu finden. Ebenfalls werden aktuelle Förderprogramme vorgestellt, mit denen die Partnerschaftsverbände Projekte und Begegnungen kofinanzieren können. Im Landkreis Emmendingen unterhalten 20 Städte und Gemeinden freundschaftliche Beziehungen mit insgesamt 42 Gemeinden in Europa, der Türkei und Israel.

Anfang April informiert eine halbtägige Exkursion über EU-Förderprojekte im Landkreis Emmendingen. Gezeigt werden soziale, ökologische und wirtschaftliche Projekte in verschiedenen Gemeinden, die von der EU aus unterschiedlichen Fonds (LEADER, EFRE, ESF) gefördert wurden. Die 50 Teilnehmer besuchen die Akteure und können sich direkt vor Ort informieren, wie die Antragstellung funktioniert und wie die Gelder eingesetzt wurden.

Abschluss der Veranstaltungsreihe ist die Feier des Europatages am 9. Mai in der Gemeinde Denzlingen mit Informationen und Musik für die Bürger. Bei einem

Europaquiz gilt es sein Wissen über Europa zu testen und am Stand über Europa zu diskutieren. Der Tag bietet auch ein Programm für Kinder.

Neue Integrierte Leitstelle in Esslingen verbessert Sicherheit und Service

Landrat Heinz Eininger und Oberbürgermeister Dr. Jürgen Zieger nahmen mit Vertretern der DRK Rettungsdienst Ess-

lingen-Nürtingen gGmbH am 23. Februar 2017 die neue Integrierte Leitstelle in Esslingen offiziell in Betrieb.

Jeder, der Hilfe benötigt, kann sich damit rund um die Uhr an die Telefonnummer 112 wenden. Feuerwehr und Rettungsdienst arbeiten jetzt Hand in Hand bei Sicherheit und Service. Früher konnte der Notruf 112 ausschließlich an den Arbeitsplätzen der Feuerwehr entgegengenommen werden und wurde ggf. an den Rettungsdienst weitergeleitet. Jetzt ist es möglich, den Notruf 112 und die Nummer für den Krankentransport 19222 von jedem Arbeitsplatz aus entgegenzunehmen und zu bearbeiten. Von den acht regulären Arbeitsplätzen sind tagsüber regelmäßig fünf und nachts drei mit Mitarbeitern der Feuerwehr und des Rettungsdienstes besetzt. Bei einem erhöhten Notruf- bzw. Einsatzaufkommen werden drei weitere Einsatzleitplätze besetzt. Zusätzlich stehen noch weitere acht Notrufabfrageplätze in einem abgesetzten Raum für Großschadenslagen zur Verfügung. Mit einem Personalpool von acht Mitarbeitern der Feuerwehr Esslingen und 24 Mitarbeitern der DRK Rettungsdienst Esslingen-Nürtingen gGmbH ist die Besetzung der Integrierten Leitstelle jederzeit gewährleistet.

Nach einer Projektphase von 14 Monaten zur Schaffung einer Integrierten Leit-



Landrat Heinz Eininger, Oliver Knörzer, FW; Rolf Wieder, DRK; Erste Landesbeamtin Dr. Marion Leuze-Mohr; Rafael Dölker, Geschäftsführer DRK; Dr. Jürgen Zieger, Oberbürgermeister Esslingen (v. l. n. r.)

stelle von Feuerwehr und Rettungsdienst in Esslingen wurde diese nun offiziell in Betrieb genommen.

Seit dem 18. Januar 2017 erfolgte die Notrufannahme, Alarmierung und Einsatzdisposition in der Integrierten Leitstelle zunächst im Probetrieb. Die Projektleitung zur Realisierung des Großprojektes lag mit Unterstützung eines Fachplaners in den Händen der DRK Rettungsdienst Esslingen-Nürtingen gGmbH, der Feuerwehr Esslingen und dem Landratsamt Esslingen.

Die Integrierte Leitstelle bietet neben der Steigerung von Sicherheit und Service folgende Vorteile: Eine Reduzierung der Betriebskosten aufgrund der einheitlichen Technik des Einsatzleitsystems und der Telekommunikationstechnik, eine erhöhte Betriebssicherheit durch die zusätzliche Anbindung an eine weitere Vermittlungsstelle der Telekom sowie eine aktualisierte und für die neuen Voraussetzungen angepasste Alarm- und Ausrückeordnung. Die technischen Voraussetzungen für die Anbindung an den BOS-Digitalfunk sind geschaffen worden. Die Anbindung soll nach Aussage des Innenministeriums im Laufe des Jahres durch den beauftragten Generalunternehmer erfolgen.

Die Gesamtkosten für die Integrierte Leitstelle werden sich auf ca. 1.876.000,- Euro belaufen. Darin enthalten sind die Erneuerung der Telekommunikationstechnik, die Erweiterung der bisher beim DRK verwendeten Einsatzleitsoftware um das Feuerwehrmodul, eine zusätzliche Zweitweganbindung für den Notruf 112 sowie die Anbindung an den BOS-Digitalfunk. Der Landkreis Esslingen und die DRK Rettungsdienst Esslingen-Nürtingen gGmbH tragen die Kosten für die Technik je zur Hälfte. Für die Einrichtung der Integrierten Leitstelle wird aus Mitteln der Feuerschutzsteuer vom Land Baden-Württemberg eine Zuwendung i. H. v. 280.000,- Euro gewährt.

Eine neue Marke entsteht: Die Kreiskliniken Esslingen heißen jetzt medius KLINIKEN

Standortbezogen heißen die Kliniken Kirchheim und Nürtingen nun „medius KLINIK KIRCHHEIM“ und „medius KLINIK NÜRTINGEN“. Das Paracelsus-Krankenhaus Ruit trägt nun den Namen „medius KLINIK OSTFILDERN-RUIT“. Für Landrat Heinz Eininger, zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der medius KLINIKEN, ist der neue Name und das damit verbundene neue Erscheinungsbild ein wichtiger Beitrag zur Profilierung des Klinikverbundes. Der Klinikverbund in der Trägerschaft des Landkreises Esslingen steht in der Region Stuttgart in einem anspruchsvollen Wettbewerb. Ziel ist es daher, mit dem neuen Namen klar erkennbar und unverwechselbar Flagge zu zeigen. Wirtschaftlich segeln die Kliniken – auch mit neuem Namen, aber mit vertrauten Stärken – weiterhin auf Erfolgskurs.

2016 hat der Klinikverbund mit den Krankenhäusern in Kirchheim, Nürtingen und Ruit 44.380 Menschen stationär behandelt. Dies entspricht einer Leistungssteigerung von rund 16 % innerhalb der letzten vier Jahre.

Im neuen Namen steht medius für den Mittelpunkt. Als Klinikverbund des Landkreises Esslingen lautet der Auftrag, den Menschen nahe zu sein. Unsere Patienten und deren Angehörige sind unser Mittelpunkt.

Der Umfirmierung vorausgegangen ist ein fast zweijähriger Prozess, in dem über 350 Mitarbeiter mitgewirkt haben, um eine neue Markenidentität für den Klinikverbund des Landkreises Esslingen zu erarbeiten. Begleitet wird der Prozess von einem interdisziplinären 9-köpfigen Projektteam, das sich aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verschiedenster Berufsgruppen aus allen Klinikstandorten des Klinikverbunds zusammensetzt. Ein gemeinsames Markenverständnis wurde aus der Mitarbeiterschaft heraus



EINE GEMEINNÜTZIGE GESELLSCHAFT
DES LANDKREISES ESSLINGEN

entwickelt. In Workshops, Einzelinterviews und über eine Intranetumfrage wurden von den Kolleginnen und Kollegen Werte und Eigenschaften definiert, die in das nun vorliegende Markenverständnis eingeflossen sind. Darüber hinaus wurden Patienten und niedergelassene Ärzte befragt – wie sehen uns andere, was sind unsere Stärken aus deren Sicht?

Wichtig war dabei, am Ende eine Markenidentität zu definieren, zu der alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen Bezug herstellen können. In den Workshops wurde versucht, von der Kollegin aus dem Reinigungsdienst über den Schreiner bis zur Labormitarbeiterin alle Berufsgruppen und Hierarchieebenen in den Prozess mit einzubeziehen.

Dieser Ansatz findet sich auch im Ergebnis wieder. Im Mittelpunkt des neuen Markenmodells der Kreiskliniken steht als Markenkern: *Miteinander*. Darunter verstehen wir das Miteinander von Patient, Pflege und Ärzten, aber auch das Miteinander innerhalb der Teams und das Miteinander mit den niedergelassenen Ärzten und anderen Partnern.

Das passt zum neuen Slogan der medius KLINIKEN: *Vertrauen.Können*. Dieses kurze Statement soll die zentralen Markenwerte vermitteln und gleichzeitig ein klares Versprechen sein. Im Zusammenspiel von hoher medizinischer Kompetenz, also unserem Können, und menschlicher Nähe entsteht der wichtigste Wert in der Beziehung zwischen Mensch und Medizin: *Vertrauen*.

Das neue Logo zielt ein rotes handschriftliches *m* für medius.

Der Prozess der Markenentwicklung wurde begleitet von der Agentur Fischer

& Friends aus Bad Mergentheim, die auch das neue Design erarbeitet hat. Ganz wichtig bleibt die Botschaft: Auch mit dem neuen Namen bleiben die medius KLINIKEN ein kommunaler Klinikverbund in der Trägerschaft des Landkreises Esslingen.

Vernetzung der Akteure in der Flüchtlings- und Integrationsarbeit aus der Perspektive eines Landkreises

Es hat sich im Land viel getan bezüglich der Strukturen und der Angebote für die Integration neuer Zuwanderergruppen, vor allem für die mit Fluchthintergrund. Durch die Zuwanderung ist ein Ruck durch die Integrationsarbeit in den Verwaltungen der Kreise, Städte und

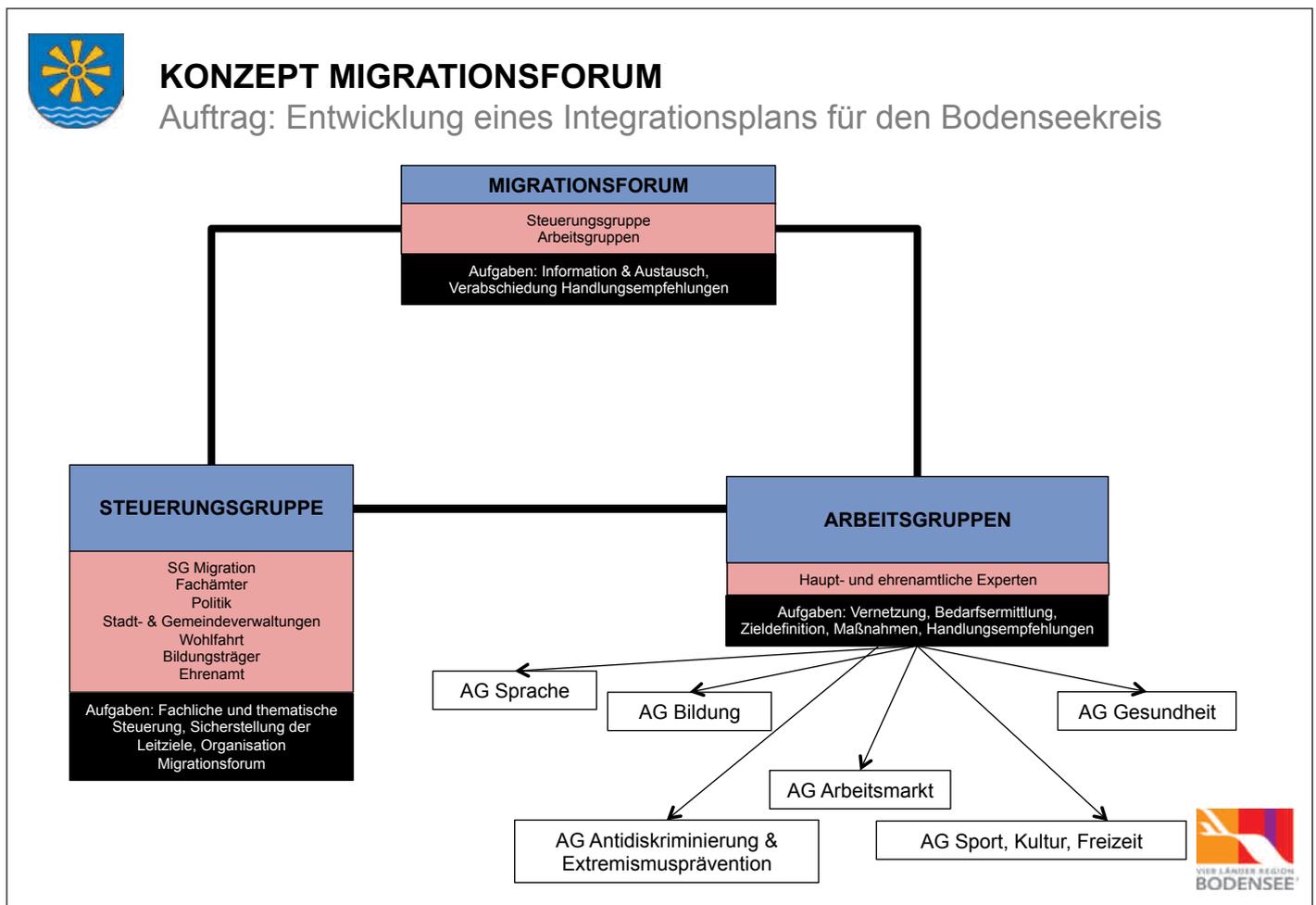
Gemeinden gegangen. Diesen gilt es nun im Rahmen einer Struktur- und Angebotsentwicklung zu verstetigen.

Fast in allen Handlungsfeldern der Integration sind neue Akteure entstanden, von Sprache über Bildung und Arbeitsmarkt bis hin zum Vereinsleben, die ihre Angebote an den Mann oder die Frau bringen wollen. Jedoch gehen oft Synergien verloren, wenn die Vernetzung untereinander bzw. schon die Information über „fremde“ Angebote nicht vorhanden sind. Deshalb ist die Vernetzung für das Bestehen der Strukturen und Angebote zur Integration der Zuwanderer eine unverzichtbare Aufgabe, die es anzugehen gilt.

Der Bodenseekreis organisierte bereits im März 2015 die erste Asylkonferenz mit knapp 100 ehrenamtlichen und hauptamtlichen Menschen aus verschiedenen Handlungsfeldern. Damit sollten

die aktuellen und akuten Bedarfe ermittelt und die Zusammenarbeit aller Akteure gefördert werden. Es galt, das Ehrenamt in die Gestaltung der lokalen Flüchtlings- und Integrationspolitik aktiv einzubinden und dessen Arbeit durch eine ständige Begleitung und Qualifizierung zu unterstützen.

Für eine weitere und vor allem nachhaltige Integrationspolitik im Bodenseekreis galt es als relevant, sogenannte Integrationspolitische Grundsätze von den zuständigen politischen Gremien der Landkreisverwaltung verabschieden zu lassen. Die sieben Grundsätze definieren einen verbindlichen Rahmen für alle kreisangehörigen Verwaltungen, von Sipplingen im Westen, über Überlingen und Friedrichshafen, bis hin nach Neukirch im äußersten Osten des Bodenseekreises. Sie halten ein landkreisweites Verständnis von Integration fest, wie



beispielsweise ein gemeinsames Zusammenleben auf Basis des Grundgesetzes oder ein diskriminierungsfreies Miteinander.

Neben dem gemeinsamen Grundverständnis einer gelingenden Integration, definieren die Integrationspolitischen Grundsätze darüber hinaus konkrete Handlungsfelder, in denen die Landkreisverwaltung aktiv werden soll. Die Kernbereiche Integrationsarbeit im Bodenseekreis umfassen seit Mai 2015 die Handlungsfelder Sprache, Bildung, Arbeitsmarkt, Wohnen, Kultur, Sport und Freizeit sowie Antidiskriminierung und Extremismusprävention. Durch die aktive Förderung des Landkreises sollen alle Zuwanderer gleichberechtigte Zugangs- und Teilhabechancen zu den Kerninstitutionen unserer Gesellschaft erhalten.

In der derzeitigen Integrationsarbeit nimmt die Arbeit mit und für Geflüchtete einen großen Teil ein und ist in den Medien dauerpräsent. Dabei geriet häufig außer Acht, dass die Integrationsarbeit weit über die Gruppe der Geflüchteten hinausgeht. So gibt es Zuwanderungsgruppen aus früheren Migrationsbewegungen, die Gegenstand von lokaler Integrationspolitik sind, insbesondere die sogenannten Kultur- und Moscheevereine. Nicht zu vernachlässigen ist auch, dass Akteure der Aufnahmegesellschaft, wie beispielsweise Verwaltungen und Behörden als auch Schulen und Unternehmen essenzielle Zielgruppen für gelingende Integration sind. Insofern ist es von Bedeutung, dass die Aufnahmegesellschaft den Zugang für Zuwanderer ermöglicht, damit diese die Chance erhalten, Teil der Gesellschaft werden zu können.

Damit dieser gegenseitige Prozess der Integration, der die Aufnahmegesellschaft umfasst, gefördert und dauerhaft gestärkt werden kann, entschied sich der Landkreis Mitte 2016 auf Basis der Integrationspolitischen Grundsätze die Asylkonferenz zu einem Migrationsforum weiterzuentwickeln. Die Weiterentwicklung bedeutete, dass fortan alle Be-

wohner des Landkreises – also auch alle Migranten – in partizipativen Formaten, wie Arbeitsgruppen und Konferenzen eingeladen wurden, um gemeinsam in einem einjährigen Prozess einen Integrationsplan für den Bodenseekreis zu entwickeln. Zu den insgesamt über 130 Teilnehmenden gehören Akteure aus Wirtschaft, Bildung, Wohlfahrt, Gesundheitswesen, Migrantenorganisationen, Politik, Verwaltung und bürgerschaftlichem Engagement, wodurch alle relevanten gesellschaftspolitischen Akteure im Rahmen des Migrationsforums teilhaben und mitbestimmen.

Das Migrationsforum hilft allen beteiligten Akteuren den Begriff Integration mit konkreten Inhalten zu füllen. Neben dem Inhalt ist es ebenso von Relevanz, die verwaltungsinternen Strukturen und Prozesse weiterzuentwickeln. Integration geschieht vor Ort in den Landkreisen sowie den angehörigen Städten und Gemeinden. Damit dies gelingen kann, ist es von Bedeutung Integrations- und/oder Flüchtlingsbeauftragte in der lokalen Verwaltung zu installieren. Dies erleichtert einerseits die Kommunikation innerhalb der Verwaltung für die komplexe Querschnittsaufgabe Integration. Andererseits – und dies scheint im Sinne der Bürgerorientierung noch wichtiger – ist die Zurverfügungstellung eines einheitlichen Ansprechpartners für bestehende und neue interkulturelle Themen von immenser Bedeutung. Durch die Dienstleistungen von Integrations- und Flüchtlingsbeauftragten können Themen und Kompetenzen gebündelt und an die entsprechenden Akteure weitergeleitet werden. Sowohl die Kolleginnen und Kollegen in den Verwaltungen als auch die vielen Akteure außerhalb der Verwaltung, wie beispielsweise Ehrenamtliche und Vereine, erhalten eine Koordinierungsstelle, welche eine effiziente Arbeit im Netzwerk ermöglicht. Im Bodenseekreis sind derzeit dreizehn Integrations- und Flüchtlingsbeauftragte aktiv, wodurch 95 % der Bevölkerung im Bodenseekreis einen solchen Ansprech-

partner konsultieren können. Die Vielzahl der Integrations- und Flüchtlingsbeauftragten fördert den interkommunalen und regionalen Austausch und gilt als Schlüsselfaktor der raschen positiven Entwicklungen am Bodensee.

Starker Einsatz für das Miteinander

Rund 150 Akteure aus der Flüchtlingsarbeit berieten beim kommunalen Flüchtlingsdialog des Landkreises Heidenheim im Begegnungszentrum Migration und Ehrenamt darüber, wie Integration bestmöglich gelingen kann

Noch vor rund einem Jahr stand die Landkreisverwaltung vor der Mammutaufgabe, die stetig gestiegene Zahl der neu ankommenden Flüchtlinge im Landkreis Heidenheim unterzubringen und zu versorgen. Zwischenzeitlich sind die Zuweisungszahlen fast auf null gesunken und das Landratsamt hat in seiner Arbeit im Bereich Asyl längst einen neuen Schwerpunkt gesetzt: die Integration der Geflüchteten, die in Deutschland bleiben dürfen. Die Frage, wie die Teilhabe der derzeit fast 1100 anerkannten Flüchtlinge und weiterer Personen mit Bleibeperspektive im Landkreis Heidenheim unterstützt werden kann, stand auch im Mittelpunkt des kommunalen Flüchtlingsdialogs, den das Landratsamt mit finanzieller Unterstützung des Landes Baden-Württemberg im Rahmen des Programms „Flüchtlingshilfe durch Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft“ und der Hanns-Voith-Stiftung am 18. Februar 2017 veranstaltete. „Wir wollen klären, wie Stolpersteine auf dem Weg zur Integration, auf dem Weg zu Arbeit und Freunden, letztlich also auf dem Weg zur gesellschaftlichen Teilhabe, beseitigt werden können“, so Landrat Thomas Reinhardt bei der Begrüßung der zahlreichen Teilnehmer aus dem Kreis der Ehrenamtlichen und

der Geflüchteten, aus der Politik und aus den Kommunen, aus der Arbeitsverwaltung, von Institutionen, Wohlfahrtsverbänden, Vereinen und Bildungsträgern. Wie Reinhardt betonte, solle somit gleichzeitig ein Zeichen gegen Ausgrenzung und Stigmatisierung gesetzt werden. „Die verabscheuungswürdigen Taten einzelner dürfen nicht zu einer pauschalen Verurteilung aller Fremden führen. Statt Hetze und Hass, statt lauter Provokationen und Scharfmacherei brauchen wir ein faires und menschliches Miteinander“, forderte der Landrat. Durch Stimmungsmacherei werde Integration effektiv verhindert – „die Folge wäre, dass die Frauen, Männer und Kinder mit Bleiberecht oder -perspektive allein gelassen werden, was nur zu Isolation, Arbeitslosigkeit und Parallelgesellschaften führen kann“, so Reinhardt. Dementsprechend sei es eine politische wie gesellschaftliche Pflicht, Integration zu unterstützen. In die Pflicht nimmt Reinhardt dabei auch die Geflüchteten, um ein Zusammenleben „auf Basis unserer Werte und der im Grundgesetz verbrieften Rechte, insbesondere die Anerkennung unserer Rechtsstaatlichkeit, Gewaltverzicht und gelebte Gleichberechtigung von Mann und Frau“ zu erreichen.

Wie der Landrat betonte, sei im Landkreis Heidenheim schon ein stabiles Fundament zur Integration der Geflüchteten errichtet worden. Beispielhaft nannte er die Einrichtung des Integrationszentrums Heidenheim im Sommer 2016, die Arbeit des Bildungskoordinators und des Integrationsbeauftragten des Landkreises und die Eröffnung des Begegnungszentrums Migration und Ehrenamt in der ehemaligen Waldkirche im Oktober 2016 durch das Landratsamt. Besonders würdigte der Landrat sowohl mit Blick auf die Erstbetreuung der Flüchtlinge in der Vergangenheit als auch auf die nun folgende Integrationsarbeit das immense Engagement der zahlreichen Ehrenamtlichen im Landkreis Heidenheim.



Sozial- und Integrationsminister Manne Lucha (links) und Landrat Thomas Reinhardt standen der Moderatorin Ulrike Bauer (Führungsakademie Baden-Württemberg) und den Teilnehmern des kommunalen Flüchtlingsdialogs im Landkreis Heidenheim Rede und Antwort.

Die Bedeutung der kommunalen Flüchtlingsdialoge für die Integration hob Sozial- und Integrationsminister Manne Lucha hervor: „Eine der wichtigsten Voraussetzungen für ein gelingendes Zusammenleben aller ist, dass wir miteinander sprechen und nicht übereinander. Hier vor Ort, in den Kommunen und Landkreisen, wird Integration gelebt. Hier stellen sich daher auch die konkreten Herausforderungen, wenn es um Fragen des Zusammenlebens geht. Deshalb fördert das Land die kommunalen Flüchtlingsdialoge. Durch sie werden die Bürger in Fragen der Unterbringung und Integration der Geflüchteten einbezogen und es kann ein konstruktives Gespräch stattfinden. Gerade bei kritischen Themen ist es nur im Dialog möglich, eine gemeinsame Lösung zu finden.“

Auch für Prof. Dr. Sigrid Kallfaß, Steinbeis-Zentren Sozialplanung, Qualifizierung und Innovation, stand die Bedeutung der Integration der Geflüchteten außer Frage. Gleichzeitig hob sie den Wert des Ehrenamts hervor, das ebenfalls bestmöglich in seinem Engagement unterstützt werden müsse. Wo der Schuh drückt und wo die Geflüchteten selbst Handlungsbedarf sehen, schilderte Dr. Agop Vartan aus Syrien, der im Sep-

tember 2015 nach Deutschland kam und zwischenzeitlich als Flüchtling anerkannt ist. Das Wichtigste für die Integration sei die Sprache. „Deshalb war auch für mich das erste Ziel, Deutsch zu lernen. Anschließend eine Aufenthaltserlaubnis zu erhalten und dann eine Wohnung zu finden, was nicht ganz leicht war, aber mit Unterstützung von Freunden gelang. Auch eine eigene Wohnung hilft bei der Integration“, so Vartan.

Den Schwerpunkt der Veranstaltung bildeten die Workshops zu den Themen Berufsausbildung & Arbeit, Sprache & Bildung, Förderung gesellschaftlicher Teilhabe, Wohnen & Zusammenleben sowie Frauen & Jugend. Die Teilnehmer des Flüchtlingsdialogs erfassten in den Gruppen nicht nur die gegenwärtige Situation und die Herausforderungen in diesen Bereichen, sondern entwickelten auch Visionen für das Jahr 2025. Wie bei der Ergebnispräsentation deutlich wurde, lassen sich Spracherwerb und Teilhabe – sei es in privater oder in beruflicher Sicht – nicht voneinander trennen. Dementsprechend brachten gleich mehrere Gruppen Ideen für eine noch umfassendere Unterstützung der Geflüchteten beim Deutschlernen und für die Ausweitung des Sprachlernangebots. Beispiele

hierfür waren etwa Sprachkurse mit parallel stattfindender Kinderbetreuung, eine bessere finanzielle Unterstützung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zur Ausweitung des Kursangebots auch im ländlichen Raum, weitere Veranstaltungen, um Geflüchtete und Einheimische gezielt zusammenzubringen und den Austausch zu unterstützen, sowie das Angebot des dualen Spracherwerbs. Gemeint war damit etwa das Angebot von Sprachkursen am Vormittag und der regelmäßige Besuch eines Betriebs als Art Hospitation am Nachmittag, um deutsche Arbeitsabläufe kennenzulernen und in der Praxis Deutsch zu lernen. Darüber hinaus plädierten die Teilnehmer für flexiblere Einstiegsmöglichkeiten im beruflichen Bereich, die etwa einen raschen Start ins Arbeitsleben mit darauf folgender begleitender Qualifizierung verbinden.

Die Ergebnisse der Veranstaltung sollen zum einen in die Flüchtlingsarbeit im Kreis einfließen, zum anderen in ein Integrationskonzept des Landkreises Heidenheim aufgenommen werden, betonte Erster Landesbeamter Peter Polta. Neben einem Integrationskonzept plant der Landkreis Heidenheim eine Integreat-App als mobilen mehrsprachigen Alltagsguide für Geflüchtete, die ab Sommer nutzbar sein soll. Auch bei diesem Projekt arbeitet das Landratsamt mit externen Akteuren zusammen. „Die Integration der Geflüchteten, die bei uns bleiben dürfen, ist eine Riesenaufgabe, die wir nur gemeinsam stemmen können und ich bin dankbar dafür, dass wir im Landkreis Heidenheim bei so vielen Projekten auf dieses Miteinander setzen können“, so Landrat Reinhardt, der an die zahlreichen Teilnehmer des Flüchtlingsdialogs gewandt betonte: „Wir sind eine offene und vielfältige Gesellschaft – doch erst Engagement wie das Ihre macht es möglich, dass auch ein vielfältiges Wir gelebt wird.“

Gemeinsam ans Ziel – Integration von Flüchtlingen im Landkreis Karlsruhe

Gelungene Integration ist das Ergebnis eines immer wieder neu zu erarbeitenden Prozesses. Der Facettenreichtum in Deutschland ist hierbei Grundlage und auch Herausforderung bei der Gestaltung des Weges, den Menschen gehen, um in unserer Gesellschaft anzukommen. Diese auf allen Etappen dorthin zu begleiten und Stolpersteine möglichst früh aus dem Weg zu räumen, erfordert ein hohes Maß an Koordination und Kooperation aller Beteiligten. Durch Unterstützung und Stärkung bereits bestehender und neuer Ehrenamtsinitiativen, der Implementierung von Fördermaßnahmen bis hin zur Realisierung von Arbeitsmarktzugängen ermöglicht das Landratsamt Karlsruhe Menschen mit Fluchterfahrung ein individuell differenziertes Konzept zur Entfaltung eines persönlichen Integrationsprozesses. Besonderes Augenmerk liegt hierbei auf der frühen Phase direkt nach der Ankunft von Asylsuchenden im Landkreis. Zentrale Ziele sind der Erwerb der deutschen Sprache und die Heranführung an gesellschaftliche Strukturen.

Die Sprachkurskoordination im Landratsamt Karlsruhe ermöglicht auch Menschen, denen ein Zugang zu regulären Integrationskursen vorerst verwehrt ist, direkt oder im Anschluss an ein Modellprojekt die Teilnahme an Deutschkursen. Ziel ist – wie bei allen weiteren Schritten auch – ein nahtloses Ineinandergreifen der Integrationsmaßnahmen zu gewährleisten, um den Integrationsprozess nicht durch Unterbrechungen zu entschleunigen. Im Januar wurden entsprechend dieser Prämisse die Teilnehmer des Modellprojekts „Erstorientierung und Wertevermittlung für Asylbewerber“ der Deutschen Angestellten Akademie konsekutiv in Deutschkurse vermittelt. Mit einem breit gefächerten Angebot an Alphabetisierungs-, Grund- und Aufbaukursen nach der „VwV – Deutsch für Flüchtlinge“, ermöglicht der Landkreis Karlsruhe Flüchtlingen an mehreren Standorten den Spracherwerb in Voll- und Teilzeit.

Parallel zur Bildung einer sprachlichen Basis schafft die Ehrenamtskoordination durch Vernetzung, Begleitung, Beratung und Fortbildung von engagierten Bürgerinnen und Bürgern eine Schnittstelle zwischen Flüchtlingen und Gesellschaft. Mit der Etablierung des „Hauptamtlichen Netzwerks in der ehrenamtlichen



In den Gemeinschaftsunterkünften wird in gezielter Einzelfallberatung die gegenwärtige Situation von Flüchtlingen evaluiert und deren Integration individuell gefördert.



Die Arbeitsaufnahme im Tafelladen ist für Flüchtlinge eine der ersten Möglichkeiten, sich mit einer Beschäftigung in Deutschland vertraut zu machen.

Flüchtlingsbegleitung im Landkreis Karlsruhe“ hat die Ehrenamtskoordination im Amt für Integration die Möglichkeit – in Kooperation mit den freien Trägern Diakonisches Werk, Caritasverband Bruchsal und Caritasverband Ettlingen, die ebenfalls hauptamtliche Stellen im Bereich Ehrenamtsbegleitung eingerichtet haben – gemeinsam Themenschwerpunkte abzustimmen, aufzuteilen, und somit Doppelstrukturen zu vermeiden. Mit einem vielseitigen Angebot von Fortbildungsveranstaltungen, Themenplattformen, Workshops und Vernet-

zungstreffen stärkt das Hauptamtliche Netzwerk das Ehrenamt und steht allen Initiativen im Landkreis Karlsruhe beratend zur Seite.

Ein wesentlicher Schritt zur Integration von Flüchtlingen ist die Integration in Arbeit. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Amt für Integration identifizieren und generieren selbst Zugänge zum Arbeitsmarkt. Dies geschieht zum einen über Zusammenarbeit mit Netzwerkpartnern wie der Agentur für Arbeit und den Jobcentern, zum anderen über eigene Projekte mit Pilotcharakter, durch die wichtige Qualifikationen für eine Arbeitsaufnahme erworben werden können. In der Einzelfallberatung werden Potentiale herausgearbeitet und Flüchtlinge, wenn möglich bereits zum Ende eines Sprachkurses, in eine Ausbildungs- oder Arbeitsstelle vermittelt. Aktuell ist das Landratsamt Karlsruhe u. a. auch Projektpartner im JOBSTARTER plus-Projekt „OIKOS – Ausbildungs offensive Hauswirtschaft“ der Diakonie Württemberg. Die vierjährige Berufsausbildung zum/ zur Hauswirtschafter/-in ist speziell für Migranten und Migrantinnen mit unzureichenden Deutschkenntnissen konzipiert. Die Teilnehmer, zu deren Zielgruppe auch Asylbewerberinnen und Asylbewerber gehören, erhalten parallel zur Ausbildung eine Deutschförderung mit dem Sprachniveau B2 in zwei Jahren als Ziel.

Alle Bereiche laufen im Gesamtkonzept der Integrationsplanung zusammen und werden hier immer neu bewertet, angepasst und mit den kommunalen Integrations- und Flüchtlingsbeauftragten abgestimmt. In Kooperation mit den Kommunen und der Ehrenamtsinitiativen vor Ort werden integrative Projekte sowohl für den Bereich der Gemeinschaftsunterkünfte als auch im Rahmen der Anschlussunterbringung erarbeitet. Durch Maßnahmen, wie beispielsweise die Förderung der Familienzentren als Ort der Integration, sowie die Planung, Realisierung und Ausweitung von Projekten wie dem der ehrenamtlichen Integrationslotsen und eines sich im Aufbau befindenden interkommunalen Sprachmittlerdienstes, werden wichtige Strukturen für Flüchtlinge und Menschen mit Migrationshintergrund geschaffen und der Integrationsprozess maßgeblich erleichtert.

Präsidiien des Bayerischen und Baden-Württembergischen Landkreistags tagen gemeinsam im Ludwigsburger Kreishaus

Gemeinsam getagt haben Mitte März die Präsidiien des bayerischen und des baden-württembergischen Landkreis-



tags dieser Tage im Ludwigsburger Kreis-
haus. Die Tagesordnung umfasste unter
anderem die Themen Flüchtlingspolitik,
Unbegleitete minderjährige Ausländer,
Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes
und Haushaltssituation der Landkreise in
Baden-Württemberg und Bayern. Neben
der Sitzung standen unter anderem der
Besuch des Deutschen Literaturarchivs
und des Schiller-Nationalmuseums in
Marbach am Neckar auf dem Programm.

Erfolgreiche Einigung in der Wohnraum-Allianz: Plausibilitätsprüfung für Bauflächenbedarf wird ab sofort erleichtert

„Dies ist ein erster großer Erfolg für die
Wohnraum-Allianz!“. Mit diesen Worten
kommentierte der Präsident des Land-
kreistags, Landrat Joachim Walter (Tübin-
gen), am 15. Februar 2017 die einverneh-
mliche Fortschreibung der Hinweise zur
Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbe-
darfsnachweise. „Die Landkreise haben
sich schon seit längerem dafür stark
gemacht, das Regelwerk für die Ge-
nehmigung von Flächennutzungsplänen
maßvoll zu flexibilisieren, damit vor Ort
der Wohnungsdruck gelindert werden
kann“, erläuterte Landkreistagspräsident
Walter. „Umso dankbarer bin ich, dass
dies in einem wahren Kraftakt und auf-
grund der Kompromissbereitschaft aller
Beteiligten mit dem neuen Hinweis-
papier des Wirtschaftsministeriums tat-
sächlich gelungen ist.“
„Ich setze darauf“, so Präsident Walter
weiter, „dass die Wohnungsbau-Allianz
nun auch bei den anderen Schlüssel-
themen kraftvoll voranschreitet, etwa bei
der Erleichterung der Bauleitplanung
oder der Entschlackung des Bauord-
nungsrechts.“ „Konsequent gegen den
Wohnungsmangel vorzugehen, ist heute
mehr denn je eine gesamtgesellschaft-
liche Aufgabe von allergrößter Wichtig-
keit“, betonte der Landkreistagspräsi-
dent.

Wir brauchen für den Wald in Baden-Württemberg eine Lösung aus einem Guss

Gemeinsame Sitzung der Spitzen der Kommunalen Landesverbände und der Hausspitze des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung
der Kommunalen Landesverbände und
der Hausspitze des Ministeriums für
Ländlichen Raum und Verbraucherschutz
haben sich die Beteiligten auf folgendes
verständnis: „Wir wollen eine zukunfts-
fähige und tragfähige Lösung aus einem
Guss für alle Waldbesitzarten“, erklärten
Minister Peter Hauk und die Präsidenten
des Landkreis-, Städte- und Gemeinde-
tags am Freitag (24. März) in Stuttgart.
Grund für das Treffen war der aktuell
ergangene Beschluss des Oberlandes-
gerichts Düsseldorf zur gemeinsamen
Rundholzvermarktung. Darin wurde dem
Land untersagt, Holz in Betrieben größer
100 Hektar Waldfläche zu verkaufen. Da-
rüber hinaus wurde dem Land untersagt,
forstliche Tätigkeiten im Kommunal-
und Privatwald über 100 Hektar anzubieten.
Die Anwesenden waren sich darüber
einig, dass das Land gegen den Beschluss
des OLG Düsseldorf Rechtsbeschwerde
zum Bundesgerichtshof einlegen sollte.
Dies wird Minister Peter Hauk dem
Ministerrat in seiner nächsten Sitzung
vorschlagen.
Neben der Entscheidung des OLG Düs-
seldorf stellt das kürzlich novellierte
Bundeswaldgesetz das Land, die Land-
kreise, Städte und Gemeinden vor die
Aufgabe, eine zukunftsfähige Lösung
für alle Waldbesitzarten (Staatswald,
Kommunalwald und Privatwald) zu ent-
wickeln. „Dazu werde ich, in Absprache
mit den kommunalen Landesverbänden,
dem Ministerrat den Vorschlag machen,
das Ministerium für Ländlichen Raum
und Verbraucherschutz zu beauftragen,
Eckpunkte für nun notwendige An-
passungen der Forstverwaltung auszuar-

beiten. Diese müssen im Rahmen einer
Gesamtlösung allen Waldbesitzarten
Rechnung tragen und in Umsetzung des
Koalitionsvertrags auch die Errichtung
einer Anstalt des öffentlichen Rechts für
den Staatswald beinhalten“, so Minister
Peter Hauk.

„Unser gemeinsames Ziel dabei ist es,
auch für die forstlich Beschäftigten, eine
verlässliche Zukunftsperspektive zu ent-
wickeln“, betonten Minister Hauk und
der Präsident des Landkreistags, Joachim
Walter.

„Ich erwarte, dass dabei auch etwaige
organisatorische, personelle und finan-
zielle Auswirkungen auf die Kreise ange-
messenen berücksichtigt werden“, er-
gänzte Joachim Walter.

„Mit einer solchen Lösung wollen wir
auch die vielfältigen Funktionen des
Waldes – von der Holzversorgung über
ökologische Wirkungen bis hin zur Erho-
lung im Wald – weiter garantieren“, sagte
der Präsident des Städtetages Dr. Dieter
Salomon.

„Für die Städte und Gemeinden geht es
nun darum, mit Land und Landkreisen
die jetzt notwendigen Handlungsoption-
en zu erarbeiten, um auch in Zukunft
eine wirtschaftliche und nachhaltige
Waldbewirtschaftung zu ermöglichen“,
erklärte der Präsident des Gemeindeg-
tages Roger Kehle.

Freilichtmuseen in Baden-Württemberg blicken erneut auf ein erfolgreiches Jahr zurück

Die Jahresversammlung der sieben
regionalen ländlichen Freilichtmuseen in
Baden-Württemberg fand Mitte Februar
2017 im Hohenloher Freilandmuseum
Schwäbisch Hall-Wackershofen statt.
Im Mittelpunkt standen der Rückblick
auf die vergangene Saison, das gemein-
schaftliche Ausstellungsprojekt sowie
die Neuwahl des Sprechers.
Bei dem Treffen in Wackershofen blickte
der Vorsitzende der AG Frank Scherer,



Bei strahlendem Sonnenschein überbringt der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, Landrat Frank Scherer (Ortenaukreis) – hier links im Bild – dem neugewählten AG-Sprecher Michael Happe, Leiter des Hohenloher Freilandmuseums Schwäbisch Hall-Wackershofen, seine Glückwünsche.

Landrat des Ortenaukreises, erneut auf eine erfolgreiche Saison zurück: Rund 670 000 Gäste besuchten im Jahr 2016 die sieben Freilichtmuseen. Mit über 5300 gebuchten Führungen und museumspädagogischen Programmen für Schulklassen und Erwachsenengruppen konnten die Freilichtmuseen erneut ein Rekordergebnis verbuchen.

„Anders. Anders? Ausgrenzung und Integration auf dem Land“ – so lautet der Titel der neuen Gemeinschaftsausstellung aller sieben Freilichtmuseen in Baden-Württemberg, die in den Jahren 2017 und 2018 gezeigt wird. In sieben verschiedenen Einzelausstellungen sowie einem gemeinschaftlichen Teil setzen sich die Museen mit unterschiedlichen Minderheiten auf dem Land in Baden-Württemberg auseinander. Als anders galten auf dem Dorf viele – sei es, weil sie beispielsweise einen anderen Glauben hatten, einem außergewöhnlichen Beruf nachgingen oder eine andere Sprache sprachen. Als anders zu gelten wurde von den Betroffenen zum Teil als Makel, zum Teil

als Stärke empfunden. Das Ausstellungsprojekt zeigt die unterschiedlich intensiven und verschieden ausgeprägten Formen der Ausgrenzung ebenso auf wie Mechanismen der Integration. Die Ausstellung wird sich über zwei Jahre erstrecken. 2017 werden sich die Freilichtmuseen in Gutach, Neuhausen ob Eck und Wackershofen mit Aus- und Einwanderung in den Schwarzwald, Heimatvertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg sowie die Geschichte der Jenischen auseinandersetzen. Den Auftakt bildet eine wissenschaftliche Tagung im Hohenloher Freilandmuseum Schwäbisch Hall-Wackershofen am 22. und 23. Mai 2017. Das Projekt wird von der Baden-Württemberg-Stiftung und vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst gefördert.

Einstimmig wurde Michael Happe, Leiter des Hohenloher Freilandmuseums Schwäbisch Hall-Wackershofen, in der Sitzung zum neuen Sprecher gewählt. Mehr Informationen zum Jahresprogramm unter www.landmuseen.de.

Integration im Landkreis Rastatt – Thema „Gesundheitsprävention“

Das Sachgebiet Integration im Amt für Migration und Integration des Landratsamtes Rastatt kümmert sich neben Sprachunterricht, Arbeitsvermittlung, Schulung der Ehrenamtlichen u.v.m auch um die Themen Aufklärung und Gesundheitsprävention in den Unterkünften. Für Fragen rund um das Thema Gesundheit steht eine Krankenschwester den Geflüchteten sowie den Haupt- und Ehrenamtlichen im Landkreis Rastatt mit Rat und Tat zur Seite.

Impfen in den Gemeinschaftsunterkünften

„Deutschland sucht den Impfpass“ – mit diesem Slogan wurde in den letzten

Jahren die Wichtigkeit des Impfens durch eine Plakat-Initiative und Kino-Spots immer wieder ins Bewusstsein gerufen. Auch die Krankenschwester des Amtes für Migration und Integration kündigte die Impfkationen in den Gemeinschaftsunterkünften des Landkreises mit einer Plakataktion an.

Mit großer Unterstützung der Heimleitungen und der Sozialarbeiter/innen vor Ort ist es gelungen, in 2016 über 10 000 Impfungen im gesamten Landkreis Rastatt durchzuführen. Da die meisten geflüchteten Menschen keine Unterlagen über bereits im Heimatland erfolgte Impfungen bei sich haben, gelten sie laut der Stiko (Ständigen Impfkommision) des RKI (Robert-Koch-Institut) als „nicht geimpft“. Aus Respekt vor dem Ausbruch einer Erkrankungswelle, z.B. von Masern, wurde die Krankenschwester mit der Impfung der geflüchteten Menschen beauftragt. Dank der Zusammenarbeit zwischen dem Amt für Migration und Integration und dem Gesundheitsamt konnte ein hoher Schutz in den Unterkünften, und dadurch auch für die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises, erreicht werden.

Viele niedergelassene Ärzte haben sich gerne auf das Abenteuer „Impfung in der Flüchtlingsunterkunft“ eingelassen. Nach anfänglichen Organisationsproblemen und Impfähngsten wurden die Impftermine ausnahmslos gute, oft sogar fröhliche Stunden.

Zu Beginn der Impfkation beschränkte sich die Kommunikation (natürlich neben professioneller schriftlicher Aufklärung über die geplante Impfung in der passenden Landessprache des geflüchteten Menschen) überwiegend auf „Hände – Füße – Lächeln“, doch es wurde von Mal zu Mal besser. Besonders die Kinder lernten in einem rasanten Tempo unsere Sprache, sodass sie bald als Dolmetscher für ihre Eltern fungierten. Aber auch unter den Erwachsenen zeigte sich manches Sprachtalent oder zumindest der gute Wille, sich in der neuen Sprache zu verständigen.

Mit Tee, Kaffee und Süßigkeiten schufen die BewohnerInnen für das Impfen eine schöne Atmosphäre.

Glücklicherweise hat die Arbeit Erfolg gezeigt: es gab keinen größeren Ausbruch einer ansteckenden Erkrankung, auch die Grippewelle verschonte die BewohnerInnen der Gemeinschaftsunterkünfte bis auf einige wenige Fälle.

Zahngesundheit bei Kindern

Was haben ein Krokodil, eine Giraffe und KAI gemeinsam? Diese Frage können die 25 geflüchteten Kinder und Jugendlichen, die zurzeit in einer Gemeinschaftsunterkunft in Rastatt wohnen, problemlos beantworten. Sie haben mit Begeisterung an einer Stunde zur Förderung der Zahngesundheit teilgenommen und viel gelernt. Eine Jugendzahnärztin und eine Prophylaxehelferin der AG Zahngesundheit des Gesundheitsamtes im Landratsamt Rastatt war auf Wunsch der Sozialarbeiterin vor Ort und auf Einladung der Krankenschwester des Amtes für Migration und Integration zu Besuch in der Unterkunft. Im Gepäck zwei Krokodil- und eine Giraffenhandpuppe, mehrere Modelle von Zähnen und viele anschauliche bunte Bilder.

Nicht fehlen durften auch „grüne“ (= gesunde) und „rote“ (= ungesunde) echte Lebensmittel und Getränke – die die Kinder problemlos benennen konnten. Besonders beeindruckt waren sie von den zu einer Stange aufgereihten Zuckerkwürfeln, die den Zuckergehalt von verschiedenen beliebten süßen Getränken sehr deutlich machten. Dass Wasser das beste Getränk ist, war so nicht schwer zu vermitteln.

Eingängig war auch das Merkwort für das Schema, nachdem die Zähne geputzt werden sollen, damit kein Zahn vergessen wird: die Reihenfolge „Kauflächen, Außenflächen, Innenflächen“ ergibt den (deutschen) Jungennamen KAI – dies hatten die Kinder schnell verstanden.

Zum Abschluss bekamen alle Kinder altersgerechte Zahnbürsten und Zahn-



Die Jugendzahnärztin zeigt, wie richtige Mundhygiene funktioniert.

pasta, damit sie das Gelernte gleich in die Praxis umsetzen können. Diese erfolgreiche Premiere werden wir in den nächsten Monaten in allen Gemeinschaftsunterkünften des Landkreises fortsetzen, denn: Vorbeugen ist besser als heilen!

Integrationszielvereinbarungen: Neues Konzept des Landkreises Tübingen setzt auf Individualität und Vernetzung

Aktuell leben im Landkreis Tübingen rund 2800 Menschen, die ihre Heimatländer verlassen mussten und bei uns Zuflucht gesucht haben. Ein Großteil dieser Menschen wird langfristig oder für immer in Deutschland leben und steht nun vor der Herausforderung, in unserer Gesellschaft eine neue Lebensperspektive zu entwickeln und sich sprachlich, beruflich, wirtschaftlich und sozial zu integrieren.

In der ersten Phase, von der insbesondere das Jahr 2015 und auch noch 2016 geprägt war, standen für die Landkreisverwaltung die Unterbringung und Grundversorgung der Geflüchteten im Mittelpunkt – eine Aufgabe, die die

hauptamtlichen Kräfte gemeinsam mit der großen Unterstützung durch das Ehrenamt und vielen weiteren Beteiligten gemeinsam bewältigt haben.

Nun beginnt eine zweite Phase, in der die Integrationsarbeit eine ganz zentrale Rolle spielt. Diese Integrationsarbeit fußt auf der Grundidee, sie als einen vom Individuum ausgehenden Prozess zu begreifen. Kern des darauf aufbauenden Konzepts bilden individuelle und realisierbare Integrationsziele, die gemeinsam mit den Geflüchteten definiert werden und die insbesondere an vorhandene Kompetenzen und Vorerfahrungen anknüpfen sollen. Dabei ist eine enge Verzahnung der lokalen Integrationsakteure – Sozialdienst des Landkreises, Bundesagentur für Arbeit, Jobcenter, Städte und Gemeinden und ggf. individuell hinzuziehende weitere Partner wie z.B. Sprachkursträger, Beratungsstellen, Vereine, Handwerkskammer, Schulen etc. – unabdingbar, um die größtmöglichen Integrationserfolge zu erzielen. Eine wesentliche Bedeutung kommt dabei der Einbindung ehrenamtlicher Begleitpaten zu, die – auf Wunsch der geflüchteten Person – im Rahmen des Verfahrens in alle Schritte involviert werden.

Geflüchtete als Subjekte mit eigenen Zielen und spezifischen Fähigkeiten wahrnehmen

Eine kontinuierliche und aktive Zusammenarbeit aller lokalen Integrationsakteure und das Ineinandergreifen von Beratungs- und Leistungsangeboten ist für eine zielgerichtete und wirksame Integrationsförderung von entscheidender Bedeutung. Durch eine möglichst frühzeitige Abstimmung passgenauer Integrationsschritte und die Formulierung von Zielvereinbarungen, welche sich an vorhandenen Angeboten und Rahmenbedingungen orientieren, sollen Integrationsprozesse wirksamer und nachhaltiger gestaltet werden. Grundbedingung ist ein regelmäßiger Informationsaustausch der Akteure und die Sicherstel-

lung des Wissenstransfers. Dies schafft Transparenz, sorgt für effizienten Ressourceneinsatz und minimiert Reibungsverluste. Die Geflüchteten werden in diesem Prozess als Subjekte mit eigenen Zielen, spezifischen Fähigkeiten und Qualifikationen wahrgenommen. Sie erleben, dass ihre Ziele und Ressourcen – und damit sie selbst – wahr- und ernstgenommen werden.

Methodisches Vorgehen – Verfahren

Im Rahmen ihrer alltäglichen Beratung vereinbaren die zuständigen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter mit Klienten über 16 Jahren ein Clearinggespräch. An diesem nimmt auf Wunsch des/der Geflüchteten auch eine/ein ehrenamtliche(r) Begleitpate/patin teil. Für diese Begleitung ist die Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses vonnöten. Bei Bedarf organisiert der Sozialdienst für das Clearinggespräch (und auch für die folgenden Gespräche) einen Dolmetscherdienst.

Vorrangig werden die Gespräche zunächst mit denjenigen geflüchteten Personen vereinbart, für die eine hohe Bleibewahrscheinlichkeit besteht. Im Ge-

spräch formuliert die geflüchtete Person ihre individuellen Ziele in Bezug auf verschiedene Lebensbereiche. Bedarfe werden dabei systematisch erfasst. Die formulierten Ziele werden mit der aktuellen Situation und den vorhandenen Möglichkeiten abgeglichen und gemeinsam Handlungsschritte erarbeitet, die zur Erreichung der Ziele förderlich sind. Die ganzheitliche Betrachtung ermöglicht eine Berücksichtigung aller wesentlichen Aspekte und eine Kombination der vorhandenen Angebote unterschiedlicher Akteure.

Mit der Benennung zentraler Ansprechpersonen bei allen Kooperationspartnern ist sichergestellt, dass Verfahren ohne vermeidbare Verzögerungen ablaufen und alle Akteure gleichermaßen über den aktuellen Stand informiert sind. Dies dient auch der Vermeidung von Doppelstrukturen.

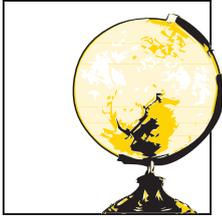
Auf Basis des Clearinggesprächs beurteilt der Sozialdienst für Flüchtlinge, ob der Abschluss einer Integrationszielvereinbarung sinnvoll ist. Wird dies bejaht, so unterzeichnen die am Clearinggespräch Teilnehmenden die Vereinbarung, in der Ziele, Handlungsschritte und Zuständigkeiten verbindlich festgehal-

ten sind. Gleichzeitig wird ein erstes Auswertungsgespräch terminiert. In diesem wird gemeinsam überprüft, ob die vereinbarten Handlungsschritte eingehalten werden, um die vereinbarten Ziele zu erreichen. Bei Bedarf erfolgen eine Anpassung und die Vereinbarung eines weiteren Auswertungsgesprächs.

Die Integrationszielvereinbarung ist erfüllt, wenn die vereinbarten Ziele erreicht sind oder die geflüchtete Person für das Erreichen der Ziele keiner Unterstützung mehr bedarf.

Kooperationsvereinbarungen der Partner schaffen Verbindlichkeit

Für die Arbeit mit Integrationszielvereinbarungen haben der Landkreis Tübingen, die Bundesagentur für Arbeit und das Jobcenter als zentrale Verfahrensakteure im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen. Dieser Vereinbarung sind zwischenzeitlich viele weitere Partner beigetreten und haben damit ihren Willen bekundet, im Sinne gelingender Integrationserfolge an einem Strang zu ziehen und das Konzept der Integrationszielvereinbarung zu unterstützen.



SPEKTRUM

Soziales

Auftakt für Teilhabeplanung des Landkreises Rastatt für Menschen mit psychischen Erkrankungen

In regelmäßigem Turnus wird der Teilhabeplan für Menschen mit chronisch psychischen Erkrankungen und seelischen Behinderungen überarbeitet und an neue Erfordernisse angepasst. Dazu gehört, dass im Vorfeld insbesondere auch die Betroffenen zu Wort kommen und ihre Bedürfnisse einbringen können. Rund hundert Teilnehmer versammelten sich dazu unter dem Motto „Mitmachen – Teilhaben“ im Landratsamt Rastatt im Rahmen einer Auftaktveranstaltung für den anstehenden Fortschreibungsprozess. Bundesweit steigt die Zahl der Menschen mit psychischer Erkrankung stetig. Bereits 43 Prozent der Frühberentungen

erfolgen aufgrund einer entsprechenden Diagnose.

Unter Federführung der Behindertenbeauftragten Petra Mumbach, in Kooperation mit der Sozialplanung und dem Fallmanagement der Eingliederungshilfe im Kreissozialamt, wurde das inklusive, transparente Beteiligungsverfahren im Verlauf des Jahres 2016 in mehreren Arbeitsgruppen mit den Kooperationspartnern vorbereitet. Mit dabei waren Vertreter der Leistungsträger und -anbieter, des Gemeindepsychiatrischen Verbunds, von Vereinen und Selbsthilfegruppen und der Politik sowie der Betroffenen und Angehörigen als „Experten in eigener Sache“.

Der Teilhabeplan enthält eine Darstellung der aktuellen Entwicklungen im Versorgungsgebiet. Er dient den Akteuren in den Folgejahren als maßgebliche Orientierungshilfe bei der Umsetzung für die notwendigen strukturellen Verän-

derungen auf Landkreisebene. „Mit dem Fachtag als Auftaktveranstaltung setzen wir die Anker für die dritte Fortschreibung des Teilhabeplans seit 2012, um den sich verändernden Hilfebedarf zu erfassen“, erläutert Petra Mumbach.

Auf die Fragen, welche Angebote und Strukturen im Landkreis fehlen und was sich bei den bestehenden Hilfe- und Unterstützungsangeboten für Menschen mit chronischer psychischer Erkrankung verändern muss, wurden in sechs Workshops zu den Themen „Arbeit“, „ambulante Angebote“, „junge Erwachsene“, „Sucht plus“, „Gerontopsychiatrie“ und erstmals auch „Inklusion“ Antworten gesucht. Alle Vorschläge und Ideen für die Weiterentwicklung des Versorgungsangebots wurden anschließend im Plenum vorgestellt.

Sobald Ende Mai 2017 die neuen statistischen Daten auf Landesebene vorliegen, wird die Sozialplanung darauf aufbauend den Teilhabeplan fortschreiben, in den die Ergebnisse des Fachtages, die auch auf der Homepage des Landratsamtes veröffentlicht werden, einfließen werden. Die aktualisierte Fassung wird dann im Teilnehmerkreis nochmals diskutiert, bevor der Ausschuss für Soziale Angelegenheiten des Kreistags über die Handlungsempfehlungen im Herbst 2017 entscheiden wird.

Bodenseekreis: Übergabe Bodensee-Deklaration an den Landesrat von Vorarlberg

Die länderübergreifende Selbstvertretungs-Gruppe von Menschen mit Behinderungen, die im Juni 2016 in Überlingen gegründet wurde, war im November





2016 zu einem Besuch bei Landesrat Christian Bernhard in Bregenz eingeladen. Die Überreichung der Bodensee-Deklaration, einer Erklärung zur Inklusion und Barrierefreiheit von behinderten Menschen, und ein Gespräch über die Inhalte und Ziele dieser Deklaration waren Anlass für die Zusammenkunft. Die Selbstvertreter stießen auf offene Ohren und überlegten gemeinsam mit Landesrat Bernhard, wie es beispielsweise möglich ist, Bewusstseinsbildung in der Gesellschaft über neue Medien zu schaffen. Dabei ist den Selbstvertretern wichtig, dass in den Medien ein neues Bild von ihnen gezeigt wird, bei dem das Leben im Vordergrund steht und nicht die Behinderung. Um die Medien in vollem Umfang nutzen zu können, fordern die Selbstvertreter auch von ihnen Barrierefreiheit wie zum Beispiel Untertitel, Gebärdensprache, Hörfilmfassungen oder leichte Sprache.

Mit einem Workshop im Vorfeld des Inklusions-Festes „Mittendrin 2016“ hat die länderübergreifende Zusammenarbeit der Selbstvertreter aus Österreich, Deutschland und der Schweiz im Sommer begonnen. Gemeinsam wurde hier die „Bodensee-Deklaration zu Inklusion und Barrierefreiheit“ erarbeitet. In der Einleitung der Deklaration heißt es: „Gemeinsam stellen wir fest: Wir werden immer mehr vom Rande der Gesellschaft

in die Mitte rücken. Wir machen das, indem wir uns aktiv in die Gesellschaft einbringen. Um das zu ermöglichen, fordern wir Barrierefreiheit, Assistenz und Unterstützung. Die Barrieren sollen nicht nur bei Straßen und Gebäuden, sondern auch in den Köpfen fallen!“

Die Gruppe der Selbstvertreter hat sich zunächst das Ziel gesetzt, die Deklaration den jeweils zuständigen Politikern der Regionen am See zu überreichen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Beim Inklusions-Fest im Juni 2016 wurde die Deklaration bereits an den Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha, Landrat Lothar Wölfle und den Bürgermeister-Stellvertreter der Stadt Überlingen, Günter Hornstein, überreicht. Im November 2016 fand nun die Übergabe an den Landesrat von Vorarlberg Christian Bernhard statt und für Anfang 2017 ist eine Übergabe an die politischen Ansprechpartner des Kanton St. Gallen geplant.

Den vollständigen Text der Bodensee-Deklaration gibt es auf www.bodensee-kreis.de (Rubrik: Soziales & Gesundheit, Behinderung).

Ehrenamtliche Pflegelotsen erweitern Angebot für ältere Menschen – Erste Pflegelotsen im Landkreis Karlsruhe zertifiziert

In feierlicher Runde wurden am 23. Januar 2017 die Zertifikate für die ersten Pflegelotsen im Landkreis Karlsruhe verliehen. „Wir haben dieses Pilotprojekt ins Leben gerufen, um die ambulanten Angebote sowohl in der Pflege als auch bereits vor der Pflegebedürftigkeit zu stärken. Pflegelotsen helfen den älteren Menschen bei verschiedenen Erledigungen wie Arztbesuchen, machen gemeinsame Spaziergänge und fungieren als Gesprächspartner. Sie unterstützen damit ihre Klienten, tragen zu einem abwechslungsreichen Alltag bei und entlasten gleichzeitig auch die Angehörigen“, hob Peter Kappes, Sozialdezernent des Landratsamtes Karlsruhe, die Bedeutung des Projekts hervor. Er gratulierte den Pflegelotsen zu ihrer neuen Tätigkeit und lobte deren Engagement, das sie an drei Schulungsabenden unter Beweis gestellt haben.

Diese Schulungen bereiten Pflegelotsen auf ihre Tätigkeit vor: So haben die Teilnehmer/innen zunächst die Möglichkeiten und Grenzen ehrenamtlicher Begleitung kennengelernt und damit ihre Rolle als Ehrenamtliche erarbeiten können. Sie erweiterten ihre kommunikativen Kenntnisse und haben ein Gespür dafür entwickelt, wie sie Familien und Hilfebedürftigen begegnen, um eine hilfreiche Beziehung aufzubauen.

Alle Anwesenden der Feierstunde, darunter auch der Altenhilfefachberater des Landkreises Karlsruhe, Robert Roßkopf, sowie Mitarbeiterinnen der Pflegestützpunkte Landkreis Karlsruhe, waren sich einig, dass das Projekt der Pflegelotsen einen wichtiger Baustein im Gefüge der versorgenden professionellen Dienste darstellt. Die Ehrenamtlichen arbeiten eng mit den Pflegestützpunkten im Landkreis Karlsruhe zusammen und können bei Bedarf die Brücke zu weiteren Hilfesystemen schlagen.



V.l.n.r.: Peter Kappes, Sozialdezernent, und Robert Roßkopf, Altenhilfefachberater (beide Landratsamt Karlsruhe), gratulierten den frisch zertifizierten Pflegelotsen und wünschten ihnen gutes Gelingen bei ihrem Engagement für ältere Menschen.

Auch die zunehmende Tendenz der Vereinsamung, die insbesondere bei älteren Menschen durch das Nachlassen der körperlichen Kräfte und die damit einhergehende Einschränkung der Mobilität, ist ein Ansatzpunkt des Projektes. Durch Besuche der Pflegelotsen können Menschen einen Gesprächspartner sowie Unterstützung im Alltag beispielsweise bei der Erledigung der Post o.ä. erhalten. Die Koordination des Projektes liegt bei den Pflegestützpunkten. Sie bieten in ihren Beratungen das zusätzliche Angebot an und stellen den Kontakt zwischen Klient und Pflegelotsen her. Weiterhin stehen die Mitarbeiterinnen der Pflegestützpunkte den Pflegelotsen als Ansprechpartner bei Problemen zur Verfügung. In regelmäßig stattfindenden Austauschtreffen können die Pflegelotsen ihre Erfahrungen besprechen. Zudem wird es in diesen Treffen Vorträge zu verschiedenen Themen wie Pflegeversicherungsrecht, Demenz u.ä. geben. Am Projekt oder an der Tätigkeit als Pflege lotse interessierte Personen können sich bei der Projektkoordinatorin Sabrina Menze, E-Mail: sabrina.menze@landratsamt-karlsruhe.de, Tel. 07 21/93 67 0740, oder im Pflegestützpunkt Bruchsal, E-Mail: [\[landratsamt-karlsruhe.de\]\(http://landratsamt-karlsruhe.de\), Tel. 0 72 51/ 7 9199, melden.](mailto:pflugestuuetzpunkt.bruchsal@</p></div><div data-bbox=)

Kommunale Arbeitsförderung erhält Zuschlag für neues Bundesprojekt – Rund zwei Millionen Euro zur Integration Langzeitarbeitsloser fließen in den Ortenaukreis

Die Kommunale Arbeitsförderung Ortenaukreis (KOA) hat den Zuschlag für ein Modellprojekt im Rahmen des Bundesprogramms „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales erhalten. Dadurch fließen zwischen 2017 und 2018 insgesamt bis zu zwei Millionen Euro zusätzlich in die Ortenau. Gefördert werden sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse für schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose, die sonst keinerlei Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Insgesamt können im Ortenaukreis 70 Arbeitsplätze geschaffen werden, die nahezu vollumfänglich über das Programm finanziert werden können.

„Durch dieses Modellprojekt können wir Menschen eine Teilhabe am Arbeitsleben ermöglichen, für die unser bisheriges Arbeitsförderinstrumentarium nicht aus-

reichte“, freut sich Armin Mittelstädt, der Leiter des Ortenauer Jobcenters über die neuen Möglichkeiten, die das Programm der KOA bietet.

Zielgruppe des Bundesprogramms sind Personen, die seit mindestens vier Jahren Leistungen nach dem SGB II beziehen, mindestens 35 Jahre alt sind und entweder gesundheitliche Einschränkungen haben oder mit mindestens einem minderjährigen Kind in einer Bedarfsgemeinschaft leben. Ihnen kann eine auf bis zu zwei Jahre befristete Beschäftigungsmöglichkeit angeboten werden. Voraussetzung ist, dass es sich um zusätzliche, im öffentlichen Interesse liegende und wettbewerbsneutrale Arbeitsplätze handelt. Aufgrund dieser Vorgaben kommen für die Beteiligung an dem Programm in erster Linie öffentliche Arbeitgeber oder Beschäftigungsgesellschaften in Betracht.

**Landkreis Böblingen:
Ehrung der Besten
beim Kreiswettbewerb
Mitmach-Barrierefrei-Wegweiser
Wheelmap am 9. Februar 2017
in Holzgerlingen**

Am 9. Februar 2017 wurden in der Stadthalle Holzgerlingen sechs Schulklassen als Sieger beim Kreiswettbewerb Mitmach-Barrierefrei-Wegweiser Wheelmap ausgezeichnet.

Als Leuchtturm auf dem Weg zur Inklusion im Landkreis Böblingen bezeichnete Landrat Roland Bernhard den Wettbewerb: „Die Vorbereitung und Durchführung der Aktion ist für mich gelebte Inklusion. Die Schüler haben gemeinsam mit Rollstuhlfahrern und Senioren dazu beigetragen, dass die Internet-Karte Wheelmap erstellt werden konnte.“ Barrieren im Alltag und in den Köpfen seien bei der Aktion abgebaut worden. Gewinner des Kreiswettbewerbs seien alle Teilnehmenden und alle Menschen im Landkreis. „Der Wettbewerb ist ein wichtiger Schritt hin zu einem inklusiven Landkreis“, so Bernhard.



Weil der Stadt Klasse 8 d: 1. Platz Kategorie mit Rollstuhlfahrer

Wie Bürgermeister Wilfried Dölker in seiner Begrüßung betonte, fügt sich die Aktion wunderbar in die Aktivitäten seiner „Musterkommune für Inklusion“ ein. Holzgerlingen ist eine von vier Musterkommunen des Gemeindetages Baden-Württemberg. Ministerialdirektor Prof. Dr. Wolf-Dietrich Hammann vom Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg begründete das finanzielle Engagement seiner Institution bei diesem Projekt. „Freiwilliges Engagement nutzt zum einen den Engagierten selbst, zum anderen aber auch unserer Gesellschaft, deren Zusammenhalt durch das Engagement gestärkt wird. Ich freue mich, dass Wheelmap hier im Landkreis so viel bewegt hat“, so Ministerialdirektor Hammann. Das Land hat die Aktion aus Mitteln der Baden-Württemberg Stiftung über das Programm „Gemeinsam sind wir bunt“ gefördert.

Carsten Claus, Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Böblingen, zeigte sich begeistert von dem Wheelmap-Projekt und unterstützte es gerne mit finanziellen Mitteln.

In der Kategorie „mit Rollstuhlfahrer“ erreichten die Klasse 8d des Johannes-Kepler-Gymnasiums Weil der Stadt die höchste Punktezahl (1724 Punkte), vor

der Jahrgangsstufe 1 des gesundheitswissenschaftlichen Gymnasiums gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern des Vorqualifizierungsjahres Arbeit und Beruf der Hilde-Domin-Schule Herrenberg (1286,5 Punkte) und der Klasse 8a der Realschule am Goldberg in Sindelfingen (909,5 Punkte).

In der Kategorie „ohne Rollstuhlfahrer“ kamen die Lerngruppe der Klasse 8 der Friedrich-Kammerer-Gemeinschaftsschule aus Ehningen (1175 Punkte), die Klasse 8b der Realschule am Goldberg in Sindelfingen (713 Punkte), sowie der Klassenstufe 9/1 des beruflichen Gymnasiums in sozial- und gesundheitswissenschaftlicher Ausrichtung gemeinsam mit der berufsvorbereitenden Klasse der Mildred Scheel-Schule in Böblingen (555 Punkte) aufs Treppchen.

Landrat Bernhard lobte in seiner Rede den großen Eifer der Preisträgerklassen und das Engagement der Lehrerinnen und Lehrer bei der großen Gemeinschaftsaktion von Kreis, Land, Gemeinden und dem Sponsor Kreissparkasse. In seinem Dank an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer schloss der Landrat auch die Rollstuhlfahrer der Lebenshilfen, der DRK-Rollstuhlgruppen, der VK-Rollstuhlgruppe, der Winterhaldenschule und den Kreissenorenrat mit ein. Damit

die Schüler die Mobilitätseinschränkung auch am eigenen Leib erfahren konnten, organisierte der Landkreis, dass Sanitätsgeschäfte, die AOK und der VK den Schulklassen Rollstühle zur Verfügung stellten. Auch diese Unterstützer hätten zum Erfolg und der hautnahen Erfahrung beigetragen.

Beim Kreis-Wettbewerb im Oktober letzten Jahres hatten 26 Schulklassen in 24 Orten im Kreis öffentliche Orte (Geschäfte, Schulen, Behörden etc.) danach qualifiziert, ob sie rollstuhlgerecht waren oder nicht und dies über eine Handy-App in die Internetkarte Wheelmap eingetragen. Davor hatten sie sich im Unterricht mit den Themen „Barrierefreiheit“ und „Behinderung“ befasst. Bewertet wurden im Wettbewerb neben der Kartierung auch die Aktionsberichte der Schülerinnen und Schüler und die Auswertung der Schülerfragen an Passanten zu den beiden Themen.

Musikalisch umrahmt wurde die feierliche Ehrung von Schülern der Jugendmusikschule Holzgerlingen. Die Theatergruppe „alle(s) dabei“ mit der Lebenshilfe Leonberg mit behinderten und nicht-behinderten Schauspielern führte das Theaterstück „Frau Holle ist auch nur ein Mann“ auf. Ideengeber für das Wheelmap-Projekt vor Ort war der Teilhabe-Beirat, eine Interessensvertretung von Menschen mit Behinderung im Landkreis Böblingen. Utz Mörbe, der Vorsitzende des Gremiums, freute sich deshalb bei seiner Schlussrede, dass der Teilhabe-Beirat bei der Umsetzung und Gestaltung des Projektes mitgewirkt hat.

Der Erfinder der Wheelmap Raul Krauthausen hofft per Diabotschaft, dass das Beispiel Böblingen viele weitere Landkreise zum Nachahmen motiviert. Der Wettbewerb hat bleibenden Eindruck hinterlassen. So formulierten Schüler der Heinrich Harpprecht-Schule in Holzgerlingen als Ziel: „Wenn es keine Barrieren mehr gibt, ist niemand mehr behindert!“

Landkreis Ludwigsburg: Informations-, Beratungs- und Beschwerdestelle für psychisch erkrankte Menschen und ihre Angehörigen geht an den Start

Psychisch erkrankte Menschen wissen in einer Krise manchmal nicht, an wen sie sich wenden sollen. Andere haben Unterstützung, fühlen sich jedoch von ihren Betreuern oder Ärzten nicht verstanden oder wissen nicht, ob sie ihren Helferinnen und Helfern tatsächlich vertrauen können. In solchen Situationen steht Ratsuchenden mit einer psychischen Erkrankung oder ihren Angehörigen ab sofort die Informations-, Beratungs- und Beschwerdestelle (IBB-Stelle) zur Verfügung.

Das Team der Beratungsstelle setzt sich zusammen aus der seit vielen Jahren tätigen Patientenfürsprecherin Regine Grill sowie je zwei Psychiatrieerfahrenen und Angehörigen psychisch erkrankter Menschen. Armin Pflugfelder vom Sozialpsychiatrischen Dienst des Landratsamts ergänzt als Mitglied mit professionellem Hintergrund das Team. „Wir freuen uns, dass wir engagierte und auch erfahrene Mitglieder für die Mitarbeit in der IBB-Stelle gewinnen konnten“, erläutert Heiner Pfrommer, Dezernent für Arbeit, Jugend und Soziales.

Mit dem zum Jahresbeginn in Kraft getretenen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (PsychKHG) wurden die Stadt- und Landkreise vom Land verpflichtet, die IBB-Stellen einzurichten. Das Gesetz sieht eine ehrenamtliche Tätigkeit und die trialogische Besetzung des Teams vor, das heißt die Zusammensetzung aus Psychiatrieerfahrenen, Angehörigen und „Profis“.

Zu Jahresbeginn wurde die Tätigkeit ausgeschrieben. Die ausgewählten Bewerberinnen und Bewerber haben sich seit dem Frühjahr auf die Tätigkeit vorbereitet. Die Rahmenbedingungen für die zukünftige Zusammenarbeit wurden geklärt. Mit der Bestellung der ehrenamtlichen Mitglieder durch den Landkreis geht die Beratungsstelle nun offiziell an den Start.

Der neue Flyer macht deutlich, worum es der IBB-Stelle geht: Sie will für alle diejenigen da sein, die psychische Probleme haben und nicht wissen, an wen Sie sich wenden sollen; die sich mit Ihren psychischen Problemen allein fühlen und Kontakt zu ebenfalls Betroffenen aufnehmen wollen; die sich über Angebote und Hilfen für psychisch kranke Menschen im Landkreis Ludwigsburg informieren wollen; die als Angehöriger eines psychisch kranken Menschen Kontakt

zu anderen Angehörigen aufnehmen wollen; die Probleme oder Konflikte mit psychiatrischen Einrichtungen haben und die ihre Persönlichkeitsrechte nicht gewahrt sehen.

Die kostenlose Beratung erfolgt streng vertraulich. Die Mitglieder stehen unter Schweigepflicht und werden nach außen auch nur nach Absprache und mit dem Einverständnis der Ratsuchenden tätig.

Die IBB-Stelle ist ab sofort erreichbar über Telefon 07141/144-355, E-Mail: IBB-psychotherapie@Landkreis-Ludwigsburg.de oder per Post: IBB-Stelle, Königsallee 59/2, 71638 Ludwigsburg. Zudem kann ein persönliches Gespräch vereinbart werden. Nähere Informationen unter www.ibb-psychotherapie-ludwigsburg.de

Landkreis Rastatt: „Nicht für uns ohne uns!“ – Politische Teilhabe für Menschen mit Behinderung

Die Frage der Mitbestimmung von Menschen mit geistiger Behinderung stand im Mittelpunkt eines Workshops zur politischen Bildung im Landratsamt Rastatt. Acht Männer und Frauen, alle Mitarbeitende der Werkstatt der Lebenshilfe in Sinzheim, erörterten zusammen mit der Behindertenbeauftragten des Landkreises Rastatt, Petra Mumbach, sowie den Studentinnen Katja Zimmermann-Schneider und Katharina Schörg von der Lebenshilfe für die Region Baden-Baden-Bühl-Achern die Möglichkeiten der Mitwirkung, wie in der Behindertenrechtskonvention der UN und im Gleichstellungsgesetz gefordert.

Die Projektidee der beiden Studentinnen, ein Bildungsangebot zur politischen Teilhabe für Menschen mit geistiger Behinderung zu entwickeln, das speziell auf deren Bedürfnisse abgestimmt ist und in „leichter Sprache“ erfolgt, wurde von Petra Mumbach sehr begrüßt, denn auch die Behindertenbeauftragte möchte mit ihrer Arbeit bewirken, dass diese Zielgruppe künftig mehr als bisher in kommunale Entscheidungsprozesse, als „Ex-



Das Team der IBB-Stelle



perten in eigener Sache“, ganz nach dem Motto „Nichts für uns ohne uns!“ eingebunden werden. „Um dieses Ziel in der Praxis zu erreichen, müssen Interessierte zuerst befähigt werden, ihre politischen Rechte tatsächlich wahrzunehmen“, betont die Landkreis-Beauftragte. Noch immer könnten sich viele Menschen nicht vorstellen, dass auch behinderte Menschen sich für Politik interessieren und sich aktiv am politischen Leben beteiligen können.

Mit diesem erstmals im Landkreis durchgeführten Bildungsprojekt sieht Mumbach einen ersten Schritt, die Teilnehmenden in ihren Fähigkeiten zu schulen und ihnen entsprechendes Wissen zu vermitteln, sodass es den Personen zukünftig leichter gelingt, politische Zusammenhänge zu verstehen, sich eigenständig Informationen zu beschaffen und eigene Interessen angemessen auf politischer Ebene einzubringen.

Dank der Unterstützung eines Sponsors und der Lebenshilfe können zunächst fünf Projektbausteine durchgeführt werden, welche die Behandlung der Menschenrechte, der UN-Behindertenrechtskonvention, des Bundesteilhabegesetzes, Aufbau und Funktion der politischen Ebenen sowie die praktischen Möglichkeiten der Teilhabe umfassen. Im Mittelpunkt des Interesses standen

beim Workshop im Landratsamt vor allem die Teilhabepläne des Landkreises. Zudem wollten die Teilnehmer wissen, wie ein Landkreis „funktioniert“ und welche Aufgaben die Behindertenbeauftragte hat. In diesem Zusammenhang wurde auch der Wunsch nach einem „Behindertenbeirat“ geäußert, wie er etwa auf Landesebene besteht. Mumbach verwies darauf, dass Menschen mit Behinderung im Landkreis bislang schon in breit angelegten Teilnahmeverfahren zur Fortschreibung der Teilhabepläne einbezogen würden. „Dort erhalten Menschen mit Behinderung Gelegenheit, ihre Ideen einzubringen und sich an dem Prozess der Weiterentwicklung der Angebotsstrukturen zu beteiligen“.

Nach der Schulung konnten die Besucher bei einer Führung durch das Landratsamt auch einen Blick in den Kreistagssaal werfen. Vor den Regalen mit Flyern und Broschüren äußerten sie etwa die Bitte, dass Informationen und Formulare künftig vermehrt in „leichter Sprache“ zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Behindertenbeauftragte kündigte ein für 2017/18 geplantes Projekt zur Überprüfung der Barrierefreiheit an. Den Gästen aus Sinzheim gab sie ein Exemplar des Teilhabeplans mit auf den Weg, der auf ihre Initiative hin in Auszügen in eine vereinfachte Sprache übersetzt wurde.

Main-Tauber-Kreis: Jobcenter sorgt selbst für „schnelle Aktivierung“ – Zertifizierung als Maßnahmenträger erreicht – Neue Angebote 2017

Das Jobcenter Main-Tauber arbeitet zur Verbesserung der Eingliederungschancen seiner Kundinnen und Kunden mit zahlreichen zugelassenen Bildungsträgern zusammen. Diese haben besondere Schwerpunkte und unterstützen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor allem auch sozialpädagogisch und psychologisch. Seit April 2016 bietet das Jobcenter nun auch selbst Maßnahmen für eine „schnelle Aktivierung“ seiner Kunden an. Seit diesem Jahr sind neue Angebote hinzugekommen.

„Wir stellen hohe Anforderungen an jede Maßnahme, die auf die Verbesserung der Eingliederungschancen abzielt. Auf diese Weise möchten wir dazu beitragen, dass die Qualität der am Arbeitsmarkt angebotenen Dienstleistungen und die Effizienz des arbeitsmarktpolitischen Fördersystems nachhaltig sichergestellt und noch weiter verbessert werden“, erklärt der Geschäftsführer des Jobcenters Main-Tauber, Hubert Hornung. Träger werden zur Erbringung von Arbeitsmarktdienstleistungen deshalb nur zugelassen, wenn sie unter anderem ihre Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit nachweisen, qualifiziertes Personal einsetzen und ein System zur Sicherung der Qualität anwenden.

Seit April 2016 kauft das Jobcenter solche Arbeitsmarktdienstleistungen nicht nur bei externen Trägern ein, sondern bietet selbst welche an. Um dabei die erforderliche Qualität zu garantieren, wurde das Jobcenter durch die Akkreditierungs- und Zulassungsstelle „CERTQUA, Gesellschaft der Deutschen Wirtschaft zur Förderung und Zertifizierung von Qualitätsbildungssystemen in der Beruflichen Bildung mbH“ geprüft. Nach erfolgreichem Test wurde für das Jobcenter ein Zertifikat auf der Grundlage der Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung (AZAV) ausgestellt.

Durch diese Zertifizierung wird nachgewiesen, dass das Jobcenter für seine eigenen Maßnahmen ein umfassendes Qualitätsmanagementsystem mit ausdifferenziertem Leitbild und prozessorientierter Qualitätsmanagement-Dokumentation sicherstellt.

Neben bereits laufenden Maßnahmen wie „Firma Jobcenter“ und „A-B-C“ (Aktivieren-Beraten-Coachen) wird seit Jahresbeginn zusätzlich unter anderem die Maßnahme für alleinerziehende Frauen „JoKi“ (Job+Kind) angeboten. Alle Maßnahmen werden durch das Jobcenter Main-Tauber in Eigenregie und ausschließlich für eigene Kunden durchgeführt. Darüber hinaus wird die Zusammenarbeit mit den regionalen Bildungsträgern in bewährter Weise unverändert fortgesetzt.

„Bei den eigenen Maßnahmen des Jobcenters geht es daher nicht um konkrete Qualifizierungen und Berufsausbildungen oder Trainings mit sozialpädagogischem oder psychologischem Hintergrund, sondern um Coachings für die ‚schnelle Aktivierung‘ – so zum Beispiel als Vorbereitung auf Maßnahmen von Bildungsträgern oder zur Vermittlung in Arbeit“, stellt Geschäftsführer Hubert Hornung klar.

Rems-Murr-Kreis: Tierischer Kollege unterstützt Beratungsstelle in Backnang – Marleen Vogt und Therapiehund „Oskar“ sind für das Backnanger Kreisjugendamt im Einsatz

Die Leiterin der Backnanger Familien-Beratungsstelle und Therapiehund „Oskar“ sind ein gut eingespieltes Team. Der freundliche und geduldige Hund hilft seit dem vergangenen Sommer in der Beratungsstelle ein bis zwei Tage pro Woche aus. Oskar sei der „soziale Katalysator“, wie Vogt umschreibt: „Unsere Erfahrung zeigt, dass Menschen der Dialog in Anwesenheit des Hundes viel leichter fällt. Man kann sagen, dass Oskar aktiver Bestandteil des therapeutischen und beratenden Prozesses ist“. Und wie genau



Diplom-Psychologin Marleen Vogt mit ihrem Hund „Oskar“. Der Australian Shepard ist der Therapiehund in der Beratungsstelle für Familien und Jugendliche in Backnang.

sieht Oskars Arbeitsalltag aus? In kurzen Sequenzen, die etwa zehn Minuten dauern können, wird der Hund für Familien, Paare oder Kinder eingesetzt. Bei Menschen, die unsicher sind, hilft die Arbeit mit dem freundlichen Vierbeiner in spielerischen Situationen. Marleen Vogt erzählt von einem Mädchen, das in der Schule gemobbt wird. In der Übung mit Oskar sollte sie lernen, ihre eigenen Grenzen wahrzunehmen: Ein im Kreis gelegtes Seil markiert ihren individuellen Bereich; dem Hund soll sie allein mit Stimme und Körperhaltung klar machen, diese persönliche Grenze zu respektieren. Der nächste Schritt ist, diese Erfahrung und dieses Gefühl mit in den Schulalltag zu nehmen.

Aber nicht nur bei Schulkindern kann der Umgang mit Oskar sinnvoll sein, auch Paare, denen der Dialog schwerfällt, können von dem Vierbeiner profitieren. Ganzlogisch erscheint da der Umgang mit Menschen, die eine andere Sprache sprechen – zum Beispiel Flüchtlingskinder. Laut Vogt sei es wissenschaftlich erwiesen, dass sich der Kontakt zu Tieren positiv auf die Stimmung des Menschen auswirke. Der Vierbeiner hilft nicht nur, das Eis zu brechen und Spannungen zu

lösen, auch Depressionen und Angstzustände werden nachweislich gemindert. Oskar und seine Kollegen schaffen Abwechslung, ermöglichen Körperkontakt, helfen gegen Einsamkeit und dabei, Gefühle auszudrücken. Ohne vorherige Absprache mit den hilfeschuchenden Menschen komme aber Oskar nicht zum Einsatz, so die Psychologin: „Manche Menschen mögen einfach keine Hunde, leiden an einer Tierhaarallergie oder verarbeiten ein belastendes Erlebnis mit Tieren“, sagt Marleen Vogt. „Es kann eben auch Gründe gegen die Arbeit mit Oskar geben, diese respektieren wir natürlich“. Noch bis zum Sommer soll Oskar probeweise als Therapiehund Menschen in verschiedenen Situationen unterstützen, danach wird der Stand neu bewertet. Nicht zuletzt zieht der Rems-Murr-Kreis als Arbeitgeber Vorteile aus der Anwesenheit von Oskar, denn der Hund tut dem Backnanger Team gut. Landrat Dr. Richard Sigel war von der Idee, einen Therapiehund einzusetzen, gleich begeistert. Das von Marleen Vogt vorgelegte Konzept zur tiergestützten Arbeit sei professionell und überzeugend. „Ich habe in meiner eigenen Familie gute Erfahrungen mit einem Diabetes-Therapiehund gemacht und bin immer wieder beeindruckt, was Begegnungen mit Tieren und Menschen Erstaunliches leisten können“, so der Landrat. Auch für die Kolleginnen und Kollegen von Marleen Vogt bringt die Anwesenheit des Vierbeiners im Büro viele Vorteile. Studien zeigen, dass sich das Betriebsklima verbessert, Stress und Burnout-Risiko sinken können. Einwände gegen die Anwesenheit eines Hundes hatten die Stockwerkskollegen im Gesundheitszentrum in der Karl-Krische-Straße 4 in Backnang nicht – im Gegenteil: „Wir begegnen uns auf einer anderen Ebene, kommen schneller in Kontakt, Oskar ist einfach eine große Bereicherung“, sagt Sabine Gerner von der Jugendgerichtshilfe nebenan. Der Gesundheitszustand des tierischen Kollegen wird regelmäßig kontrolliert und auf die Hygiene wird besonders Wert gelegt.

Schulen

Alb-Donau-Kreis: „Lernfabrik 4.0“ an der Gewerblichen Schule Ehingen geht in Betrieb

An der Gewerblichen Schule Ehingen, einer beruflichen Schule des Alb-Donau-Kreises, ist am 20. März 2017 eine neue „Lernfabrik 4.0“ in Betrieb genommen worden. Dazu unterzeichneten Landrat Heiner Scheffold (für den Alb-Donau-Kreis), Hauptgeschäftsführer Otto Sälzle (für die IHK Ulm) und Dr. Ulrich Hamme (Vorsitzender des Vereins der Freunde und Förderer der Gewerblichen Schule e.V.) eine Kooperationsvereinbarung.

Die drei Kooperationspartner werden die „Lernfabrik 4.0“ in ihrem Betrieb und ihrer Entwicklung unterstützen und begleiten. Dazu wird ein Beirat gebildet, dem Vertreter der Kooperationspartner, der Gewerblichen Schule Ehingen sowie drei Vertreter von Unternehmen angehören.

Die „Lernfabrik 4.0“ vermittelt Fachwissen zur Herstellung und Bearbeitung von Werkstücken im Rahmen einer digitalisierten und automatisierten Produktionstechnologie. Zu den Komponenten der Lernfabrik gehören ein selbstfahrender Mobilroboter, eine automatisierte Montage- und Bearbeitungslinie von Werkstücken und eine CNC-Drehmaschine. Bearbeitungsschritte wie Drucken, Trocknen, Wenden werden nacheinander durchlaufen.

Landrat Heiner Scheffold betonte bei der Inbetriebnahme der Lernfabrik: „Wir spielen als Landkreis unsere Rolle als Schulträger gerne aktiv. Denn bei der Wahl von Standorten durch Unternehmen oder von Lebensmittelpunkten von Bürgerinnen und Bürgern ist die Bildungslandschaft von mitentscheidender Bedeutung.“ Deshalb seien die Investitionen des Alb-Donau-Kreises in die neue Lernfabrik gut angelegtes Geld.

„Die Digitalisierung erfordert lebenslanges Lernen. Wir haben deshalb neben

der Ausbildung auch die Weiterbildung fest im Blick. Nur wenn wir unsere Fachkräfte schnell fit machen für die Anforderungen der Zukunft, werden wir das volle Potenzial von Industrie 4.0 nutzbar machen können. Mit der „Lernfabrik 4.0“ schaffen wir die ideale Lernplattform, um die Digitalisierung in den Mittelstand zu tragen“, ist sich IHK-Hauptgeschäftsführer Otto Sälzle sicher.

Die duale Schul- und Berufsausbildung, Grundlage für einen reibungslosen Einstieg ins Arbeitsleben, sollte den zu erwartenden Anforderungen im Beruf immer mindestens einen Schritt voraus sein“, sagte Dr. Ulrich Hamme, Vorsitzender des Fördervereins der Gewerblichen Schule. „Dies in der Praxis zu gewährleisten, ist nicht immer einfach. Gerade deshalb ist es wichtig, mit solchen Projekten wie der „Lernfabrik 4.0“ – über die Grundausstattung hinaus – Fahrt aufzunehmen, um Ausbildung möglichst nah an den Erfordernissen der sich ständig verändernden Arbeitswelt zu orientieren.“ Die Einrichtung der „Lernfabrik 4.0“ geht auf einen Beschluss des Kreistagsausschusses für Bildung, Gesundheit, Kultur und Soziales vom September 2015 zurück. Die IHK Ulm hatte kurz danach eine Kofinanzierung in Höhe von bis zu 100 000 Euro zugesagt.

Nachdem es, wegen zahlreicher ähnlicher Anträge aus anderen Landkreisen nicht gelungen war, eine Förderung durch das Land zu erhalten, beschloss der Kreistagsausschuss, auf Antrag der CDU-Kreistagsfraktion, am 1. Dezember 2015, die Lernfabrik auch ohne Landeszuschuss einzuführen. Der Eigenanteil des Alb-Donau-Kreises dazu beläuft sich auf 350 000 Euro. „Mit unserer Förderung des Projekts wollen wir zugleich den Berufsschulstandort Ehingen stärken. Deshalb haben wir an unserer Zusage festgehalten, obwohl die Landesförderung ausgeblieben ist. Wir können auf diesem Weg den sich abzeichnenden Wandel im Alb-Donau-Kreis optimal unterstützen“, so IHK-Hauptgeschäftsführer Otto Sälzle abschließend.

Die Gesamtkosten für die von der Firma Festo Didactic, Denkendorf hergestellten „Lernfabrik 4.0“ belaufen sich auf 505 000 Euro. Darin eingeschlossen ist der Anteil der IHK mit 100 000 Euro. Die restlichen Mittel kommen ebenfalls vom Alb-Donau-Kreis und dienen dem Kauf der in die Lernfabrik integrierten CNC-Drehmaschine.

Landrat Heiner Scheffold bilanzierte: „Die neue Lernfabrik steht technologisch gut da und ist, mit dieser Kooperation, organisatorisch gut eingebettet. Ich bin optimistisch, dass sie im Echtbetrieb an unserer Schule zu einem echten Erfolg wird.“

Bildungsrat der Hochrheinkommission: BildungsTablets im Unterricht – wie funktioniert es beim Nachbarn?

Tablets im Unterricht dienen nicht nur dem Ersatz von Lehrbüchern oder Arbeitsblättern. Sie sind Hilfsmittel zum Recherchieren, Präsentieren, Kommunizieren und Kollaborieren. Wie lassen sich Tablets im Unterricht sinnvoll einsetzen? Was gibt es zu beachten? Diese und weitere Fragen wurden an der grenzüberschreitenden Lehrerfortbildung in Rheinfelden (CH) behandelt.

Unter der Leitung von Nicole Stäheli, Regierungspräsidium Freiburg (D), widmete sich die praxisnahe Lehrerfortbildung den verschiedenen Aspekten von digitalen Medien im Unterricht.

Herr Hans Marthaler, Schulleiter des Berufsbildungszentrum Fricktal, begrüßte die grenzüberschreitende Initiative in seinem Hause und nahm gleich selbst am Workshop teil: „Die Möglichkeiten, die uns in der täglichen Unterrichtspraxis im Klassenzimmer durch die neuen Medien wie Smartphones oder Tablets geboten werden, sind immens. Es ist anspruchsvoll Werkzeuge zu finden, die attraktiv gestaltet sind, unsere Lernenden beim Lernprozess unterstützen und gleichzeitig Lehrpersonen einfach anwenden können. Nicole Stäheli hat uns dabei sehr unterstützt“.



Hinten von links: Geschäftsführerin der Hochrheinkommission Vanessa Edmeier und Schuldirektor des Berufsbildungszentrum Fricktal Hans Marthaler

Die Lehrpersonen profitierten gleich doppelt von der Fortbildung: jenseits der aufgezeigten digitalen Inhalte gab es Gelegenheit, sich bezgl. der Unterschiede der deutschen und schweizerischen Bildungssysteme sowie der unterschiedlichen Lehrmethoden auszutauschen. Der Bildungsrat wurde als Einrichtung der HRK im Frühjahr 1999 gegründet. Das Gremium vereint Vertreterinnen und Vertreter der regionalen Bildungslandschaft: Auf deutscher Seite vertritt Lothar Senser (Hochrhein-Gymnasium, a.D.) die Gymnasien, Frank Decker (Gewerbliche Schulen Waldshut), das berufliche Schulwesen und Frank Heinrich (Schulamt Lörrach) die weiteren Schularten. Auf Schweizer Seite vertritt Dr. Frédéric Voisard (Kanton Aargau) das Bildungsdepartement. Dr. Hans Marthaler (Berufsbildungszentrum Fricktal) und Dr. Ernst Schläpfer (Berufsbildungszentrum des Kantons Schaffhausen) vertreten die beruflichen und weiterführenden Schulen.

Landkreis Böblingen: Berufsschulzentrum Leonberg mit neu saniertem Cafeteria – Kreis investiert 700 000 Euro in neue Küche und Aufenthaltsbereich

Kürzlich haben der Landrat Roland Bernhard und Leonbergs Oberbürgermeister Bernhard Schuler die neu sanierte Ca-

fereteria des Berufsschulzentrums in Leonberg eingeweiht. Dort wurden die Küche erneuert und der Aufenthaltsraum völlig neu gestaltet. Insgesamt investierte der Landkreis Böblingen als Träger der Schule rund 700 000 Euro in die Maßnahme.

„Die jungen Menschen, die hier lernen, sind unsere Zukunft und brauchen gute Rahmenbedingungen“, so der Landrat. „Die Sanierung der Cafeteria ist ein kleiner, aber wichtiger Baustein dafür.“ In den kommenden Jahren werde der Landkreis voraussichtlich mehr als 10 Millionen Euro ins Berufsschulzentrum in Leonberg investieren.



„Ich freue mich, dass mit den Investitionen ins Berufsschulzentrum Leonberg die Attraktivität des Schulstandorts Leonberg gesteigert wird. Das Berufsschulzentrum ist seit vielen Jahren ein fester Bestandteil des umfassenden Schulangebots hier vor Ort zusammen mit den 13 Schulen in städtischer Trägerschaft“, so Oberbürgermeister Bernhard Schuler.

Das Berufliche Schulzentrum Leonberg bietet umfassende Bildungsmöglichkeiten, insbesondere in den Fachrichtungen gewerblich und kaufmännisch, Elektrotechnik, Metalltechnik, Hauswirtschaft und Ernährung, Gesundheit und Pflege, Bauhandwerk, Sozialpädagogik, Kraftfahrzeugtechnik. Mit einem Anteil von 62 Prozent ist der klassische Berufsschulbereich am stärksten ausgeprägt. Dahinter stehen mit einem Anteil von 14 Prozent die Beruflichen Gymnasien. So können am Sozial- und Gesundheitswissenschaftlichen, am Technischen sowie am Wirtschaftswissenschaftlichen Gymnasium die Allgemeine Hochschulreife und damit die Studienberechtigung an einer Hochschule erworben werden.

Vielfältig ist auch das Angebot für den Bereich der Berufskollegs, die einen quantitativen Umfang von 12 Prozent am Bildungsangebot am Berufsschul-

zentrum Leonberg einnehmen. Es werden drei einjährige Berufskollegs in den Fachrichtungen gewerblich, kaufmännisch und sozialpädagogisch angeboten. Die Berufsfachschulen mit einem Anteil von 10 Prozent bieten Jugendlichen mit Hauptschulabschluss die Möglichkeit die Fachschulreife zu erwerben. Die Vorbereitungs-klassen haben einen Anteil von zwei Prozent.

Das Berufliche Schulzentrum Leonberg hat seit Jahren stabile Schülerzahlen. Rund 3000 junge Menschen nehmen das Angebot am Standort Leonberg war. „Wir wollen, dass das Berufsschulzentrum in Leonberg auch weiterhin attraktiv bleibt und werden deshalb weiter investieren.“ Die hohen Schülerzahlen seien Beleg für die hohe Qualität der Schule.

**Landkreis Ludwigsburg:
Jubiläumsfeier mit Podiumsdiskussion
an der Robert-Franck-Schule**

Das 50-jährige Bestehen ihres Wirtschaftsgymnasiums hat die Robert-Franck-Schule (RFS) in Ludwigsburg am 1. Dezember 2016 mit einer Jubiläumsfeier und einer Podiumsdiskussion begangen. Landrat Dr. Rainer Haas sagte: „Die Robert-Franck-Schule, die seit 1970 vom Landkreis getragen wird, hat sich von einer reinen Berufsschule zu einer zukunftsorientierten kaufmännischen Schule mit einem vielfältigen Bildungsangebot weiterentwickelt. Die Einrichtung des Wirtschaftsgymnasiums im Jahr 1966 war dabei ein Meilenstein.“

Das Bildungsangebot der RFS habe sich den Bedürfnissen der jeweiligen Zeit stets angepasst, erläuterte Landrat Haas. So sei innerhalb des Wirtschaftsgymnasiums auch die Einführung des zweiten Profils „Internationale Wirtschaft“ – neben dem bereits bestehenden Profil „Wirtschaft“ – im Jahr 2012 folgerichtig gewesen. „Die konstant hohen Schülerzahlen belegen die anhaltende Attraktivität dieses Beruflichen Gymnasiums: Im Schuljahr 2016/2017 besuchen 350 Schülerinnen und Schüler in zwei Profi-

len und 14 Klassen das Wirtschaftsgymnasium der Robert-Franck-Schule“, sagte Haas. „Das ist sehr erfreulich, denn unsere starke Wirtschaft im Landkreis benötigt bestens ausgebildeten Nachwuchs.“

Landrat Haas hob hervor, dass die RFS ihr hohes Niveau der Ausbildung seit 2007 mit einem kontinuierlichen Qualitätsentwicklungsprozess sichere. „Das Leitbild und die Partnerschaften mit drei Unternehmen sowie zwei Schulen in Israel und Frankreich zeigen zudem, dass die Robert-Franck-Schule eine moderne und lebendige Bildungseinrichtung ist.“ Abschließend erinnerte der Chef der Kreisverwaltung daran, dass in Baden-Württemberg die Beruflichen Gymnasien seit dem Jahr 1967 unter dieser Bezeichnung existieren, das Wirtschaftsgymnasium der Robert-Franck-Schule also zu den Beruflichen Gymnasien der ersten Stunde im Land gehört.

Gegründet wurde die Robert-Franck-Schule 1904 als „Städtische Handelsschule“. 1925 wurde das Bildungsangebot weiterentwickelt durch eine berufliche Vollzeitschule (Höhere Handelsschule). 1934 erhielt sie ihren Namen nach dem Unternehmer Robert Franck, der Mäzen der Schule und der Stadt war. 1966 wurde die Schule um das Wirtschaftsgymnasium mit der Möglichkeit zur Erlangung der Allgemeinen Hochschulreife erweitert. Seitdem wurden wiederholt neue Bildungsangebote eingerichtet, unter anderem 2012 die Einführung des Beruflichen Gymnasiums mit dem Profil Internationale Wirtschaft, 2013 neue Ausbildungsberufe im Bereich der kaufmännischen Berufsschule sowie 2014 Vorbereitungsklassen mit dem Schwerpunkt Deutschkenntnisse für Flüchtlinge. Am 1. August 1970 übernahm der Landkreis Ludwigsburg die Trägerschaft. Bis heute haben rund 4600 junge Frauen und Männer ihre Hochschulzugangsberechtigung an der RFS erlangt.

Jugend

**Landkreis Ludwigsburg:
Jahresbilanz für Projekt
„Schuldenprävention für Kinder und
Jugendliche/Junge Erwachsene“**

Eine Jahresbilanz für das Projekt „Schuldenprävention für Kinder und Jugendliche/Junge Erwachsene“ ist am 14. Dezember 2016 im Kreishaus gezogen worden. „Auch 2016 war das Projekt wieder sehr erfolgreich: Die Schulen schätzen dieses Angebot und nutzen es regelmäßig. Auf diese Weise hat es sich zu einem festen Bestandteil in den Schulen entwickelt“, sagte Landrat Dr. Rainer Haas beim Pressegespräch. Er fuhr fort: „Das Projekt verfolgt wichtige Ziele: Kinder und Jugendliche sollen zu mündigen Kunden erzogen werden und in die Lage versetzt werden, die mit dem Konsum verbundenen Gefahren zu erkennen, um nicht in die Schuldenfalle zu geraten. Für die finanzielle Unterstützung des Projekts durch die Kreissparkasse Ludwigsburg, die Volksbank Ludwigsburg und den Kreisverband der Genossenschaften bedanke ich mich sehr herzlich bei den Kreditinstituten. Sie ermöglichen damit, dass wir das Projekt seit inzwischen zehn Jahren an Schulen ab Klasse 7 anbieten können.“

Die Finanzierungspartner unterstützten das Projekt bisher mit jährlich insgesamt rund 50000 Euro für eine Vollzeit-Arbeitskraft bei der Schuldnerberatung des Landratsamts. Das Projekt wird von zwei Mitarbeitern der Schuldnerberatung umgesetzt, die auch in der regulären Schuldnerberatung tätig sind und so Praxiserfahrungen in die Präventionsarbeit mit einbringen. Eine Evaluation in 2014 und 2015 auf Grundlage einer Schüler- und Lehrerbefragung erbrachte ein sehr positives Ergebnis.

Aus vier Bausteinen besteht das Projekt Schuldenprävention für Kinder und Jugendliche/Junge Erwachsene: Unterrichtsbesuche, zum Teil begleitet von

Auszubildenden eines der unterstützenden Kreditinstitute; das dreitägige Projekt „Bank und Jugend“, gemeinsam mit Auszubildenden eines der unterstützenden Kreditinstitute; Fortbildung für Lehrer, Schulsozialarbeiter usw. sowie das Angebot für junge Menschen beruflicher Schulen. „In den vergangenen zehn Jahren konnten rund 11 000 Schülerinnen und Schüler aus dem Landkreis mit dem Projekt erreicht werden – das ist eine erfreulich hohe Zahl“, stellte Landrat Haas fest.

Im Jahr 2016 fanden 36 Unterrichtsbesuche an Schulen, 20 dreitägige Projekte „Bank und Jugend“ und eine Fortbildung für Lehrkräfte statt. 56 Klassen mit knapp 1300 Schülerinnen und Schülern nahmen an den Veranstaltungen des Gesamtprojekts teil. Auch für 2017 sind bereits wieder zahlreiche Veranstaltungen geplant.

„Die Auszubildenden der Kreissparkasse Ludwigsburg haben allein im Jahr 2016 10 Unterrichtsbesuche und 6 Veranstaltungen im Rahmen des Projekts ‚Bank und Jugend‘ bei der Kreissparkasse durchgeführt“, so der Vorstandsvorsitzende der Kreissparkasse Ludwigsburg, Dr. Heinz-Werner Schulte. „Seit dem Jahr 2007 unterstützt die Stiftung ‚Jugendförderung, Arbeit und Soziales‘ der Kreissparkasse das Projekt ‚Schuldenprävention‘. Rechne man die Summe des Projektjahres 2016 hinzu, so seien bis dato 300 000 Euro an Stiftungsgeldern in die Schuldenprävention von Jugendlichen geflossen“, so Schulte.

Der Vorstandsvorsitzende der Volksbank Ludwigsburg, Karlheinz Unger, sagte: „Es ist schön, dass sich das Projekt zur Schuldenprävention von Jugendlichen mittlerweile fest etabliert hat und von vielen Schulen wahrgenommen wird. Wir fördern das Projekt seit 2007 finanziell und durch die aktive Mitarbeit unserer Auszubildenden. Durch die Niedrigzinsphase lernen die jungen Menschen kaum noch zu sparen und heute auf den Konsum zu verzichten, um morgen Geld für notwendige An-

schaffungen zu haben. Hier mit solchen Aktionen, aber auch mit eigenen Angeboten den Jugendlichen Risiken und Chancen aufzuzeigen, ist ein zentraler Punkt unseres genossenschaftlichen Sozialengagements.“

LEADER Heckengäu macht's möglich – Willy Häberle geht auf Tour – Mit RegioQuest auf digitaler Schnitzeljagd über regionale Bauernhöfe – Spannende Fragen und Informatives rund um die heimische Landwirtschaft

Eine Schnitzeljagd mit umweltpädagogischem Hintergrund – so könnte man mit wenigen Worten umschreiben, was RegioQuest ist. Mithilfe einer Smartphone-Anwendung, oder kurz gesagt einer App, soll der Lernort Bauernhof und sein umweltpädagogisches Konzept, nämlich Landwirtschaft und ihren Nutzen zu vermitteln, auch über dieses Medium bei Kindern und Jugendlichen attraktiv gemacht werden. Die virtuelle Figur Willy Häberle nimmt die Teilnehmer mit auf Tour und vermittelt oder testet Wissen. Eine Idee, die Anklang fand – die App war eines der ersten Projekte, die mit rd. 17 000 Euro über das EU-Förderprogramm LEADER Heckengäu gefördert wurde.

„Wir haben in dieser Art des Lernens eine gute Option gesehen, das Interesse der Kinder und Jugendlichen zu wecken“, erklärt Thomas Rott, stellvertretender Vorsitzender des Vereins Lernort Bauernhof, der Träger des Projekts ist. „Mit dieser Interaktion mit dem Smartphone und der GPS-Suche treffen wir den Nerv der Zeit.“ Eine Ansicht, die im Rahmen der Fördermittelvergabe seitens LEADER Heckengäu, geteilt wurde. „Das Projekt wurde sofort mit großer Begeisterung aufgenommen“, betont der LEADER Heckengäu-Vorsitzende Wolf Eisenmann. „Es ist eine tolle Idee, den Lernort Bauernhof über diese moderne Technik auf andere Art und Weise zu vermitteln; deshalb haben wir dieses Projekt gerne gefördert.“

Nun ging das GPS-gesteuerte Lernspiel an den Start und die 7. Klasse der Gemeinschaftsschule Jettingen durfte es, gemeinsam mit Schulleiter Dominic Brucker, direkt vor Ort, beim ortsansässigen Lernort-Betrieb Rinderknecht in Oberjettingen, ausprobieren. Mit dabei auch der Jettinger Bürgermeister Hans Michael Burkhardt, der sich freut, dass die Anwendung erstmals im ortsansässigen Betrieb der Familie Rinderknecht präsentiert wird. „Der Hof Rinderknecht ist ein modernes, landwirtschaftliches Unternehmen und hervorragend geeignet, Zusammenhänge in der Landwirtschaft und der regionalen Vermarktung interessant zu vermitteln“, so Burkhardt. Station 1 ist am Regiomat der Rinderknechts, der im Ortskern von Oberjettingen aufgestellt ist. Dort lädt Christa Rinderknecht höchstpersönlich dazu ein, sich ein Bild vom Hof und davon, wo die Lebensmittel herkommen, zu machen. Denn Ziel des Spiels ist es, den Kindern und Jugendlichen den Unterschied zwischen den Produkten aus der regionalen Landwirtschaft und den teils von weither stammenden Lebensmitteln in den Geschäften aufzuzeigen, sowie zu erklären, wie und wo die Produkte hergestellt werden.

Die Funktionsweise ist einfach: Am besten lädt man sich zuhause schon die nötige App „Actionbound“ aufs Smartphone und sucht über „Bound finden“ den entsprechenden Ort. Dann braucht man nur noch das GPS einzuschalten, vor Ort die an den Stationen angebrachten Codes zu scannen und bekommt je Station kurze einleitende Filme und ein paar Fragen. Auf dem Weg und auf dem Hof geben Tafeln Orientierung und Hilfe bei der Aufgabenstellung. Und natürlich kommt auch das Betrachten der Tiere nicht zu kurz. Am Ende ist man um so manche Information reicher – auf interessante Art und Weise vermittelt und so umso länger gespeichert. Auf der Homepage des Lernorts Bauernhof, www.bauernhof-im-heckengäu.de, ist das Spiel eben-

falls nochmals erklärt und ein Flyer zum Download hinterlegt.

Entwickelt wurde die digitale Schnitzeljagd in Kooperation mit Studierenden der PH Ludwigsburg. Ein tolles Konzept, um Zusammenhänge in der Landwirtschaft und im Kreislauf der Natur so zu vermitteln, dass es ankommt und hängen bleibt. Bei zwei Betrieben, die Mitglied im Verein Lernort Bauernhof e.V. sind, ist das Spiel bereits installiert – in Jettingen, wo die Schnitzeljagd am Regiomat im Ort startet, und auf dem Martinshof im Tennental bei Deckenfronn. Dort startet die Tour am Dorfladen. Auf beiden Betrieben steht der digitalen Schnitzeljagd also nichts mehr im Weg und Willy Häberle kann ab sofort auf Tour gehen.

**Rems-Murr-Kreis:
Schüler gegen Fremdenfeindlichkeit:
„Im Inneren sind wir alle gleich!“ –
Klasse 8c der Geschwister-Scholl-
Realschule Winnenden gewinnt
Wettbewerb des Jugendamts**

Wie kann man Kinder und Jugendliche gegen Fremdenfeindlichkeit sensibilisieren? Diese Frage hat Sonja Großhans, Leiterin der Fachstelle Rechtsextremismus, für sich ganz zeitgemäß beantwortet:

Mit dem Wettbewerb „Memes gegen Fremdenfeindlichkeit – für Vielfalt“, der im Herbst ausgeschrieben wurde. Ein Meme ist ein Mittel, um in sozialen Netzwerken Insiderwitze zu verbreiten – meist eine Text-Bild-Kombination, die vor allem von jungen Menschen auf Facebook oder Twitter geteilt wird. Mit Hilfe dieses Mediums sollten sich Schulklassen und Jugendeinrichtungen mit einem gesellschaftspolitischen Thema auseinandersetzen. „Das ist definitiv geglückt. Wir haben so viele kreative, witzige und spannende Einsendungen erhalten, dass es richtig schwierig war, die Besten davon auszuwählen“, sagt Sonja Großhans. Kürzlich wurden nun die drei Gewinner gekürt.

Riesig gefreut hat sich die Klasse 8c der Geschwister-Scholl-Realschule in Winnenden über den ersten Platz beim Wettbewerb der Fachstelle Rechtsextremismus, des Kreisjugendamts und des Kreishauses der Jugendarbeit Rems-Murr. 250 Euro gab es für das kreative Gewinner-Meme – natürlich für die Klassenkasse. „Vielleicht will die ganze Klasse davon Pizza essen gehen“, heißt es, als Sonja Großhans den Scheck und eine Kiste Süßigkeiten überreichte. Für Lehrerin Carin Stejskal war der Wettbewerb eine gute Möglichkeit, ihre Fächer

Deutsch und Kunst miteinander zu verbinden. Die Schülerinnen und Schüler waren jedenfalls mächtig stolz auf das Werk aus ihrer Mitte. Ananda Glemser, die für das Meme verantwortlich ist, zeigte sich bescheiden. Sie habe einfach dargestellt, wie sie das Thema Vielfalt als Kind selbst erlebt habe: Da sei es ganz egal gewesen, wer welche Hautfarbe hat. Den zweiten Platz und damit 80 Euro für die Klassenkasse hat die 8c der Lauterbach-Realschule Sulzbach erreicht. Sie haben mit einem Foto ihrer Klasse gepunktet. Begründung: Die Klasse selbst sei schon sehr vielfältig. „Zusammenhalten um nicht zu fallen“ ist auf dem Meme zu lesen.

Die mit Schlamm bedeckten Füße eines Kindes der Waldbande Korb sind auf dem Meme zu sehen, das auf dem dritten Platz gelandet ist. „Wer wird denn im braunen Sumpf stecken bleiben?“ fragt die Waldbande und gewinnt damit 50 Euro.

Landrat Dr. Richard Sigel lobt das Engagement der Schüler: „Ich finde es toll, wenn sich junge Leute aus unserem Landkreis mit gesellschaftlichen Themen auseinandersetzen. Das fällt natürlich umso leichter, wenn die Aufgabe in die Lebenswelt unserer jungen Mitbürger passt. Die Wahl der Memes als junges Medium waren dabei offensichtlich ein Volltreffer.“



Krankenhaus – Gesundheit

**Erneutes Richtfest bei den Kliniken
des Landkreises Karlsruhe –
Neuer G-Bau der Fürst-Stirum-Klinik
Bruchsal im Zeit- und Kostenrahmen**

Zentrale Notaufnahme, Erweiterung des C-Baus, Neubau des G-Baus – es ist unübersehbar, dass die umfassende Neuausrichtung der Fürst-Stirum-Klinik mit großen Schritten voranschreitet. „Es ist das zweite Richtfest innerhalb weniger Monate, das die Kliniken des Land-

kreises Karlsruhe feiern. Im November 2016 beim Neubau der Rechbergklinik in Bretten, heute beim neuen G-Bau an der Fürst-Stirum-Klinik. Deutlicher kann sich der Landkreis Karlsruhe nicht zu seinen Einrichtungen bekennen und ein klares Signal für die Beschäftigten und die Patienten setzen“, begrüßte Landrat Dr. Christoph Schnaudigel am 20. Februar 2017 die rund 100 Gäste, darunter auch zahlreiche politische Vertreter aus der Raumschaft Bruchsal sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Klinik.

Er betonte, dass dies ein weiterer Meilenstein für die positive Weiterentwicklung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung sei. „Wir haben ein abgestimmtes Medizinisches Konzept für beide Standorte innerhalb des einheitlichen Plankrankenhauses, das wir konsequent umsetzen“, so Landrat Dr. Christoph Schnaudigel. Er freute sich gemeinsam mit der Regionaldirektorin der Kliniken Susanne Jansen, dass die Arbeiten wie auch schon beim C-Bau im Zeit- und Kostenrahmen liegen. „Wir wollen den Betrieb im Jahr 2018 aufnehmen. Dann sind die Apotheke, der stationäre

Teil der Klinik für psychotherapeutische Medizin, die Ambulanzen der Urologie und der Frauenklinik, die Bettenstation der Frauenklinik sowie ein großzügiger Entbindungsbereich mit drei Kreißsälen in modernem Ambiente untergebracht und garantieren Versorgung auf höchstem Niveau. Dafür investieren der Landkreis und die Klinik 28,5 Mio. Euro“, berichtete Susanne Jansen.

Der Dank von Landrat Dr. Christoph Schnaudigel und Susanne Jansen galt neben allen am Bau Beteiligten insbesondere dem Land Baden-Württemberg. „Gerade in Zeiten, in denen sich die Kliniklandschaft im Umbruch befindet, wissen wir die Unterstützung seitens des Landes Baden-Württemberg besonders zu schätzen“, richteten sie ihren Dank an den Vertreter des Ministeriums für Soziales und Integration, Ministerialrat Markus Schmidt. Mit einer Förderquote von über 50 % der Baukosten, konkret 16,4 Mio. Euro, bekennt sich das Land zu seiner Mitverantwortung für die Gesundheitsvorsorge und die Strukturverbesserung in Baden-Württemberg. Der neue G-Bau ist eine weitere große

Maßnahme im Investitionsprogramm für die Kliniken des Landkreises. Der vom Kreistag beschlossene Masterplan sieht im Zeitraum 2014 bis 2018 Investitionen von 125 Mio. Euro vor, davon 75 Mio. Euro am Standort Bruchsal. Dies freute insbesondere die Oberbürgermeisterin der Stadt Bruchsal, Cornelia Petzold-Schick, die betonte, dass die Stadt und die Bevölkerung hinter dem Krankenhaus stehen. „Wir wissen, was wir an unserem Krankenhaus haben.“

Landkreis Karlsruhe: Richtfest bei Rechbergklinik Bretten – Projekt im Zeit- und Kostenplan

Fast auf den Tag genau zwei Jahre nach dem ersten Spatenstich wurde am 18. November 2016 beim Neubau der Rechbergklinik in Bretten das Richtfest gefeiert. Nach dem Richtspruch von Timo Weber von der Rohbaufirma Peter Gross begrüßte Landrat Dr. Christoph Schnaudigel zahlreiche Gäste aus Politik, Verwaltung, Klinikpersonal und der Baufirmen. Er freute sich, dass das Projekt im Zeit- und Kostenplan liegt und erinnerte, dass der Entscheidung für den Neubau mit dem zugrundeliegenden Konzept eines einheitlichen Plankrankenhauses mit zwei Standorten in Bretten und Bruchsal ein durchaus kontroverser Diskussionsprozess vorausging. 55,9 Millionen Euro werden am Standort Bretten für das neue 120-Betten-Haus investiert. Die neue Klinik stärke den Standort nachhaltig und sichere für die Patienten eine Versorgung auf modernstem und höchstem Niveau. Der Landrat dankte dem Land Baden-Württemberg für die Förderung in Höhe von annähernd 30 Mio Euro, ohne die der Neubau nicht möglich gewesen wäre, und stellte die Inbetriebnahme des Neubaus im Frühjahr 2018 in Aussicht. Gleichzeitig appellierte er an die Bevölkerung, die neue Klinik dann auch intensiv zu nutzen. Markus Schmidt, Referatsleiter im Sozialministerium lobte den Landkreis als Träger der Klinik und die Regionale Kliniken



Richtfest für den neuen G-Bau an der Fürst-Stirum-Klinik Karlsruhe



Zahlreiche Gäste nahmen am Richtfest teil.

Holding GmbH. Das Land übernehme durch die Bezuschussung Mitverantwortung für die Gesundheitsvorsorge und Strukturverbesserungen. Prof. Dr. Jörg Martin hob auf den Netzwerkgedanken der Regionalen Kliniken Holding GmbH ab und wie darauf hin, dass die RKH Medizinplanung über Landkreisgrenzen hinweg anbiete, von denen die einzelnen Standorte profitieren. Das Medizinische Konzept für Bretten und Bruchsal innerhalb des Holdingkonzepts sei ausgewogen und zukunftsorientiert. Auch im Hinblick auf das geplante Rechbergareal mit Altenpflegeeinrichtung und Ärztehaus bezeichnete er den Neubau als einen Meilenstein.

**Schwarzwald-Baar-Kreis:
Offizielle Einweihung der Integrierten
Leitstelle: neueste Technik in neuem
Gebäude – Innenminister Thomas Strobl
gratuliert Landkreis und DRK**

Die Freude ist groß. Nach 24 Jahren Unterkunft am Standort in der Josefgasse hat die Integrierte Leitstelle, auch kurz ILS genannt, ihren neuen Standort in der Klinikstraße in unmittelbarer Nähe zum Luftrettungszentrum beim Schwarzwald-Baar-Klinikum bezogen. Jetzt wurde das neue zweigeschossige Gebäude mit

einer Leitstellentechnik auf dem neuesten Stand eingeweiht. Innenminister Thomas Strobl gratulierte dem Schwarzwald-Baar-Kreis und dem DRK Rettungsdienst Schwarzwald-Baar gGmbH, die in gemeinsamer Trägerschaft die ILS gebaut haben und diese gemeinsam betreiben. Landrat Sven Hinterseh und Bürgermeister Jürgen Roth, Vorsitzender des DRK-Kreisverbandes Villingen-Schwenningen, freuten sich: „Wir sind dankbar dafür, dass wir mit dem Neubau der Integrierten Leitstelle ein neues Gebäude, ausgestattet mit einer hochmodernen Technik an einem optimalen Standort für diese wichtige Aufgabe vorhalten



können! Für unsere Bürgerinnen und Bürger im Schwarzwald-Baar-Kreis ist eine qualitativ hochwertige Leitstelle errichtet worden.“

In der Integrierten Leitstelle gehen alle Notrufe, die unter der Nummer 112 im Schwarzwald-Baar-Kreis getätigt werden ein. Hier werden Einsatzkräfte alarmiert, koordiniert und gelenkt. Sowohl die Rettungskräfte der Feuerwehr als auch des Rettungsdienstes werden durch die Disponenten der Integrierten Leitstelle alarmiert. Die Integrierte Leitstelle ist die Schaltzentrale für die Feuerwehren, das Deutsche Rote Kreuz, Malteser, Bergwacht, DLRG und THW sowie die Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV). Über 70 000 Einsätze werden jährlich durch die Integrierte Leitstelle koordiniert.

**Wie bereite ich mich
auf einen Klinikaufenthalt vor? –
Neuer Patientenleitfaden für
den Landkreis Tübingen**

Wenn ein Klinikaufenthalt bevorsteht, ist man mit vielen Fragen konfrontiert: Was muss ich alles regeln? Wie finde ich mich zurecht? Wie geht es nach dem Klinikaufenthalt weiter? Wo finde ich Unterstützung?

Der neue Patientenleitfaden „Rund um einen Krankenhausaufenthalt im Landkreis Tübingen“ gibt Antworten auf diese

Fragen und bereitet Sie für die Zeit vor, während und nach einem Krankenhausaufenthalt vor. Er enthält nützliche Kontakte, Wissenswertes sowie hilfreiche Hinweise und Checklisten und soll Sie dabei unterstützen, möglichst schnell wieder zu Kräften zu kommen. Erstellt wurde der Leitfaden vom Arbeitskreis Versorgungslücken – Versorgungsbrücken im Rahmen der Kommunalen Gesundheitskonferenz im Landkreis Tübingen. Er liegt bei Ärzten, Apotheken, Beratungsstellen, Bürgerbüros und vielen anderen Stellen aus und steht in elektronischer Form auf der Internetseite des Landkreises Tübingen unter www.kreis-tuebingen.de (Stichwort: Patientenleitfaden) zum Download zur Verfügung.

Tourismus

**Jubiläum 200 Jahre Fahrrad:
Radtourismuspreis Baden-Württemberg
für die E-Bike-Region Stuttgart –
Die fünf Landkreise der
Region Stuttgart freuen sich
über die Auszeichnung,
die Tourismusminister Guido Wolf
auf der CMT verliehen hat**

Die Macher der E-Bike-Region Stuttgart sind stolz auf die am 14. Januar 2017 von Minister Guido Wolf verliehene Auszeichnung: nach Baiersbronn mit dem Projekt „Mountainbiking im Wanderhimmel“ und der „Radlerregion Oberschwaben-Allgäu“ erhielt die „E-Bike-Region Stuttgart“ als dritter Gewinner den Radtourismuspreis des Landes Baden-Württemberg.

„Die drei Preisträger stehen in besonderem Maße für neuartige und attraktive Urlaubsangebote, die zuletzt in großer Zahl entstanden sind. Mit ihrer gelungenen Umsetzung sind sie vorbildhaft und stehen gleichzeitig stellvertretend für die breite radtouristische Vielfalt und Qualität in Baden-Württemberg“, sagte



Von links: Andreas Braun (TMBW), Jörg-Michael Wienecke (Landkreis Göppingen), Oberbürgermeister Dr. Frank Nopper, Landrat Dr. Richard Sigel, Minister Guido Wolf

der Präsident des Tourismusverbands Baden-Württemberg, Minister Guido Wolf, anlässlich der Preisverleihung auf der CMT-Messe in Stuttgart.

Der dritte Gewinner des Radtourismuspreises, die Kooperation „E-Bike-Region Stuttgart“, hat mit ihrer Schwerpunktsetzung auf Elektromobilität ein Projekt am Puls der Zeit entwickelt. Es stehen rund 400 Kilometer Strecke mit mehr als 100 Ladestationen und über 40 Verleihstationen in der Region zur Verfügung. Diese sind für Ausflüge aus der Großstadt raus in die Natur bestens geeignet. Die große Anzahl an Verleihstationen macht es auch Städteurlaubern möglich, einen Ausflug mit dem Pedelec zu unternehmen, ohne das eigene Elektrofahrrad mitnehmen zu müssen.

Landrat Dr. Richard Sigel, Oberbürgermeister und Regionalrat Dr. Frank Nopper, Backnang, und Jörg-Michael Wienecke (Landkreis Göppingen) nahmen als Vertreter der E-Bike-Region Stuttgart den Tourismuspreis entgegen. „Wir freuen uns über die Auszeichnung und Anerkennung der bisher geleisteten Arbeit seitens der Kooperationspartner.

Wir danken Herrn Minister Wolf und der TMBW sowie den Kommunen und den beteiligten Betrieben der E-Bike-Region Stuttgart für die tatkräftige Unterstützung“, so Landrat Dr. Sigel. „Der Preis ist Ansporn und Verpflichtung zugleich für weitere Projekte im Bereich der Elektromobilität und zur Aufwertung von wichtigen Radwegen in unserer Region“, freut sich Oberbürgermeister Dr. Nopper als Vertreter des Tourismusbeirats des Rems-Murr-Kreises.

Die E-Bike-Region Stuttgart ist ein Gemeinschaftsprojekt der Landkreise Böblingen, Esslingen, Göppingen, Ludwigsburg und des Rems-Murr-Kreises. Das Projekt wurde gefördert vom Verband Region Stuttgart und dem Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart. Die Projektentwicklungszeit war von 2012 bis 2014. Seither ist die E-Bike-Region Stuttgart am Markt aktiv, um das radtouristische Angebot in der Region weiter auszubauen und zu verbessern. Angeboten werden seit 2016 auch geführte Touren mit dem Pedelec. Als Besonderheit im Fahrradjubiläumsjahr wird 2017 erstmals die mehrtägige geführte „Jubi-

läumstour – In 6 Tage durch die Region“ angeboten. Um Freizeitradlern einen Überblick über die Radrouten in der Region zu geben, hat die E-Bike-Region Stuttgart zur CMT 2017 eine „Radkarte der Region Stuttgart“ aufgelegt, in der 24 für Touristen und Freizeitradler attraktive Radrouten vorgestellt werden.

Der Radtourismuspreis des Landes Baden-Württemberg wurde von einer Fachjury aus einer Vielzahl hochkarätiger Bewerber ausgewählt. Laut Andreas Braun, Geschäftsführer der Tourismus Marketing GmbH Baden-Württemberg waren für die Auswahl der Jury ein stimmiges Gesamtkonzept, aber auch die Kriterien Innovation und Nachhaltigkeit ausschlaggebend.

Weitere Informationen: E-Bike-Region Stuttgart, c/o Landratsamt Rems-Murr-Kreis, Stabsstelle Wirtschaftsförderung, Alter Postplatz 10, 71332 Waiblingen, Telefon: 0 71 51/5 0112 01
E-Mail: info@e-bike-region-stuttgart.de, www.e-bike-region-stuttgart.de

Landkreis Lörrach: Zwei Weinhotels im Landkreis ausgezeichnet – Neues Qualitätssiegel der Tourismus GmbH Baden-Württemberg

Der Landgasthof Rebstock Egringen (Efringen-Kirchen) und das Hotel Ott's Leopoldshöhe (Weil am Rhein) aus dem Landkreis Lörrach haben das neu etablierte Qualitätssiegel „Weinhotel Baden-Württemberg“ verliehen bekommen. Das Zertifikat wird durch die Tourismus Marketing GmbH Baden-Württemberg vergeben. „In einer renommierten Weinregion wie dem Markgräfler Land lassen sich Genuss und Tourismus ideal verbinden“, kommentiert die Tourismusbeauftragte des Landkreises, Madeline Siebert, die Zertifizierung.

Als Weinhotel Baden-Württemberg dürfen sich die Hotels nennen, die eine Auswahl von strengen Kriterien erfüllen. Dazu zählt zum Beispiel, einen Weinkenner im Hotel zu haben oder Informationsmaterial über Weingüter und



Ausgezeichneter Weinkenner: Martin Krause, Inhaber des historischen Landgasthofs Rebstock in Egringen, bei der Übergabe des Zertifikats im Landratsamt mit der Leiterin der Stabsstelle Strukturpolitik beim Landratsamt, Martina Hinrichs (rechts) und der Tourismusbeauftragten des Landkreises, Madeline Siebert (links)

Weinveranstaltungen in der Region zur Verfügung zu stellen. Das Besondere der Auszeichnung ist, dass nicht die Ausstattung des Hotels oder des Gasthofes, sondern die Nähe und der Bezug zu gutem, regionalen Wein im Vordergrund stehen. Die weininteressierten Gäste werden somit von regelmäßig stattfindenden Weinproben oder einer umfangreichen Weinkarte im gebuchten Hotel oder zumindest in unmittelbarer Nähe erwartet. Außerdem gibt es mindestens einen Experten im Hotel, der sich mit regionalen Weinen und Weingütern in der Gegend auskennt und Empfehlungen geben kann. Durch die Auszeichnung können Hotels mit einem Bezug zum Wein besser von potentiellen Gästen gefunden und somit der Weintourismus in der Region gestärkt werden. Denn Genuss und Tourismus lassen sich hervorragend verbinden.

Landkreis Tübingen setzt auf regionalen Genuss: Wein gewinnt an Bedeutung für den Tourismus

Das touristische Konzept des Landkreises Tübingen setzt künftig verstärkt auf das Thema Wein und Genuss. Neben den bereits etablierten Themen-Radtouren

rund um das Thema Genießen und regionale Produktvermarktung unter dem Label „tübinger um:welten“ sind es mit dem Gasthof Lamm in Tübingen-Unteresingen und dem Rottenburger Hotel Martinshof gleich zwei Hotels im Landkreis Tübingen, die das begehrte Siegel der Tourismus Marketing GmbH Baden-Württemberg „empfohlene Weinhotels“ tragen dürfen. Zu den Kriterien gehören eine umfangreiche Auswahl regionaler Weine, die Nähe zu weintouristischen Angeboten und Veranstaltungen sowie ein geschulter Ansprechpartner, der die Gäste in allen weintouristischen Fragen berät. Landrat Joachim Walter hat im Rahmen eines Pressetermins am 16. März 2017 den beiden Hoteliers die zugehörigen Urkunden feierlich überreicht. „Damit erfährt das weintouristische Angebot des Landkreises eine weitere Stärkung“, freut sich Landrat Joachim Walter. Dass es sich lohnt, sich die Weinbauregion im Landkreis Tübinger einmal näher anzuschauen, macht auch eine neue Broschüre des Arbeitskreises Weinbau und der Tourismusförderung im Landkreis unter der Überschrift „Weinerlebnisse im Landkreis Tübingen“ deutlich. „Diese enthält neben einer Übersicht über spannende Weinerlebnisse

führungen, Weinwander- und Radwegen interessante Informationen zu einzelnen Weinbaulagen und zur Bedeutung des Weinbaus für den Naturschutz“, so Iris Becht, Tourismusbeauftragte des Landkreises Tübingen.

Ab Frühjahr 2017 kommt mit der Ausschilderung der Premiumspazierwanderwege in Wurmlingen und Hirschau, die streckenweise durch die Weinberge am Kapellenberg führen, ein weiteres weintouristisches Angebot hinzu. Im Frühjahr 2018 soll in Unterjesingen ein weiterer zertifizierter Spazierwanderweg, das „Wengertwegle“ eröffnet werden. Den Grundstein für den neuen Weg, der überwiegend durch die Unterjesinger Rebhänge führen wird hat der Obst- und Weinbauverein Unterjesingen mit der Freilegung eines historischen Wegstücks, dem sogenannten „Schnecklesweg“ bereits gelegt.

Die Idee der Konzipierung eines Weinwanderwegs stammt ebenfalls vom Wein- und Obstbauverein Unterjesingen und wurde von der Tourismusförderung des Landkreises zu einem kreisweiten Premiumwander- und Spazierwanderwegekonzept weiterentwickelt. Dieses sieht in den kommenden zwei Jahren die Realisierung von fünf zertifizierten Wander- und sechs Spazierwanderwegen im Kreisgebiet vor.

Die Wege befinden sich in Tübingen (Bereich Hirschau und Unterjesingen), in Rottenburg (Bereich Wurmlingen und Bad Niedernau), in Mössingen (Bereich Öschingen und Talheim) Ammerbuch (Bereich Breitenholz) und Nehren (Bereich Firstwald). Die interkommunale „Firstwaldrunde“ zwischen Mössingen und Nehren wird in den kommenden Wochen ausgeschildert und am 23. April 2017 offiziell eröffnet. Die Ausschilderung der ersten Spazierwanderwege, dem „Hirschauer Spitzbergwegle“ und dem „Wurmlinger Kapellenwegle“ erfolgt ebenfalls im Frühjahr 2017. Die gemeinsame Eröffnung der beiden Wege findet am Sonntag, 2. Juli 2017 statt.

Um den Bezug zum Thema Genuss und der regionalen Kulturlandschaft, die insbesondere vom Streuobst- und Weinbau geprägt ist, herzustellen, werden die Wege gemeinschaftlich unter dem Label „Früchtetrauf“ vermarktet. Alle Wege werden neben einer guten Wegeausschilderung mit Informationstafeln versehen, die Wissenswertes rund um die jeweiligen Besonderheiten am Wegesrand vermitteln und die Besucher zum bewussten Umgang mit der Natur animieren sollen. Einige der Wege führen durch Gebiete mit einer besonders reichen und schützenswerten Flora und Fauna. „Deren Erhalt liegt uns am Her-

zen, deshalb hat die Umsetzung der Wege auch eine PLENUM-Förderung erhalten“, so Iris Becht. Die Umsetzung der Wege verläuft in enger Kooperation mit den jeweiligen Städten und Gemeinden. „Die Premiumwege leisten einen wichtigen Beitrag für den Erhalt unserer hiesigen Kulturlandschaft, mit dem wir gleichzeitig die Wertschöpfung für regionale Produkte steigern können“, so Landrat Joachim Walter. Für ihn ist die touristische Entwicklung einer Region vor allem dann erfolgversprechend, wenn sich möglichst viele Protagonisten miteinander vernetzen. Dies habe sich bei der Konzipierung der Themen-Radtouren, bei der man die Vernetzung touristischer Angebote mit regionalen Erzeugern vorangetrieben hat, bereits gezeigt, so Walter. Es sei vor diesem Hintergrund sehr erfreulich, dass sich vermehrt Gastronomie- und Beherbergungsbetriebe an Qualitätsoffensiven beteiligen.

Infos zu den neuen Premiumwanderwegen gibt es bei der Tourismusförderung des Landkreises Tübingen (Telefon: 070 71/2 07-4410) sowie unter www.fruechtetrauf.de.

Die Broschüre zu den Weinerlebnissen ist ab sofort im Landratsamt Tübingen, bei den örtlichen Weinbauvereinen sowie bei den beiden empfohlenen Weinhotels erhältlich. Darüber hinaus wird sie auf der Tourismuseite des Landkreises unter www.tuebingen-umwelten.de unter der Rubrik Genuss zum Download angeboten.

Landkreis Tuttlingen: Wanderverband prämiiert Donauglandweg – Urkunde auf der CMT überreicht

31 Wanderwege in ganz Deutschland sowie zwei Europäische Wege wurden im Rahmen der Tourismusmesse CMT vom Deutschen Wanderverband neu ausgezeichnet. Mit dabei war der Donauglandweg als Leitweg durch die Wanderregion Donaugland. Die Urkunde für die Auszeichnung als „Qualitätsweg Wanderbares Deutschland“ nahmen



Das Foto (LRA) zeigt u.a. Landrat Joachim Walter (Mitte), Tourismusbeauftragte Iris Becht, die Familien Theurer (Unterjesinger „Lamm“) und Becht (Martinhof Rottenburg), Heinz Giringer und weitere Akteure vom Obst- und Weinbauverein Unterjesingen, Ortsvorsteher Michael Rak.



Kulturdezernent Michael Guse in Vertretung von Landrat Stefan Bär für den Landkreis Tuttlingen und Donaubergland-Geschäftsführer Walter Knittel aus der Hand des Präsidenten des Wanderverbandes, Hans-Ulrich Rauchfuß, entgegen.

Der Donauberglandweg wurde bei der Zeremonie in der Wanderhalle gleich als erster der herausragenden Wanderwege in Deutschland aufgerufen und vorgestellt, da er diese Auszeichnung erstmals bereits im Jahr 2007 als einer der allerersten Wanderwege in Deutschland erhalten hatte und nun bereits zum vierten Mal das Zertifikat verliehen bekommen hat. Präsident Rauchfuß zeigt sich bei der Feier erfreut, dass mit dem Donauberglandweg ein Weg aus dem Verbandsgebiet des Schwäbischen Albvereins prämiert wurde, dessen Präsident er ebenfalls ist. „Wenn Regionen ihre Wege zum wiederholten Mal zertifizieren lassen, ist das Beweis dafür, dass sich die Auszeichnung für sie lohnt. Außerdem zeigt es, wie nachhaltig unsere Qualitätsinitiative funktioniert“, so Rauchfuß. Die vom Deutschen Wanderverband nunmehr seit mehr als zehn Jahren zertifizierten langen Qualitätswege „Wanderbares Deutschland“ müssen einer Reihe von anspruchsvollen Qualitätskriterien entsprechen, die alle aus den

Bedürfnissen von Wanderern abgeleitet sind. So müssen diese Wege nicht nur landschaftlich und kulturell abwechslungsreich und möglichst naturbelassen sein, sondern auch eine perfekte Markierung besitzen. 21 der Wege, die in Stuttgart ausgezeichnet werden, haben sich mehrfach den strengen Kriterien gestellt.

Der Donauberglandweg führt in vier Tagesetappen vom „Lemberg“ bei Gosheim im Landkreis Tuttlingen über rund 60 Kilometer nach Beuron im Landkreis Sigmaringen, wo er direkt am Kloster endet.

Mehr zum Donauberglandweg unter www.donaubergland.de.

Schwarzwald-Baar-Kreis: Wanderwege in Blumberg und Königsfeld als Qualitätswege ausgezeichnet – Wandern mit Erlebnisgarantie

Die Paradies Touren „Unteres Glasbachtal“, Königsfeld und „Krottenbachtal“, Blumberg sind vom Deutschen Wanderverband als Qualitätswege ausgezeichnet worden.

Im Rahmen der Urlaubsmesse Caravan, Motor und Tourismus (CMT) in Stuttgart wurden die beiden Touren des „WanderParadieses Schwarzwald und Alb“ „Krottenbachtal“ und „Unteres Glas-

bachtal“ als „Qualitätswege Wanderbares Deutschland“ vom Deutschen Wanderverband ausgezeichnet.

Damit sind von den insgesamt 19 fertiggestellten Wanderrundtouren im Schwarzwald-Baar-Kreis mit einer Maximallänge von 20 Kilometern sechs als Premiumwanderwege und Schwarzwald Genießerpfade sowie vier als Qualitätswanderwege zertifiziert. Drei weitere Touren befinden sich im Zertifizierungsverfahren zum Qualitätsweg. Aufgrund der hohen Anforderungen an zertifizierte Wanderwege, bei denen beispielsweise regelmäßige Landschaftswechsel, möglichst viele naturnahe Pfade und eine eindeutige, nutzerfreundliche Beschilderung gefordert werden, wird ein großer Erlebniswert garantiert. Die Rückmeldungen der Wanderer bestätigen regelmäßig, dass dieses Versprechen richtig ist. Dass das WanderParadies Schwarzwald und Alb für alle Wanderinteressen etwas zu bieten hat, bestätigen auch die beiden frisch gekürten Rundtouren. Sportlich ambitionierte Wanderer kommen beim Qualitätsweg „Krottenbachtal“ mit seinen kräftigen Anstiegen, schmalen Pfaden und herausfordernden Abstiegen voll auf ihre Kosten. Ein Abstecher auf den 914 Meter hohen Eichbergstutz mit Schutzhütte und Grillplatz sowie einer tollen Aussicht über das Achdorfer Tal bis hin zum Feldberg ist absolut empfehlenswert. Weitere Fernsichten in Richtung Alpen und den Schwarzwald sind Belohnungen für eine anspruchsvolle Tour.

Dagegen geht es beim Qualitätsweg „Unteres Glasbachtal“ auf idyllischen Pfaden durch gesundes Heilklima. Die landschaftlich abwechslungsreiche Tour durch das Untere Glasbachtal führt durch naturbelassene Wälder, über einsame, wild-romantische Pfade und aussichtsreiches offenes Gelände. Auf einer Reise in die Vergangenheit kann man viele historische und sagenumwobene Höfe, einladende Vesperstuben und kleine paradiesische Weiler entdecken.



Thomas Messerschmidt, Königsfeld, Wilfried Borho, Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis, Andrea Hermann, Gemeinde Königsfeld, Dr. Hans-Ulrich Rauchfuß, Präsident des Deutschen Wanderverbandes, Nadine Götz, Stadt Blumberg, bei der Übergabe der Auszeichnung auf der Urlaubsmesse CMT

Kernstück des „WanderParadieses Schwarzwald und Alb“, ein gemeinsames Projekt der beiden Landkreise Rottweil und Schwarzwald-Baar-Kreis, sind 35 Wanderrundtouren. Diese „ParadiesTouren“ stellen die schönsten Landschaften und Wanderstrecken zwischen Sulz am Neckar und Blumberg sowie Schonach im Schwarzwald und Rottweil vor. Die besonders attraktiven Wanderrouten wurden in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden und den Wanderprofis des Schwarzwaldvereins und Schwäbischen Albvereins nach hohen Qualitätsmaßgaben geplant und angelegt. Nahezu alle ParadiesTouren sind Rundwege und zwischen sechs und 20 Kilometer lang. So kann man die Touren bequem an einem halben bis ganzen Tag zurücklegen und wieder zum Ausgangspunkt der Route zurückkehren. Das WanderParadies Schwarzwald und Alb stellt die Wandertouren in zwei kostenlos erhältlichen Tourenbroschüren ausführlich vor. Band 1 mit 18 Touren liegt seit geraumer Zeit bei allen Tourist-Informationen im WanderParadies aus. Der eben erst frisch erschienene 2. Band wird bis Anfang Februar an die Tourist-Informationen verteilt. Alle Broschüren

stehen auch in digitaler Form unter www.rad-und-wanderparadies.de zur Verfügung.

**Reformation im „Lieblichen Taubertal“ –
Spuren und Auswirkungen der
Reformation durch Martin Luther /
Reformationsradtour /
Schwerpunktthema 2017**

Im Jahr 2017 wird im „Lieblichen Taubertal“ zwischen Rothenburg o.d.T. und Freudenberg am Main das Schwerpunktthema „500 Jahre Reformation – auf den Spuren Martin Luthers“ gefeiert. Zahlreiche Veranstaltungen – wie ein Luthermahl, Führungen und Ausstellungen sowie die Reformationsradtour – laden ein, sich über die Reformation und seine epochalen Auswirkungen nochmals aktuell zu informieren. In den Mittelpunkt des Jubiläums haben die Tourismusakteure an der Tauber die Reformationsradtour gerückt. Diese führt zu den Orten im „Lieblichen Taubertal“, welche spürbar den lutherischen Thesen gefolgt sind. Für diese Radtour wird empfohlen, drei bis vier Tage einzuplanen. Ein Gastgeberverzeichnis ist beim Tourismusverband

„Liebliches Taubertal“ erhältlich. In diesen Tagen können die sich aufgrund der Reformation ergebenden Veränderungen noch einmal aufgenommen und nacherlebt werden. Bis auf wenige Abstecher wird auf dem Radweg „Liebliches Taubertal – Der Klassiker“, der von Rothenburg ob der Tauber über Creglingen, Weikersheim, Bad Mergentheim, Tauberbischofsheim, Werbach nach Wertheim am Main führt, geradelt. Diese Radtour ist von allen Altersgruppen leicht zu bewältigen und ist durch den Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club mit fünf Sternen ausgezeichnet. Dies ist die höchste in Deutschland zu vergebende Qualitätsstufe und garantiert Radelspaß.

Der Start der Reformationsradtour ist in Rothenburg o.d.T. Hier kann ergänzend die Pauschale „Luther, Hexen und die neuen Medien“ gebucht werden. Die Pauschale vermittelt die Spuren der Reformation in Rothenburg o.d.T. und geht insbesondere auf den begnadeten Künstler Tilman Riemenschneider ein. Dieser hat seine wohl schönsten Werke im „Lieblichen Taubertal“ hinterlassen. Dies bestätigen immer wieder Besucher, denen die Altäre in der St.-Jakobs-Kirche in Rothenburg o.d.T. und in der St.-Peter-und-Pauls-Kirche (Kreuzigung Retabel) sowie Herrgottskirche in Creglingen ob ihrer filigranen Schnitzkunst und ihrer sakralen Ausstrahlung noch heute den Atem nehmen!

Direkt gegenüber der Herrgottskirche kann im Übrigen ein Luther-Fingerhut bestaunt werden. Das 25 mm kleine Silberschmuckstück, welches dort auch für Sammler gefertigt wird, weist in gotischen Spitzbögen – gedanklich an das Lutherdenkmal in Wittenberg angelehnt – auf Meilensteine aus dem Leben Martin Luthers hin. Tauberabwärts führt die Radtour vorbei an Schäfersheim mit seinem Prämonstratenserinnenkloster, welches in Folge der Reformation aufgehoben wurde, nach Weikersheim. Hier können Ansbacher Kanzelwände in der Stadtkirche St. Georg und in der Schlosskapelle besichtigt

werden. Da Predigt und Sakrament gleichwertig und bestimmend für den evangelischen Gottesdienst sind, sind Kanzel, Altar und Taufstein räumlich zusammengefasst.

Weiter geht es nach Bad Mergentheim. Im Deutschordensschloss wird die originale Sendschrift Luthers „An die Herren deutschen Ordens“ ausgestellt. Die Radtour führt durch das „Liebliche Taubertal“ nach Königshofen. In Nachbarschaft befindet sich der Turmberg. Dort wurde eine der letzten Schlachten des Bauernkriegs geschlagen. Ein Auslöser dieser Kämpfe war der Freiheitsgedanke, den Martin Luther in seinen Schriften publizierte und vom Volk aufgenommen wurde. Die Radtour führt durch das Städtchen Tauberbischofsheim und vorbei an Werbach nach Niklashausen. Sehenswert ist das örtliche Pfeifferhannes-Museum, welches Einblicke in das Leben dieses Hirten gibt. Von seinen Predigten wurden damals tausende Wallfahrer aus ganz Deutschland in den kleinen Ort angezogen. Seine Anliegen gegen die Ausnutzung und Bevormundung können als vorreformatorisch bezeichnet werden. Hans Böhm oder der

Pfeifferhannes zog 1476 den Zorn der kirchlichen Obrigkeit auf sich, so dass er auf dem Scheiterhaufen in Würzburg endete.

Nur wenige Kilometer weiter tauberabwärts lädt das ehemalige Zisterzienserkloster Bronnbach zu einer Besichtigung ein. Kloster Bronnbach wurde unter Einfluss des Grafen Michael III. von Wertheim, der sich den reformatorischen Ideen zugewandt hatte, 1552 vorübergehend evangelisch. Das Ziel der Reformationstour ist die Zwei-Flüsse-Stadt Wertheim. Hier weist z.B. in der Stiftskirche die Inschrift des Grabmals von Graf Georg II. auf sein Wirken zur Reformation hin. Graf Georg II. hatte auf dem Reichstag in Worms 1521 Martin Luther persönlich kennengelernt.

Abstecher mit dem Rad zu weiteren Orten der Reformation im „Lieblichen Taubertal“ sind möglich und in der Informationsschrift zur „Reformationstour“ anschaulich beschrieben.

Entlang des Radweges „Liebliches Taubertal – Der Klassiker“ laden zudem 23 Radwegkirchen zur Rast ein. Radwegkirchen sind Gotteshäuser unmittelbar an einem Radweg und verlässlich geöff-

net. In diesen Gotteshäusern sind Radfahrer herzlich willkommen und eingeladen, ein wenig innezuhalten. In oder an Radwegkirchen werden unmittelbare praktische Hilfen für Radfahrer angeboten. So stehen, je nach Möglichkeit, Rastplätze und Toiletten zur Verfügung und es werden Hinweise zu Radservice-Stationen sowie touristischen Radwegen vorgehalten. In einigen Radwegkirchen erhalten Radler auch Erfrischungsgetränke und überall können Gedanken in Gästebücher eingetragen werden. Im „Lieblichen Taubertal“ sind die Radwegkirchen durch das bundesweit eingesetzte Symbol: Grünes quadratisches Schild, stilisierte Kirche und stilisierter Radler, gekennzeichnet. Ergänzend können über QR-Codes erläuternde Texte abgehört werden.

Der Tourismusverband „Liebliches Taubertal“ hat zum Schwerpunktthema „500 Jahre Reformation – auf den Spuren Martin Luthers“ eine interessante Broschüre mit allen wichtigen Daten und Fakten herausgegeben. Dort wird auch – wie bereits ausgeführt – die Reformationstour anschaulich beschrieben. Einige Angebote können im Übrigen nur temporär genutzt oder besichtigt werden. Auch hierüber informiert der Flyer. Ebenso gibt es eine ergänzende Aussage zum Radweg „Liebliches Taubertal – Der Klassiker“ und natürlich – so gewünscht – ein Gastgeberverzeichnis.

Kontakt: Tourismusverband „Liebliches Taubertal“, Gartenstraße 1, 97941 Tauberbischofsheim, Telefon 09341/82-5805 und -5806, Fax 09341/82-5700, E-Mail touristik@liebliches-taubertal.de Homepage: www.liebliches-taubertal.de

**Landkreis Ravensburg startet
sommerliche Kultur-Reihe –
Vier Veranstaltungen sind gesetzt –
eine fünfte wird per
Wettbewerb gesucht**

Der Landkreis Ravensburg wird 2017 erstmals den OEW-Kultursommer im Landkreis Ravensburg veranstalten.



Im Jahr 2017 ist in der Ferienlandschaft „Liebliches Taubertal“ das Schwerpunktthema „500 Jahre Reformation – auf den Spuren Martin Luthers“ ausgerufen. Ausgearbeitet ist u. a. eine Reformationstour. Infos hierzu gibt es unter www.liebliches-taubertal.de.

Unser Bild zeigt Radler vor der an der Reformationstour liegenden Herrgottskirche in Creglingen.



Zu der Reihe gehören fünf Veranstaltungen, die Höhepunkte des Kulturprogramms in der Jahresmitte sind. Drei davon sind bereits erfolgreich, eine vierte tritt hinzu, eine fünfte wird über einen Wettbewerb ermittelt.

Die Vielfalt der Stilrichtungen zwischen sinfonischem Konzert, Kammermusikalisch besetztem Musiktheater, Kleinkunst und Blasmusik unterstreicht das breite und reiche Spektrum kultureller Angebote im Landkreis.

Der OEW-Kultursommer im Landkreis Ravensburg verfolgt drei Ziele:

- Er fördert und präsentiert keine abgesicherten Institutionen, sondern bürgerschaftliches Engagement.
- Die Mitveranstalter der Reihe erhalten zusätzliche Aufmerksamkeit durch gemeinsame Werbung (die die jeweils eigene Werbung ergänzt).
- Das neue Format unterstreicht das Engagement des Landkreises und der Oberschwäbischen Elektrizitätswerke (OEW) für die Kultur in der Region.

Die einzelnen Projekte erhalten einen namhaften Zuschuss aus den OEW-Kulturfördermitteln des Landkreises Ravensburg. Aus derselben Quelle kommen die Mittel für die gemeinsame Werbung. Die Zusammenarbeit wird vom Kulturbetrieb des Landkreises koordiniert.

Diese Veranstaltungen sollen Teil des OEW-Kultursommers werden:

1. Die Internationalen Wolfegger Konzerte am letzten Juni-Wochenende (30.6. – 2.7.)
2. Das Isny-Oper-Festival in der letzten Juni-Woche (23.6. – 2.7.)
3. Das Einhalten-Festival am letzten Juli-Wochenende (27.7. – 30.7.)
4. Ein außergewöhnliches Konzert des Kreisverbandsjugendblasorchesters

(Termin und Ort stehen noch nicht fest)

5. Ein neues Projekt, das durch Wettbewerb ermittelt wird.

Wettbewerb: Ab sofort können Bewerbungen an den Kulturbetrieb des Landkreises Ravensburg, Gartenstraße 107, 88212 Ravensburg, eingereicht werden.

Die Bedingungen zur Teilnahme:

- Teilnahmeberechtigt sind ehrenamtliche Kulturveranstalter, Initiativen und Vereine.
- Das Projekt ist eine Einzelveranstaltung im Bereich darstellende Kunst oder Musik.
- Das Projekt hat bisher keine Unterstützung aus OEW-Kulturfördermitteln erhalten.
- Es ist möglichst neu.
- Es richtet sich an ein überörtliches Publikum.
- Es wird auf hinreichend professionellem Niveau realisiert.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

In einer zweiten Pressekonferenz Anfang Mai werden der Gewinner des Wettbewerbs, der gemeinsame Flyer für alle fünf Veranstaltungen und weitere Werbemedien des OEW-Kultursommers vorgestellt. Die Projektpartner werden das Programm ihrer Veranstaltungen erläutern.

Tourismusgemeinschaft des Landkreises Rastatt auf neuen Wegen bei der Werbung

Die Tourismusgemeinschaft „Schwarzwald, Rhein und Reben“ des Landkreises Rastatt setzt im Rahmen ihres Marketings verstärkt auf das soziale Netzwerk Facebook, um über Aktivitäten für Urlaub und Freizeit zu informieren.

Auf der Facebook-Seite werden Veranstaltungen, Videos und Fotos sowie wichtige touristische Meldungen eingestellt. „Durch diese Seite soll vor allem auch die jüngere Generation erreicht

werden, die sich heutzutage fast ausschließlich über das Internet informiert“, betont Landkreisdezernent Claus Haberrecht. So werden über die Ankündigung von überregional interessanten Events hinaus auch kleinere lokale Veranstaltungen, wie etwa Weihnachtsmärkte, verkaufsoffene Sonntage oder Ausstellungen, beworben, sodass die Nutzer fortlaufend und tagesaktuell Hinweise auf die Termine vor Ort im Landkreis bekommen. Neben kulturellen oder musikalischen Tipps können während der Skisaison regelmäßig Informationen zu den Schneebedingungen in den Winter-sportgebieten des Landkreises abgerufen werden. Auch Einschränkungen und Sperrungen touristischer Rad- oder Wanderwege werden dort veröffentlicht. Service: Alle Beiträge unter www.facebook.com/landkreis.rastatt.tourismus sind kurz gehalten und verweisen auf entsprechende Webseiten.

Umwelt

22 ausgebildete Streuobst-Pädagogen im Rhein-Neckar-Kreis

Am 26. November 2016 fand in Heiligkreuzsteinach die Abschlussprüfung der 2016 fertig ausgebildeten Streuobst-Pädagogen statt. 22 Personen nahmen erfolgreich am Theorieteil und anschließend in Zweier-Teams am praktischen Teil der Prüfung teil und stellten so ihr fachliches Wissen unter Beweis. Die Urkundenübergabe übernahm der Erste Landesbeamte Herr Joachim Bauer im Beisein von Frau Bürgermeisterin Siegelinde Pfahl und es wurde den Streuobst-Pädagogen herzlich gratuliert.

Die Ausbildung ist Teil eines umfassenden Konzeptes zur Erhaltung und Pflege von Streuobstwiesen. Aus diesem Grund haben sich der Landschaftserhaltungsverband Rhein-Neckar e.V. gemeinsam mit dem Kreisverband Obst- und



Die Streuobst-Pädagogen im ersten Schulungsblock nach dem Schnitt von Streuobstbäumen

Gartenbauverein und der Beraterin für Haus- und Kleingärten des Rhein-Neckar-Kreises mit der Böblinger Streuobstpädagogenausbilderin Frau Beate Holdried in Verbindung gesetzt. Zusammen hat man die Ausbildung von Streuobstpädagogen im Rhein-Neckar-Kreis stattfinden lassen, um so den regionalen Bedarf an geschulten Fachleuten für den umweltpädagogischen Bereich decken zu können. Der Naturpark Neckar-Odenwald hat dabei die Ausbildung finanziell unterstützt.

Die Ausbildung erfolgte 2016 über das ganze Jahr verteilt in insgesamt 72 Unterrichtsstunden, die in fünf Schulungsböcken abgehalten wurden. Thematisiert wurden u.a. Streuobstwiesen als Lebensraum und ihre verschiedenen tierischen Bewohner, Schnitt, Pflege und Sortenauswahl bei Obstbäumen sowie Naturpädagogik und Didaktik. Zudem wurde gelehrt, wie das Bewusstsein für lokale Streuobstwiesen und Streuobstsorten, regionales und gesundes Essen (Äpfel und Erzeugnisse daraus) und die Imkerei geschärft werden kann.

Die fertig ausgebildeten Streuobst-Pädagogen können nun auf freiberuflicher Basis vor allem an Schulen ganzjährige Streuobstprojekte, aber auch einzelne Aktionen, anbieten. Speziell in den 44 Mitgliedskommunen des Landschaftserhaltungsverbandes Rhein-Neckar e.V.

sollen ab 2017 verstärkt Streuobst-Pädagogen zum Einsatz kommen. Hierbei wird der Landschaftserhaltungsverband sowohl die interessierten Schulen in finanzieller Hinsicht, als auch die Streuobst-Pädagogen mit Rat und Tat unterstützen. Außerdem soll die Ausbildung von Streuobst-Pädagogen in 2017 wieder angeboten werden.

Enzkreis gewinnt beim Bundeswettbewerb „Klimaaktive Kommune 2016“

Der Enzkreis gehört zu den Gewinnern beim Bundeswettbewerb „Klimaaktive Kommune 2016“. Am 28. November 2016 wurde er für seine vielfältigen Klimaschutz-Kooperationsprojekte mit internationalen und nationalen Partnern ausgezeichnet. „Vermeiden, vermindern und ausgleichen – das sind die drei Handlungsmaximen, an denen sich der Enzkreis im Klimaschutz ausrichtet. Dabei hat er sich das ehrgeizige Ziel gesteckt, 2050 klimaneutral zu sein“, so der Erste Landesbeamte des Enzkreises, Wolfgang Herz, der den Preis in Berlin aus den Händen von Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks entgegennahm. „Unsere Aktivitäten verbinden erfolgreich CO₂-Vermeidung, CO₂-Kompensation, nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit und Bildung. Das ist auch bei

dem Kompensationsprojekt der Fall, das jetzt ausgezeichnet wurde.“

Der Wettbewerb „Klimaaktive Kommune“ (vormals Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz“) wird seit 2009 im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative ausgelobt. In diesem Jahr wurden insgesamt 99 Beiträge in drei unterschiedlichen Kategorien eingereicht. Der Enzkreis hat sich mit dem Projekt „CO₂-Vermeidung und CO₂-Kompensation im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklungszusammenarbeit“ in der Kategorie „Kommunale Klimaprojekte durch Kooperation“ beworben. In dieser Kategorie gab es 44 Bewerber, aus denen drei Gewinner ausgewählt wurden.

Ausgeschrieben wird der Wettbewerb „Klimaaktive Kommune“ vom Bundesumweltministerium und dem Deutschen Institut für Urbanistik. Kooperationspartner sind der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund. Das Preisgeld in Höhe von 25.000 Euro ist in die Umsetzung weiterer Vorhaben zum Klimaschutz oder zur Anpassung an den Klimawandel zu investieren.

Die Leiterin der „Stabsstelle Klimaschutz und Kreisentwicklung“ beim Landratsamt Enzkreis, Edith Marqués Berger, konkretisiert: „Wir werden das Preisgeld in zwei Bereichen verwenden: Unter dem Dach unserer langjährigen Klimapartnerschaft soll in Tansania ein Solardorf entstehen, das heißt, wir werden alle Häuser mit Solar-Home-Systemen ausstatten. Außerdem möchten wir die nachhaltige Mobilität im Enzkreis fördern, indem wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Landratsamt ein E-Bike-Leasing anbieten und sie so motivieren, öfter aufs Fahrrad umzusteigen.“

Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks gratulierte dem Enzkreis und den weiteren Preisträgern: „Die Kommunen zeigen, wie Klimaschutz und Klimaanpassung vor Ort erfolgreich umgesetzt werden können. Kommunen sind



Gewinner und Gratulanten Kategorie 1, v. l. n. r.: Dr. Barbara Hendricks, Bundesumweltministerin; Andreas Claus, Bürgermeister der Stadt Uebigau-Wahrenbrück; Robert Niedergesäß, Landrat des Landkreises Ebersberg; Wolfgang Herz, Erster Landesbeamter des Enzkreises; Cornelia Rösler, Deutsches Institut für Urbanistik, Leiterin Bereich Umwelt; Georg Huber, Vorsitzender des Umwelt- und Planungsausschusses des Deutschen Landkreistages; Sven Plöger, Moderator.

Schlüsselakteure bei der Gestaltung eines klimaneutralen Deutschlands. Dieser Wettbewerb bringt wahre Klimaschutz-Erfolgsstories auf die Bühne, die viele weitere Kommunen zum Engagement im Klimaschutz motivieren werden. Die Preisträger-Kommunen, aber auch alle anderen Bewerbungen, zeigen: Klimaschutz ist ein wichtiger Impulsgeber für die Entwicklung wirtschaftlich erfolgreicher und zukunftsfähiger Regionen. Denn Klimaschutz steht für Innovation, Lebensqualität und regionale Wertschöpfung.“

Beim Thema Klimaschutz kooperiert der Enzkreis laut Herz auf lokaler, regionaler, bundesweiter und sogar internationaler Ebene. Mit verschiedenen Klima-, Schul- und Projektpartnerschaften trage er dazu bei, klimaschädliche Emissionen zu vermeiden, zu kompensieren und darüber hinaus einen Beitrag zu inklusiver Bildungs- und Entwicklungszusammenarbeit zu leisten. Für die Koordination der Aktivitäten Sorge die

Stabsstelle „Klimaschutz und Kreisentwicklung“. Sie wähle die Projekte aus, steuere sie, verwalte die Projektgelder, halte den Kontakt zu Akteuren und Projektpartnern, organisiere und begleite gegenseitige Delegationsbesuche. Finanziert würden die Aktivitäten durch freiwillige Zahlungen eines energieintensiven Unternehmens aus dem Enzkreis, durch Fördermittel und Spendengelder.

Im Mittelpunkt der Klimapartnerschaft, die der Enzkreis seit 2011 mit dem Masasi Distrikt im Süden Tansanias pflegt, stehen Klimaschutzprojekte und Bildungsaktivitäten. So finanziert der Kreis unter Verwendung von Fördergeldern des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (kurz: BMZ) die Installation von Photovoltaik-Anlagen auf dem Dach des Krankenhauses und der Schwesternschule in Masasi. In Tansania sind längere Stromausfälle an der Tagesordnung; mit der neuen Anlage ist die Stromversorgung

nun gesichert und der Krankenhausbetrieb nicht mehr von der dieselbetriebenen Notstromversorgung abhängig, sofern Diesel überhaupt verfügbar ist.

Zur Wartung der Anlagen wurden tansanische Techniker zu Solartechnikern fortgebildet. Die Idee, einfach herzustellendes Biogas statt Feuerholz zum Kochen zu verwenden, konnte mit dem Bau von vier Biogasanlagen, in denen Rinder-Mist vergoren wird, verwirklicht werden. Die organischen Reste aus dem Gärungsprozess dienen als Dünger für den Gemüseanbau.

„Unser Anliegen ist es, für den Einsatz erneuerbarer Energien zu werben und ein Bewusstsein für Klimawandel und Klimaschutz zu schaffen. Das gilt gleichermaßen für die Menschen vor Ort wie für die Menschen in anderen Ländern“, so Marqués Berger. So lernten behinderte und nicht behinderte Schülerinnen und Schüler aus dem Enzkreis in Workshops, wie Solarkocher und Solar-Home-Systeme hergestellt werden. „Die Solarkocher sollen zukünftig offene Feuerstellen ersetzen, die mit Holz befeuert werden müssen. Die Solar-Home-Systeme bringen Licht dorthin, wo es keinen Anschluss an ein Stromnetz gibt. Statt der herkömmlichen Kerosin- und Petroleumlampen können dann solarbetriebene Lampen genutzt werden.“

Auch zwei tansanische Berufsschullehrer lernten bei einem Besuch im Enzkreis, wie Solarkocher und Solar-Home-Systeme zusammengesetzt werden, um dieses Wissen an ihren Schulen weiterzugeben. Zusätzlich besuchten vier deutsche Studierende im Rahmen des Programms „ASA-Kommunal“ den tansanischen Partnerdistrikt, um dort Schülerinnen und Schüler beim Bau anzuleiten. Marqués Berger: „Diese Maßnahmen reduzieren nicht nur den CO₂-Ausstoß, sondern verbessern gleichzeitig die Lebensqualität der Menschen vor Ort. Mit diesem kooperativen Ansatz erzielt der Enzkreis auch in Malawi, im Kongo und in Burkina Faso erfreuliche Ergebnisse.“

Beim Thema Aufforstung ist der Enzkreis ebenfalls vor Ort und in der Welt aktiv: In Kooperation mit der Gemeinde Birkenfeld pflanzten Grundschulkinder 200 Bäume und lernten viel über deren Bedeutung für das Klima. Auf der indonesischen Insel Leyte unterstützte der Kreis seinen Projektpartner – einen lokalen Verein von Menschen mit Behinderungen – bei der Pflanzung von 860 Urwaldbäumen auf einer Fläche so groß wie ein Fußballfeld.

Weitere Informationen zum Wettbewerb sowie Fotos von der Veranstaltung und vom ausgezeichneten Projekt sind im Internet unter www.klimaschutz.de/wettbewerb2016 zu finden.

**Internationaler Klimaworkshop –
Delegation aus Brusque zu Gast
im Landkreis Karlsruhe –
Handlungsprogramm mit konkreten
Projekten weit vorangebracht**

Der Landkreis Karlsruhe und seine südbrasilianische Partnerstadt Brusque stehen bei Klima- und Umweltschutz vor den gleichen Herausforderungen, was zu einer Klimapartnerschaft führte: Energieeinsparung, Energieeffizienz, Mobilität und Hochwasserschutz sind nur einige Beispiele für gemeinsame Handlungsfelder. „Unter Federführung der Umwelt- und Energieagentur Kreis Karlsruhe und ihrem Pendant in Brusque, der FUNDEMA, haben die Mitglieder beider Projektteams Handlungsschwerpunkte und -programme erarbeitet und daraus konkrete Maßnahmen entwickelt. Wir planen beispielsweise die Umrüstung von Straßenlaternen in Brusque auf energiesparende LED-Beleuchtung sowie den Einsatz von Elektrofahrzeugen verbunden mit der Sensibilisierung der Bevölkerung für den schonenden Umgang mit Ressourcen“, zog Landrat Dr. Christoph Schnaudigel zufrieden Bilanz der Klimapartnerschaft, die vor knapp zwei Jahren geschlossen wurde.

Ihre Handlungsschwerpunkte und -programme haben der Landkreis Karlsruhe

und die Stadt Brusque gemeinsam beim internationalen Workshop der kommunalen Klimapartnerschaften von 21. bis 23. November 2016 in Karlsruhe präsentiert, an dem 50 Kommunen aus dem ganzen Bundesgebiet mit ihren lateinamerikanischen Partnerkommunen teilnahmen. „Im Vergleich zu anderen Klimapartnerschaften haben wir schon konkrete Projekte entwickelt, die wir lokal umsetzen werden, sobald die notwendigen Formalitäten geklärt sind“, so Landrat Dr. Christoph Schnaudigel.

Neben dem Projektteam der FUNDEMA waren auch Jose Luiz Cunha, Bürgermeister von Brusque, Roberto Pedro Prudencio Neto, Stadtratsvorsitzender von Brusque und der Rektor der Universität UNIFEBE in Brusque, Prof. Dr. Günter Pertschy, im Rahmen des internationalen Workshops zu Gast im Landkreis. Sie nutzten die Gelegenheit, gemeinsam mit Landrat Dr. Christoph Schnaudigel und Egon Klefenz, Präsident der Badisch-Südbrasilianischen Gesellschaft, die erarbeiteten Projekte und weitere Kooperationsmöglichkeiten in Gesprächen mit Kathrin Schütz, Staatssekretärin im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg, und mit Vertretern der Industrie- und

Handelskammer Karlsruhe zu erörtern. Eine Führung im Landtag Baden-Württemberg, bei dem Landtagsabgeordneter Ulli Hockenberger über dessen Funktion im staatlichen Aufbau und seine Aufgaben berichtete, stand ebenso auf dem Programm wie ein Besuch in den Beruflichen Schulen Bretten, die seit einigen Jahren regelmäßig einen Schüleraustausch mit Brusque haben. Das Thema nachhaltige Mobilität wurde mit Vertretern der Hochschule Karlsruhe erörtert und am KIT tauschte sich die Delegation mit Vertretern über Photovoltaik aus. In weiteren Vor-Ort-Terminen im Müllheizkraftwerk Mannheim sowie in Ettlingen und Eggenstein-Leopoldshafen, bei denen eine LED-Teststrecke und Smigth-Stationen der EnBW vorgestellt wurden, konnte sich die Delegation vom Einsatz moderner, umweltschonender und energiesparender Techniken überzeugen.

Als sehr informativ und gute Basis für die weitere Zusammenarbeit bezeichnete die Delegation den Besuch im Landkreis Karlsruhe. Mit vielen Anregungen für neue Kooperationsfelder im Gepäck verabschiedete Landrat Dr. Christoph Schnaudigel die Gäste aus Brusque.



V.l.n.r.: Cristiano Olinger, Amabilly Schvambach (beide FUNDEMA), Ana Paula Bonatelli, Prof. Dr. Günter Pertschy (beide UNIFEBE), Bürgermeister Jose Luiz Cunha, Landrat Dr. Christoph Schnaudigel, Stadtratsvorsitzender Roberto Pedro Prudencio Neto und Delaine Secati freuen sich über das Wiedersehen im Rahmen des internationalen Klimaworkshops.

Landkreis Böblingen: 22 neue Fachwarte „Obst und Garten“ – 110 Stunden Ausbildung und ein vorbildliches Engagement für Landschafts- und Naturschutz

An der diesjährigen Ausbildung der Fachberatungsstelle für Obst- und Gartenbau des Landkreises Böblingen zum Fachwart für Obst und Garten nahmen 22 Personen teil. Am 10. März 2017 erhielten alle ihre Zertifikate überreicht. „Es ist sehr erfreulich, dass sich jedes Jahr wieder so viele Leute zum Kurs anmelden“, so Manfred Nuber von der Fachberatungsstelle. Die Fachwarte als wichtige Multiplikatoren in Sachen Streuobstpflanze tragen viel dazu bei, die wertvollen Streuobstbestände zu erhalten.

Denn die Sanierung alter Streuobstbestände ist ökologisch von unschätzbarem Wert. Ohne Pflege würden sie mittelfristig verschwinden. Die Pflege von langjährig nicht gepflegten Streuobstaltbeständen wird auch als Ausgleichsmaßnahme für Eingriffe in den Naturhaushalt angerechnet. So erhält die Arbeit der Fachwarte einen noch höheren Stellenwert.

Die aktuell 22 Teilnehmer haben in 110 Stunden Theorie und Praxis ein fundiertes Fachwissen erworben. Orga-

nisiert wird die Ausbildung von der Fachberatungsstelle für Obst- und Gartenbau und mit verschiedenen Spezialisten durchgeführt. Die Initiative für diese Fachwartausbildung, die landesweit einheitlich läuft, stammt vom Landesverband für Obstbau, Garten und Landschaft (LOGL) und den Kreisverband Böblingen der Obst- und Gartenbauvereine.

Insgesamt hat der Landkreis Böblingen seit 1998 knapp 600 Fachwarte ausgebildet. All diese früheren Kursteilnehmer haben sich zu einer Fachwartevereinigung zusammengeschlossen. Sie organisieren vertiefende Fortbildungen, Lehrfahrten, spezielle Schnittkurse und Fachvorträge und geben so ihr Wissen vielfach weiter. Informationen zu Ihrem Angebot gibt es unter www.fachwarte.de.

Landkreis Böblingen: Projekt „Gebündeltes Energiemanagement“ für sechs Landkreis-Kommunen – Erste Hausmeisterschulung fand statt

Am 7. März 2017 fand die erste Hausmeisterschulung im Rahmen des landesweit einmaligen Projektes „Gebündeltes Energiemanagement“ in Gärtringen statt. Insgesamt waren 20 Hausmeister und kommunale Vertreter aus den am

Projekt beteiligten Kommunen Aidlingen, Altdorf, Deckenpfronn, Gärtringen, Jettingen und Weil der Stadt anwesend.

Nach der Begrüßung durch Floriane Abedi, der Energiemanagerin der Energieagentur Böblingen, vermittelte Gerhard Lude von der Firma ebök GmbH aus Tübingen einen Einstieg in das Thema Energiesparen und Energiemanagement. Thomas Leuthner von ebök referierte im Anschluss ausführlich über die Heizungs- und Lüftungstechnik.

Neben der Vorstellung der Grundlagen solcher Anlagen wurden mehrere praktische Aspekte diskutiert, wie beispielsweise richtiges Lüften, die optimale Einstellung der Heizkurve, die Nachtabsenkung oder die Durchführung des hydraulischen Abgleichs. Zum Schluss wurden die Themen Zählererfassung und Verbrauchscontrolling besprochen. Dadurch wurde deutlich, dass nur eine häufige Zählererfassung zu einem effizienten Energiecontrolling führt, wovon alle Beteiligten profitieren.

„Die Schulung war informativ und praktisch orientiert. Die Teilnehmer konnten sich austauschen und ihre Erfahrungen einbringen. Der Diskussion konnte entnommen werden, dass es wichtig ist, in Schulen auch die Schüler und Lehrer mit ins Thema Energiesparen einzubeziehen und Einsparpotenziale aufzuzeigen“, so das Fazit der Energiemanagerin des Kreises.

Der effiziente und bewusste Umgang mit Energie gehöre zu den Anforderungen, die täglich an einen Hausmeister gestellt werden. Aufgrund der Erhöhung der Komplexität von modernen Anlagen sei es besonders wichtig, ein breites Energiewissen aufzubauen und regelmäßig zu erweitern. „Wir werden deswegen zukünftig weitere Schulungen für die Hausmeister der sechs Kommunen anbieten, auch vor Ort an der eigenen Anlage“, kündigt Abedi an.

Das Projekt „Gebündeltes Energiemanagement“ wird durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) sowie durch das Ministerium für Um-



welt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg gefördert. Ziel dieses Projektes ist es, durch Verbesserung des kommunalen Energiemanagements, durch Ausschöpfung gering- oder nicht-investiver Maßnahmen und Aktionen zur Nutzersensibilisierung die CO₂-Emissionen in den betreuten Liegenschaften um 10 bis 15 Prozent zu reduzieren. Mehr Informationen zum Projekt erhalten Sie unter der Seite: www.ea-bb.de.

Landkreis Lörrach unter gutem Stern – Auszeichnung im Wettbewerb „Leitstern Energieeffizienz 2016“

Der Landkreis Lörrach hat zum zweiten Mal erfolgreich am Wettbewerb „Leitstern Energieeffizienz“ teilgenommen und wurde in diesem Jahr dank seinem grenzüberschreitenden Ansatz mit einem Sonderpreis in der Kategorie „Innovative Verkehrskonzepte/ÖPNV“ ausgezeichnet.

Mit dem „Leitstern Energieeffizienz“ prämiiert das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft die energieeffizientesten Stadt- und Landkreise Baden-Württembergs. Das Land möchte mit dem Projekt Teilnehmer unterstützen und motivieren, den Themenbereich Energieeffizienz zu prüfen und bestehende Aktivitäten auszubauen.

Im Rahmen des Wettbewerbs spielten Programme, Konzepte, konkrete Aktivitäten und die Vorbildfunktion in der jeweiligen Region zum Thema Energie und Klimaschutz eine Rolle. Bewertet wurden festgelegte Effizienz- und Reduzierungsziele beim Strom- und Primärenergieeinsatz. Daneben wurden die energetische Situation von kreiseigenen Liegenschaften sowie die Aktivitäten der jeweiligen Energieagenturen betrachtet.

Punkten konnte vor allem die geplante länderübergreifende Online-Mobilitätsplattform, für die sich der Landkreis zusammen mit dem Trinationalen Eurodistrict Basel in einem INTERREG-Projekt engagiert. Reisende sollen erstmalig Auskünfte und Angebote über alle Mo-



Ministerialdirektor Helmfried Meinel (3. v. l.) überreichte (v. l.) Inga Nietz, Sonya Baron und Dr. Georg Lutz die Urkunde für die erfolgreiche Teilnahme und den Sonderpreis „Innovative Nutzungskonzepte im Verkehr“.

bilitätsmöglichkeiten in der Region erhalten, einschließlich Fuß- und Fahrradverkehr. Das grenzüberschreitende Mobilitätsportal soll in Erweiterung des TriRegio-Systems etabliert werden.

Durch die Mitwirkung im Pendlerfondsrat des Kantons Basel-Stadt und die Beratung seiner Gemeinden werden zudem im Landkreis Lörrach gezielt Projekte gefördert, die dazu beitragen, die grenzüberschreitenden Pendlerströme vom motorisierten Individualverkehr auf den öffentlichen Verkehr oder andere Mobilitätsformen zu verlagern. Verschiedene Park&Ride- sowie Bike&Ride-Angebote konnten im Landkreis bereits verwirklicht werden.

Schließlich werden im Rahmen der „Internationalen Bauausstellung IBA Basel 2020“ und der Mitwirkung am Projekt „Aktive Bahnhöfe“ an den Haltepunkten im Landkreis Lörrach die Rahmenbedingungen für die Reisenden verbessert. Für die besonderen Bedürfnisse der grenzüberschreitenden Fahrgäste, sowohl in verkehrlicher, als auch in sprachlicher Hinsicht, wurde gemeinsam mit den Verkehrsdienstleistern ein neues Informationskonzept erarbeitet. Die Fahrgäste sollen leichter zwischen verschiedenen Verkehrsmodalitäten wechseln können, bessere – insbesondere grenz-

überschreitende – Informationsmöglichkeiten erhalten und sich in einem attraktiven und abwechslungsreichen Umfeld bewegen können. Das Konzept findet zunächst Anwendung an den Pilotstandorten Lörrach Hauptbahnhof und Bahnhof Rheinfelden (Baden). Am Hauptbahnhof in Lörrach konnten bereits eine Fahrrad- und eine Elektrofahrrad-Verleihstation sowie ein Parkhaus für Fahrräder erfolgreich realisiert werden.

Der Landkreis Lörrach zeigt mit seinen Aktivitäten im grenzüberschreitenden Verkehr, dass solche Projekte nicht an den Kreisgrenzen enden oder auf einzelne Verkehrsverbünde beschränkt sein müssen und sich an der Lebenswirklichkeit der Nutzer orientieren sollten.

„Wir haben für den Bereich Nachhaltigkeit, Energie und ÖPNV im Landkreis Lörrach viel getan und es freut uns, dass gerade die Besonderheit unseres grenzüberschreitenden Engagements in Stuttgart gesehen und gewürdigt wird. Die wertvolle Unterstützung durch das Land Baden-Württemberg für unsere Sondersituation ist keine Selbstverständlichkeit“, so Landrätin Marion Dammann.

Der Wettbewerb wird zukünftig alle zwei Jahre ausgelobt. Der Landkreis wird somit erneut im Jahr 2018 teilnehmen.

Am Wettbewerb „Leitstern Energieeffizienz Baden-Württemberg 2016“ haben 27 der insgesamt 44 Stadt- und Landkreise im Land teilgenommen. Die ersten drei Plätze belegten die Landkreise Ravensburg, Böblingen und Göppingen. Der Sonderpreis „Bester Kreis bei den messbaren Erfolgen“ ging an den Landkreis Schwäbisch Hall. Den Sonderpreis „innovative Nutzungskonzepte im Verkehr“ erhielt der Landkreis Lörrach (siehe oben), den Sonderpreis „Bildung und Nutzersensibilisierung“ der Landkreis Tuttlingen.

Umweltmanagement des Rems-Murr-Kreises erneut ausgezeichnet

Anfang des Jahres hat ein externer EMAS-Gutachter das Landratsamt erneut geprüft und ihm ein erfolgreiches Umweltmanagement bestätigt. Landrat Sigel freut sich: „EMAS ist weltweit das anspruchsvollste System für nachhaltiges Umweltmanagement. Die bestandene EMAS-Revalidierung zeigt, dass wir mit dem neuen Ziel- und Strategieprozess auf dem richtigen Weg sind.“ Auch weiterhin wird das Landratsamt seine Vorbildfunktion wahrnehmen und neben den unerlässlichen Zielen „Haushaltskonsolidierung“ und „Verwaltungsmodernisierung“ den Umweltgedanken als wichtigen Baustein eines „Lebenswerten Rems-Murr-Kreises“ im Blick behalten.

Umweltschutz hat im Rems-Murr-Kreis bereits lange Tradition. 1998 wurde das Landratsamt erstmals nach dem Umweltmanagementsystem, damals Öko-Audit, heute EMAS (Ecological Management and Audit Scheme) als erste Kreisverwaltung in Deutschland zertifiziert. EMAS ist eine Mischung aus Selbstkontrolle und Fremdbegutachtung. Jedes Jahr werden Ziele aufgestellt und überprüft sowie Daten zu Wärme-, Strom- und Wasserverbrauch in der Umwelterklärung veröffentlicht. Ein externer, unabhängiger Gutachter kommt



alle drei Jahre ins Haus, überprüft das Erreichen der Umweltziele und validiert dann eine erneute Zertifizierung. Auch in diesem Jahr hat das Landratsamt diese Prüfung mit Erfolg bestanden. Klimaschutz ist dabei ein wesentliches Handlungsfeld. Ein kreisweites, integriertes Klimaschutzkonzept dient als Grundlage für zahlreiche Maßnahmen in der Praxis. Dazu gehört die energetische Sanierung kreiseigener Liegenschaften, beispielsweise im Schullandheim Mönchhof der Ersatz des alten Heizkessels durch eine Holzpellet-Heizung. Auch die nachhaltige Mobilität ist ein wichtiges Ziel: etwa bei der Ausarbeitung eines neuen Fuhrparkkonzeptes für das Landratsamt. Zuschüsse zum Firmenticket für Mitarbeiter fördern außerdem die Nutzung des ÖPNV. Mit „bike & work“ unterstützt das Landratsamt Unternehmen und Institutionen dabei, die eigenen betrieblichen Fahrradbedingungen auszubauen und das Fahrrad als gesunde und klimaschonende Alternative zu etablieren. Fahrrad2Go ermöglicht die Fahrradmitnahme in Linienbussen. Umweltschutz beschäftigt uns aktuell auf vielfältigste Weise, sei es durch Einführung digitaler Verfahren etwa beim Versand von Sitzungsunterlagen, der Realisierung von Hochwasserrückhaltebecken oder der Förderung regionaler Landwirtschaft.

Verkehr

Hohenlohekreis und Main-Tauber-Kreis: Regiobuslinie zwischen Künzelsau und Bad Mergentheim gestartet

Pünktlich zum Fahrplanwechsel am 11. Dezember 2016 ist die Regiobuslinie 19 zwischen Künzelsau und Bad Mergentheim gestartet. Am 12. Dezember 2016 haben der Hohenloher Landrat Dr. Matthias Neth und Dr. Heiko Schnell, Leiter des Amtes für Schulen, Bildung, ÖPNV und Kultur beim Landratsamt Main-Tauber-Kreis, zusammen mit Vertretern des Kreistags, Bürgermeistern und den Busunternehmen die Buslinie im Rahmen einer offiziellen Eröffnungsfahrt feierlich in Betrieb genommen. „Diese Linie verbindet das Kocher-, Jagst- und Taubertal miteinander und stellt eine zentrale Achse für den Hohenlohekreis dar“, so Landrat Dr. Matthias Neth in seinem Grußwort. „Ich freue mich, dass neben der bestehenden Regiobuslinie zwischen Künzelsau und Waldenburg nun auch die Regiobuslinie zwischen Künzelsau und Bad Mergentheim im verdichteten Takt fährt und vom Land finanziell unterstützt wird.“

Das Land hat im Jahr 2015 ein Förderprogramm zur Anbindung von Mittelzentren an die Schiene durch hochwertige Buslinien aufgelegt und übernimmt die Hälfte des entstehenden Betriebskostendefizits. Der Hohenlohekreis trägt zusätzlich zu seinen bisherigen Aufwendungen die Mehrkosten von ca. 100 000 Euro jährlich, der Main-Tauber-Kreis gibt weitere 40 000 Euro dazu. „Ich hoffe, dass die Regiobuslinie die aufwändige Vorarbeit sowie das finanzielle Engagement der beteiligten Landkreise und des Landes mit vielen neuen, zufriedenen Fahrgästen belohnt und so das Angebot auch langfristig gesichert werden kann“, betont Amtsleiter Dr. Heiko Schnell. Die Regiobuslinie zeichnet sich insbesondere durch einen durchgehenden Stun-



Erste Reihe v.l.n.r.: Helmut Kercher, Dezernent für Finanzen, Kreisschulen und Technik, Dr. Heiko Schnell, Amtsleiter Schulen, Bildung, ÖPNV, Kultur Main-Tauber-Kreis, Landrat Dr. Matthias Neth, Hohenlohekreis, Oberbürgermeister Udo Glatthaar, Bad Mergentheim, Bürgermeister Andreas Köhler, Krautheim, Bürgermeister Stefan Neumann, Künzelsau, Frank Silzer, Fachbereichsleiter SWEG Südwestdeutsche Verkehrs-AG, und Gerhard Gross, Geschäftsführer HNV, durchschneiden zum Start der Regiobuslinie das Eröffnungsband.

dentakt, direkte und einheitliche Linienwege sowie bequeme Übergangszeiten zum Schienenverkehr aus. Eingesetzt werden auf den stündlichen Fahrten moderne, klimatisierte Fahrzeuge mit Niederflurtechnik und Rollstuhlrampe, einer Mehrzweckfläche für die Mitnahme von Fahrrädern sowie kostenfreiem WLAN-Zugang.

Das Landratsamt Hohenlohekreis hat ein Faltblatt mit einem Fahrplanauszug zur Regiobuslinie 19 herausgegeben. Dieses ist beim Landratsamt, beim Nahverkehr Hohenlohekreis (NVH), beim HNV, bei der VGMT sowie bei den Bürgermeisterämtern entlang der Strecke erhältlich. Die ausführlichen Fahrplantabellen sind in den Kundencentern des NVH und im Internet unter www.nvh.de erhältlich.

Alle Verbindungen sind auch über die elektronische Fahrplanauskunft des Landes www.efa-bw.de abrufbar.

Landkreis Göppingen punktet beim Radjubiläum – Zweiter Preis für Inklusions-Projekt errungen

Mit einer nicht ganz alltäglichen Bewerbung hat sich das Landratsamt Göppingen dem Landeswettbewerb zum Fahrrad-Jubiläum 2017 gestellt. 200 Jahre ist es inzwischen her, dass der in Karlsruhe geborene Karl Freiherr von Drais, von Berufs wegen Forstbeamter, seine Erfindung des Laufrads („Draisine“) der Öffentlichkeit vorstellte. Der Siegeszug des umweltfreundlichen und noch dazu gesundheitsfördernden Verkehrsmittels nahm seinen Lauf. Das Jubeljahr bietet Veranstaltungen unterschiedlichster Couleur im ganzen Land. Denn nie zuvor war das Fahrrad so populär wie heute. Die Bemühungen zur Förderung des Fahrrads als nachhaltige Mobilitätsform steigern sich auf allen Ebenen von Jahr zu Jahr. Auch im Landkreis Göppingen hat die 2011 verabschiedete Radkonzeption eine Initialzündung ausgelöst, die

zur Zertifizierung als „Fahrradfreundlicher Landkreis“ im Jahr 2014 führte.

Mit diesem Anspruch wollte das Landratsamt auch im Jubiläumsjahr mit dabei sein. Dabei überzeugte das vorgelegte Konzept, welches das Inklusionsthema im Bereich des Fahrradverkehrs erstmals in den Fokus rückt. Mit einem Aktionstag zum Thema „Radfahren und Inklusion“ sollen Menschen mit Behinderungen, Bewegungseinschränkungen, Gleichgewichtsproblemen, Erkrankungen (bspw. MS oder Parkinson) oder Demenzercheinungen neue Perspektiven in der Fortbewegung mit dem Fahrrad aufzeigt werden. Damit nimmt das Projekt Bezug auf die im Januar 2016 verabschiedete Radstrategie des Landes Baden-Württemberg. Darin wird der sozialen Teilhabe ein eigenes Kapitel gewidmet und darunter auch dezidiert die Mobilität für Menschen mit Behinderungen als strategischer Baustein benannt, zu dem der Landkreis einen Beitrag liefern möchte. Das Projekt ist in den Themenbereich Tourismus einzuordnen und wird in Form eines Events am 24. September 2017 realisiert. Diese Idee wurde von der Bewertungskommission mit dem 2. Preis prämiert. „Wir freuen uns sehr, dass unser Vorschlag im Ministerium offenbar auf Begeisterung gestoßen ist und wir mit dieser hervorragenden Platzierung zum Zuge gekommen sind“, freut sich Landrat Edgar Wolff über die Förderung durch das Land. Der Landkreis Göppingen erhält ein Preisgeld von 2000 € und darüber hinaus die Möglichkeit, weitere Einzelförderungen im Rahmen des Projekts zu beantragen.

„Mit dem Inklusions-Thema greifen wir einen zunehmend wichtiger werdenden, zugleich aber auch sehr sensiblen Aspekt der Fahrradförderung auf“, führt Jörg-Michael Wienecke, zuständiger Amtsleiter für Mobilität und Verkehrsinfrastruktur aus. Wichtig sei, dass sowohl die Belange des Alltagsradelns als auch des Freizeitverkehrs im Auge behalten werden. Der Aktionstag im September wird daher in enger Kooperation mit der Tourismus-

förderung vorbereitet. „In unserer attraktiven Landschaft finden wir beste Voraussetzungen vor, um Menschen nicht nur aus dem Landkreis, sondern aus der gesamten Region anzusprechen, wenn wir die entsprechende Infrastruktur zu Verfügung stellen“, ergänzt Tourismus-Experte Holger Bäuerle seine Bemühungen um Zielgruppen, für deren spezifische Bedürfnisse besondere Anstrengungen erforderlich sind. Was es vor Ort schon gibt und welche Möglichkeiten generell bestehen, diesem Thema will sich der Aktionstag, zu dem viele Gäste aus dem ganzen Land erwartet werden, im Besonderen widmen.

Landkreis Ludwigsburg: Pilotprojekt „Freiwillige Führerscheinabgabe“ – 1000. VVS-SeniorenJahresTicket an Kundin aus Bietigheim-Bissingen übergeben

Das 1000. SeniorenJahresTicket hat Axel Meier, Fachbereichsleiter für Verkehr beim Landratsamt Ludwigsburg, am 6. Dezember 2016 in Vertretung von Landrat Dr. Rainer Haas an Sieglinde

Meier aus Bietigheim-Bissingen überreicht. Die Seniorin hat sich als 1000. Kundin für die Teilnahme an dem Pilotprojekt des Landkreises gemeldet und freiwillig ihren Führerschein abgegeben. Im Gegenzug erhielt sie ein kostenloses SeniorenJahresTicket des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart (VVS), das für das gesamte Netz gilt. „Der gut ausgebaut ÖPNV im Kreis Ludwigsburg ist eine echte Alternative zum Pkw“, sagte der Fachbereichsleiter. „Sie werden Ihre Entscheidung bestimmt nicht bereuen und dem öffentlichen Nahverkehr hoffentlich auch nach Ablauf des Jahrestickets treu bleiben.“ Auch Martin Schugt, Teamleiter Tarif beim VVS, war überzeugt, dass Sieglinde Meier die richtige Entscheidung getroffen hat. Er sagte: „Bereits 40 000 Menschen sind im VVS mit dem SeniorenTicket flexibel in Bus und Bahn unterwegs. Ich bin mir sicher, dass auch Frau Meier die Vorteile des Tickets sehr bald zu schätzen weiß.“

Das Pilotprojekt des Landkreises zur freiwilligen Führerscheinrückgabe wurde im Oktober 2015 gestartet und läuft noch bis Dezember 2017. Senioren im Land-

kreis Ludwigsburg haben dabei die Möglichkeit, ein Jahr lang das gesamte Netz des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart (VVS) kostenlos zu nutzen, wenn sie freiwillig auf ihre Fahrerlaubnis verzichten. Ziel des Projekts ist es, älteren Verkehrsteilnehmern die Vorteile des ÖPNV aufzuzeigen und den Ausstieg aus dem Individualverkehr zu erleichtern – auch vor dem Hintergrund, dass die verkehrliche Situation im Kreis Ludwigsburg sehr angespannt ist und das Fahrgastpotential bei Senioren weiter wächst. Das Projekt stößt auf sehr große Resonanz. Seit Oktober 2015 sind rund 1100 Anträge beim Landkreis Ludwigsburg eingegangen. Davon sind rund 70 Prozent Neukunden. Die Teilnehmer sind im Durchschnitt knapp 80 Jahre alt und zu 80 Prozent weiblich.

Teilnehmen können Personen, die im Landkreis Ludwigsburg wohnen und mindestens 65 Jahre alt sind bzw. mindestens 60 Jahre alt sind und nachweislich Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung oder Ruhegehalt aus einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis beziehen. Das Projekt richtet sich sowohl an bisherige VVS-Kunden als auch an Neukunden. Senioren, die freiwillig ihren Führerschein beim Landratsamt zurückgeben, erhalten einmalig kostenlos ein SeniorenJahresTicket des VVS. Dieses gilt im gesamten VVS-Netz in allen Bahnen und Bussen rund um die Uhr. Am Wochenende können Senioren bis zu drei Kinder kostenlos mitnehmen. Die Laufzeit des Jahrestickets beginnt immer zum Monatsersten. Die Kosten für das Ticket übernehmen der Landkreis Ludwigsburg und der VVS für ein Jahr. Wer danach keine kostenpflichtige Verlängerung des Abonnements wünscht, muss das SeniorenJahresTicket rechtzeitig kündigen.

Weitere Informationen erhalten Interessierte auf der Homepage des Landkreises unter der Rubrik „Öffentlicher Personennahverkehr“ oder unter der Telefonnummer 07141/144-2340 beim Landratsamt Ludwigsburg.



Das Bild zeigt Sieglinde Meier (rechts), die als 1000. Kundin ihren Führerschein freiwillig abgegeben hat, mit Fachbereichsleiter Axel Meier (Mitte) vom Landratsamt Ludwigsburg und Abteilungsleiter Martin Schugt (links) vom VVS.

Abfallwirtschaft

Landkreis Böblingen: Abfallwirtschaftsbetrieb nimmt am Projekt „Kommunaler Wissenstransfer Maghreb-Deutschland“ teil

Der Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Böblingen (AWB) beteiligt sich am Projekt „Kommunaler Wissenstransfer Maghreb-Deutschland“. Der AWB möchte seine langjährigen Erfahrungen als Entsorgungsunternehmen bei der Unterstützung nordafrikanischer Staaten zum Aufbau einer leistungsfähigen Abfallwirtschaft einbringen, heißt es dazu in einer Pressemitteilung. Träger des Projektes im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sind die Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) und die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW).

„Beim Aufbau lokaler Selbstverwaltung und bei der Entwicklung lokaler demokratischer Strukturen sind Wissen und Erfahrungen deutscher Städte und Landkreise gefragt“, erläutert Wolfgang Bagin, Werkleiter des Abfallwirtschaftsbetriebs. Zusammen mit Vertretern der Städte Freiburg und Darmstadt nahmen Wolfgang Bagin und Wolfgang Hörmann, Fachbereichsleiter im Abfallwirtschaftsbetrieb, im Dezember vergangenen Jahres an einer fünftägigen Informationsreise nach Tunesien teil, die von der GIZ organisiert wurde.

Nach einem Auftaktbriefing in Tunis ging es mit dem Bus in die rund 350 Kilometer weiter südlich gelegene Stadt El Guettar im Gouvernorat Gafsa mit rund 20 000 Einwohnern. Dort wurden die Böblingen Vertreter vom Bürgermeister der Stadt sowie Vertretern der Zivilgesellschaft begrüßt. Auf dem Programm standen während des zweitägigen Aufenthaltes eine Information über die aktuelle Situation von El Guettar, die geprägt ist von hoher Arbeitslosigkeit – vor allem bei der

jüngeren Bevölkerung. Die Verwaltung vor Ort wünscht sich moderne Strukturen und die Entwicklung zu einer nachhaltigen Kommune. Intensiv wurde mit den Beteiligten das angedachte Projekt diskutiert: Die Verwaltung möchte die Bürger für die Abfalltrennung sensibilisieren, die Eigenkompostierung fördern und das Bewusstsein für die Biodiversität erhöhen. „Ganz praktisch geht es um so einfache Dinge, wie die Bevölkerung am besten mit Informationen zu erreichen ist oder wie viele Abfallbehälter am Anfang sinnvoll sind“, erklärt Wolfgang Bagin. Dabei müsse man auf die gegebenen gesellschaftlichen und infrastrukturellen Gegebenheiten Rücksicht nehmen, um nicht zu überfordern.

Am Ende wurde ein Aktionsplan aufgestellt und die konkreten Beiträge der Projektbeteiligten beschrieben. So sollen bei einem Gegenbesuch Vertreter der Verwaltung und Techniker aus El Guettar die vorhandenen landkreiseigenen Abfallbehandlungsanlagen besichtigen und Multiplikatoren für die Sensibilisierung und Kommunikation geschult werden. Im Projektverlauf sind zudem weitere Besuche in Tunesien geplant. Mit der feierlichen Unterzeichnung eines Protokolls der Zusammenarbeit zwischen El Guettar und dem Abfallwirtschaftsbetrieb und dem Austausch von Gastgeschenken endete der Besuch am Rande der Sahara.

„Die Reise nach Tunesien war insgesamt ein Erfolg“, bilanziert Bagin am Ende der Fahrt nach Tunesien. Überrascht waren die Vertreter des AWB von der hohen Motivation der Bürgerschaft und dem großen Engagement, mit dem alle Beteiligten an die Umsetzung des Projekts und die Entwicklung der Kommune zu einer nachhaltigen Stadt herangehen. Abzuwarten bleibe aber, wie der Demokratisierungsprozess voranschreite und die Selbstverwaltung in den Kommunen weiter gestärkt werden könne. „Am Willen der dortigen Bevölkerung liegt es sicher nicht“, ist Wolfgang Bagin überzeugt.

Das Projekt ist Teil der Bemühungen der Bundesregierung, die Situation in den Staaten des Arabischen Frühlings zu stabilisieren und zu stärken und somit auch die Fluchtursachen zu bekämpfen. Übergeordnete Ziele sind der Aufbau und die schrittweise Einführung einer dezentralen kommunalen Selbstverwaltung, verbunden mit der Bewältigung aller lokalen Aufgaben rund um die Daseinsvorsorge in den Maghreb-Staaten.

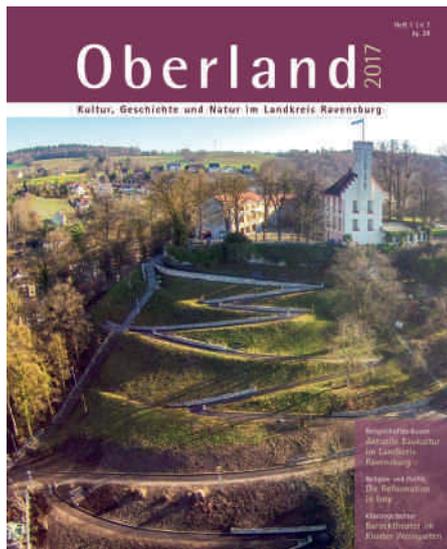
Verschiedenes

„Neubauten und Ruinen, Trauerspiele und Komödien“ – Das neue Oberland-Heft erzählt interessante Geschichten aus dem Landkreis Ravensburg

In der aktuellen Ausgabe 1/2017 präsentiert die Kreiszeitschrift „Oberland“ wieder zahlreiche kurzweilige Beiträge zur Geschichte, Kultur und Natur. Das Heft ist ab sofort im Buchhandel und im Kulturbetrieb des Landkreises Ravensburg für 7 Euro erhältlich.

Zwischen 2010 und 2016 wurden im Landkreis Ravensburg etliche vorbildliche Bauprojekte realisiert, die sich durch gelungene Einbindung der Bauten in den menschlichen Alltag und die natürliche sowie bebaute Umwelt auszeichnen. Ursula Rückgauer stellt 21 dieser Privathäuser und öffentlich oder gewerblich genutzten Bauwerke vor. Sie wurden im Wettbewerb „Beispielhaftes Bauen“ prämiert, der unter dem Leitgedanken „Architektur schafft Lebensqualität“ stand. Von verfallenen oder ganz verschwundenen Altbauten berichtet Hans Ulrich Rudolf in seinem Beitrag über den Untergang der Burgen. Er geht dabei der Frage nach, was im ehemaligen „Burgenland“ Landkreis Ravensburg zu dem starken Schwund des Baubestands führte.

Anlässlich des 500jährigen Reformationsjubiläums widmet sich Manfred Haaga in seinem Artikel „Die Krönung



Titelblatt „Oberland“ 1/2017 mit dem Veitsburg-Serpentinenweg – vom Mehlsack zur Veitsburg

der Selbstständigkeit“ den politischen Herausforderungen, die für die Freie Reichsstadt Isny mit den religiösen Umwälzungen einhergingen. Er beschreibt den humanistisch wie theologisch gebildeten Prädikanten Konrad Frick als treibende Kraft, und geht der speziellen Beziehung vom Rat der Stadt Isny zu dem innerhalb der Stadtmauern liegenden Benediktinerkloster St. Georg nach.

Mit der flüchtigen und daher oft nur lückenhaft überlieferten Kunstform des Theaters setzen sich sowohl Norbert Kruse als auch Werner Heinz auseinander. Während letzterer sich mit dem Ravensburger Senator und Stadtkommissar Abraham Kutter und dem von ihm 1774/75 verfassten Trauerspiel „Der Büchsenmacher“ beschäftigt, gewährt Norbert Kruse dem Leser am Beispiel eines zu Ehren von Abt Sebastian Hyller (1667–1730) im Kloster Weingarten aufgeführten Stückes Einblicke in die untergegangene Welt des Barocktheaters.

Diese und viele weitere interessante Beiträge erwarten den Leser in der neuen Ausgabe des Magazins „Oberland – Kultur, Geschichte und Natur im Landkreis Ravensburg“.

Es ist im Buchhandel und beim Landratsamt Ravensburg (Kulturbetrieb, Gartenstr. 107, 88212 Ravensburg, Tel. 0751/

85-9510, E-Mail: ku@landkreis-ravensburg.de) zum Preis von 7 Euro zu beziehen. „Oberland“ erscheint zweimal im Jahr und kann zum Jahresbezugspreis von 12 Euro plus Porto abonniert werden (Biberacher Verlagsdruckerei GmbH & Co. KG, Leserservice „Oberland“, Leipzigstraße 26, 88400 Biberach, Tel. 07351/345-0, E-Mail: verlag@bvd.de).

70. Band der Ludwigsburger Geschichtsblätter erschienen – Eisenbahngeschichte im Mittelpunkt – Neue Einblicke in die Geschichte von Stadt und Landkreis

Der neue Band der Ludwigsburger Geschichtsblätter ist im Dezember 2016 Landrat Dr. Rainer Haas überreicht worden. Die Vorsitzende des Historischen Vereins für Stadt und Kreis Ludwigsburg, Elfriede Krüger, war zusammen mit weiteren Vorstandsmitgliedern des Vereins ins Kreishaus gekommen, um das neue Buch vorzustellen.

In seinem Dank für die vorweihnachtliche Gabe betonte der Landrat, dass er den Wert der weit über den Landkreis hinaus bekannten, jährlich herausge-

gebenen Geschichtsblätter zu schätzen wisse. „Unser Kreis ist sehr geschichtsträchtig, und es ist wichtig, dass dieses historische Erbe gepflegt wird“, lobte der Landrat die Aktivitäten des Vereins. Der Landkreis werde auch im kommenden Jahr die Herausgabe der Geschichtsblätter und somit auch die Arbeit des Vereins unterstützen.

Auf den 248 Seiten des jüngsten, von Kreisarchivar Dr. Thomas Schulz redigierten Bandes der Geschichtsblätter haben neun fachkundige Autoren wieder interessante Aspekte aus der Geschichte von Stadt und Landkreis untersucht. Den zeitlich weitesten Bogen spannt Schulz selbst: Anlässlich der diesjährigen 1250-Jahr-Feier von Ottmarsheim unternimmt er einen Streifzug durch die Ortsgeschichte von den Anfängen im Mittelalter bis zur Gegenwart als Besigheimer Stadtteil. Ein dunkles Kapitel der Lokalgeschichte arbeitet Christian Hofmann auf: Unter dem Titel „Verlegt in eine unbekannt Anstalt“ untersucht er die Rolle der Landesfürsorgeanstalt Markgröningen „im System von Zwangssterilisation und Krankenmord im Dritten Reich“.



V.l.n.r.: Karl-Heinz Zimmerstädt, zuständig für Produktion und Layout, Albrecht Gühring, stellvertretender Vorsitzender des Historischen Vereins für Stadt und Kreis Ludwigsburg, Elfriede Krüger, Vorsitzende des Historischen Vereins für Stadt und Kreis Ludwigsburg, Dr. Simon Karzel, Stadtarchivar der Stadt Ludwigsburg, Landrat Dr. Rainer Haas und Kreisarchivar Dr. Thomas Schulz

Gleich drei Beiträge befassen sich mit Eisenbahnthemen: Günter Bergan beleuchtet die Geschichte des Ludwigsburger Bahnhofs von den Anfängen im Jahr 1846 bis heute. Ulrich Volkmer schildert ausführlich die spannende und wechselvolle Vorgeschichte der vor 110 Jahren eröffneten Strohgäubahn. Wolfram Berner und Hans-Joachim Knupfer blicken in ihrem Aufsatz „Die letzte Blüte der Bottwartalbahn“ sowohl auf die Glanzzeiten als auch insbesondere auf den Niedergang der ehemaligen Schmalspurstrecke zwischen Marbach und Heilbronn zurück.

Die weiteren Themen und Autoren: „Der herzoglich württembergische Premiermaschinist Johann Christian Keim, 1721–1787“ (Erich Sauer), „Schloss Ludwigsburg. Sommerresidenz und Witwensitz zu Beginn des 19. Jahrhunderts“ (Catharina Raible), „Christoph Ulrich Hahn, 1805–1881. Bedeutendster Sozialreformer Württembergs im 19. Jahrhundert und Bönningheimer Pfarrer“ (Kurt Sartorius).

Der mit 82 Abbildungen reich illustrierte Band 70 der Ludwigsburger Geschichtsblätter kostet 18 Euro. Er ist im Buchhandel erhältlich.

Austausch mit den drei Partnerlandkreisen in Brüssel – Der Rems-Murr-Kreis traf sich mit Vertretern aus Meißen, Baranya und Dmitrow im Herzen Europas

Europa ist im Wandel: Die drängenden und vielschichtigen Fragen auf EU-Ebene hat der Rems-Murr-Kreis als diesjähriger Gastgeber des Partnerschaftstreffens zum Anlass genommen, den Austausch mit den Partnerkreisen vom 5. bis 8. Februar 2017 in Brüssel zu organisieren. Die Partnerschaft mit den Freunden aus Dmitrow, Baranya und Meißen wurde kurz nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion geschlossen. Auch damals war der Kontinent mit großen politischen Herausforderungen konfrontiert. „Dank Europa kennt meine Generation nur



Frieden, Sicherheit, Freiheit und Wohlstand“, sagte der Rems-Murr-Landrat bei der Begrüßung der Delegationen. „Diese Werte gilt es aufrechtzuerhalten und auszubauen“, so Richard Sigel weiter.

Ein straffes Programm hat der Europabeauftragte des Rems-Murr-Kreises, Frieder Oesterle, für die insgesamt 31 Teilnehmer zusammengestellt. So stand gleich als erster Punkt ein Termin bei der Europäischen Kommission auf der Agenda. In Vorträgen konnten sich der Landrat und die Fraktionsvorsitzenden des Kreistages zusammen mit den Vertretern der Partnerkreise anhand von drei Themenfeldern über die Arbeit der Kommission informieren: die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die Migrationspolitik und die Regionalpolitik.

Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland waren für Valery Gawrilow, Leiter der Verwaltung des Rayon Dmitrow, dabei ein wichtiges Thema. István Decsi, Erster Bürgermeister der Stadt Pécs, erkundigte sich nach Möglichkeiten der Agrarförderpolitik. Landrat Arndt Steinbach aus Meißen sprach dem einen oder anderen Teilnehmer aus der Seele, als er die Komplexität der Förderverfahren ansprach.

Im Anschluss ging es für die Gruppe zum Ausschuss der Regionen – der politischen Vollversammlung der Europäischen Union zur Vertretung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften.

Ein beratendes Gremium, bestehend aus 350 Mitgliedern, das durch Stellungnahmen an der Gesetzgebung mitwirken kann.

Nach einem partnerschaftlichen Austausch haben Landrat Richard Sigel, Landrat Arndt Steinbach, Leiter der Verwaltung Valery Gawrilow und der Präsident des Komitats Baranya, Csaba Nagy, eine Freundschaftserklärung unterzeichnet. „Wir wollen unsere in langjähriger Freundschaft entstandene Partnerschaft auch künftig pflegen und entwickeln und, soweit es in unserer Macht steht, für die Bewahrung des Friedens und die Förderung der Völkerverständigung in Europa einsetzen“, sagte Richard Sigel.

Einer der Höhepunkte der Reise war das Gespräch mit Günther Oettinger, der die Gruppe bei der EU-Kommission persönlich empfangen hat. Der EU-Kommissar für Haushalt und Personal lobte die Idee, sich in Zeiten des politischen Umbruchs in Europa und der Welt in Brüssel zu begegnen und auszutauschen. Er ermunterte die Delegationen, die seit mehr als einem Vierteljahrhundert bestehenden Partnerschaften zwischen den Kreisen weiter zu pflegen.

Dieser Austausch hat gezeigt, wie wichtig es ist, miteinander statt übereinander zu reden – das stellten viele Teilnehmer nach der Diskussion fest. Die Unterzeichnung der Freundschaftsvereinbarung zwischen den Partnerkreisen ist dabei ein Schritt in die richtige Richtung. Für

viele Teilnehmer war es zudem der erste Besuch in der „Hauptstadt“ Europas. Im Europabüro der baden-württembergischen und sächsischen Kommunen endete das Programm der Delegationsreise. Nachdem über die Arbeit des Europabüros berichtet wurde, folgte ein gemeinsames Gespräch über die Zukunft der EU-Kohäsionspolitik. Das Europabüro steht den Kommunen der beiden Bundesländer beratend zur Verfügung und macht auf Förderprogramme aufmerksam.

Für Dr. Richard Sigel haben sich die Erwartungen an das gemeinsame Partnerschaftstreffen erfüllt. „Europa beschäftigt uns als Landkreis Tag für Tag“, so der Landrat am Ende der Reise. „Egal ob LEADER-Förderung im Schwäbischen Wald, Kreiselkunst auf den Straßen und nicht zuletzt die Flüchtlingspolitik – die Themen, die in Brüssel verhandelt werden, wirken unmittelbar vor Ort im Rems-Murr-Kreis“.

Gelebte Vielfalt in der Landkreisverwaltung des Ostalbkreises – Landrat unterzeichnet „Charta der Vielfalt“

Mit der Unterzeichnung der „Charta der Vielfalt“ geht die Landkreisverwaltung eine freiwillige Selbstverpflichtung zur Schaffung eines Umfeldes ein, das frei von Vorurteilen ist. Landrat Klaus Pavel unterzeichnete im Januar die Charta im Beisein der Beauftragten für Chancengleichheit Katharina Oswald, der Behindertenbeauftragten Petra Pachner und der Flüchtlingsbeauftragten Diana Kurtschat.

Die Landkreisverwaltung bietet allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, unabhängig von Alter, Nationalität, Geschlecht, ethnischer Herkunft, Weltanschauung, Religion, sexueller Orientierung und Identität sowie Behinderung ein vorurteilsfreies und wertschätzendes Arbeitsumfeld. „Die Vielfalt der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ihren unterschiedlichen Talenten und Fähig-

keiten eröffnet die Möglichkeit zur innovativer, kreativer und zielorientierter Arbeit“, so Landrat Klaus Pavel. Staatsministerin Aydan Özoğuz, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, befürwortet und unterstützt die Initiative. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel ist Schirmherrin.

Mit Stolz gehört die Landkreisverwaltung nun zu der Reihe der deutschlandweit Unterzeichnenden und setzt damit ein Zeichen. Das Voranbringen der Themen Gleichstellung, Integration, Inklusion sowie Partizipation obliegt der im vergangenen Sommer neu eingerichteten Stabsstelle des Landrats.

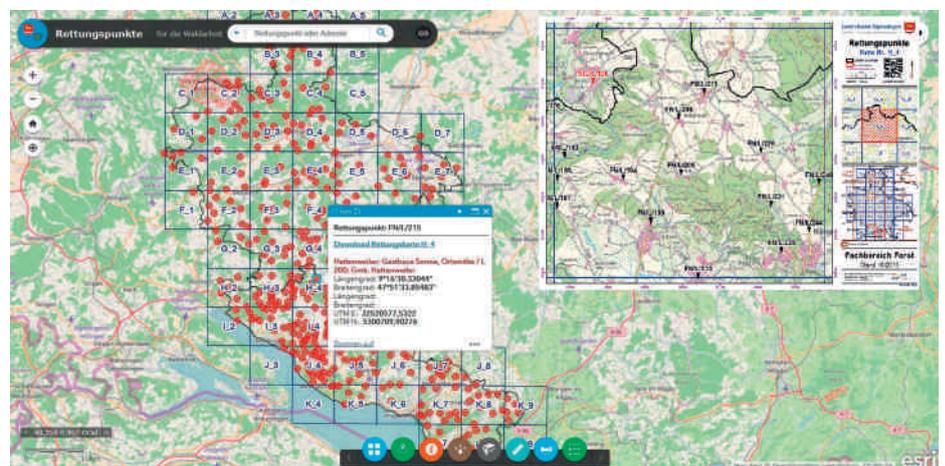
Digitale Rettungskarte für die Waldarbeit im Bodenseekreises und Kreis Sigmaringen

Ein Forstarbeiter verunglückt irgendwo im Wald. Der Notruf ist abgesetzt. Aber wie finden die Retter die Unfallstelle? Dabei hilft ab sofort eine neue digitale Rettungskarte der Forstämter des Bodenseekreises und des Landkreises Sigmaringen. Darauf sind Rettungspunkte eingezeichnet und systematisch durchnummeriert. Weil man sich im Wald auskennen muss und nicht alle Waldwege für die Rettungsfahrzeuge befahrbar sind, wurden die Treffpunkte an markante, gut erreichbare Land-

marken, wie große Kreuzungen, Kirchen und Gasthäuser gelegt. Von solch einem Treffpunkt aus lotst dann ein ortskundiger Forstarbeiter die Einsatzkräfte schnell und sicher zum Unfallort in die Tiefen des Waldes.

Bei einem Unfall abseits der Hauptwege kann eine wirksame Erste Hilfe aber nur dann geleistet werden, wenn ausreichend viele Ersthelfer da sind. Waldarbeiten sollten daher nie alleine durchgeführt werden. Die Rettungskette funktioniert am besten, wenn es mindestens drei Personen sind: Eine leistet dem Verunfallten erste Hilfe, die zweite Person setzt den Notruf 112 ab, macht der Rettungsleitstelle deutlich, dass der Unfall im Wald geschehen ist und gibt die Nummer des Rettungspunktes durch. Dann begibt sich diese Person zu diesem Rettungspunkt und führt die Rettungskräfte von dort aus zum Unfallort. Diese Rettungskette funktioniert aber nur dann optimal, wenn man sich bereits vor der Waldarbeit auf den Notfall vorbereitet. Der nächstliegende beziehungsweise am besten erreichbare Rettungspunkt sollte vor Arbeitsbeginn auf der Rettungskarte herausgesucht und am besten notiert werden. Auch sollte vorher geprüft werden, ob der Weg zum Arbeitsort befahrbar ist.

Die neue Rettungskarte ist auf der Internetseite des Bodenseekreises abrufbar: entweder unter „Notfall“ auf der Start-



Die Rettungskarte Waldarbeit ist frei auf www.bodenseekreise.de („Notfall“ auf der Startseite) verfügbar.

seite oder im Bereich „Wald & Forst“ unter „Umwelt & Landnutzung“. In Rastern eingeteilt, erscheint zunächst eine Übersichtskarte über den Bodenseekreis und den Landkreis Sigmaringen. Die Karte bietet viele Funktionen, Maßstäbe und Kartendarstellungen. Allein der Bodenseekreis verfügt über 210 Rettungspunkte, die auf der Karte als rote Punkte eingetragen sind. Nach dem Anklicken eines solchen Rettungspunktes öffnet sich ein Fenster mit einer genauen Beschreibung inklusive Geo-Koordinaten. Die Rettungsleitstelle hat ebenfalls einen schnellen Zugriff auf diese Informationen und kann somit die Einsatzfahrzeuge punktgenau zum vereinbarten Treffpunkt schicken.

Hier geht es zur digitalen Rettungskarte: <http://www.bodenseekreis.de/umwelt-landnutzung/wald-forst.html>

Fachkräftemangel betrifft zunehmend auch die Verwaltung: Delegation aus Schweden zu Gast im Enzkreis – Kooperation im Rahmen der Personalentwicklung

„Bei allen Unterschieden haben wir doch sehr viele Gemeinsamkeiten“, meint Landrat Karl Röckinger. Deshalb will das Landratsamt in ausgewählten Bereichen mit der schwedischen Stadt Norrköping zusammenarbeiten. Zu einem ersten Austausch war nun eine Delegation aus Schweden zu Gast im Enzkreis. Im Mittelpunkt standen die unterschiedlichen Aufgaben und Strukturen der beiden Verwaltungen sowie die jeweilige Unternehmenskultur und Führungsphilosophie.

Im September 2016 hatte Röckinger am Rande einer Studienfahrt der Enzkreis-Bürgermeister in Schweden eine Interessensbekundung unterschrieben. Das Ziel: Gewinnung und Förderung von qualifiziertem Personal für die öffentliche Verwaltung, insbesondere bei Führungskräften. „Wir haben gerade in den letzten zwei Jahren deutlich zu spüren bekommen, dass das Bewerberfeld merklich



Gruppenbild mit Nachwuchs: Erster Landesbeamter Wolfgang Herz, Norrköpings Personalchef Per-Olov Strandberg und Landrat Karl Röckinger (von rechts) mit den schwedischen Gästen und Teilnehmern des Nachwuchsprogramms für Führungskräfte des Enzkreises

ausgedünnt ist“, erklärt der Kreischef. Das gelte noch stärker für Führungspositionen. Aktuelles Beispiel: Lediglich eine Handvoll Bewerbungen auf eine Amtsleitungsstelle sei beim Kreis eingegangen.

Um sich hausintern besser aufzustellen, hat der Enzkreis im Jahr 2016 ein Nachwuchsprogramm für Führungskräfte aufgelegt. In verschiedenen Modulen werden ausgewählte Mitarbeiter zu Themen fortgebildet, die für Sachgebiets- oder Amtsleiter unbedingt notwendig sind. „Wenn der eineinhalbjährige Pilotkurs erfolgreich verläuft, soll das Programm erneut angeboten werden“, so Röckinger.

Das letzte Modul der Schulung soll im Jahr 2017 in Schweden gemeinsam mit dortigen Kollegen stattfinden. Norrköping hat mit anderen Kommunen eine eigene Führungskräfte-Akademie eingerichtet, wie der Landrat von Per-Olov Strandberg erfuhr, dem Personalchef im Rathaus der Stadt. „Ich bin sicher, dass wir gegenseitig viel profitieren und lernen können“, meinen sowohl Strandberg als auch Röckinger.

Beim aktuellen Besuch interessierten sich die Schweden vor allem für die „Leitlinien für Führung und Zusammenarbeit“, an denen sich die Kreisverwaltung schon seit 1998 orientiert. Sie waren sei-

nerzeit – wie viele andere Bausteine der Verwaltungsmodernisierung seither – unter Einbeziehung der Beschäftigten erarbeitet worden. Aber wie, so die zentrale Frage der Gäste, werden die Leitlinien umgesetzt und vor allem gelebt? Antworten darauf gab es unter anderem im Rahmen eines „speed datings“, bei dem sich Führungskräfte aus Norrköping und dem Enzkreis in kurzen Vier-Augen-Gesprächen austauschten.

Auf der Gästeliste standen Amts- und Bereichsleiter insbesondere aus den Bereichen Soziales und Senioren. Außerdem gehörten eine Kita-Leiterin und drei Schulrektoren zur Delegation – in Schweden sind alle Lehrkräfte bei den Kommunen angestellt. Deshalb hatte Svendia Strauß, im Landratsamt für die Verwaltungsmodernisierung zuständig, Besuche in Mühlacker bei der Ferdinand-von-Steinbeis-Schule und im Kindergarten „Rabennest“ vorbereitet. Schulleiter Veit Kibele gab einen Einblick in das System der beruflichen Bildung und seine Rolle als Führungskraft.

Im Rabennest waren Ute Beierle und ihr Team von den Gesprächen mit den Kollegen aus Skandinavien so beeindruckt, dass sie über einen Gegenbesuch in Norrköping im kommenden Jahr nachdenken. „Vieles ist sehr ähnlich, aber bei manchem können wir wohl einiges

lernen“, begründet Beierle die Initiative. Vor allem die Tatsache, dass es in Schweden für die Väter fast selbstverständlich sei, sich in die Erziehungszeit mit einzubringen, habe zu anerkennendem Nicken bei ihren Kolleginnen geführt.

Landkreis Esslingen: Projekttag in politischer Bildung – Verwaltungsnachwuchs simuliert im Rollenspiel auch eine Bundestagswahl

Am 1. Februar 2017 wurde der große Sitzungssaal des Kreistags im Esslinger Landratsamt für einen Tag zum Plenarsaal des Deutschen Bundestages. Politische Bildung stand auf dem Stundenplan von über 100 Schülerinnen und Schülern der Verwaltungsschule Esslingen und den Auszubildenden des Landratsamts. Sie nahmen an dem Planspiel „Bundestag macht Schule“ der Landeszentrale für politische Bildung teil. Erste Landesbeamtin Dr. Marion Leuze-Mohr begrüßte die angehenden Beamtinnen und Beamten zu dem Planspiel: „Für Sie als die künftigen Verwaltungsfachleute ist es wichtig, ein Bewusstsein für demokratische Prozesse und Zusammenhänge zu entwickeln. An Ihren künftigen Arbeitsplätzen können Sie in der ein oder anderen Weise mit Aufgaben rund um die Durchführung

einer Wahl betraut werden, um eine Wahl nach den allgemeinen Wahlgrundsätzen der Verfassung durchführen“, so die Erste Landesbeamtin. „Das Planspiel bietet gerade im Vorfeld zu der im Herbst anstehenden Bundestagswahl einen guten Einblick in die Arbeitsweise des Bundestags, genauso wie in die Abläufe einer Bundestagswahl.“

Bei dem Planspiel, begleitet von sechs Vertreterinnen und Vertretern der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg sowie der Leiterin der Verwaltungsschule, Martina Brosi-Barth, schlüpften die jungen Leute in die Rolle von Abgeordneten verschiedener Parteien, wurden zu Fraktions- und Ausschussvorsitzenden oder auch zum Bundestagspräsident. Sie berieten in den unterschiedlichen Gremien einen fiktiven Gesetzesentwurf zum besseren Schutz Jugendlicher vor den Gefahren des Alkoholkonsums, debattierten im Plenum und entschieden über das Gesetz.

Im Vorfeld zur Bundestagswahl im September gab es Informationen zum Wahlsystem. Ein Wahltag wurde simuliert und Akteure und Themen der Bundestagswahl 2017 in einem Ausblick umrissen. Angesprochen wurden auch die Aufgaben des Landratsamts als Kreiswahlbehörde, die zuständig ist für die

Wahlkreise 261 Esslingen und 262 Nürtingen. Dabei ging es um Öffentliche Bekanntmachungen, die Bildung des Kreiswahlausschusses, die Prüfung und Zulassung der Wahlvorschläge, die Beschaffung von Stimmzetteln und die Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses in den Wahlkreisen.

Landkreisspiel Rhein-Neckar-Kreis aufgelegt – Kartenspiel soll Lust auf eine Entdeckungstour machen

„Unsere Antwort auf Pokemon go“, schreibt das Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis augenzwinkernd in seinem Twitter-Account. Gemeint ist damit ein neues Landkreisspiel, das der Kreis gemeinsam mit einem Spieleverlag realisiert hat. Im Zeitalter digitaler Medien ein Kartenspiel herauszugeben, mag zwar verwundern. Dennoch haben die altbewährten Brett- und Gesellschaftsspiele noch lange nicht ausgedient. „Dies wird bei den Spieleausstellungen unseres Kreis-Jugendamtes deutlich, die regelmäßig in verschiedenen Städten und Gemeinden des Kreises gezeigt werden. Sie finden bei Jung und Alt nach wie vor großen Anklang, sind kommunikationsfördernd und Generationen verbindend“, so Kreis-Pressesprecherin Silke Hartmann.

Das Landkreisspiel Rhein-Neckar-Kreis ist gleichzeitig ein spielbarer Landkreisleitfänger und soll Lust auf eine Entdeckungstour durch die Region machen. Jede Stadt und jede Gemeinde ist mit einer Spielkarte vertreten. Gespielt werden kann entweder als Wissensspiel mit einer Wissensfrage oder als Quartett. Hier dienen die Felder Einwohnerzahl, Ortsteile, Gemeindefläche, Höhenlage und Waldfläche als Parameter.

Das Landkreisspiel Rhein-Neckar-Kreis kann zum Preis von 5,00 Euro beim Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis, Büro des Landrats, Kurfürsten-Anlage 38–40, 69115 Heidelberg, E-Mail oeffentlichkeitsarbeit@rhein-neckar-kreis.de gegen Rechnung bestellt werden.

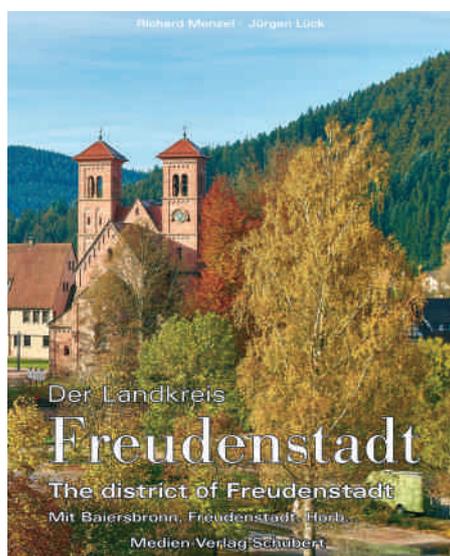


Schülerinnen und Schüler der Verwaltungsschule Esslingen und Auszubildende im Landratsamt werden im Planspiel „Bundestag macht Schule“ der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg zu Abgeordneten, Fraktions- und Ausschussvorsitzenden, der große Sitzungssaal des Kreistags wird zum Plenum des Bundestags.



Neuer Bildband über den Landkreis Freudenstadt erschienen

Der Landkreis Freudenstadt ist nicht nur der Schönste in Baden-Württemberg, wie Landrat Dr. Klaus Michael Rückert bisweilen keck behauptet, er ist auch



Titelseite des neuen Bildbands

einer der lebens- und liebenswertesten. Dies wird im neuen Bildband des Medien-Verlags Schubert auf 128 Seiten mit 170 farbigen Abbildungen veranschaulicht. Er zeigt die schönsten Seiten des Landkreises Freudenstadt, die vom Horber Fotografen Richard Menzel gekonnt in Szene gesetzt und von Autor Jürgen Lück mit passenden Texten versehen wurden.

Erhältlich ist der neue Bildband als Hardcover-Ausgabe in jeder Buchhandlung zum Preis von 19,90 Euro (ISBN-Nr. 987-3-937843-35-3).

Rems-Murr-Kreis: Kostenloses W-LAN im Landratsamt in Waiblingen

Bürgerinnen und Bürger können im Landratsamt, Alter Postplatz 10, ab sofort kostenlos über W-LAN das Internet im Bereich der Kfz-Zulassungsstelle und im Foyer des Landratsamtes in Waiblingen nutzen. Zur kostenfreien Nutzung müssen die Besucherinnen und Besucher

den Datenschutzvorschriften und Nutzungsbedingungen lediglich mit zwei Klicks zustimmen – dann können sie für eine halbe Stunde das W-LAN nutzen. „Mit dem freien Zugang für unsere Bürgerinnen und Bürger ist ein weiterer Schritt in Richtung Digitalisierung geschafft“, betont Landrat Dr. Sigel. „Gut vernetzt zu sein, ist in der heutigen Zeit das A und O“.

Wie funktioniert's? Öffnen Sie die W-LAN Einstellungen an Ihrem Mobilgerät und wählen Sie das verfügbare W-LAN „Landratsamt Rems-Murr-Kreis“. Rufen Sie in Ihrem Browser die gewünschte Internetseite neu auf. Auf Ihrem Bildschirm erscheint eine Anmeldemaske. Stimmen Sie den Nutzungsbedingungen und der Datenschutzvorschrift zu und drücken Sie auf den Button „Anmeldung“. Es erscheint ein grünes Feld mit der Meldung „Anmeldung erfolgreich“. Jetzt steht Ihnen das Internet für eine halbe Stunde zur Verfügung. Sollte ein Internetzugang für einen längeren Zeitraum benötigt werden, erhalten Sie an der Infotheke im Empfangsbereich des Landratsamtes kostenlos ein Tagesticket. Mit dem Tagesticket erhalten Sie einen User und ein Passwort, mit welchem Sie sich über die bereits beschriebene Anmeldemaske anmelden können.

Schüler aus irischem Partnerlandkreis zu Gast im Hohenlohekreis – Landrat Dr. Matthias Neth begrüßt Gruppe im Landratsamt

Die Begegnung junger Menschen zu fördern ist eines der Ziele der Partnerschaft zwischen dem Hohenlohekreis und dem City & County Council of Limerick in Irland. Daraus ist ein regelmäßiger Schüleraustausch zwischen der School of the Holy Trinity in Doon und dem Schlossgymnasium in Künzelsau entstanden. Bereits zum vierten Mal konnten im Dezember 2016 Schülerinnen und Schüler des Schlossgymnasiums ihre irischen Freunde für eine Woche in Künzelsau begrüßen.



Landrat Dr. Matthias Neth (3. v. r.) und Ursula Mühleck, Dezernentin für Familie, Bildung und Gesundheit gemeinsam mit den irischen Gästen sowie den Schülern und Lehrkräften des Schlossgymnasiums Künzelsau

Landrat Dr. Matthias Neth hatte die Gruppe ins Landratsamt Hohenlohekreis eingeladen und hieß die irischen Gäste im Hohenlohekreis herzlich willkommen: „Die Verbindung mit dem Landkreis Limerick ist die älteste Partnerschaft unseres Landkreises“, so Neth. „Ich freue mich, dass die Schüleraustausche so regelmäßig stattfinden und die Besuche sowohl in Deutschland als auch in Irland von großer Herzlichkeit und Freundschaft geprägt sind.“

Ursula Mühleck, Dezernentin für Familie, Bildung und Gesundheit, betreut die Partnerschaft mit Limerick sowie den Schüleraustausch seit vielen Jahren. Sie stellte den am Austausch beteiligten Schülerinnen und Schülern den Hohenlohekreis und die Arbeit der Kreisverwaltung vor. Abschließend wünschte sie den irischen Gästen für ihren Aufenthalt im Hohenlohekreis viele bleibende und interessante Eindrücke.

2012 wurden bei einem Aufenthalt des Hohenloher Kreistags im Partnerlandkreis Limerick erste Kontakte zwischen der St. Fintans CBS School in Doon und dem Schlossgymnasium in Künzelsau geknüpft. Ziel dabei war es, einen Schüleraustausch zwischen den beiden Schulen aufzubauen. Aus diesem Kontakt ist mittlerweile eine freundschaftliche Verbindung zwischen den beiden Schulen entstanden. Der letzte Besuch irischer

Austauschschüler im Hohenlohekreis fand letztes Jahr statt.

**Schwarzwald-Baar-Kreis:
Projekt Smart Home & Living –
Bürger können sich zum Thema
„Intelligentes Wohnen im Alter“
einbringen**

Mit dem Thema Entwicklung und Erprobung neuer Geschäftsmodelle im Bereich „Intelligentes Wohnen im Alter“ beschäftigen sich derzeit Technologietransfermanager Bastian Inthasane vom

Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis und die Projektleiterin Gesundheitswirtschaft und Tourismus Anne Spreitzer von der IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg. Gefördert wird das Projekt durch das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg. Um verschiedene Akteure zum Thema „Smart Home & Living“ an einen Tisch zu bringen, fand am 19. Januar 2017 ein Unternehmerfrühstück mit Workshop in der IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg in VS-Villingen statt. Im Rahmen dieses Workshops tauschten sich Interessensvertreter aus den verschiedensten Bereichen zum Thema „Smart Home & Living“ aus. Erste Ergebnisse zeigen, dass Menschen im Alter so lange wie möglich zu Hause leben wollen und dies mit Technikunterstützung gut gelingen kann. Wenn es um die Markteinführung solcher Produkte geht, müssen die Interessen der Kunden miteinbezogen werden. Zusätzlich spielt es eine wichtige Rolle, ob die Produkte bezahlbar sind. Technische Produkte, welche das Zuhause intelligenter machen, sollen aus einer Hand kommen. Somit haben Endkunden nur einen Ansprechpartner, egal ob es um den Einbau, die Wartung oder das Beheben technischer Probleme geht. Auf



V.l.n.r.: Manuela Bürger (Schlather Orthopädietechnik), Jürgen Schweizer (Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis), Ina Grenz (Beratungsstelle „Alter & Technik“), Alexander Bejan (Hochschule Furtwangen), Katharina Eckert (Orthopädie & Vitalzentrum Piro), Natalie Röhl (easierLife, FZI Karlsruhe), Markus Piro (Orthopädie & Vitalzentrum Piro), Katja Porsch (Beratungsstelle „Alter & Technik“), Maren Koffler-Siehl (Beratungsstelle „Alter & Technik“), Anne Spreitzer (IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg), Bastian Inthasane (Technologietransfermanager), Martina Wagner (Kundo xT), Gerald Weiss (AWO), Kevin Gstatter (b.i.g. Facilitymanagement), Jana Knoof (b.i.g. Facilitymanagement) und Florian Buschle (Kundo xT)

der Seite der Entwickler, Produzenten und Anbieter wird eine bessere Vernetzung untereinander als ein wichtiger Bedarf gesehen. Es soll sowohl für die Verbraucher, als auch für die Anbieter eine Anlaufstelle geben, bei der Informationen rund um das Thema „Smart Home & Living“ abgerufen werden können. Diese Position übernimmt aktuell Technologietransfermanager Bastian Inthasane, der beide Seiten miteinander vernetzt. In weiteren Workshops sollen die Bürger und ihre Bedürfnisse stärker miteinbezogen werden.

Wer seine Meinungen zum Thema „Intelligentes Wohnen im Alter“ einbringen möchte, kann sich an Technologietransfermanager Bastian Inthasane, Telefon: 07721/9137079 oder E-Mail: b.inthasane@Lrasbk.de, wenden.

Slowakische Schüler informieren sich über hohenlohische Waldarbeit – Empfang der Gruppe im Landratsamt Hohenlohekreis

23 slowakische Schüler von der Forstmittelschule aus Banská Štiavnica waren für eine Woche zu Gast im Hohenlohekreis, um mehr über die Hohenloher Waldwirtschaft zu erfahren. Untergebracht waren die Schüler mit ihren Lehrerinnen im Waldschulheim Kloster Schöntal.

Ursula Mühleck, Dezernentin für Familie, Bildung und Gesundheit begrüßte die slowakische Gruppe am 30. November 2016 im Landratsamt Hohenlohekreis in Künzelsau. „Es ist immer eine große Freude und Ehre, wenn wir internationale Gäste zu Besuch haben“, so Mühleck. Neben den Aufgaben der Kreisverwaltung stellte die Dezernentin den Wirtschaftsstandort Hohenlohekreis und die vielen touristischen und kulturellen Angebote des Landkreises vor.

Uli Oberhauser, Leiter des Waldschulheimes Kloster Schöntal, hatte für die Schülergruppe ein abwechslungsreiches Programm zusammengestellt. So lernten die Schüler nicht nur die Waldlandschaft



Ursula Mühleck, Dezernentin für Familie, Bildung und Gesundheit (3. v. r.), zusammen mit den slowakischen Schülern, deren Lehrer und Uli Oberhauser (2. v. r.), Leiter des Waldschulheimes Kloster Schöntal

des Kreises kennen, sondern legten bei der Waldarbeit auch selbst Hand an. Bei einer Ansitzrückjagd auf Rehwild und Schwarzwild im Forstrevier Kocher-Jagst erhielten die Gäste eine praktische Einführung in die Jagd.

Für weitere Abwechslung sorgten unter anderem Ausflüge zum Mercedes-Benz Museum Stuttgart, zum Haus des Waldes in Degerloch, zum Sägewerk Nied in Assamstadt oder zur Kunsthalle Würth in Schwäbisch Hall. Der Besuch eines traditionellen Weihnachtsmarktes durfte natürlich auch nicht fehlen.

Zwischen der Forstmittelschule Banská Štiavnica, dem Waldschulheim Kloster Schöntal und der Forstverwaltung des Hohenlohekreises gibt es schon seit mehreren Jahren einen lebendigen Austausch und eine intensive Kooperation.

Streubobstpflege – Auszubildende des Landratsamtes Göppingen spenden Erlös aus Apfelsaftverkauf

Acht Auszubildende des Landratsamtes Göppingen besuchten am 8. Februar 2017 zusammen mit der Ausbildungsleitung das Christophsbad in Göppingen. Anlass

war die Übergabe einer Spende an die Dr.-Heinrich-Landerer-Stiftung.

Die Auszubildenden hatten im Herbst auf der von Ihnen gepflegten Streubobstwiese in Göppingen-Faurndau ca. 900 kg Äpfel aufgelesen. Die Ernte ergab 715 Liter Apfelsaft, der als Bag-in-Box an einem Tag an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Kundinnen und Kunden des Landratsamtes verkauft wurde. Für die Auszubildenden war es selbstverständlich, dass der Erlös einem guten Zweck dienen soll. Sie beschlossen, den Erlös in Höhe von 488,22 Euro an die Dr.-Heinrich-Landerer-Stiftung zu spenden.

Der Geschäftsführer der Dr.-Heinrich-Landerer-Stiftung, Herr Klaus Riegert, sowie die Leiterin der Abteilung Externe und Interne Kommunikation beim Christophsbad, Frau Alma Przywara, empfingen die Auszubildenden. Nach einer Einführung in die Entstehung und Entwicklung des Christophsbades sowie die Aufgaben der Dr.-Heinrich-Landerer-Stiftung durften die Auszubildenden hinter die Kulissen der Radiologie blicken. Die modernen und vielseitigen Geräte sowie der Ablauf des Betriebs der Radio-



komitat Bács-Kiskun zu einem Austausch im Landratsamt. Die vier Studierenden legen ihr Studium an der Universität in Kecskemét ab und sind derzeit im Rahmen eines Auslandssemesters an der Hochschule Furtwangen University (HFU). Begleitet wurden sie durch Prof. Dr.-Ing. Robert Hönl, Studiendekan Smart Systems an der HFU, der im Rahmen der Feierlichkeiten des 20-jährigen Partnerschaftsjubiläums zwischen dem Schwarzwald-Baar-Kreis und dem Partnerkomitat Bács-Kiskun nach Ungarn im Juni 2016 mit der Delegation des Kreistages mitreiste und die Gelegenheit nutzte, weitere Kontakte zur Universität Kecskemét zu knüpfen. Die vier Studierenden Csaba Tóth, Eva Rácz, Dávid Varga und Renáta Nagy studieren Computer Networking, Marketing und Vertrieb und Allgemeine Informatik. Landrat Sven Hinterseh freute sich über den Besuch: „Es ist schön, dass es uns gelingt unsere Partnerschaft mit dem Komitat Bács-Kiskun immer wieder mit neuen Kontakten mit Leben zu füllen. Ich bedanke mich sehr herzlich bei Prof. Hönl für sein Engagement und hoffe, dass wir den Kontakt weiterführen.“

logie stießen auf reges Interesse. Im Anschluss durften die Auszubildenden noch die Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie besuchen. Der helle und sehr offen gestaltete Neubau mit seinen großen Aufenthaltsbereichen und den vielseitigen Sportmöglichkeiten begeisterte die jungen Leute. Im Anschluss an den Besuch waren sich alle einig, dass sich die Arbeit auf der Streuobstwiese gelohnt hat, weil das Geld dort ankommt, wo es benötigt wird.

Die Auszubildenden des Landratsamts Göppingen haben bereits 2012 im Rahmen des Aktionsplans „Biologische Vielfalt“ eine Patenschaft für den Gartenrotschwanz übernommen. Seither pflegen und bewirtschaften sie unter fachlicher Anleitung des Landschaftserhaltungsverbandes und des Forstamtes eine Streuobstwiese in Göppingen-Faurndau. Das Projekt erweitert die ökologischen und sozialen Kompetenzen der Auszubildenden, da es neben der fachlichen Betreuung auch das Miteinander von Auszubildenden ganz unterschiedlicher Ausbildungsgänge fördert. Im Rahmen der Pflegemaßnahmen werden Dornen und Büsche entfernt, Bäume geschnitten und Schnittgut verbrannt. In diesem Jahr sollen auch neue Bäume gepflanzt werden. Für ihr Engagement haben die Auszubildenden in der Vergangenheit auch schon den Umweltschutzpreis

der Stadt Göppingen sowie den Jugend-Kulturlandschaftspreis des Schwäbischen Heimatbundes sowie des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg gewonnen.

Studenten aus ungarischem Partnerkomitat Bács-Kiskun zu Besuch im Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis

Landrat Sven Hinterseh begrüßte jetzt eine Studentengruppe aus dem Partner-



V.l.n.r.: Stefan Löffler, Leiter des Amtes für Schule, Hochbau und Gebäudemanagement, Prof. Dr.-Ing. Robert Hönl, Studiendekan Smart Systems, Hochschule Furtwangen University, Csaba Tóth, Student Computer Networking, Dávid Varga, Student Allgemeine Informatik, Eva Rácz und Renáta Nagy, beide Studentinnen Marketing und Vertrieb, Landrat Sven Hinterseh

Landrat Dr. Rainer Haas begrüßt israelische Delegation im Kreishaus: Über das deutsche Schulwesen informiert, Partnerschulen im Kreis Ludwigsburg besucht und am Stiftungsfest des PKC teilgenommen

Eine Delegation aus dem Oberen Galiläa, dem israelischen Partnerlandkreis des Kreises Ludwigsburg, hat Landrat Dr. Rainer Haas am 20. Januar 2017 im Kreishaus empfangen. Er stellte den Gästen – unter ihnen Landrat Giora Salz, zwei für die Bildung zuständige Dezernenten der dortigen Kreisverwaltung und zwei Lehrer – die kulturellen, wirtschaftlichen und landschaftlichen Besonderheiten des Landkreises Ludwigsburg vor und erläuterte die Aufgaben des Kreistags und der Kreisverwaltung. Nach dem Termin im Kreishaus mit Vorstellung des Fachbereichs „Asylbewerber und Aussiedler“ stand ein Besuch in einer Asylbewerberunterkunft auf dem Programm. Anlass des mehrtägigen Delegationsbesuchs war das diesjährige Stiftungsfest des Pädagogisch-Kulturellen Centrum (PKC) in Freudental am 22. Januar 2017, bei dem Landrat Giora Salz neben dem israelischen Generalkonsul in Deutschland sprach.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf dem Schulwesen im Kreis Ludwigsburg. Die Gäste besuchten unter anderem die Robert-Franck-Schule in Ludwigsburg, das Robert-Bosch-Gymnasium in Gerlingen, das Friedrich-Schiller-Gymnasium in Marbach sowie das Alfred-Amann-Gymnasium in Bönningheim – diese Schulen unterhalten Partnerschaften und Schüleraustausche mit Schulen aus dem Oberen Galiläa.

Landrat Frank Scherer und Präsident Frédéric Bierry unterzeichnen Partnerschaftsvereinbarung – Département Bas-Rhin und Ortenaukreis setzen auf verstärkte Zusammenarbeit ihrer Verwaltungen

Frank Scherer, Landrat des Ortenaukreises, und Frédéric Bierry, Präsident des Conseil Départemental du Bas-Rhin, unterzeichneten am 23. Januar 2017 in Straßburg eine Partnerschaftsvereinbarung, die eine stärkere Zusammenarbeit der beiden Verwaltungen beinhaltet. Verbessert werden soll damit insbesondere die Kooperation in den Bereichen Kinderschutz, Gesundheitsvorsorge, Jugend und Zweisprachigkeit.

„Ich freue mich, dass unsere Behörden nun noch enger zusammenarbeiten werden“, sagte Landrat Frank Scherer. „Wenn ich als Präsident des Eurodistrikts Straßburg-Ortenau daran arbeite, den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Grenzgebiet den grenzüberschreitenden Alltag zu erleichtern, so ist es doch nur konsequent, wenn auch die Verwaltungen auf beiden Seiten stärker zusammenarbeiten, um genau dieses Ziel zu erreichen.“

Der Wunsch nach einer engeren Zusammenarbeit der Verwaltungen des Départements Bas-Rhin mit dem Ortenaukreis bestand seit dem ersten gemeinsamen Arbeitstreffen von Präsident Bierry mit Landrat Scherer im November 2015.

„Das Département Bas-Rhin und der Ortenaukreis sind seit Jahrzehnten Nachbarn und vor allem Freunde. Unsere Einwohner sind über die Grenze hinweg mobil, und unser Ziel muss es ein, daraus einen Vorteil für unsere Gebietskörperschaften zu ziehen“, so Bierry.

Nach einer internen Umfrage in beiden Behörden wurden die Schwerpunkte der Kooperation definiert. Neben dem Kinder- und Jugendschutz und der Sozialarbeit, wo man bereits in der Vergangenheit mit Unterstützung des Eurodistrikts Straßburg-Ortenau erfolgreich an verschiedenen Projekten gemeinsam gearbeitet hat, steht das Gesundheitswesen mit der Konzentration auf die Tuberkulosebekämpfung, die Förderung der Zweisprachigkeit sowie die soziale und territoriale Entwicklung der beiden Gebietskörperschaften im Mittelpunkt des Partnerschaftsvertrags. Die Vereinbarung sieht vor, die Ergebnisse der Zusammenarbeit am Ende eines jeden Jahres zu bewerten und fortzuschreiben. Sie ist zunächst für zwei Jahre mit der Option auf Verlängerung gültig.

Bereits in der Vorbereitungsphase des Vertrags konnten erste Erfolge der Zusammenarbeit verzeichnet werden. So ist das Département du Bas-Rhin Finanzierungspartner der unter der Trägerschaft des Eurodistrikts Strasbourg-Ortenau eingesetzten Sonderbuslinie



Das Bild zeigt Landrat Dr. Rainer Haas (vierter von rechts), seinen israelischen Kollegen Giora Salz (zweiter von links, am Gästebuch) und Hauptamtsleiter Hubert Burkart (zweiter von rechts) mit den israelischen Gästen.



Landrat Frank Scherer (rechts) und Präsident Frédéric Bierry unterzeichnen eine Partnerschaftsvereinbarung, die eine stärkere Zusammenarbeit der beiden Verwaltungen beinhaltet.

Erstein–Lahr, mit der erstmalig eine grenzüberschreitende Buslinie im südlichen Gebiet des Eurodistrikts getestet wird. Auch im Kinder- und Jugendschutz haben sich die Fachebenen bereits getroffen, um die jeweiligen Ansprechpartner bei grenzüberschreitenden Fällen zu definieren.

Zur Unterzeichnung der Partnerschaftsvereinbarung wurden auch die an der Kooperation beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beider Verwaltungen eingeladen, die sich im Anschluss vor Ort austauschen konnten. Mit dabei waren auch Schülerinnen und Schüler der Klassenstufe 10 des Scheffel-Gymnasiums in Lahr sowie des Collège Erstein, die sich an diesem Tag zum Thema „Erster Weltkrieg 1914–1918, von der Front bis Heute“ zu einer gemeinsamen Recherche in den Archiven des Départements getroffen hatten – ein vom Fonds für Zweisprachigkeit des Eurodistrikts Strasbourg-Ortenau geförderter Schüleraustausch.

Das Département du Bas-Rhin ist mit 1,1 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste Gebiet in der neuen Region Grand Est, das sich auf 4755 Quadratkilometer erstreckt. Zwischen Vogesen und Rhein gelegen, reicht das Gebiet nördlich an das Bundesland Rheinland-Pfalz und südlich bis zur Ge-

meinde Marckolsheim. Die Zuständigkeiten der Gebietskörperschaft liegen seit der Gebietsreform in Frankreich schwerpunktmäßig im Bereich Soziales, Bildung und Sport, Kultur und Tourismus sowie Infrastrukturmaßnahmen.

Papierlose Bürgerinformation im Landkreis Tuttlingen – BürgerApp iRICH geht an den Start

Das Landratsamt Tuttlingen bietet für alle, die sich für die kommunale politische Arbeit interessieren und Landkreisthemen mitverfolgen möchten, einen besonderen Service per App an: die iRICH-BürgerApp mit allen Terminen, Tagesordnungen, Vorlagen, Anlagen, Protokollen und Beschlüssen aus dem Kreistag. Nachdem bereits die Kreisrätinnen und Kreisräte mit dem mobilen Sitzungsdienst ausgestattet sind, ist mit der neuen BürgerApp iRICH das mobile Sitzungsmanagement nun auch für die Öffentlichkeit möglich.

Die App bietet einen aktuellen Einblick in das Kreistagsgeschehen und hält die Bürgerinnen und Bürger über öffentliche Informationen auf dem Laufenden. Mit der App ist es möglich, öffentliche Sitzungsunterlagen direkt



Alexandra Frech (links) und Diana Malingher von der Geschäftsstelle Kreistag präsentieren die Sitzungs-App iRICH.

auf das iPad herunterzuladen. Damit stehen aktuelle Informationen und alle Sitzungsunterlagen jederzeit zur Verfügung, auch ohne Internetzugang. Ebenso können in der App Ideen und Notizen aufgezeichnet und gespeichert werden.

Mit der BürgerApp iRICH möchte der Landkreis Tuttlingen das Verwaltungsgeschehen noch stärker öffnen, die Gremienarbeit transparent gestalten und interessierte Bürgerinnen und Bürger einbeziehen. Erhältlich ist die kostenlose App für iPads im iTunes-Store unter dem Suchbegriff iRICH Bürger. In Kürze soll es die App auch für Android-Geräte geben. Grundsätzlich ist der digitale Sitzungsdienst des Kreistags auch über die Homepage www.landkreis-tuttlingen.de (unter „Der Landkreis“ – „Kreistagsinformationen“) erreichbar.

Integration Flüchtlinge

Bodenseekreis: Sprachmittler machen Verstehen möglich

Für einen geflüchteten oder neu hier angekommenen Menschen kann die Sprachbarriere zum existenziellen Problem werden. Auch Behörden, Ärzte und ehrenamtliche Helfer sind darauf angewiesen, sich gegenüber Migranten und Flüchtlingen verständlich machen zu können. Dabei helfen ehrenamtliche Sprachmittler. Das sind freiwillig Engagierte, die meist selbst einen Migrationshintergrund haben und sich deshalb gut in die Lage der Neuankömmlinge hineinversetzen können.

110 solcher Sprachmittler, die insgesamt 22 Sprachen sprechen, führen das Landratsamt, die Stadt Friedrichshafen und das CJD Bodensee-Oberschwaben mittlerweile in ihrer gemeinsamen Liste des Projektes „Sprich mit“. Die Mittler werden zu Arztbesuchen, Behördengängen und Alltagsproblemen in den Flüchtlingsunterkünften gerufen, um dort zu



Ehrenamtliche Sprachmittler mit Zertifikat (von links unten beginnend): Khamis Jakob, Sükran Topuz, Irina Susin, Simret Woldai, Ömer Alemdaroglu, Shamila Bodenmiller, Sara Ermann, Imad Haidar sowie Ulrike Dittert (CJD Bodensee-Oberschwaben), Zozan Sezen, Miriam Mačak (Landratsamt), Marvin Arnold (Landratsamt)

übersetzen. Über 500 solcher ehrenamtlichen Einsätze gab es 2016.

„Sprachmittler sind zwar keine ausgebildeten Dolmetscher, aber es gibt Regeln der Sprachmittlung, die in Schulungen deutlich gemacht werden“, erklärt Miriam Mačak, Projektkoordinatorin von „Sprich mit“ beim Amt für Migration und Integration des Bodenseekreises. So sei Neutralität oberstes Gebot bei der Sprachmittlung. Auch darf der Übersetzer nur die gemachten Aussagen wiedergeben, ohne dabei eigene Interpretationen hinzuzufügen, so Mačak weiter. Neun Sprachmittler haben Mitte Dezember 2016 im Landratsamt die Zertifikate für die erfolgreich abgeschlos-

sene Schulung ausgehändigt bekommen. Bisher haben 25 Sprachmittler diese Schulung durchlaufen.

„Wir sind diesen Ehrenamtlichen sehr dankbar für ihren Einsatz, denn auch wir als Behörde sind sehr darauf angewiesen, Zuwanderer und Flüchtlinge zu verstehen und uns ihnen mitteilen zu können“, sagt Miriam Mačak. Die Sprachmittler würden daher eine wichtige Brückenfunktion erfüllen, um Integration möglich zu machen, betont sie.

Anfragen und Informationen zum Projekt „Sprich mit“:

E-Mail miriam.macak@bodenseekreis.de oder Tel. 0 75 41/2 04-58 73 melden.

**Integrationsnetzwerk
Hohenlohe-Main-Tauber
„Mein Ordner“ – Ordnermodell
unterstützt im Arbeitsumfeld**

Das Integrationsnetzwerk Hohenlohe-Main-Tauber (INW), u.a. finanziert durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie dem Europäischen Sozialfonds, ist seit dem 1. Januar 2016 im Hohenlohekreis und Main-Tauber-Kreis aktiv. Das INW unterstützt Asylbewerber/-innen und Flüchtlinge bei der Arbeitsmarktintegration auf vielfältigste Weise. Nun erhalten in beiden Landkreisen jeweils 800 Geflüchtete einen Ordner, in dem sie ihre eigenen Dokumente, unter anderem Bewerbungsunterlagen, Zertifikate über Deutsch- und Integrationskurse und Praktikumsbescheinigungen ablegen können. Vorteil davon: Die Geflüchteten haben bei Kontakten zu Sprachkursträgern, der Agentur für Arbeit, den Jobcentern, Migrationsdiensten und weiteren Organisationen alle wichtigen Unterlagen stets dabei. Somit können sich alle Akteure ein Bild über die aktuelle Bildungs- und Arbeitsmarktsituation der einzelnen Person machen und damit eine optimale Integrationsunterstützung geben.

Die Agentur für Arbeit Schwäbisch Hall-Tauberbischofsheim hat das Ordnermodell in den Arbeitsgremien beider Landkreise vorgeschlagen. Die Mitglieder des HIB 2025 und des Aktionsbündnisses Integration Main-Tauber-Kreis haben diesem Projekt in ihren Sitzungen im Jahr 2016 zugestimmt und unterstützen es in ihrem Arbeitsumfeld. „Die Federführung in der operativen Umsetzung erfolgt im Kooperationsverbund des INW mit der Agentur für Arbeit Schwäbisch Hall-Tauberbischofsheim und den Jobcentern Main-Tauber-Kreis und Hohenlohekreis“, so Ursula Mühleck, Leiterin des Dezernats für Familie, Bildung und Gesundheit im Landratsamt Hohenlohekreis.

Die Verteilung an erwerbsfähige Asylbewerber/-innen und anerkannte Flücht-



Dezernentin Elisabeth Krug, Main-Tauber-Kreis (links), und Dezernentin Ursula Mühleck, Hohenlohekreis, beim Verteilen der ersten Ordner an Geflüchtete

linge startete am 22. Februar 2017 im Hohenloher Integrationszentrum in Künzelsau-Gaisbach. „Die Flüchtlinge brauchen bei der Ablage ihrer Unterlagen Unterstützung vor allem von Ehrenamtlichen und Helferkreisen“, betont Elisabeth Krug, Leiterin des Dezernats für Jugend, Soziales und Gesundheit im Landratsamt Main-Tauber-Kreis. Durch Informationsveranstaltungen und Newsletter werden alle Helferkreise und Arbeitsmarktakteure informiert und um ihre Mithilfe gebeten.

**Blick über den Tellerrand:
EU-Projekt zur Integration
von Flüchtlingen – Auftakt im Enzkreis –
Besuche in Mühlacker und Remchingen**

„Aktiv, interessant, Spaß“ – mit diesen Wörtern beschrieben die Teilnehmer ihre Eindrücke nach einem einwöchigen internationalen Workshop zur Integration von Flüchtlingen. Im Rahmen des auf zwei Jahre angelegten EU-Projekts „INTED“ waren Fachleute aus Schweden, Italien, Kroatien und Österreich zu Gast im Enzkreis. Von deutscher Seite nahmen Sozialarbeiter, Ehrenamtliche und Flücht-

lingskoordinatoren an dem Seminar teil. INTED steht für „Integration through Education“, also etwa „Integration durch Bildung“.

„Es ist gerade in diesem Bereich wichtig, über den Tellerrand zu schauen und zu erfahren, wie anderswo gearbeitet wird“, meint Vivien Gooth vom Verein miteinanderleben, zuständig für einen Teil der Sozialbetreuung von Flüchtlingen im Enzkreis. Dem schließt sich Elisabetta Zen aus San Polo in der italienischen Provinz Reggio Emilia an: „Ich habe viel dazugelernt – und dabei tolle Menschen kennengelernt“, meint die Sozialarbeiterin. Möglichkeiten dazu gab es reichlich – sowohl innerhalb des Programms als auch bei den gemeinsamen Mahlzeiten oder während der Abende.

Die Organisatoren stellten für den Auftakt des Projekts – drei weitere Trainingseinheiten werden bis Mitte 2018 folgen – die eigenen Erfahrungen und die kulturellen Unterschiede in den Mittelpunkt. „Nur wenn wir wissen, wer wir selbst sind, wie wir ticken und was unsere Kultur ausmacht, können wir sie anderen nahebringen“, ist Regina Ehrismann überzeugt. Ehrismann, eine der

Flüchtlingsbeauftragten des Enzkreises, leitete dafür ein „interkulturelles Training“, bei dem die Teilnehmer auch lernen sollten, wie wichtig eine vorurteilsfreie Herangehensweise ist.

„Wir neigen dazu, sofort zu interpretieren und unser Wertesystem anzulegen, wenn wir etwas nicht verstehen“, lautete das Fazit der Gruppe. Richtiger wäre es nachzufragen – nur so ließen sich Missverständnisse vermeiden. Durch eine eindruckliche Übung erlebten die Teilnehmer hautnah, wie schnell man in seiner Einschätzung danebenliegt – und welche Folgen sich daraus ergeben können.

Auch in einem weiteren Bereich der Arbeit mit Flüchtlingen ist das Wissen um den kulturellen Hintergrund notwendig: „Nicht wenige Menschen, die nach Europa kommen, sind traumatisiert – sei es durch Ereignisse in ihrem Herkunftsland oder durch die Umstände ihrer Flucht“, berichtete Thomas Gustorff. Der Psychologe leitet die Beratungsstelle des Enzkreises in Pforzheim, die ein Angebot an Erwachsene und – unter dem Titel „Kinder der Welt integrieren“ (KIWI) – an Kinder und Jugendliche vorhält. In einem Vortrag erklärte er die Entstehung

von traumatischen Störungen, stellte typische Symptome vor und beschrieb mögliche Therapien.

Abgerundet wurde die Woche durch Studien-Besuche vor Ort. In der größten Unterkunft des Enzkreises in Darmsbach stellten die Sozialarbeiterinnen und die Unterkunftsleiter die Einrichtung und ihre Arbeit vor. Viele Fragen musste Dieter Walch vom Remchinger Arbeitskreis Asyl beantworten: Schließlich kennt man ehrenamtliches Engagement in der Flüchtlingsarbeit in den anderen Ländern kaum – zumal nicht in dem Ausmaß wie in Deutschland. „Mit Händen und Füßen – und ganz viel Herz“, lautete seine Antwort, wie man mit Menschen kommunizieren könne, die weder Deutsch noch Englisch sprechen.

In Mühlacker standen die Integrationsprojekte der GSI und die Angebote der Ferdinand-von-Steinbeis-Schule auf dem Programm. Beide versuchen, Sprachunterricht mit praktischen Tätigkeiten zu verbinden und so den vor allem jungen Menschen einen ersten Kontakt mit dem Arbeitsmarkt zu vermitteln.

Solche „study visits“ wünschen sich die Teilnehmer verstärkt auch für die kommenden Treffen im Rahmen von INTED:

Im Herbst steht in Zagreb das Thema Trauma auf dem Programm – schließlich ist der dortige Partner das kroatische Zentrum für Trauma-Rehabilitation, dessen Erfahrung bis in die Zeit des Bürgerkriegs zwischen den Bevölkerungsgruppen im ehemaligen Jugoslawien zurückreicht.

Im Mai im schwedischen Linköping wird es um Maßnahmen für und mit Familien und um die besondere Funktion von Brückenbauern gehen: Menschen, die selbst einen Migrationshintergrund haben, inzwischen aber fest verwurzelte Mitglieder der schwedischen Gesellschaft sind. Durch die kulturelle Verbundenheit und die Muttersprache haben sie ganz andere Zugänge in die jeweiligen Flüchtlingsgruppen als schwedische „Ureinwohner“.

Dass es zahlreiche solcher Brückenbauer gibt, zeigte schon ein Blick auf die Delegation aus Linköping: Von den sieben Mitgliedern sind drei nicht in Schweden geboren, und eine vierte hat einen großen Teil ihres Lebens außerhalb ihres Heimatlandes verbracht: Drei ihrer vier Kinder hat sie im hessischen Bad Nauheim zur Welt gebracht.

Das Team der Ehrenamtskoordinatoren im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald ist sehr gut aufgestellt – Insgesamt sechs Koordinatoren unterstützen die Arbeit der Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsbetreuung

Insgesamt sechs Stellen für sogenannte „Ehrenamtskoordinatorinnen und Ehrenamtskoordinatoren“ sind im vergangenen Jahr im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald geschaffen worden. Mit diesem Team unterstützt das Landratsamt die Arbeit der ehrenamtlichen Helfer im Rahmen der Flüchtlingsbetreuung. Rund 1900 Ehrenamtliche engagieren sich im Landkreis für geflüchtete Menschen. Die Ehrenamtskoordinatoren sind räumlich aufgeteilt in unterschiedlichen Gemeinden tätig und stehen vor



Spracherwerb und Arbeitserfahrung – bei der GSI in Mühlacker versucht man, beides zu verbinden, wie die internationalen Gäste erfahren.

Ort, falls gewünscht, grundsätzlich als Ansprechpartner für die Gemeinden und die Ehrenamtlichen zur Verfügung. Sie können bei Bedarf die Ehrenamtlichen von organisatorischen Aufgaben entlasten und bei der Entwicklung wie Umsetzung neuer Ideen und Projekten unterstützen.

Gleichzeitig arbeiten die Koordinatoren eng mit den Sozialarbeitern des Landkreises zusammen und sind daher in der Regel gut darüber informiert, welcher Flüchtling Unterstützung benötigt und sich über ehrenamtliches Engagement freuen würde.

Das vielfältige ehrenamtliche Engagement hat die Kultur wie den sozialen Zusammenhalt des Landkreises in einem hohen Maß geprägt und mitgestaltet. Die Aufgaben der Ehrenamtskoordinatoren sind so unterschiedlich, wie auch die einzelnen ehrenamtlichen Helferkreise unterschiedlich sind. Ein Helferkreis hat beispielsweise die Idee, mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen zu basteln. Hierzu sollen ebenfalls die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde eingeladen werden, um ein zwangloses Begegnen und Kennenlernen unterschiedlicher Kulturen zu ermöglichen. Bei der praktischen Umsetzung dieser Idee fungieren die Ehrenamtskoordinatoren sozusagen als Scharnier zwischen den Ehrenamtlichen, den geflüchteten Kindern und Jugendlichen wie den Bürgern und Bürgerinnen. Sie bringen die unterschiedlichen Gruppierungen und Interessen zusammen und unterstützen die Ehrenamtlichen bei der praktischen Umsetzung dieser Idee.

Wie sehr das ehrenamtliche Engagement nicht nur die Flüchtlinge selbst, sondern auch die Verantwortlichen in den Gemeinden des Landkreises unterstützt, haben Gemeindevertreter jüngst in der Veranstaltung „Gemeinden im Dialog“ im Landratsamt mit großer Anerkennung zum Ausdruck gebracht. Im Rahmen dieser Veranstaltung kündigte das Landratsamt an, seinen Dank an die vielen Ehrenamtlichen mit einer

eigenen Veranstaltung „Ehrenamt im Dialog“ zum Ausdruck zu bringen. Diese soll in der ersten Jahreshälfte 2017 stattfinden.

Nähere Informationen und die Kontaktdaten der Ehrenamtskoordinatoren im Landkreis finden sich auf der Homepage des Landratsamtes unter www.breisgau-hochschwarzwald.de in der Rubrik „Flüchtlinge im Landkreis“.

Integration im Hohenlohekreis – Ein erfolgreiches Jahr für das Hohenloher Integrationsbündnis 2025 und das Integrationsnetzwerk Hohenlohe-Main-Tauber

Der Hohenlohekreis zieht eine positive Zwischenbilanz in der Arbeit mit Flüchtlingen und Asylbewerbern im Rahmen des Hohenloher Integrationsbündnisses 2025 und des Integrationsnetzwerkes Hohenlohe-Main-Tauber. Die bisher erfolgreich durchgeführten Angebote und Ergebnisse des letzten Jahres lassen alle Beteiligten optimistisch in die Zukunft blicken.

Das Hohenloher Integrationsbündnis HIB 2025 verfolgt das Ziel der Integration von Flüchtlingen in Gesellschaft und Arbeitsmarkt im Hohenlohekreis. Der Schwerpunkt der konkreten Angebote und Leistungen des Hohenloher Integrationsbündnisses HIB 2025 lag im zurückliegenden Jahr auf der Vermittlung der deutschen Sprache. „Für eine gelingende Integration ist die deutsche Sprache grundlegende und unabdingbare Voraussetzung“, so Landrat Dr. Matthias Neth. 2016 wurden zahlreiche Sprachkurse verschiedener Art von den HIB 2025-Partnern durchgeführt. Als Kernangebot dienen die siebenmonatigen Integrationskurse. Hier konnte die Zahl der Kurse von Ende 2015 bis Ende 2016 von elf auf 22 verdoppelt werden. Anfang Februar 2017 erhöhte sich diese Zahl auf 28, sodass derzeit mehr als 500 Teilnehmer unterrichtet werden. In dem von der Firma Würth überlassenen Gebäude gibt es neben Sprachkursen auch verschie-

dene Beratungsangebote zum deutschen Ausbildungssystem und zur Arbeitsmarktintegration, um die nächsten Schritte nach dem Erlernen der Sprache nahtlos anzuschließen. Auch bei der Integration in den Alltag und in die Gesellschaft finden in enger Kooperation mit weiteren Akteuren Angebote wie beispielsweise Kochkurse oder Fahrradschulungen statt.

Das Integrationsnetzwerk Hohenlohe-Main-Tauber (INW) entwickelt und erprobt ein Modell für die Aktivierung und Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt sowie in Ausbildung und Schule. Landrat Dr. Matthias Neth zieht nach dem ersten Projektjahr eine positive Bilanz: „Dem INW ist es gelungen, von mehr als 200 Geflüchteten ein erstes Bewerberprofil zu erstellen. Davon erhielten 150 Personen die Chance an Basisschulungen, Einzelberatungen oder an berufsbezogenen Kursen teilzunehmen.“ Im Sommer 2016 haben 80 junge Geflüchtete einen Sommerkurs besucht, ihre Deutschkenntnisse verbessert, regionale Handwerksbetriebe besucht und an einem Bewerbungstraining teilgenommen. 59 der jungen Geflüchteten besuchen jetzt eine Schule im Hohenlohekreis. Sechs absolvierten erfolgreich ein Praktikum. Vier Personen erhielten einen Arbeitsplatz und eine Person einen Ausbildungsplatz. Ende 2016 fanden in Kooperation mit der Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer und Bundesagentur für Arbeit Schwäbisch Hall-Tauberbischofsheim halbtägige Basisschulungen für insgesamt 35 ausbildungsinteressierte Geflüchtete im Hohenloher Integrationszentrum statt. Zur Förderung der Mobilität startete im Dezember 2016 ein Vorbereitungskurs zur Führerscheinprüfung beim INW-Teilprojekttträger Arbeitsinitiative Hohenlohekreis gGmbH (AIH).

Zudem wurden zusammen mit den Flüchtlingssozialarbeitern des Landratsamtes Hohenlohekreis verschiedenste Projekte mit Netzwerkpartnern wie

dem Kreisdiakonieverband Hohenlohekreis, der Landjugend Baden-Württemberg, der Gewerbliche Schulen in Künzelsau und einigen Ehrenamtlichen veranstaltet. Hierzu zählen die Einrichtung einer Fahrradwerkstatt, die Organisation von Schwimmkursen für Kinder, verschiedene Ausflüge sowie Kurse speziell für Frauen und Schwangere. Besonders von Bedeutung ist die in Kooperation mit INW und HIB erfolgte Kompetenzerstellung einzelner Flüchtlinge als Hilfestellung zum Übertritt in den Arbeitsmarkt.

**Integrationsnetzwerk
Hohenlohe-Main-Tauber fördert
die Mobilität von Geflüchteten –
Mit „Drive“ zum Führerschein**

Mobilität ist ein entscheidender Faktor der beruflichen Integrationschancen, insbesondere im ländlichen Raum. Die Arbeitsinitiative Hohenlohekreis (AIH) startete Ende Dezember 2016 mit einer Informationsveranstaltung für interessierte Geflüchtete. Pro Kurs sind 12 Teilnehmer vorgesehen. Der erste Kurs endet im Februar 2017, ein zweiter Kurs startet direkt im Anschluss. AIH-Geschäftsführerin Annette Wolf sieht den Kurs schon jetzt als vollen Erfolg, beide Kurse sind bereits ausgebucht. „Die Teilnehmer sind mit Begeisterung dabei und wollen so schnell wie möglich den deutschen Führerschein erwerben, um beruflich Fuß fassen zu können. Es wäre schön, wenn Arbeitgeber, die einen Asylbewerber einstellen, die Kosten für den Führerschein übernehmen würden“, so Wolf. Der Kurs macht Asylbewerber fit für den Führerscheinwerb und bereitet sie gezielt auf die Theorieprüfung vor. Die Teilnehmer absolvieren den für die theoretische Führerscheinprüfung erforderlichen Fahrschulunterricht bei der Fahrschule Hendel in Künzelsau, die mit der AIH kooperiert. Flankierend zum Theorieunterricht werden während des zweimonatigen Kurses regelmäßig verkehrsbogener Deutschunterricht, Coaching



Mit „Drive“ zum Führerschein. Das Integrationsnetzwerk Hohenlohe-Main-Tauber fördert die Mobilität von Geflüchteten.

und begleitetes Lernen am PC angeboten. Projektleiterin Dr. Silvia Keller ist zuversichtlich, dass die Förderung der Mobilität über das Integrationsnetzwerk weiterverfolgt wird. „Wir befinden uns zurzeit in den Planungen, in welcher Form und mit welchen Finanzressourcen wir das Pilotprojekt in ein Regelangebot überführen können.“

Der Kurs umfasst die Teilnahme am Ersten-Hilfe-Kurs beim Deutschen Roten Kreuz, die Führerschein-Antragstellung, das Erstellen biometrischer Passbilder und die Durchführung des erforderlichen Sehtests. Neben dem Unterrichtsmaterial bekommen die Teilnehmer eine Freischaltung fürs Online-Lernen per PC oder Handy. So sind die Wege zur Theorieprüfung geebnet und sie können sich zur Prüfung anmelden. Diese kann neben elf weiteren Fremdsprachen auch auf Arabisch abgelegt werden. Wer eine gültige ausländische Fahrerlaubnis hat, muss nicht den kompletten Führerschein neu machen, sondern kann ihn umschreiben lassen. So sind nach bestandener Theorieprüfung nur noch die Erfüllung der Pflicht-Praxisfahrstunden und das Bestehen der praktischen Fahrprüfung erforderlich.

Das Integrationsnetzwerk Hohenlohe-Main-Tauber wird im Rahmen der ESF-Integrationsrichtlinie Bund „Integration von Asylbewerber/-innen und Flüchtlingen (IvAF)“ durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und dem Europäischen Sozialfonds gefördert. Im Rahmen einer regionalen Ausschreibung hat die Arbeitsinitiative Ende 2016 den Zuschlag erhalten, ein Modellkonzept für einen „Führerscheinkurs“ zu erarbeiten und zwei Kurse anzubieten.

**Landkreis Karlsruhe:
Auszubildende bringen
Flüchtlingskindern Deutsch bei –
Gelungenes Projekt in Zaisenhausen**

Wer sich mit dem Thema Flüchtlinge beschäftigt, weiß wie wichtig es ist, sich verständigen zu können. Die ehrenamtlichen Kräfte wie auch die Städte und Gemeinden organisieren daher an allen Standorten von Gemeinschaftsunterkünften im Landkreis Karlsruhe Sprachkurse. Auch das Landratsamt Karlsruhe und die Agentur für Arbeit vermitteln die Asylbewerber schnellstmöglich in entsprechende Kurse. Ein besonderes



Deutsch auf dem Stundenplan – Studentinnen üben mit Flüchtlingskindern und lernen dabei selbst viel Neues.

Augenmerk gilt den jungen Flüchtlingen, damit sie von Anfang an Deutsch lernen können. An den Grundschulen sowie den Beruflichen Schulen wurden daher spezielle Klassen für Flüchtlinge eingerichtet. Mittlerweile besuchen viele dieser jungen Menschen die Regelklassen.

Doch nicht nur den ehrenamtlichen Helfern sowie den Behörden liegt es am Herzen, deutsche Sprachkenntnisse zu vermitteln, auch Auszubildende wirken engagiert mit. So geschehen in Zaisenhausen im Rahmen des Projekts „Spielerische Sprachförderung für Flüchtlingskinder“. Die Idee dazu hatten Bürgermeisterin Cathrin Wöhrle und die Rektorin der Grundschule, Marina Chrisafis. Studentinnen des Studiengangs „Public Management“ haben während ihres Einführungspraktikums in der Gemeindeverwaltung von Zaisenhausen Kinder der dritten und vierten Klasse der dortigen Grundschule intensiv betreut. Bis zu vier Mal die Woche haben die Studentinnen mit den Kindern „Deutsch gebüffelt“, wie sie berichteten. Das Unterrichtsprogramm haben sie eigenständig erarbeitet und auf eigene Erfahrungen sowie entsprechende Fachliteratur zurückgegriffen. Auf dem Stundenplan standen Vokabeln lernen, die richtige Aussprache und Grammatikübungen, aufgelockert durch spiele-

rische Übungen. „Zu unserem Studium gehört auch der Bereich ‚Interkulturelle Kompetenz‘. Der Unterricht für Flüchtlingskinder war eine ganz neue Erfahrung, denn die Thematik war für uns ja ungewohnt. Es war toll zu erleben, wie schnell die Kinder gelernt und ihre sprachlichen Fähigkeiten weiterentwickelt haben“, so das Fazit der Studentinnen.

Im Landratsamt Karlsruhe begrüßt man das Engagement als gutes Beispiel, von dem sowohl die Kinder als auch die Studenten profitieren.

Ortenaukreis: Grenzüberschreitender Fachtag: Unbegleitete minderjährige Ausländer in Deutschland und Frankreich

Angesichts der zahlreichen Einreisen unbegleiteter minderjähriger Ausländer (UMA) seit dem Jahr 2015 fand am 1. Dezember 2016, in den Räumen der Hochschule Kehl ein grenzüberschreitendes Seminar für Fachkräfte aus dem Sozialwesen und für Ehrenamtliche statt. Rund 140 Akteure aus Frankreich und Deutschland – Sozialarbeiter, Sozialpädagogen, Leiter von Einrichtungen, Verwaltungsvertreter und Ehrenamtliche aus dem Vereinswesen oder dem Bereich der Bildung – haben sich auf Einladung der

Hochschule für Sozialpädagogik in Straßburg, der Evangelischen Hochschule Freiburg und des Euro-Instituts in Kehl über die Arbeit im Zusammenhang mit der Aufnahme, Begleitung und Integration von UMA informiert und ausgetauscht.

Heiko Faller, Leiter des Jugendamtes im Landratsamt Ortenaukreis, berichtet: „Die Teilnehmer haben die gemeinsamen Herausforderungen, denen sich die Kinder und Jugendlichen sowie die Fachkräfte aus diesem Bereich stellen müssen, herausgearbeitet und Erfahrungen zu Erstaufnahmeverfahren, erzieherischer Begleitung, psychosozialer Unterstützung, Spracherwerb und Aus- und Weiterbildung ausgetauscht. Trotz der Unterschiede, die zwischen Deutschland und Frankreich bestehen – Deutschland hat etwa 2015 und 2016 erheblich mehr unbegleitete minderjährige Ausländer aufgenommen als Frankreich – zeigen sich gerade in der Arbeit mit den jungen Menschen viele Gemeinsamkeiten.“ Denn unabhängig vom Aufnahmeland, so Faller weiter, handele es sich immer um Kinder und Jugendliche mit oft schlimmen Erfahrungen und Traumata, die bei allen eine Begleitung erforderten. Die Fortbildungsteilnehmer seien sich einig gewesen, dass diese Kinder und Jugendlichen über das Erreichen der Volljährigkeit hinaus begleitet werden müssen, um sie erfolgreich integrieren zu können.

Im Rahmen der vom Conseil Départemental du Bas-Rhin, dem Ortenaukreis, der Fondation Entente Franco Allemande und dem Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau unterstützten ganztägigen Fortbildung wurden unterschiedliche institutionelle Ansätze deutlich und die Notwendigkeit, die Zusammenarbeit aller Akteure auch über die Landesgrenzen hinaus zu stärken. Hier zeige sich auch der Mehrwert deutsch-französischer Austausche, denn diese ermöglichten es den Beteiligten, andere Sichtweisen kennenzulernen, so der Jugendamtsleiter des Ortenaukreises.

**Zollernalbkreis:
„Kunst kennt keine Grenzen“ –
ein Kunstprojekt in Balingen
für Kinder aus aller Welt –
Die Künstler Mulugeta Tekle und
Michl Brenner veranstalteten
einen zweitägigen Workshop
für Kinder aus aller Welt**

Veranstaltungsort für den Workshop war das Kunstzelt vor der Stadthalle in Balingen. Dort konnten sich Kinder im Alter von sechs bis 16 Jahren künstlerisch erproben. Die Idee für das Projekt stammte von dem eritreischen Künstler Mulugeta Tekle: Ein Kunst-Workshop für Kinder aus Balingen und der ganzen Welt, weil er sich in seiner neuen Heimat einbringen und etwas weitergeben wollte.

Der freischaffende Künstler und Dozent an der Jugendkunstschule Michl Brenner war sofort von Tekles Idee angetan und sagte ihm zu, den Workshop mitzugestalten.

Die teilnehmenden Kinder und Jugendlichen aus Deutschland, Syrien, Serbien, Russland, Georgien, Sri Lanka und anderen Ländern hatten sichtlich großen Spaß an dem Angebot, sich künstlerisch zu erproben und an dem bunten Miteinander der Kulturen.

Kooperationspartner waren das Landratsamt Zollernalbkreis und die Jugendkunstschule Balingen. Unterstützt wurde



das Projekt durch das Ministerium für Soziales und Integration aus Mittel des Landes Baden-Württemberg.

**Zollernalbkreis: Vortrag zum Umgang
mit traumatisierten Flüchtlingen**

„Die Flüchtlinge, die zu uns gefunden haben, brauchen mehr als ein Dach über dem Kopf. Sie brauchen Beratung und Betreuung“, betonte der Amtsleiter des Rechts- und Ordnungsamt Thorsten Müller bei seiner Begrüßung, in der er auch allen Teilnehmenden für ihr herausragendes Engagement dankte.

Im Folgenden referierte Diplom Psychologin Ulrike Schneck von refugio stuttgart e.V. über die verschiedenen Traumata-Typen und die Bedeutung für die Betroffenen, aber auch für die Men-

schen, die traumatisierte Flüchtlinge betreuen. „Wenn wir von traumatisierten Flüchtlingen sprechen, sollten wir uns dessen bewusst sein, dass es hier nicht nur um eine psychische Krankheit geht, sondern um Menschenrechtsverletzungen“, so Ulrike Schneck in ihrem Vortrag. Schneck informierte anschaulich über hilfreiche Verhaltensweisen von Helfenden. Der Blick wurde auch auf die Frage gerichtet, wie sich ehrenamtlich aktive Menschen selbst vor Überlastung schützen können.

Die Resonanz der Besucher war unisono positiv. „Danke für das wertvolle Seminar. Es war interessant und wichtig für mich“, so eine Teilnehmerin nach der Veranstaltung.

Die Veranstaltung fand in Kooperation mit dem Caritasverband für das Dekanat Zollern e.V. statt. Um Menschen in der Flüchtlingshilfe zu unterstützen, bietet das Landratsamt kontinuierlich Vorträge und Workshops an.



Technische Verwaltung

**Europaweites Koordinatensystem
ab 2018 – 7000 Vermessungspunkte
im Landkreis Rastatt neu vermessen**

Europaweit werden die Daten des Liegenschaftskatasters auf ein einheitliches System umgestellt. Dafür hat das Amt für Vermessung und Flurneuordnung im

Landratsamt Rastatt 7000 örtlich vorhandene Vermessungspunkte neu bestimmt.

Zu Zeiten des Großherzogtums Baden und des Königreichs Württemberg wurden in Deutschland und Europa die vermessungstechnischen Grundlagen für das jeweilige Herrschaftsgebiet festgelegt. 1936 wurde in Deutschland mit den Gauß-Krüger-Koordinaten fortan ein einheitliches System eingeführt, das bis heute Gültigkeit besitzt. Allerdings ist ein Übergang zu den Nachbarstaaten sehr schwierig und erfordert einen großen Aufwand, um die Differenzen zwischen den Verfahren zu beseitigen. „Das ist nicht mehr zeitgemäß im vereinigten Europa“, meint Wolf-Dieter Simmank, der Leitende Fachbeamte Vermessung in der Landkreisbehörde.

Das „Europäische Terrestrische Referenzsystem 1989“, in Fachkreisen kurz „ETRS89/UTM“ genannt, soll das alte System ablösen. Es bietet ideale Voraussetzungen für den effizienten Einsatz von Satellitenmessverfahren. Darüber hinaus ist die Nutzung von Geodaten für länderübergreifende Projekte künftig wesentlich leichter. Auch im Bereich der GPS-Navigation, etwa mit Smartphones, können diese Koordinaten genutzt werden.

Die Vermessungsfachleute im Landratsamt Rastatt haben zu diesem einschneidenden Projekt umfangreiche Vorarbeiten geleistet. In jeder der 65 Gemarkungen im Landkreis musste eine ausreichende Anzahl von Vermessungspunkten ausgewählt werden, die genaue Koordinaten im bisherigen System haben. Für diese sogenannten „Trigonometrischen Punkte“ und Aufnahmepunkte wurden unter Verwendung des Satellitenpositionierungsdienstes (SAPOS) der deutschen Landesvermessung zentimetergenaue Koordinaten bestimmt. Hierzu werden hochmoderne Messgeräte eingesetzt, die präzise Antennen für den Empfang von Satellitensignalen verwenden.



Vermessungstechniker Robert Lukomski bei Arbeiten am Hohlohturm

Diese Messungen sind in Waldgebieten allerdings sehr schwierig oder gar unmöglich. „Es ist eine anspruchsvolle Herausforderung, eine geeignete Messkonfiguration zu erkunden, um auf einer Waldlichtung oder im Kreuzungsbereich von Waldwegen Satelliten empfangen zu können“, erklärt Vermessungstechniker Robert Lukomski, der viele Messungen durchgeführt hat. Die Arbeiten hatten einige Besonderheiten zu bieten, da Vermessungspunkte angefahren werden mussten, die im Alltag sehr selten genutzt werden und etwa in exponierten Lagen oder im Nationalpark Schwarzwald liegen.

Die Aktion führte unter anderem an den Hohlohturm (Kaiser Wilhelm Turm) im Naturschutzgebiet Kaltenbronn. Der Turm ist seit 1936 ein sogenannter „Trigonometrischer Punkt erster Ordnung“ im „Deutschen Hauptdreiecksnetz“. Für die damalige Koordinatenumstellung wurde auf die Treppensäule des 1897 errich-

teten Turmes ein drei Meter hoher Turmpfeiler gebaut, um die Richtungen des Hauptnetzes zu beobachten und Winkelmessungen durchzuführen, die dann ihren Niederschlag im heute noch gültigen „Gauß-Krüger-Koordinatensystem“ fanden.

Nachdem das Vermessungsamt nun landkreisweit alle Punkte für das geplante europaweite Koordinatensystem neu bestimmt hat, sind die Voraussetzungen geschaffen worden, dass die Umstellung im nächsten Zug auch auf Landesebene erfolgen kann.

Das Vermessungsprojekt startete im Landkreis Rastatt schwerpunktmäßig im Frühjahr 2015. „Dies für rund 7000 Vermessungspunkte in diesem kurzen Zeitraum zu schaffen, ist eine schöne Leistung“, freut sich auch Landrat Jürgen Bäuerle für das Projektteam um Isabel Brüstle, der Leiterin des Bereichs Liegenschaftsvermessung. „Wir haben das vom Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz gesetzte Ziel erreicht und das Projekt für die landesweite Transformation wie geplant bis Ende 2016 abgeschlossen.“

Die Berechnung der neuen Koordinaten für die restlichen Festpunkte und insbesondere für alle Grenzpunkte erfolgt im Verlauf des nächsten Jahres durch das Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Baden-Württemberg. Ab Januar 2018 wird im Liegenschaftskataster nur noch in dem neuen europäischen System gearbeitet. „Wie mit dem Euro als gemeinsames Zahlungsmittel, so haben wir dann auch einen einheitlichen europäischen Raumbezug“, betont Wolf-Dieter Simmank.

Da das Landesamt die Geobasisdaten ab diesem Zeitpunkt nur noch im neuen Bezugssystem bereitstellt, ergibt sich für alle Nutzer, die Fachdatenbestände mit Raumbezug führen, die Notwendigkeit, die von ihnen erhobenen Geofachdaten ebenfalls zeitnah umzustellen. Die dafür erforderlichen amtlichen Transformationsansätze werden vom Land kostenlos zur Verfügung gestellt.

**Landkreis Böblingen:
Amt für Vermessung und
Flurneuordnung erhält neues
Dienstfahrzeug – Schlüsselübergabe
durch Amtsleiter Peter Scholl –
Mehr Sicherheit dank
moderner Blinkpfeilanlage**

Kürzlich übergab Peter Scholl, Leiter des Amtes für Vermessung und Flurneuordnung im Landratsamt Böblingen, einen neuen VW Caddy Maxi an seine zuständigen Mitarbeiter Heiko Maier und Winfried Wohlbold. Ausgerüstet ist das Fahrzeug mit externer Blinkpfeilanlage und einem speziellen Innenausbau für den sicheren Transport der Vermessungsgeräte.

„Bei der Neuanschaffung stand besonders der sicherheitstechnische Aspekt im Vordergrund“, erläutert Peter Scholl. „Durch die große Blinkpfeilanlage auf dem Dach, die aus dem Inneren des Fahrzeugs gesteuert werden kann, soll die Sicherheit im Straßenbereich maximiert werden. Die bisherigen Erfahrungen mit solchen Blinkanlagen sind durchweg positiv.“ So zeigte sich, dass die Autofahrer wesentlich besser auf die Blinkpfeilanlage reagieren als auf vergleichbare Straßenabsicherungen. Die moderne Blinkpfeilanlage ist aber nur ein Vorteil des neuen Dienstfahrzeugs. So ist der kleinere VW-Caddy wesentlich wendiger als sein Vorgänger, ein VW Bus T5, und damit besser im Straßenverkehr einsetzbar. Im engen Stadtverkehr bietet außerdem die Heckklappe mit Glasscheibe eine Rundumsicht, die



V.l.n.r.: Amtsleiter Peter Scholl mit seinen Mitarbeitern Winfried Wohlbold und Heiko Maier

bisherige Dienstfahrzeuge nicht bieten konnten. Möglich wurde das kleinere Fahrzeug durch den vermehrten Einsatz der Satellitenmesstechnik und die damit geringere Messausrüstung. Ein weiterer großer Vorteil ist der Verbrauch, der neue VW-Caddy verbraucht ungefähr 20 Prozent weniger als sein Vorgänger. Im Betrieb ist er somit wesentlich günstiger und, aufgrund seines geringeren CO₂-Ausstoßes, umweltfreundlicher. Scholl weiter: „Durch die wesentlich geringeren Anschaffungskosten wird der Kreishaushalt um circa 10 000 Euro entlastet“.

Eingesetzt werden soll das neue Fahrzeug vor allem bei der Vermessung von Straßen im Außenbereich. Dort ist eine verbesserte Sicherheit besonders wichtig, da durch hohe Geschwindigkeiten der Verkehrsteilnehmer auch die Unfallgefahr zunimmt. Der im Fahrzeug verbaute Allradantrieb macht es zusätzlich auch im Gelände einsetzbar. „Das neue Dienstfahrzeug ist also bestens geeignet, um die Mitarbeiter des Amtes für Vermessung und Flurneuordnung in Zukunft bei der Vermessung von jährlich fünf bis sieben Kilometern Straße zu unterstützen“, so Scholl.

LANDKREIS TÜBINGEN



Regierungsbezirk Tübingen
Einwohnerzahl: 221 837 (Stand 31.12.2015)
Fläche in km²: 519 (Stand 31.12.2015)
Zahl kreisangehöriger Städte/Gemeinden: 15
davon Große Kreisstädte: 3

Hausanschrift:
Landratsamt Tübingen
Wilhelm-Keil-Straße 50
72072 Tübingen

Postanschrift:
Landratsamt Tübingen
Postfach 19 29
72009 Tübingen

Zentrale:
Telefon: 07071/207-0
Telefax: 07071/207-5999
E-Mail: post@kreis-tuebingen.de

Pressestelle:
Telefon: 07071/207-5210
Telefax: 07071/207-95210
E-Mail: pressestelle@kreis-tuebingen.de

Wirtschaftsförderung:
Telefon: 07071/207-4410
Telefax: 07071/207-4499
E-Mail: messner@kreis-tuebingen.de

Tourismus:
Telefon: 07071/207-4410
Telefax: 07071/207-4499
E-Mail: tourismus@kreis-tuebingen.de



Landrat:
Joachim Walter
seit 1.9.2003

Mandatsverteilung:

Gesamt 62 Sitze, davon	
Freie Wähler:	17
CDU:	16
Bündnis 90/Grüne:	14
SPD:	9
Linke:	4
FDP:	2

Geografische Lage:



Mehr Infos:
<http://www.kreis-tuebingen.de>

Wissenswertes

Der Landkreis Tübingen liegt verkehrsgünstig im Herzen Baden-Württembergs zwischen Alb und Schwarzwald und bietet mit seiner reizvollen Landschaft zahlreiche malerische Orte, die zum Wohlfühlen und Entdecken einladen.

Mit 519 km² ist der Landkreis Tübingen zwar der kleinste in Baden-Württemberg, nimmt bei der Bevölkerungszahl im Landesweiten Vergleich aber eine Mittelstellung ein. Seit der Kreisreform im Jahr 1973 wuchs die Bevölkerung rasant um über 30 % auf rund 222.000 (2015) Einwohnerinnen und Einwohner. Diese verteilen sich auf 15 Kommunen mit insgesamt 61 Ortschaften, darunter drei Große Kreisstädte: die Universitätsstadt Tübingen, die Bischofsstadt Rottenburg und die Blumenstadt Mössingen.

Ein breit gefächertes Schulsystem und im Anschluss daran berufliche Bildung, Fachhochschulen und die Eberhard-Karls-Universität sichern ein hohes Bildungsniveau und machen den Landkreis Tübingen zu einem attraktiven Gewerbe- und Dienstleistungsstandort. Universitätsnahe innovative Firmen im Bereich der Biotechnologie und Medizintechnik spielen im Wirtschaftsgefüge eine tragende Rolle, auch wenn nach wie vor der Dienstleistungsbereich die Wirtschaft im Landkreis dominiert und rund 70 % zum Arbeitnehmerentgelt beiträgt.

Kultur ist allgegenwärtig im Landkreis Tübingen, der europaweit zu den Landschaften mit der höchsten Dichte an Museen zählt. Hier finden sich weltberühmte Kulturgüter, unter anderem der „Tübinger Waffenläufer“ oder die ältesten Kunstwerke der Menschheit im Museum Schloss Hohentübingen.

Diese Mischung aus reizvoller Landschaft, exzellenter Infrastruktur und kultureller Vielfalt machen den Landkreis Tübingen zu einem attraktiven Wohn- und Lebensstandort.



Rottenburg am Neckar